

W. Schlauch

1965



Digitized by the Internet Archive
in 2026



SUBSIDIEN UND KRIEGFÜHRUNG IN DER AMERIKANISCHEN

POLITIK DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität

zu Freiburg i.B.

vorgelegt

von

Wolfgang Schlauch

aus Plochingen

Tuttlingen, 1965

Referent: Professor Dr. Dieter Oberndörfer

Korreferent: Dozent Dr. Kurt Lenk

Dekan: Professor Dr. Bruno Boesch

Tag der mündlichen Prüfung: 30. Juli 1965

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
A. <u>Innenpolitischer Kampf um das Leih- und Pachtgesetz</u>	8
I. Der Isolationismus der Vereinigten Staaten während der 30er Jahre	8
1. Die Haltung Roosevelts zu Beginn seiner Präsidentschaft	8
2. Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz in London	9
3. "Johnson Act" - Verbot von Krediten an Schuldernationen	10
4. "Nye-Ausschuß" und amerikanische Öffentlichkeit	10
5. Die Neutralitätsgesetzgebung - ein Sperriegel gegen außenpolitische Engagements	11
6. Roosevelts Abkehr von der isolationistischen Politik	13
II. Wende in der amerikanischen Außenpolitik: Roosevelts Abkehr vom Isolationismus	16
1. "Quarantänereden" Roosevelts	17
2. Reaktion von Öffentlichkeit und Kongreß	18
3. Die Konferenz von Brüssel	19
4. Erhöhung der Verteidigungskosten	20
5. Kongreßrede Roosevelts vom 4. Januar 1939 - erneuter Vorstoß des Präsidenten	22
III. Die Periode der "Wohltuenden Neutralität"	25
1. Die Aufhebung des Waffenembargos	25
2. Forderung nach materieller Hilfe für die westlichen Demokratien	27
IV. Die Vereinigten Staaten als "Non-Belligerent Ally"	30
1. Zerstörerabkommen mit Großbritannien ..	30
2. Die Situation während des Wahlkampfes im Sommer 1940	31
3. Pläne des Kabinetts	33
4. Brief Churchills und karibische Ferienreise Roosevelts	35
5. Erste Skizzen des Leih- und Pachtgedankens - "Gartenschlauchrede"	37

V. Der Kampf um den Leih- und Pachtge- danken vor Kongreß und Öffentlich- keit	39
1. Kaminfeuerrede Roosevelts: "Arsenal und Demokratie"	39
2. Der Gesetzesentwurf	41
3. Die Gesetzesvorlage	43
4. Die "hearings" vor den Kongreßaus- schüssen	45
5. Der Kongreß in harter Auseinander- setzung	48
6. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit	51
7. Geheime Absprachen	52
8. Die Verabschiedung des Gesetzes	54
VI. Das Leih- und Pachtgesetz in der Beurteilung	55
1. Das Leih- und Pachtgesetz in der Sicht amerikanischer Historiker	55
2. Zusammenfassung	59
B. <u>Hilfe für Großbritannien</u>	61
I. Akute Gefährdung Großbritanniens durch Hitlers europäische Siege	62
1. Mangel an Kriegsmaterial	62
2. Rückgang der britischen Goldreserven	63
II. Erste Auswirkungen des Leih- und Pachtge- setzes	65
1. Erfolge gegen Rommel	65
2. Erfolge gegen den Hunger	66
3. Ausbau der amerikanischen Rüstungs- industrie	68
III. Das Problem der Sicherung der Lieferungen ...	70
1. Gefährdung auf dem Meer	70
2. Erweiterung der Neutralitätszone	72
3. Marinestützpunkte und Besetzung Islands	73
4. Amerikanischer Geleitschutz	75
5. Die Atlantikkonferenz	77
IV. Bewaffnete Intervention der USA	79
1. Debatte um den Einsatz amerikanischer Truppen in Europa	79
2. Die "Greer"-Episode	80
3. Revision der Neutralitätsgesetze	83
4. Kriegseintritt der USA	84

V. Aufbau und Struktur der Lend-Lease-Administration	87
1. Der Beginn der Leih- und Pachtverwaltung	87
2. "Division of Defence Aid Reports"	88
3. "Office of Lend-Lease Administration"	89
VI. Koordination der Kriegsführung Großbritanniens und der USA	91
1. Washingtoner Treffen 1941	91
2. "Chiefs of Staff" and "Combined Boards"	91
VII. Realisierung der Hilfe für Großbritannien ...	93
1. Ausbau der Nachschubwege und Häfen	93
2. Ausbau der transafrikanischen Route	94
3. Schiffsbauprogramm	97
VIII. Die USA im Zweifrontenkrieg gegen Deutschland und Japan	99
1. Fortsetzung der Leih- und Pachtlieferungen	99
2. Die Gründung der Vereinten Nationen	100
3. "Reverse Lend-Lease"	102
IX. Erste Erfolge	105
1. Gemeinsame Aktionen in Afrika	105
2. "Middle East Supply Centre"	106
3. Sieg über Rommel	108
4. Die Invasionen in Europa	112
X. Die Bedeutung der Leih- und Pachtlieferungen für Großbritannien	114
1. Umfang der Leistungen	114
2. Der Erfolg als Beweis für die Richtigkeit der Lend-Lease-Konzeption	117
C. <u>Hilfe für die Sowjetunion</u>	119
I. Amerikanisch-russische Beziehungen von 1918 - 1939	119
1. Die Phase der Nichtanerkennung	119
2. Fühlungnahme nach 1933	119
3. Bullitts Mission und Warnung	120
4. Die Haltung von Regierung und Öffentlichkeit	122
5. Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR nach 1939	123

II. Die Sowjetunion als Partner der USA	127
1. Deutschlands Kriegserklärung an die UdSSR	127
2. Präsident Roosevelts Reaktion	128
3. Organisatorische Vorbereitungen zur Rußlandhilfe	131
4. Hopkins Mission in Moskau	133
5. Offizielle amerikanische Zusage zur Unterstützung der Sowjetunion	134
6. Roosevelts politische Maximen	136
III. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit zur Rußlandhilfe	138
1. Die Stellung der Isolationisten	138
2. Die aktiven Interventionisten	140
3. Die Reaktion des amerikanischen Volkes	143
4. Die Stellungnahme des Kongresses zur Sowjethilfe	145
5. Roosevelts Standpunkt	147
IV. Die Sowjetunion und Lend-Lease	148
1. Anglo-amerikanische Übereinkunft zur Unterstützung der UdSSR	148
2. Finanzierungsprobleme	149
3. Vorbereitungen zur Moskauer Konferenz	154
4. Das Moskauer Protokoll	157
5. Einbeziehung der Sowjetunion in das Leih- und Pachtprogramm	158
6. Die Reaktion der Öffentlichkeit	162
V. Die praktische Durchführung der Lieferungen	164
1. Persönlicher Einsatz Roosevelts nach Pearl Harbor	164
2. Die Lieferungen unter dem ersten und zweiten Sowjetprotokoll	167
3. Gefährdung durch die deutschen Angriffe	169
4. Die Erschließung der persischen Nachschubroute	171
5. Roosevelts Forderung nach "hundertprozentiger" Erfüllung der Verpflichtungen	174
VI. Die Frage der Berechtigung einer verstärkten Rußlandhilfe nach 1943	177
1. Die Lieferungen nach 1943	177
2. Intensivierung der Hilfeleistungen	178
3. Roosevelts Firedensoptimismus	180
4. Kennans Urteil über Roosevelts "wahlloses Hilfsprogramm"	183

VII. Die Bedeutung der Leih- und Pacht-	
lieferungen für die Sowjetunion	185
1. Umfang der Leistungen	185
2. Die strategische Bedeutung der	
Rußlandhilfe in amerikanischer Sicht....	186
3. Die strategische Bedeutung der	
Rußlandhilfe in sowjetischer Sicht	189
Schluß	198
Exkurs: Leih- und Pachthilfe im Kampf gegen	
Japan.....	202
Anhang: Text des Leih- und Pachtgesetzes vom	
11. März 1941	208
Tabellen	213
Bibliographie	225

Vorwort

Herr Professor Dr. Arnold Bergstraesser gab 1962 die Anregung zur vorliegenden Arbeit. Da die Subsidienpolitik der USA während des zweiten Weltkrieges in Deutschland bisher noch nicht zusammenfassend untersucht worden war und das Thema aktuelle Bezüge in der heutigen Weltpolitik hat, hielt Professor Bergstraesser die Bearbeitung dieses Themas für lohnend. Auf Grund der teilweise erst in letzter Zeit veröffentlichten Untersuchungen und Dokumente, konnten die neuesten Daten und Zahlen berücksichtigt werden.

Besonderen Dank möchte ich Herrn Professor Dr. Oberndörfer aussprechen, der die Arbeit als Dissertation nach dem Tode Herrn Professor Dr. Bergstraessers übernahm und ihr Werden und Gelingen in großzügiger Weise förderte. Herrn Kapitän z.S. Birnbaum vom militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg danke ich für Material und Urkunden, die er mir zur Verfügung stellte. Herr Dr. Hümmelchen, Arbeitskreis für Wehrforschung, Stuttgart, gab mir wertvolle Hinweise für den dritten Teil der Arbeit. Auch ihm gebührt herzlicher Dank.

Einleitung

I. Thema

1. Subsidien und Kriegführung

Die Geschichte lehrt, daß zu den wichtigsten Faktoren der Kriegführung außer der Stärke und Bewaffnung der Heere und dem strategischen Geschick der Generalstäbe, vor allem die ausreichende Versorgung der kriegführenden Parteien mit Kriegsmaterial und Waffen, mit Nahrungsmitteln und Rohmaterial gehört. Subsidien aus Ländern zu erhalten, deren Wirtschaftspotential und Waffenproduktion, deren technische Überlegenheit die der kriegführenden Nationen übersteigt, ist Voraussetzung einer erfolgreichen Kriegführung.

Seit Kriege mit totalen Mitteln und Massenheeren geführt werden, ist dies in verstärktem Maße der Fall. So konnten im 20. Jahrhundert die USA mit ihren Lieferungen den Ausgang der beiden Weltkriege bestimmend beeinflussen. In der Entscheidung zwischen Sieg und Niederlage fiel die Hilfe Amerikas für die Alliierten voll ins Gewicht und bestimmte den Erfolg ihrer Waffen. Allerdings führte die Politik der Vereinigten Staaten, den befreundeten Mächten Subsidien zu gewähren, sie sowohl 1917 als auch 1941 zwangsläufig in den Krieg. Heute geht die Subsidienpolitik im Kampf zwischen den beiden großen Machtblöcken im Westen und Osten sogar soweit, daß durch Subsidien, die den Namen "Entwicklungshilfe" tragen, die Großmächte das wirtschaftliche, militärische und politische Gleichgewicht in der Welt zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen, ohne daß dabei die Waffen sprechen müßten.

Für die Subsidienpolitik der amerikanischen Regierung während des zweiten Weltkrieges ist ein eigener Begriff entstanden, unter dem die Politik der USA auf diesem Gebiet zusammengefaßt wird: L e n d - L e a s e.

Das Gesetz, das unter diesem Namen verabschiedet wurde, erstreckte sich in seiner Wirkung auf folgende Gebiete:

1. Beschaffung des kriegswichtigen Materials durch besonders eingerichtete amerikanische Regierungenstellen, welche direkt dem Präsidenten unterstanden.
2. Finanzierung der Lend-Lease Güter durch vom Kongreß bewilligte Staatsgelder.
3. Sicherung und Übernahme der Transporte durch amerikanische Kriegs- und Handelsschiffe.
4. Lend-Lease ermöglichte Koordinierung der Kriegführung und erhöhte dadurch die Schlagkraft der alliierten Truppenverbände.
5. Lend-Lease auf Gegenseitigkeit (reverse lend-lease) schweißte die Vereinten Nationen zu einem mächtigen Block im Kampf gegen die totalitären Mächte zusammen.

Nahezu alle Exporte von März 1941 bis April 1945 - nämlich 96 % der gesamten Ausfuhr - waren Subsidienlieferungen unter dem Leih- und Pachtprogramm. Dies rechtfertigt die Beschränkung des Themas auf die Behandlung des Leih- und Pachtgesetzes und seiner Auswirkungen. Das Programm der amerikanischen Subsidienpolitik und ihre erfolgreiche Beeinflussung des Ausgangs des Zweiten Weltkrieges ist eine einmalige Erscheinung der Neuesten Geschichte und verdient deswegen die Untersuchung der im Thema genannten und im Folgenden ausgeführten Fragekomplexe.

2. Subsidien im ersten und zweiten Weltkrieg

Während des ersten Weltkrieges gab die amerikanische Regierung den befreundeten Nationen Milliardenkredite, mit denen diese Kriegsmaterial in den USA kaufen konnten. Nach dem ersten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten auf Grund der interalliierten Schuldenzahlungen auf das

engste mit den Reparationszahlungen der besiegten Mächte verknüpft. Die Rückzahlungsforderungen für die Kredite und die daraus entstandenen Zinszahlungen von seiten der amerikanischen Regierung trugen zu einer Verschlechterung der Weltwirtschaft und schließlich zur Weltwirtschaftskrise bei.

Die amerikanische Regierung lernte aus den Fehlern ihrer Subsidienpolitik während des ersten Weltkrieges und schuf im zweiten Weltkrieg ein vollkommen neues System: D a s L e i h - u n d P a c h t -
g e s e t z . Es verzichtete von vornherein auf Kreditgebung und öffnete das amerikanische Arsenal den von der amerikanischen Regierung würdig befundenen Nationen. Der Modus der Rückzahlung des zu verleihenden und verpachtenden Materials wurde bis nach Beendigung des Krieges verschoben.

II. Aufbau der Arbeit

1. Innenpolitischer Kampf um das Leih- und Pachtgesetz

In diesem Kapitel wird vor allem auf das idealtypische Denken der amerikanischen Isolationspolitik der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts und ihrer Folgen für die Außenpolitik einzugehen sein. Nur der starken Führung des Präsidenten Roosevelt, seiner realen Einschätzung der weltpolitischen Lage und seinem aktiven Handeln und Eingreifen ist die Lösung der amerikanischen Nation von ihrer überlieferten Isolation zu verdanken. Seine dynamische Interventionspolitik, die aus der Verantwortung der USA als Groß- und Weltmacht zu verstehen ist, die aber eine scharfe Ablehnung aus weiten Kreisen des amerikanischen Volkes und des Kongresses erfährt, gipfelt schließlich in der Konzeption des Leih- und Pachtgesetzes, welches einen großen Wendepunkt in der amerikanischen Politik darstellt und die USA endgültig in das Weltgeschehen als führende Großmacht aktiv miteinbezieht.

Um den Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik in seiner Komplexität zu verstehen, bedarf es eines kurzen Eingehens auf das amerikanische Regierungssystem. Die dominierende Stellung des Präsidenten, der Exekutiven, hängt von der starken Persönlichkeit des Präsidenten und seinem Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Kongreß ab. Doch gerade in Hinblick auf das Bestreben des Präsidenten, die USA als Machtfaktor in den Weltkonflikt einzuschalten, tritt die öffentliche Meinung als Kontrolle und Hemmnis der Exekutiven entgegen. Sie tritt in der demokratischen Ordnung der Vereinigten Staaten als vielschichtiges Gebilde auf, das, in großen Organisationen und Interessengruppen zusammengefaßt, das Instrument der Massenmedien benützt, um seine

Meinung, seine Zu- oder Abneigung gegenüber den Beschlüssen der Regierung kundzutun. Doch zeigt sich auch hier das Wechselspiel des demokratischen Prinzips, weil andererseits auch der Präsident durch die modernen Kommunikationsmittel die Öffentlichkeit für seine Entscheidungen zu gewinnen sucht. Ebenso wird auf die Stellung des Kongresses und der kontrollierenden Funktionen der Kongreßausschüsse, die die politischen Maßnahmen der Exekutiven scharf beobachten, hinzuweisen sein. Schließlich wird in diesem Kapitel das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Kabinett und Präsident und die Sonderstellung der vom Präsidenten ernannten Berater und ihr enormer Einfluß auf das politische Handeln des Präsidenten ins Auge fallen.

Aus diesen innenpolitischen Spannungen geht endlich der Präsident als Sieger hervor, als das von ihm entworfene Leih- und Pachtgesetz vom Kongreß gebilligt wird, und damit die USA kriegsentscheidend in den zweiten Weltkrieg eingreifen.

2. Hilfe für Großbritannien

Der Schwerpunkt dieser Untersuchung wird auf die praktische Durchführung der Leih- und Pachthilfe an Großbritannien gelegt. Großbritannien ist erster und zugleich größter Empfänger der Leih- und Pachtlieferungen. Die Subsidien stellen im Grunde nur eine andere Form der **Kriegführung** dar. Sie sollen dazu beitragen, die "westliche Hemisphäre", die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten vor der Expansion der totalitären Mächte zu schützen, ohne daß die USA direkt in das Kriegsgeschehen eingreifen. Doch erfordern Transport und Sicherung der Lieferungen ein militärisches Engagement der Vereinigten Staaten. Mit der Durchführung des Leih- und Pachtgesetzes ist die amerikanische Neutralität schon vor dem offiziellen Kriegseintritt der USA hinfällig geworden.

3. Hilfe für die UdSSR

Im Gegensatz zu der Leih- und Pachthilfe für Großbritannien ist die Einbeziehung der Sowjetunion in das Lend-Lease-System auf Grund der politischen und ideologischen Gegensätze nicht selbstverständlich. Hier zeigt sich deutlich, daß die politischen und ideellen Gesichtspunkte hinter den strategischen zurücktreten. Zur Bekämpfung der totalitären Mächte, welche die Grundordnung der Demokratien gefährden, verbünden sich die USA mit einem anderen totalitären Staat, um das festgelegte Ziel erreichen zu können. Lend-Lease stellt nicht nur eine materielle Hilfe dar, sondern repräsentiert ein Programm, eine Idee und ein gemeinsames Ziel.

In diesem Zusammenhang müssen im dritten Teil der Arbeit auch die Ursachen der Unterschätzung der Sowjetunion durch den amerikanischen Präsidenten, seine Fehlbeurteilung und Verkennung der politischen Ziele des Kriegspartners nach dem Kriege aufgezeigt werden.

III. Begründung der Auswahl

Lend-Lease war der Idee entsprungen, den demokratischen Nationen im Kampf gegen die Diktaturen mit Subsidien beizustehen. Der größte Teil der Lieferungen ging an Großbritannien und an die Sowjetunion, die die Hauptlast der Kriegführung im zweiten Weltkrieg trugen. Ebenso erhielten mehr als 40 weitere Länder materielle Hilfe von den USA, doch betrugen die Leistungen ein Minimum im Verhältnis zu den beiden genannten Ländern, wie in der Tabelle im Anhang zu ersehen ist.

Das Schwergewicht der vorliegenden Untersuchung liegt auf Großbritannien und der Sowjetunion, weil sich hier die Interdependenz von Subsidien und Kriegführung am eklatantesten bemerkbar macht.

Lend-Lease stellte eine materielle Unterstützung während des Krieges dar. Es wurde nach dem Kriege unter anderem Namen und Aspekt fortgesetzt, nicht als Beitrag zur Kriegführung, sondern zum friedlichen Aufbau der durch den **totalen Krieg** zerstörten Welt.

A. Innenpolitischer Kampf um das Leih- und Pachtgesetz

I. Der Isolationismus der Vereinigten Staaten während der Dreißiger Jahre

1. Die Haltung Roosevelts zu Beginn seiner Präsidentschaft

Nach dem ersten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten sowohl politisch als auch wirtschaftlich in den Status der Isolation zurückgekehrt. Die Friedenspunkte Wilsons, die besonders in der Völkerbundsidee ihren Niederschlag fanden, wurden vom amerikanischen Senat weder angenommen noch gebilligt. Der Kreuzzugsidee Wilsons folgte das Bestreben des überwiegenden Teiles der amerikanischen Nation, sich von den weltpolitischen Problemen zu distanzieren. Der Grund, daß man in der Öffentlichkeit und damit auch in den führenden Regierungskreisen zur außenpolitischen Haltung des 19. Jahrhunderts zurückkehrte, war in dem Einfluß des republikanischen und rechtsliberalen Flügels im Senat und in der Kriegsmüdigkeit breiter Massen der amerikanischen Bevölkerung zu suchen, wie auch später in dem verbreiteten Empfinden, man sei unter falschen Vorspiegelungen in diesen Krieg gelockt und in seinem Ergebnis betrogen worden.¹⁾ Diese Nichteinmischungspolitik²⁾ sollte während der 15 Jahre nach dem ersten Weltkrieg die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bestimmen.

1) cf. unten pp 10f (Nye-Committee)

2) Der Begriff des "Isolationismus" soll im Sinne des amerikanischen Historikers Charles A. Beard verstanden werden, der ihn in seinem Buch "Amerikanische Außenpolitik 1932 - 1940" folgendermaßen definiert: "Rejection of membership in the League of Nations; non entanglement in the political controversies of Europe and Asia; nonintervention in the wars of those continents; neutrality, peace and defence for the United States through measures appropriate to those purposes; and the pursuit of a foreign policy friendly to all nations disposed to reciprocate. An isolationist may favor the promotion of good will and peace among nations by any and all measures compatible with non-entanglement in any association of nations empowered to designate "aggressors" and bring engines of sanction and coercion in to action against them". Charles A. Beard, American Foreign Policy in the Making, 1932-1940, New Haven 1947, p. 17, Anm. 2.

Auch der neue Präsident, der Demokrat Franklin Delano Roosevelt, hielt sich streng an dieses Programm. In den ersten Jahren seiner Amtsführung mußte Roosevelt versuchen, die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise zu beheben. Das "New Deal"-Programm des Präsidenten ließ keinen großen Spielraum für ein außenpolitisches Engagement. Die Aufgaben, die Innen- und Wirtschaftspolitik stellten, verlegten auch unter der Präsidentschaft Roosevelts den Brennpunkt politischer Aktivität nach innen.

Obwohl die Vereinigten Staaten die Stabilisierung der Weltlage erstrebten, trug die isolationistische Haltung nicht zu ihrer Verwirklichung bei. Denn dem gemeinsamen Völkerziel des Weltfriedens konnten die USA nur dann dienen, wenn sie sich aktiv an den Abrüstungsprogrammen und an den Maßnahmen für kollektive Sicherheit beteiligten. Die traditionelle isolationistische Haltung aber, die die Pläne zur Ächtung des Krieges und zur allgemeinen Abrüstung nur befürwortete, aber keine definitiven Verpflichtungen auf sich nahm, konnte nicht zur Verhütung eines Krieges führen. Die Vereinigten Staaten waren auf Grund ihrer Beteiligung am ersten Weltkrieg zu einer erstrangigen Weltmacht aufgestiegen, versäumten es aber, früh genug in das Weltgeschehen einzugreifen und die Erhaltung des Friedens zu fordern, obwohl sie als Großmacht Mittel, Macht und Verpflichtung dazu gehabt hätten. Roosevelt übernahm daher mit seiner politischen Haltung die einseitige politische Blickrichtung der Regierungen vor ihm.

2. Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz in London

Die isolationistische Haltung des Präsidenten Roosevelt wurde bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1933 für alle offenbar. Diese Konferenz setzte sich zum Ziel, eine Aufwertung der durch den Weltkrieg erschütterten Währungen zu erreichen. Roosevelt wandte sich jedoch gegen eine Stabilisierung des Dollars, die im Rahmen dieser Bemühungen

angestrebt wurde, da sie - wie er in einem Telegramm nach London erklärte¹⁾ - einer Abwertung des Dollars gleichkäme. Die Konferenz löste sich daraufhin auf; sie war der letzte Versuch, die Weltwirtschaft auf internationaler Basis zu festigen.²⁾

3. "Johnson Act"-Verbot von Krediten an Schuldernationen

Ein Jahr später zeigte sich die isolationistische Tendenz der Vereinigten Staaten im "Johnson Act", einem Gesetz, welches amerikanischen Finanzinstituten und Personen verbot, Geld an solche Regierungen zu leihen, die noch Kriegsschulden an die USA zu zahlen hatten und sich mit den Zahlungen im Rückstand befanden. Dieses Gesetz sollte weitere Anleihen an diejenigen Nationen verbieten, die bereits im ersten Weltkrieg solche Gelder gefordert und erhalten hatten.³⁾ Mit dieser dirigistischen Maßnahme wurde das "non-entanglement" der Regierung auch auf die Mittel der Privatwirtschaft übertragen.

4. "Nye-Ausschuß" und amerikanische Öffentlichkeit

Im Jahre 1934 wurde die öffentliche Meinung von den Untersuchungen und Ergebnissen des "Nye Committee" stark berührt. Der Untersuchungsausschuß, der von Senator Nye angeregt wurde, hatte die Aufgabe, die Tätigkeit der amerikanischen Munitionsindustrie während des ersten Weltkrieges zu untersuchen.

-
- 1) A Wireless to the London Conference, 3. Juli 1933, Public Papers, 1933, pp. 264 - 265.
 - 2) "The London Economic Conference of 1933 achieved very little, largely because of the refusal of Roosevelt to agree to any arrangement which would "peg" the dollar in international exchange owing to his recent devaluation of it ...", H.C. Allen, Great Britain and the United States, A History of Anglo-American Relations, (1783-1952), London 1954; p. 759. Die wörtliche Wiedergabe der Rede Roosevelts in der Aufzeichnung über die Pressekonferenz vom 5. Juli 1933 über die Londoner Wirtschaftskonferenz in Public Papers, 1933, pp. 267-270.
 - 3) Text des "Johnson Act", verabschiedet am 13. April 1934, in Documents of American History, ed. Henry S. Commager, New York, 1942, p. 471.

Aus dem Ergebnis folgerten die Isolationisten - und sie vergaßen nicht, dies auch der Öffentlichkeit gegenüber zu versichern -, daß Rüstungsindustrie und Hochfinanz für den Kriegseintritt der USA im ersten Weltkrieg verantwortlich gewesen wären.¹⁾ Die gesamte amerikanische Wirtschaft hatte zwar während des ersten Weltkrieges erheblichen Auftrieb erhalten, jedoch war es unrichtig, allein die amerikanische Finanz- und Wirtschaftswelt für den Kriegseintritt verantwortlich zu machen. Das Ergebnis des "Nye Komitees" beeinflusste die amerikanische Öffentlichkeit nachhaltig und rief unter der großen Masse der Amerikaner eine strikte Ablehnung gegenüber außenpolitischer Einmischung ihrer Regierung hervor.

5. Die Neutralitätsgesetzung, ein Sperriegel gegen außenpolitische Engagements

Die ungerechtfertigten Schlußfolgerungen führten überdies zu der lauten Forderung nach einer Neutralitätsgesetzgebung. Der Glaube der Öffentlichkeit, daß Gesetze den Frieden besser sichern würden, als der Präsident es tun konnte, fand zu Anfang des Jahres 1935 einen starken Niederschlag.

Außenminister Hull trat zu diesem Zeitpunkt für eine Gesetzgebung ein, die dem Präsidenten das Recht zuschreiben sollte, ein Waffenembargo über eine Angreifernation zu verhängen.²⁾ Er glaubte, durch diese Befugnis einen direkten Druck auf Angreifer und Friedensstörer ausüben und sie zum Frieden zwingen zu können. Diese Forderung, die der Exekutive größere Macht zugestanden hätte, wurde jedoch von den Isolationisten abgelehnt. Der Kongreß hatte nicht die Absicht, dem Präsidenten zu viele Machtbefugnisse in die Hände zu legen und forderte deutlich eine neutrale Haltung im Falle eines Krieges zwischen zwei Nationen.

1) U.S. Department of State, Peace and War: United States Foreign Policy, 1931-1947, Washington 1943, pp. 177 ff. cf. Allen, op. cit., p. 772

2) Cordell Hull, The Memoirs of Cordell Hull, 2 vols., New York 1948, vol. I, pp. 399 ff.

Die Mehrheit des amerikanischen Kongresses, insbesondere der Senat, trat sogar für eine Gesetzgebung ein, welche in Zukunft die v o l l e Neutralität der Vereinigten Staaten garantieren sollte. Wie Roosevelt wollten auch die isolationistischen und pazifistischen Strömungen im Kongreß eine Einmischung der Vereinigten Staaten in auswärtige Kriege verhindern, nur glaubten sie dies durch andere Mittel erreichen zu können.

Die Neutralitätsgesetze wurden im August 1935 mit großer Mehrheit verabschiedet, und Roosevelt, der sich in diesem Punkte nicht in voller Übereinkunft mit den Isolationisten wußte, unterzeichnete nach manchen Erwägungen. Das Neutralitätsgesetz verbot den Verkauf von Waffen und Munition an kriegführende Staaten und ihren Transport auf amerikanischen Schiffen, sobald der Präsident die offizielle Feststellung des Kriegszustandes getroffen hatte. Es gestand dem Präsidenten ferner das Recht zu, fremden Unterseebooten das Anlaufen amerikanischer Häfen und seinen eigenen Staatsbürgern das Reisen auf Schiffen kriegführender Nationen zu untersagen.¹⁾

Die Neutralitätsgesetzgebung trat zum ersten Mal zu Beginn des italienisch-abessinischen Krieges in Kraft. Roosevelt verhängte sofort das Waffenembargo über beide Länder. Es war offensichtlich, daß das Neutralitätsgesetz Abessinien zugute kam, denn das Land besaß weder Häfen noch Geld, um von den USA beliefert werden zu können. Italien aber, dem Schiffe, Geldmittel und Häfen in genügendem Maße zur Verfügung standen, hätte normalerweise seine Waffen- und Munitionslieferungen aus den USA beziehen können.

Wenige Monate später, im Februar 1936, wurde dasselbe Gesetz mit einigen Zusätzen neu bestätigt. Von nun an durften von amerikanischen Banken keine Anleihen an kriegführende Staaten mehr gewährt werden.²⁾

1) Public Papers, 1935, pp. 373 - 375.

2) ibid.

Im Frühjahr 1937, als das Neutralitätsgesetz dem Kongreß erneut zur Bestätigung vorlag, wurde ihm eine weitere Bestimmung hinzugefügt. Die "Cash and Carry"-Klausel schrieb vor, daß alle von kriegführenden Mächten in den USA gekauften Waren bar bezahlt und auf neutralen Schiffen oder auf Transportmitteln der Kriegführenden transportiert werden mußten.¹⁾ Diese Zusatzklausel sollte die Lieferung von Rohmaterialien, wie Öl, Gummi, Baumwolle, Kupfer und andere strategische Rohstoffe an kriegführende Länder erheblich erschweren.

Diese im Mai 1937 vom amerikanischen Kongreß neu überarbeiteten Neutralitätsgesetze sollten den Vereinigten Staaten unbedingte Neutralität garantieren und eine Intervention in außenpolitische Angelegenheiten und Konflikte vermeiden. Die Periode von 1935 bis 1937, in der die Neutralitätsgesetzgebung erlassen wurde, gilt allgemein als der Höhepunkt des Isolationismus in den Vereinigten Staaten seit dem ersten Weltkrieg. Die Neutralitätsgesetzgebung resultierte aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges und sollte in Zukunft eine amerikanische Intervention in auswärtige Kriege unmöglich machen.

6. Roosevelts Abkehr von der isolationistischen Politik

Präsident Roosevelt hatte sich von Anfang an gegen eine Neutralitätsgesetzgebung seines Landes gewandt, die ihm ein Eingreifen in zukünftige Konflikte verwehren sollte. Als er die Neutralitätsgesetze unterzeichnete, sprach er sich gegen die starren Verordnungen aus, die die Vereinigten Staaten eher in den Krieg treiben, als aus einem Konflikt heraushalten würden. Der Präsident unterstrich zwar das Nichteinmischungsprinzip, betonte aber, daß um der Sicherung des Weltfriedens willen eine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Regierungen wünschenswert sei.²⁾

-
- 1) Text des Neutralitätsgesetzes vom 1. Mai 1937 in Documents of American History, op. cit., pp. 558-562.
 - 2) "It is conceivable that situations may arise in which the wholly inflexible provisions of Section 1 of this Act might have exactly the opposite effect from that which was intended." Presidential Statement, 31. August 1935, Public Papers, 1935, p. 346.

Nachdem die totalitären Regierungen Italiens und Deutschlands im spanischen Bürgerkrieg im Jahre 1936 zu Gunsten Francos eingegriffen hatten, hielt es Roosevelt für angebracht, das amerikanische Volk vor einem übertriebenen Isolationismus zu warnen und machte ebenso, wie während der Unterzeichnung der Neutralitätsgesetze auf die "starren Verordnungen" der Gesetze aufmerksam. In seiner Rede in Chautauqua, New York, am 14. August 1936, betonte er ausdrücklich, daß die Vereinigten Staaten aus einem auswärtigen Konflikt herausgehalten werden müßten, machte aber auch auf die Gefahr einer zu einseitigen Blickrichtung aufmerksam:

"We are not isolationists except in so far as we seek to isolate ourselves completely from war. Yet we must remember that so long as war exists on earth there will be some danger that even the Nation which most ardently desires peace may be drawn into war."¹⁾

Roosevelt sah deutlich, daß die Neutralitätsgesetzgebung nicht allen weltpolitischen Ereignissen und Konflikten gerecht werde und nicht alle Möglichkeiten umfassen könne:

"No matter how well we are supported by neutrality legislation, we must remember that no laws can be provided to cover every contingency, for it is impossible to imagine how every future event may shape itself."²⁾

Präsident Roosevelt hatte zu Beginn seiner Amtszeit sowohl an dem politischen als auch wirtschaftlichen Isolationismus, der seit Ende des ersten Weltkriegs in den Vereinigten Staaten wieder vorherrschte, festgehalten. Diese Tendenz machte sich vor allem während der Weltwirtschaftskonferenz in London bemerkbar, bei der Zustimmung zum "Johnson Gesetz" und bei den verschiedenen Tarifen, die auf Importwaren erhoben wurden. In zahllosen Reden, die er seit seiner Präsidenten-

1) Rede Roosevelts am 14. August 1936 in Chautauqua, Public Papers, 1936, p. 288.

2) *ibid.*, p. 291.

schaft bis 1936 hielt, versicherte er, daß die Vereinigten Staaten aus einem Krieg herausgehalten werden müßten. Roosevelt distanzierte sich aber von dem Vorschlag des Kongresses, eine Neutralitätsgesetzgebung zu schaffen, die eine totale Isolierung des Landes zur Folge haben sollte. Roosevelt erkannte, daß die Neutralitätsgesetze die Handlungsfreiheit der Regierung in auswärtigen Angelegenheiten weitgehendst lähmten und die Vereinigten Staaten im Falle eines Konfliktes zur fruchtlosen Untätigkeit verurteilten. Diese Situation entstand während des italienisch-abessinischen Konfliktes und während des spanischen Bürgerkrieges, als die Neutralitätsgesetzgebung die Lieferung von Kriegsmaterial an eine von der amerikanischen Regierung begünstigte Partei verbot.

II. Wende in der amerikanischen Außenpolitik: Roosevelts Abkehr vom Isolationismus

Die Neutralitätsgesetze vom Jahre 1937 waren im Kongreß schon überarbeitet und vom Präsidenten unterzeichnet¹⁾, als die Japaner im Juli 1937 in China einfielen. Roosevelt zog es vor, den Kriegszustand, der offensichtlich zwischen den beiden Ländern entstanden war, nicht zu proklamieren. Der technische Vorwand für den Präsidenten war die Weigerung der Japaner, den Krieg offiziell zu erklären; der wahre Grund hauptsächlich der, daß das Inkrafttreten der Neutralitätsgesetze China mehr geschadet hätte als dem Aggressor Japan. China wurde zwar durch die Möglichkeit, das gesamte Kriegsmaterial einführen zu können, von der amerikanischen Regierung begünstigt, Japan aber deshalb nicht geschädigt, weil es besser auf den Krieg vorbereitet war als China und seine gut entwickelte Waffenindustrie fast autark war. Erst wenn die Neutralitätsgesetze ein Embargo auf Rohstoffe mit eingeschlossen hätten, wäre Japan stärker betroffen gewesen. In diesem speziellen Falle schienen die amerikanischen Handelsinteressen das Verlangen nach kollektiver Sicherheit um ein Vielfaches zu überwiegen. So unterblieb eine Pression Japans; die wohlgemeinten Maßnahmen führten keinen Frieden herbei.

Daß dies vom Präsidenten angestrebt war, zeigte die Folgezeit. Der Präsident sah sich auf Grund der Ereignisse gezwungen, dem amerikanischen Volk die Versäumnisse einer allzu großen Untätigkeit vor Augen zu führen. Er betonte, daß alle friedliebenden Nationen gemeinsam gegen die Gesetzeslosigkeit und Schreckensherrschaft expansiver und totalitärer Staaten handeln müßten, um die internationale Moral aufrechtzuerhalten. Mit diesen Gedanken, die Roosevelt in seiner sogenannten Quarantäne-Rede darlegte, schien sich eine neue

1) cf. oben p. 13

Richtung in der amerikanischen Außenpolitik anzubahnen, die sich von der Nichteinmischungspolitik ab- und einer Interventionspolitik zuwandte.

1. "Quarantäne-Rede" Roosevelts

In seiner "Quarantäne-Rede"¹⁾ in Chicago am 5. Oktober 1937, die an die Adresse Japans, aber auch die Hitlers gerichtet war, setzte sich Roosevelt zum ersten Mal mit voller Kraft für ein Eingreifen der amerikanischen Regierung in das Weltgeschehen ein. Er forderte die amerikanische Nation auf, im Bunde mit anderen friedliebenden demokratischen Nationen gegen die derzeitige internationale Anarchie vorzugehen.

"The peace-loving nations must make a concerted effort in opposition to those violations of treaties and those ignorings of human instincts which today are creating a state of international anarchy and instability from which there is no escape through mere isolation or neutrality".²⁾

Gerade die amerikanische Nation müsse dazu beitragen, die internationalen Abkommen und die internationale Moral wiederherzustellen.

"It is, therefore, a matter of vital interest and concern to the people of the United States that the sanctity of international treaties and the maintenance of international morality be restored."³⁾

Das implizierte von selbst, daß dies nicht durch eine Nichtbeachtung der Weltpolitik geschehen könne. Aber wie um eine Brüskierung der Öffentlichkeit zu vermeiden, betonte Roosevelt am Schluß seiner Rede ausdrücklich, er wolle mit dieser

-
- 1) Quarantäne-Rede genannt, weil Roosevelt in seiner Rede die Isolierung, die "Quarantäne", kranker Patienten forderte, um die Gemeinschaft vor einer Epidemie zu schützen, "When an epidemic of physical disease starts to spread, the community approves and joins in a quarantine of the patients in order to protect the health of the community against a spread of disease." Rede Roosevelts in Chicago, 5. Okt. 1937, Public Papers, 1937, pp. 406-411 .
cf. Waldemar Besson, Die politische Terminologie des Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 1, Tübingen, o.J., p. 121.
- 2) Public Papers, 1937, p. 408.
- 3) ibid., p. 409.

Aufforderung die Vereinigten Staaten keinesfalls in einen Krieg treiben. Gerade deshalb sei man aber zu Maßnahmen verpflichtet, die das Risiko einer Kriegsbeteiligung auf ein Minimum reduzieren würden.

"We are determined to keep out of war, yet we cannot insure ourselves against the disastrous effects of war and the dangers of involvement. We are adopting such measures as will minimize our risk of involvement, but we cannot have complete protection in a world of disorder in which confidence and security have broken down."¹⁾

Roosevelts Abkehr von der isolationistischen Haltung und Politik machte sich hier deutlich bemerkbar. Die Isolations- und Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten schien auf Grund seiner Forderungen endgültig beendet zu sein.

2. Reaktion von Öffentlichkeit und Kongreß.

Doch nur zögernd setzte Roosevelt seine Bemühungen fort, die von ihm im Oktober 1937 proklamierte Intervention der amerikanischen Nation in auswärtige Angelegenheiten durchzuführen. Das lag zum Teil daran, daß die plötzliche Schwenkung des Präsidenten in der amerikanischen Außenpolitik für die amerikanische Öffentlichkeit und für den Kongreß zu unerwartet kam. Roosevelts Rede rief sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern großen Protest hervor. Die amerikanische Nation war für eine derartig drastische Wende in der Außenpolitik der USA nicht vorbereitet und lehnte die Vorschläge Roosevelts zunächst ab.²⁾

¹⁾ *ibid.*, p. 411.

²⁾ "Mr. Roosevelt's address did in fact produce strong and countrywide protest, among Democrats as among Republicans, which serves well as evidence of the popular aversion to any programm of common action with other nations." William L. Langer and S. Everett Gleason, *The Challenge to Isolation, 1937-1940*, New York 1952, p. 19. Eine Meinungsumfrage im März 1938 ergab, daß 54 % der Befragten gegen eine Aufhebung der Neutralitätsgesetze waren, um den Präsidenten eine freiere Hand im Umgang mit auswärtigen Nationen zu geben. Nur 18 % stimmten dafür. H. Cantril and M. Strunk, *Public Opinion, 1935-1946*, Princeton 1951, p. 967.

Die negative Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit veranlaßte Roosevelt, seine angekündigten Forderungen zu mindern. Bereits auf der nach der "Quarantäne-Rede" folgenden Pressekonferenz am 5. Oktober 1937¹⁾ verweigerte der Präsident eine präzise Auskunft über die Verwirklichung und Ausführung seines Programms. Die Frage eines Journalisten, ob die Zusammenarbeit mit friedliebenden Nationen gegen Aggressorstaaten denn nicht einen Widerspruch gegen die Neutralitätsgesetze in sich trage²⁾, blieb unbeantwortet. Mit derselben abweisenden Haltung reagierte er, als das Problem angeschnitten wurde, ob das Programm der "Quarantäne-Rede" nicht wirtschaftliche Sanktionen zur Folge haben würde.³⁾

3. Die Konferenz von Brüssel

Diese Haltung gewann Entschiedenheit auf der Konferenz von Brüssel, auf der die Völkerbundsmächte im November 1937 über eine Einigung zwischen China und Japan beraten sollten. Roosevelt, der einen Monat zuvor in seiner "Quarantäne-Rede" die amerikanische Nation aufgefordert hatte, gegen Aggressorstaaten vorzugehen - er hatte damit vor allem Japan gemeint - zog sich plötzlich von seinen Forderungen zurück. Der amerikanische Abgeordnete Davis erhielt vom Präsidenten die strikte Anweisung, keine Verpflichtungen einzugehen und die amerikanische Regierung lediglich als Verhandlungsteilnehmer zu vertreten.

"Mr. Davis, of course, will enter the conference without any commitments on the part of this Government to other governments".⁴⁾

1) Aufzeichnungen der Pressekonferenz vom 5. Okt. 1937, Public Papers, 1937, pp. 414 - 425.

2) ibid. p. 424.

3) ibid. p. 423. Gemeint sind wirtschaftliche Sanktionen, die gegen den Aggressor verhängt werden sollen. Das hätte für die USA bedeutet, daß das Waffenembargo für den Angreifer aufgehoben würde. Diese Maßnahme hätte eine Revision der Neutralitätsgesetze zur Voraussetzung haben müssen.

4) Presidential Statement, 20. Okt. 1937, Public Papers, 1937, p. 463.

Die Konferenz von Brüssel wurde ohne Ergebnis vertagt. Die Teilnehmerstaaten einigten sich lediglich darüber, daß Japan der Verletzung des Neunmächteabkommens und des Pariser Vertrages für schuldig erklärt werden sollte. Präsident Roosevelt hatte somit seine Forderung nach "gemeinsamem Vorgehen gegen Aggressorstaaten"¹⁾ fallen gelassen und jegliche Verpflichtungen und Sanktionen gegenüber Japan abgelehnt.

Öffentlichkeit und Kongreß hatten ihren Einfluß bewiesen. Die Haltung der Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Brüssel wurde durch ihren Slogan unterstrichen: oberstes Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei die *n a t i o - n a l e* Sicherheit. Die Konferenz - der letzte Versuch, die kollektive Sicherheit herzustellen - konnte als Fiasko bezeichnet werden; die nationale Strömung der Nichteinmischung jedoch hatte einen neuen Erfolg zu verbuchen.

4. Erhöhung der Verteidigungskosten

Am 28. Januar 1938 schlug Präsident Roosevelt in einer Ansprache an den Kongreß¹⁾ eine Erhöhung der Verteidigungskosten vor, die den Vereinigten Staaten eine größere Sicherheit in der Verteidigung garantieren sollte. Er begründete seine Forderung mit der Feststellung, die amerikanische Nation müsse für die nationale Sicherheit sorgen, solange kein Übereinkommen in der Abrüstungsfrage getroffen sei.

"We, as a peaceful Nation, cannot and will not abandon active search for an agreement among the nations to limit armaments and aggression. But it is clear that until such agreement is reached - and I have not given up hope of it - we are compelled to think of our own national safety".³⁾

Deshalb legte Roosevelt dem Kongreß ein Sieben-Punkte-Programm vor, welches eine beträchtliche Erweiterung und

-
- 1) "The peace loving nations must make a concerted effort in opposition to those violations of treaties....,"
cf. p. 7
 - 2) Kongreßrede Roosevelts, 28. Januar 1938, Public Papers, 1938, pp. 68 - 71.
 - 3) *ibid.*, pp. 68 f.

Erneuerung des amerikanischen Heerwesens vorsah. Er versuchte, die Mitglieder des Kongresses davon zu überzeugen, daß die gegenwärtige Weltlage die Forderung nach nationaler Sicherheit der Vereinigten Staaten notwendig mache. Nationale Sicherheit bedeutete für Roosevelt jedoch nichts anderes als erhöhte Sicherung der Verteidigung durch den Ausbau der amerikanischen Streitkräfte.

Außer dem Ausbau der amerikanischen Marineeinheiten forderte er vor allem ein umfangreiches Programm für die Luftwaffe. Im November 1938 schlug der Präsident auf einer Militärkonferenz vor, 24 000 Flugzeuge jährlich herzustellen. Er bezweifelte aber, ob der Kongreß gewillt war, für dieses Programm die nötigen Geldmittel bereitzustellen.¹⁾

Die weltpolitischen Ereignisse des Jahres 1938 ließen die Forderungen des Präsidenten gerechtfertigt erscheinen. Die immer neuen Gebietsforderungen Hitlers hatten die internationale Lage sichtlich verschlechtert. Im März 1938 gliederte Hitler Österreich an, im September desselben Jahres bemächtigte er sich des Sudetenlandes. Die amerikanische Öffentlichkeit war von den Vorgängen und den Greueln des Naziregimes tief beeindruckt. Eine "Gallup Umfrage" ergab, daß 54 Prozent des amerikanischen Volkes bereit waren, im Kriegsfall Waffen und Munition nach England und Frankreich zu senden; 46 Prozent stimmten dagegen.²⁾

Trotz der Geschehnisse in Europa und Asien und der Stimmung in der Öffentlichkeit hielt sich Präsident Roosevelt im Jahre 1938 von aktiven außenpolitischen Engagements zurück; denn noch befürwortete die Mehrzahl des amerikanischen Volkes, vor allem die Mitglieder des Kongresses eine Politik der Nichteinmischung. Konnte er in dieser Richtung nicht vorstoßen, so versuchte er wenigstens die Produktion der Kriegswirtschaft in den Vereinigten Staaten voranzutreiben.³⁾ Sollte

1) Mark S. Watson, Chief of Staff, *Prewar Plans and Preparations*, Washington, 1950, p. 137.

2) Cantril-Strunk, op. cit., p. 1157.

3) "... the President was intent on two things: he wanted a huge number of planes, not only for defence of the nation and the hemisphere, but to impress and possibly deter Hitler; and he insisted on an immense expansion of output in order that the United States might supplement the insufficient production of Britain and France", Langer and Gleason, *The Challenge to Isolation*, op. cit., p. 38.

diese Maßnahme seinen interventionistischen Plänen dienen, so war dies des Präsidenten geheime Sache. In keiner Rede an die amerikanische Nation, in keiner Botschaft an den Kongreß, sprach Roosevelt im Jahre 1938 eine Forderung zum aktiven Eingreifen der amerikanischen Regierung in die Weltpolitik aus. Die neue Epoche in der amerikanischen Außenpolitik, die die "Quarantäne-Rede" vom Oktober 1937 angekündigt hatte, schien nur ein politisches Zwischenspiel gewesen zu sein. Das Jahr 1938 brachte keine Wende in der Konzeption der amerikanischen Außenpolitik. Die Regierung der Vereinigten Staaten hielt an der Politik der Nichteinmischung fest, obwohl die weltpolitische Lage sich zusehends verschlechterte und ein rasches und wirksames Eingreifen von seiten einer Großmacht erforderlich gewesen wäre.¹⁾

5. Kongreßrede Roosevelts vom 4. Januar 1939 -
erneuter Vorstoß des Präsidenten

Der Januar 1939 schien dem Präsidenten reif für einen erneuten Vorstoß. In seiner traditionellen Neujahrsansprache vor dem Kongreß forderte er konkret ein Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik:

"... the mere fact that we rightly decline to intervene with arms to prevent acts of aggression does not mean that we must act as if there were no aggression at all. Words may be futile, but war is not the only means of commanding a decent respect for the opinions of mankind. There are many methods short of war, but stronger and more effective than mere words, of bringing home to aggressor governments the

1) Der Friedensappell während der Münchener Krise an alle beteiligten Regierungen, und gesondert an Hitler allein, kann nicht als Maßnahme zum außenpolitischen Engagement gegen Hitler gewertet werden. Der Aufruf entbehrte jeglicher Drohung und man übernahm mit ihm keinerlei Verpflichtung.

aggregate sentiments of our own people".¹⁾

Nicht durch Krieg solle also eine Intervention stattfinden. Aber es gebe andere und wirksamere Mittel als bloße Worte, expansiven Regierungen die allgemeine Auffassung des amerikanischen Volkes klarzumachen. Das Kollektivempfinden entsprang, ähnlich wie im England des ersten Weltkrieges, der moralischen Entrüstung über die Angreifernation. Mit welchen Mitteln diese Volksmeinung jedoch einen Druck auf den Aggressor ausüben sollte, ging aus Roosevelts Rede nicht klar hervor. Einen Hinweis mochte sein Angriff auf die Neutralitätsgesetze geben. Seit ihrem Bestehen hätten sie die amerikanische Regierung zu außenpolitischer Untätigkeit verdammt, und im Falle ihrer Anwendung würden sie sich in ungerechter Weise auswirken, ja sogar eventuell dem Angreifer statt dem Angegriffenen zugute kommen.

"At the very least, we can and should avoid any action, or any lack of action, which will encourage, assist, or build up an aggressor. We have learned that when we deliberately try to legislate neutrality, our neutrality laws may operate unevenly and unfairly may actually give aid to an aggressor and deny it to the victim. The instinct of self-preservation should warn us that we ought not to let that happen any more".²⁾

Präsident Roosevelt, der schon in der "Quarantäne-Rede" im Oktober 1937 eine Einmischung der amerikanischen Regierung zugunsten der angegriffenen Nationen gefordert hatte, das Prinzip und die Politik der Einmischung auf Grund des Widerstandes der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses wieder fallen lassen mußte, drängte im Januar 1939 erneut auf eine aktive interventionistische Außenpolitik.

Dem Präsidenten ging es vor allem darum, die starren Vorschriften der Neutralitätsgesetzgebung zu lockern. Denn auf Grund der Neutralitätserlasse war es der amerikanischen Regierung unmöglich, zugunsten angegriffener Nationen einzugreifen. Sobald der Präsident den Kriegszustand zwischen zwei Nationen proklamierte, trat das Waffenembargo in Kraft, das

1) Rede Roosevelts vor dem Kongreß, 4. Januar 1939, Public Papers, 1939, p. 3.

2) *ibid.*, pp. 3 f.

den Vereinigten Staaten verbot, Waffen, Munition oder Kriegsgerät an die kriegführenden Länder abzugeben.

Roosevelt, der seit dem Erlass der Neutralitätsgesetze nur vorsichtig gegen deren Verordnungen angekämpft hatte, versuchte jetzt offen die Gesetze zu revidieren, um ein aktives und rasches Eingreifen in auswärtige Konflikte möglich zu machen.

Auf einer Pressekonferenz wiederholte er am 7. März 1939 noch einmal seine Ansicht, daß die Neutralitätsgesetze die Vereinigten Staaten macht-potentiell geschwächt und nicht dazu beigetragen hätten, den Frieden in der Welt zu erhalten.¹⁾

In einer Kongreßrede im Juli 1939 ging der Präsident sogar soweit, die Forderung nach Revision der Neutralitätsgesetze mit konkreten Vorschlägen zu begleiten. Im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Vereinigten Staaten sollte das Waffenembargo aufgehoben werden.²⁾

Trotz wiederholter Versuche gelang es dem Präsidenten jedoch nicht sogleich, die Neutralitätsgesetze zu mildern. Erst mit dem Kriegsausbruch in Europa sollte Roosevelt mit seinen wiederholten Forderungen vor dem Kongreß Erfolg haben. Nicht mehr reine Ablehnung begegnete ihm, wenn er ausführte, daß die Wahrscheinlichkeit, den Frieden für die Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, bei der Aufhebung des Embargos größer sei, als wenn das Gesetz in seiner jetzigen Form bestehen bliebe.³⁾

1) Pressekonferenz vom 7. März 1939, Public Papers, 1939, p. 155.

2) Roosevelt vor dem Kongreß, 14. Juli 1939, *ibid.*, pp. 381 - 387.

3) "I ask it because they (neutrality laws) are in my opinion most vitally dangerous to American neutrality, American security, and American peace", Roosevelt vor dem Kongreß, 21. September 1939, *ibid.*, p. 516.

III. Die Periode der "Wohltwillenden Neutralität"

1. Die Aufhebung des Waffenembargos

Weil im amerikanischen Volk das Kollektivempfinden der moralischen Entrüstung vorhanden war, sympathisierte zu Beginn des europäischen Krieges eine große Anzahl der amerikanischen Bürger mit Großbritannien und Frankreich; sie wandten sich jedoch strikt gegen eine direkte Intervention der Vereinigten Staaten zu Gunsten der beiden demokratischen Länder.¹⁾ Roosevelt mußte deshalb sehr vorsichtig vorgehen, um die amerikanische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Waffenembargo aufzuheben - eine Maßnahme, welche den "Alliierten" England und Frankreich zu Gute kommen sollte.²⁾ Der Präsident machte sich deshalb die zu Beginn des II. Weltkrieges entstandene Konzeption der nationalen Sicherheit zu eigen, welche besagte, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Westlichen Hemisphäre (Mittel- und Südamerika) auf dem Überleben Frankreichs und Englands beruhe. Diese politische Einstellung, welche die Außen- und Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten nach Ausbruch des Weltkrieges weitgehend bestimmte, wurde von Roosevelt geschickt zur Begründung der Änderung der Neutralitätsgesetze und damit zur Aufhebung des in den Neutralitätsgesetzen verankerten Waffenembargos verwandt.

-
- 1) "The overwhelming majority of the American People favored neutrality". Samuel Flagg Bemis, A Diplomatic History of the United States, New York 1950, p. 836 f. cf. Cantril-Strunk, op. cit., p. 968: 84 % der befragten Bevölkerung wandte sich gegen eine militärische Intervention der USA, 16 % stimmten dafür.
 - 2) "The problem which confronted Roosevelt was how to persuade the nation, which was still strongly isolationist, to accept the measures which were essential for the security of the United States. Foremost among these were measures which would enable Britain and France to obtain arms from the United States, from which they were debarred by the provisions of the Neutrality Act." Arnold Toynbee, ed. The Initial Triumph of the Axis, Survey of International Affairs, 1939 - 1946, vol. 4, 1958, p. 443.

Die hitzigen Debatten über die Änderung des Neutralitätsgesetzes in den beiden Häusern des Kongresses zeigten deutlich die Kluft zwischen den Konzeptionen der Isolationisten und denen der Interventionisten. Das Ziel beider Richtungen schien nach außen hin dasselbe, nämlich die Vereinigten Staaten von einer Beteiligung am Krieg zurückzuhalten. Die Sprecher der Isolationisten betonten fortwährend, daß nur ein Festhalten an der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung eine echte Neutralität der Vereinigten Staaten und damit den Frieden garantieren würde, während die Interventionisten unter der Führung Roosevelts die Änderung der Gesetzgebung und die daraus resultierende Aufhebung des Waffenembargos für die Sicherheit und die Erhaltung des Friedens für erforderlich hielten.¹⁾

Die Frage, ob das Neutralitätsgesetz in seiner bisherigen Form beibehalten oder ob die Klausel des Waffenembargos aufgehoben werden sollte, wurde zugunsten des letzteren entschieden. Der Kongreß stimmte mit 55 gegen 24 Stimmen im Senat und 243 gegen 172 im Repräsentantenhaus für eine Revision des Neutralitätsgesetzes und damit für eine Aufhebung des Waffenembargos.²⁾ War unter dem bisherigen Neutralitätsgesetz eine Ausfuhr von Waffen an kriegführende Staaten unmöglich, so konnten nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes am 4. November 1939 Waffen und Kriegsmaterial unter der "Cash and Carry-Klausel"³⁾ an kriegführende Nationen geliefert werden.

Präsident Roosevelt hatte nach langen und heftigen Auseinandersetzungen mit den Isolationisten erreicht, daß das

-
- 1) Beard, American Policy in the Making, op. cit., behandelt in Kapitel IX: "Neutrality, Peace, and Non-Intervention Reaffirmed in 1939" ausführlich die Debatten in beiden Häusern des Kongresses. Er zieht in diesem Kapitel auf Grund der Rede-Taktik Roosevelts das Fazit, daß der Präsident das amerikanische Volk mit seinen Verprechungen, er werde die Vereinigten Staaten vor einer Kriegsbeteiligung bewahren, grob getäuscht hätte.
 - 2) Documents on American Foreign Relations 1939, vol. II, July 1939 - June 1940, pp. 656 - 671.
 - 3) Die "Cash and Carry-Klausel" (cf. oben S. 13) die im Frühjahr 1937 als Zusatzbestimmung zu dem ursprünglichen Neutralitätsgesetz hinzugeführt worden war, war am 1. Mai 1939 nach der Erneuerung des Neutralitätsgesetzes wieder außer Kraft gesetzt worden.

bisherige Neutralitätsgesetz, welches die Vereinigten Staaten zur Neutralität und Nichteinmischung verdammt, zu Gunsten der Alliierten revidiert wurde. Daß der Kongreß den Forderungen Roosevelts schließlich zustimmte, zeigte, daß auch er sich die Unterstützung der europäischen Demokratien zum Ziel gesetzt hatte. Unter dem neuen Gesetz vom November 1939 waren Großbritannien und Frankreich in der Lage, von den Vereinigten Staaten soviel Kriegsmaterial zu kaufen, wie sie in bar bezahlen und auf ihren eigenen Schiffen transportieren konnten.

Die Aufhebung des Waffenembargos stellte den ersten Schritt zur Aufgabe der amerikanischen Neutralität dar. Noch griffen die Vereinigten Staaten nicht aktiv in das Kriegsgeschehen ein. Amerikanische Schiffe durften nach dem neuen Neutralitätsgesetz keine Waffen an kriegsführende Nationen liefern. Die Neutralität der USA war jedoch zu einer *w o h l - w o l l e n d e n* Neutralität geworden, die die demokratischen kriegsführenden Länder in Europa begünstigte. Schritt für Schritt wußte sich Roosevelt gegen die Isolationisten durchzusetzen, um eine aktivere Unterstützung für die amerikanischen Freunde in Europa zu erreichen.

2. Forderung nach materieller Hilfe für die westlichen Demokratien

Um seinen Erfolg vor dem Kongreß zu sichern, blieb Roosevelt ein weiterer Schritt zu tun, er mußte mit erhöhtem Druck fortfahren, die traditionelle isolationistische Haltung im amerikanischen Volk zu bekämpfen, um sie schließlich zu durchbrechen. Die Neujahrsbotschaft an den Kongreß bot dazu erneut Gelegenheit.

Roosevelt machte auf die Gefahr aufmerksam, die den Vereinigten Staaten von seiten des aggressiven Hitler-Deutschland drohten, und warnte davor, diese mit einer abgekehrten, selbstzufriedenen Haltung zu beantworten:

"... there are those who wishfully insist, in innocence or ignorance, or both, that the United States of America as a selfcontained unit can live happily and prosperously, its future secure, inside a high wall of isolation while, outside, the rest of civilization and the commerce and the culture of mankind are shattered."¹⁾

In weiteren zahlreichen Radioansprachen und "Kaminfeuerreden"²⁾ versuchte der Präsident in den Anfangsmonaten des Jahres 1940, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß ein rascher Ausbau der amerikanischen Streitkräfte für die Verteidigung und Erhaltung der nationalen Sicherheit unbedingt erforderlich sei.

"Our ideal ... our objective is still peace ... nevertheless, we stand ready not only to spend millions for defence but to give our service and even our lives for the maintenance of our American liberties."³⁾

Die Lage wurde umso dringlicher, als Hitlers Blitzfeldzüge Roosevelt und seinen Staatsmännern keine Zweifel mehr ließen, daß Großbritannien nach dem Verlust der riesigen Materialmassen bei Dünkirchen und Frankreich, dessen Schicksal fast besiegelt war, nur dann durchhalten könnten, wenn die Vereinigten Staaten praktische Hilfe leisteten.

Darüber, daß diese Hilfe nicht Menschen- sondern Kriegsmaterial hieß, bestanden keine Zweifel. Aber Roosevelt sah deutlich, daß die unter dem revidierten Neutralitätsgesetz geöffneten Mittel und Wege nicht ausreichten und sann deshalb unablässig auf einen Weg schnellerer, zuverlässigerer und erhöhter Hilfe.

-
- 1) Rede Roosevelts vor dem Kongreß, 3. Januar 1940, Public Papers, 1940, p. 2.
 - 2) Kaminfeuerreden ("Fireside Chats"): Ansprachen an die Öffentlichkeit im Plauderton. cf. Diss. von Günther Morgenstern, Die "Fireside Chats" Franklin D. Roosevelts als politisch-publizistisches Führungsmittel, Freiburg 1959.
 - 3) Rede Roosevelts vor dem Kongreß, 16. Mai 1940, Public Papers, 1940, p. 204.

Neben seinen allgemeinen Ermahnungen, die Amerikaner möchten es nicht zulassen, daß die Vereinigten Staaten zu einer Insel in einer von der Lehre der Gewalt beherrschten Welt würden, drängte er deshalb am 10. Juni in einer Rede in Charlottesville auf die Erweiterung der amerikanischen Hilfe für die westlichen Demokratien:

"In our American unity, we will pursue two obvious and simultaneous courses; we will extend to the opponents of force the material resources of this nation; and, at the same time, we will harness and speed up the use of those resources in order that we ourselves in the Americas may have equipment and training equal to the task of any emergency and every defense."¹⁾

Die Rede des Präsidenten in Charlottesville stellte die neue Position der amerikanischen Regierung hinsichtlich des europäischen Krieges deutlich heraus. Obwohl Roosevelt nicht den Wunsch hatte, Amerika in den Krieg zu führen, war er doch bereit, für die europäischen Demokratien bis an den Rand der Neutralität zu geben. Die Aufforderung des Präsidenten an die Nation, "material resources" für die kriegführenden Demokratien zu mobilisieren, erwies sich als ein weiterer Schritt zur Aufgabe der amerikanischen Neutralität. Waren die Vereinigten Staaten seit der Aufhebung des Waffenembargos im November 1939 in den Status einer "wohlwollenden Neutralität" eingetreten, so sollten sie nach der Aufforderung Roosevelts am 10. Juni 1940 und deren Durchführung die Rolle als nicht kriegsführende, aber doch alliierte Nation (non-belligerent) antreten.²⁾ Der Weg einer alliierten Nation, die sich noch nicht im Kriege befand, bis zum tatsächlichen Kriegseintritt war im Falle der Vereinigten Staaten nicht sehr weit und beschwerlich.

2) "Roosevelt's declaration of policy on June 10 was rightly interpreted by many commentators as marking a new phase in the relation of the United States. It marked the first step in the nation's passage from a position of benevolent neutrality to one of serving as non-belligerent ally of the countries still resisting Axis aggression. She had embarked on the path which was to lead her slowly but inevitably into full belligerency ...", Toynbee, *The Initial Triumph of the Axis*, op. cit., p. 474

1) Rede Roosevelts in Charlottesville, 10. Juni 1940, *Public Papers*, 1940, p. 264.

IV. Die Vereinigten Staaten als "Non-Belligerent Ally".

1. Zerstörerabkommen mit Großbritannien

Die militärische Lage zu Beginn des Jahre 1940 hatte Großbritannien in größte Schwierigkeiten gebracht. Der britischen Rüstungsindustrie mangelte es an Rohstoffen, der Marine an Zerstörern, der Luftwaffe an Flugzeugen.¹⁾ Aus diesen Grunde bat Churchill Roosevelt in einem persönlichen Brief um 40 bis 50 Zerstörer, um Flugzeuge, um Munition und um Rohmaterial.²⁾ So führten im Sommer 1940 Verhandlungen mit England zu einem Abkommen, auf Grund dessen die Vereinigten Staaten 50 alte Zerstörer an Großbritannien liefern sollten. Als Gegengabe waren die Engländer verpflichtet, den USA Flottenstützpunkte in Neufundland, auf Jamaika, Trinidad und anderen Inseln einzuräumen. Nach langen Verhandlungen und nach heftigen Debatten im Kabinett Roosevelts kam der Vertrag am 2. September 1940 zustande.³⁾

Die Übergabe von Zerstörern und Waffen widersprach eindeutig den Satzungen des Völkerrechts, nach denen die Übertragung von Kriegsmaterial aus dem Besitz der Wehrmacht eines neutralen Landes an eine kriegführende Nation als nicht neutrale Handlungsweise galt. Auch Paragraph 14 des Nationalen Verteidigungsgesetzes vom 28. Juni 1940 enthielt die Bestimmung, daß kein Material der amerikanischen Streitkräfte einer fremden Macht überlassen werden durfte, außer wenn der Oberbefehlshaber der Marine und Militärstreitkräfte die Versicherung abgab, daß der Gebrauch der Waffen für die Verteidigung der Vereinigten Staaten nicht von Wichtigkeit sei.⁴⁾ Präsident Roosevelt umging diese Anweisung des Gesetzes geschickt, indem er sich vom Obersten Bundesrichter bestätigen

1) H. Duncan Hall and C.C. Wrigley, Studies of Overseas Supply, London 1957, pp. 3 f.

2) Winston Spencer Churchill, The Second World War, vol. II, Their Finest Hour, London, Toronto etc. 1949, p. 23.

3) Das Problem des Zerstörerabkommens aufgezeichnet bei Langer and Gleason, The Challenge to Isolation, op. cit. Kapitel XXII: The Destroyer Deal, pp. 742 - 776.

4) Toynbee, The Initial Triumph of the Axis, op. cit., p. 497.

ließ, daß eine Transaktion der Zerstörer die Verteidigung der Vereinigten Staaten gewährleisten würde. Außerdem bestätigte ihm der Attorney General, daß der Präsident verfassungsrechtlich berechtigt sei, die Transaktion ohne Ratifikation des Senates durchzuführen.¹⁾

Mit dem Zerstörerabkommen machte Roosevelt seine Forderung von Charlottesville wahr. Aber die Übergabe der Kriegsschiffe an England stellte eine scharfe Abweichung von der amerikanischen Neutralität dar.²⁾ Die Rolle eines "non-belligerent ally" war mit diesem Schritt volle Wirklichkeit geworden. In Zukunft stellte die amerikanische Regierung die Forderung nach größeren Hilfeleistungen, die dann schließlich im Leih- und Pacht-Abkommen gipfeln sollten. Von dieser Maßnahme war es ein kleiner Weg zur direkten Intervention der Vereinigten Staaten in den Krieg.

2. Die Situation während des Wahlkampfes im Sommer 1940

Die Plattformen der beiden Parteien, die auf den Parteikonventionen der republikanischen Partei im Juni und der demokratischen Partei im Juli 1940 verlesen wurden, unterschieden sich kaum in ihrer außenpolitischen Konzeption. Die isolationistische Tendenz innerhalb der republikanischen Partei hatte einer liberaleren Auffassung Platz gemacht. Beide Parteien setzten sich für ein Fernbleiben der USA aus dem Krieg ein, beide waren sich aber einig, daß Großbritannien im Kampf gegen Hitler-Deutschland unbedingt unterstützt werden müsse. Diese gemeinsame Auffassung, die für die nächsten Monate zu einer Annäherung in außenpolitischen Fragen führte, sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein.

-
- 1) Text der Erklärung des Obersten Bundesrichters, 27. August 1940, Documents on American Foreign Relations. vol. III. pp. 207 - 214.
 - 2) "The United States had obviously abandoned neutrality and, though Americans refused to recognize the new-fangled Fascist term "non belligerency", had entered upon a status of "limited war"." Tanager and Gleason, The Challenge to Isolation, op. cit., p. 775.

Bereits im Oktober klagte der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Wendell Wilkie, auf Betreiben der republikanischen Partei, Roosevelt als Kriegstreiber an. Diese Attacke seitens der Republikaner entfachte die öffentliche Meinung wieder stärker gegen Roosevelt, der seinerseits auf Anraten der demokratischen Partei in seinen Wahlkampfreden versicherte, daß er die Vereinigten Staaten unbedingt aus dem Kriege heraushalten wolle.¹⁾

"Your President and your Secretary of State are following the road to peace ... We are arming ourselves not for any purpose of conquest or intervention in foreign disputes".²⁾

Am 30. Oktober gab er auf einer Wahlrede in Boston dem amerikanischen Volk sogar das Versprechen, daß er niemals amerikanische Soldaten für fremde Mächte in den Krieg schicken werde:

".... I shall say it again and again and again: your boys are not going to be sent into any foreign wars."³⁾

Diese zurückhaltende Einstellung Roosevelts entsprach weder der politischen Realität noch seiner wahren Konzeption. Aus genauer Kenntnis der Abneigung des amerikanischen Volkes gegen aktive Teilnahme am Krieg gab der Präsident seit Juni und verstärkt seit der Attacke Willkies bis zu seiner Wahl im November immer wieder die Versicherung ab, daß er sein Land niemals in den Krieg führen werde. Roosevelt mußte sich jedoch damals schon vollkommen klar darüber gewesen sein, daß die Neutralität der USA durch seine Pläne nach verstärkten militärischen Hilfeleistungen zu einer

-
- 1)"Roosevelt was bombarded with letters from all over the country, as well as with urgent pleas from Democratic Headquarters begging him to assure American mothers that their boys would not be sacrificed in foreign wars. If he did not do this, his supporters said, the Democrats would lose the election", Toynbee, *The Initial Triumph of the Axis*, op. cit., p. 504.
 - 2) Rede Roosevelts in Philadelphia, 23. Oktober 1940, *Public Papers*, 1940, p. 495.
 - 3) Rede Roosevelts in Boston, 30. Oktober 1940, *Public Papers*, 1940, p. 517.

Scheinneutralität wurde. Wollte er seine Forderungen durchsetzen, mußte er um die Konsequenzen wissen, die sie nach sich ziehen würden. Und dann war die Beschwichtigung des amerikanischen Volkes lediglich eine wahltaktische Maßnahme.¹⁾

3. Pläne des Kabinetts

Nach seinem Wahlsieg im November 1940 konnte Roosevelt offener an die Verwirklichung seines Programms gehen. Großbritannien benötigte dringend Hilfe. Sein Guthaben, welches sich vor dem Krieg auf viereinhalb Milliarden Dollar belaufen hatte, war beinahe erschöpft.²⁾ Ohne Dollars, ohne Barzahlung blockierte jedoch die Cash-and-Carry-Klausel jeden Kauf von Waren und Kriegsmaterial. Die Lage erforderte dringend konkrete Schritte zur Unterstützung der Regierung in London.

Roosevelt stand in seinem Bemühen nicht allein. Mit ihm arbeitete ein Stab, in dem sich seit dem Sommer 1940 auch die Republikaner Stimson (Kriegsminister) und Knox (Marineminister) befanden. Um Großbritannien von seinen derzeitigen Schwierigkeiten zu befreien, regte Finanzminister Morgenthau den Plan an, einen Teil der amerikanischen Flugzeugproduktion an England abzugeben.³⁾ Der Präsident stimmte am 8. November dem Plan zu, daß fünfzig Prozent aller Munitions- und Flugzeugproduktionen, worunter sogar die neuesten Bombertypen fielen, an England geliefert werden sollten.

-
- 1) Der Historiker Charles Beard charakterisiert Roosevelts Verhalten während des Wahlkampfes folgendermaßen:
"President Roosevelt's declaration on foreign policy and war after the opening of the campaign session were in some respects framed to meet Mr. Willkie's charges that he was taking the country on the road to war-charges that grew more and more explicit and more vehement as the election drew nearer ... The President adhered strictly to his old line of defence, neutrality, and peace for the United States". Beard, American Foreign Policy in the Making, op. cit., pp. 265 f.
- 2) Allen, op. cit., p. 808.
- 3) Langer and Gleason, The Undeclared War, 1940-1941, New York 1953, p. 216; in Kapitel VIII des zitierten Buches gehen die Verfasser ausführlich auf die Ursprünge des Leih- und Pacht-Gedankens ein.

Diese Regelung, als "rule of thumb" bezeichnet, wurde am nächsten Tag der Öffentlichkeit unterbreitet.¹⁾

Noch lebensnotwendiger für Großbritannien waren Frachtschiffe. Durch die vielen Versenkungen von Frachtern durch deutsche Unterseeboote war die Nahrungsmittelzufuhr nach England gefährdet. Der Leiter der "British Purchasing Commission", Purvis, bat den Präsidenten am 8. November in einer Unterredung, amerikanische Frachtschiffe an England abzugeben. Darauf warf Roosevelt die Frage auf, ob es für die Vereinigten Staaten nicht möglich sei, Frachtschiffe zu bauen und sie an England zu v e r p a c h t e n .²⁾

Eine Diskussion über die Lieferung amerikanischer Frachtschiffe und Flugzeuge an England hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt keine Aussicht auf Erfolg. Der amerikanische Oberste Gerichtshof lehnte jegliche Zugeständnisse in Bezug auf die Waffenlieferungen nach England mit der Begründung ab, nur der Kongreß sei Verwalter des amerikanischen Eigentums, und nur er könne darüber verfügen.³⁾

Eine neue Initiative, England nach allen Kräften zu unterstützen, ging von General Marshall, Stimson und Admiral Stark aus, die das sogenannte "Plan Dog Memorandum" ausarbeiteten und dem Präsidenten vorlegten.⁴⁾ Das Memorandum enthielt die Feststellung, militärische Maßnahmen seien unerläßlich, um England vor einer militärischen Niederlage zu retten. Stark befürwortete diese sogenannte "National Defense Policy" folgendermaßen:

1) Pressekonferenz, 8. November 1940, Public Papers, 1940, p. 563; cf. Watson, Chief of Staff, Pre-War Plans and Preparations, op. cit., p. 308

2) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 217.

3) ibid., pp. 218 f.

4) "Plan Dog Memorandum" ausführlich bei Watson, op. cit., pp. 119 ff.; Cf. Robert Sherwood, Roosevelt and Hopkins, New York, 1948, pp. 271 ff.

"I believe that the continued existence of the British Empire, combined with the building up a strong protection in our home areas, will do most to assure the status quo in the Western Hemisphere, and to promote our principal national interests... I also believe that Great Britain requires from us very great help in the Atlantic, and possibly even on the continents of Europe and of Africa, if she is to be enabled to survive".¹⁾

Der Präsident jedoch verhielt sich dem Memorandum gegenüber zurückhaltend und gab keine eindeutige Erklärung für das "Nationale Verteidigungsprogramm" ab. Roosevelt vermied in diesen ersten Wochen nach der Wahl eine klare Entscheidung für Großbritannien, obwohl sein Kabinett und auch ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung über die indifferente Haltung Roosevelts in Bezug auf die Englandhilfe enttäuscht waren.²⁾

4. Brief Churchills und karibische Ferienreise Roosevelts

Die unzufriedene Haltung dieser Kreise verstärkte sich, als Roosevelt sich am 3. Dezember 1940 auf eine Ferienreise in das Karibische Meer begab. Amerikanische, aber auch vor allem britische Beamte und Beobachter waren bestürzt. Sie nahmen an, Roosevelt wolle sich sichtbar von den Fragen des europäischen Krieges distanzieren und sein Desinteresse am Welt- und Kriegsgeschehen demonstrieren. Sie befürchteten vor allem, daß er der Englandfrage und den großen Schwierig-

1) Zitiert nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 222.

2) "... there was certainly a widespread conviction that much more could and should be done to save Britain by action short of war", Langer und Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 223.

Die Bereitwilligkeit der amerikanischen Öffentlichkeit, England mit Kriegsmaterial zu unterstützen, machte sich bei einer Meinungsumfrage im November 1940 bemerkbar: 41 % der amerikanischen Bevölkerung stimmte für Kriegs- und Waffenlieferungen, niemals sollten aber amerikanische Soldaten zu Gunsten Englands eingreifen. 15 % stimmten für Waffenlieferungen und, wenn erforderlich, auch für das Eingreifen amerikanischer Soldaten. 30 % der Befragten forderten, daß Großbritannien wie bisher seine Waren sofort bezahlt. Cantril-Strunk, op. cit., pp. 1160 f.

keiten, in die das Commonwealth durch die Kriegslage geraten war, keine Wichtigkeit beimesse.

Am 9. Dezember 1940 erhielt Roosevelt daher einen Brief von Churchill, der die kritische Situation, in der sich England damals befand, offen darstellte.¹⁾ Churchill entwarf ein ausführliches Bild der Kriegslage in Europa und entwickelte einen Plan zur Niederringung der Achsenmächte.

"If, as I believe, you are convinced, Mr. President, that the defeat of the Nazi and Fascist tyranny is a matter of high consequence to the people of the United States and to the Western Hemisphere, you will regard this letter not as an appeal for aid, but as a statement of the minimum action necessary to achieve our common purpose.²⁾

Ferner erwähnte er die Knappheit an Schiffsraum und die Gefahren der U-Boot-Blockade und bat um Übersendung von Zerstörern. Er erläuterte die finanzielle Lage Englands und betonte, daß England nicht mehr imstande sein werde, für seine Waffenlieferungen zahlen zu können, da die englischen Auslandsguthaben erschöpft seien. Churchill gab am Schluß des Dokuments zum Ausdruck, daß er auf die Unterstützung der USA hoffe, um Englands dringendem Mangel an Kriegsmaterial abzuhelpen.

Roosevelt hatte auf seiner Seereise noch einige Tage Zeit, um sich intensiv mit dem Brief Churchills und seinen Problemen zu befassen. Dieser stellte wohl hohe Forderungen, machte aber keine Vorschläge, wie Präsident Roosevelt diese im Kongreß und im amerikanischen Volk durchsetzen sollte.

Roosevelts Reaktion zeigte, daß der amerikanische Präsident sich nicht auf die Ferienreise begeben hatte, um Indifferenz zu bekunden. Der englische Premier hatte in seinem Brief eine große Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe als "Geschenk oder L e i h g a b e"³⁾ gefordert und damit bewußt oder unbewußt Roosevelts Gedanken vom 8. November⁴⁾ aufgegriffen.

1) Brief vom 8. Dezember 1940, Winston S. Churchill, *Their Finest Hour*, op. cit., pp. 494 - 501.

2) *ibid.*, p. 501.

3) *ibid.*, p. 498; Sperrung vom Verfasser.

4) cf. oben p. 34

Der Brief Churchills gab praktisch die letzte Anregung zur Idee der Verpachtung oder Verleihung bestimmter Güter.

Hopkins, ein enger Mitarbeiter Roosevelts, berichtet, wie der Präsident eines Abends, nach Eingang des Briefes von Churchill, das ganze Leih- und-Pacht-Schema, das zuerst "lend - spend", dann "lease - lend" und zuletzt "lend - lease" genannt wurde, fixierte. Hauptthema und Grundidee des Leihschemas waren, ohne Berechnung Munition und sonstiges Kriegsmaterial an England und die übrigen gegen die Achsenmächte kämpfenden Nationen zu liefern.

"Then, one evening, he suddenly came out with it - the whole program. He didn't seem to have any clear idea how it could be done legally. But there wasn't a doubt in his mind that he'd find a way to do it."¹⁾

5. Erste Skizzen des Leih- und Pachtgedankens.
"Gartenschlauchrede".

Nach seiner Rückkehr von der karibischen Seereise hielt Roosevelt am 17. Dezember in Washington eine Pressekonferenz ab und skizzierte die Grundsätze des Leih- und Pachtsystems. Er verlangte jetzt, daß England mit äußersten Kräften unterstützt werde.

"We should do everything to help the British Empire to defend itself ... I have been exploring other methods of continuing the building up of our productive facilities and continuing automatically the flow of munitions to Great Britain ... it may still prove true that the best defense of Great Britain is the best defense of the United States, and therefore that these materials would be more useful for the defense of the United States if they were used in Great Britain, than if they were kept in storage here".²⁾

Um das Leih - und Pachtssystem vor der Öffentlichkeit zu erläutern, bediente sich Roosevelt eines Vergleichs mit einem Mann, der beim Brand des Nachbarhauses dem Nachbarn seinen

1) Robert Sherwood, op. cit., p. 224.

2) Pressekonferenz in Washington, 17. Dezember 1940, Public Papers, 1940, pp. 604/606/607.

Gartenschlauch leiht:

"Suppose my neighbor's home catches fire, and I have a length of garden hose four or five hundred feet away. If he can take my garden hose and connect it up with his hydrant, I may help him to put out his fire. Now, what do I do? I don't say to him before that operation "Neighbor, my garden hose cost me 15 dollars; you have to pay me 15 dollars for it."¹⁾

Roosevelt versicherte, das Leih- und Pachtsystem sei jedoch keineswegs Anlaß für eine aktive Beteiligung der USA am Krieg. Allerdings habe es zur Voraussetzung, daß die Neutralitätsgesetze aufgehoben werden müßten. Er sagte zu, er werde dieses Programm der Hilfeleistungen in Bälde vor den Kongreß bringen, damit dort alle Unklarheiten besprochen und alle schwebenden Fragen erledigt werden könnten.

Nachdem Roosevelt seine Idee der Öffentlichkeit vorgetragen hatte, befaßten sich die Minister Stimson und Knox, General Marshall und Admiral Stark mit der praktischen Durchführung des Leih- und Pachtgedankens. Die dringlichste Forderung war, genügend Waffenmaterial sowohl für die Hilfe an England als auch für die Verteidigung der Vereinigten Staaten selber herzustellen. Ebenso mußte man Mittel und Wege finden, den Transport von Kriegsmaterial nach England zu sichern.²⁾ Stimson arbeitete einen Plan aus, der diese Probleme möglichst schnell lösen sollte und schuf eine Organisation für Produktionsverwaltung, "Office of Production Management", welche die unzulängliche "Advisory Commission" ersetzen und ein gänzlich neues Verteidigungsprogramm aufbauen sollte.³⁾ Der Präsident erklärte sich mit dieser neuen Organisation einverstanden, lehnte aber - aus Rücksicht auf Öffentlichkeit und Kongreß - die Forderung von Stimson und Knox ab, amerikanische Kriegsschiffe zum Schutz der "Lend-Lease"-Lieferungen nach England einzusetzen.⁴⁾

1) Pressekonferenz in Washington, 17. Dezember 1940; Public Papers, 1940, p. 607.

2) Henry Stimson and McGeorge Bundy, On Active Service in Peace and War, New York 1947, pp. 366 f.

3) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 243.

4) Stimson and Bundy, op. cit., p. 367.

V. Der Kampf um den Leih- und Pachtgedanken
vor Kongreß und Öffentlichkeit.

1. Kaminfeuerrede Roosevelts: "Arsenal der Demokratie"

Mußte Roosevelt auf das amerikanische Volk und das Parlament Rücksicht nehmen, konnten sich seine Berater über diese hinwegsetzen. Angesichts der für die alliierten Mächte sich verschlechternden militärischen Lage drängten sie den Präsidenten, seine außenpolitischen Ziele erneut und klar zu umreißen und Stellung zu der Frage aktiver Hilfe für England und Frankreich zu nehmen. Roosevelt kam dieser Aufforderung Ende Dezember mit seiner Rede über das "Arsenal der Demokratie" nach, in der das Lend-Lease-Programm noch einmal zur Diskussion gestellt und vom Präsidenten befürwortet wurde.¹⁾

Zu Beginn der Kaminfeuerrede sagte er, daß er nicht beabsichtige, eine Kriegsrede zu halten, sondern eine Rede über die nationale Sicherheit. Er versicherte, daß er als Präsident die Absicht habe "to keep you now, and your children later, and your grandchildren much later, out of a last - ditch war".²⁾ Er schilderte dann die Welt Situation und betonte die kritische Lage, in der sich England und auch die ganze westliche demokratische Hemisphäre befänden.

"If Great Britain goes down, the Axis powers will control the continents of Europe, Asia, Africa, Australasia, and the high seas -... (Then) all of us ..., would be living at the point of a gun ... loaded with exploded bullets, ..." ³⁾

Er warnte in dieser Rede auch vor dem Angriff der Nationalsozialisten auf Amerika, der wahrscheinlich werden würde, wenn Hitler-Deutschland den Krieg in Europa gewonnen hätte. Deshalb, so sagte er, müßten die USA Großbritannien unterstützen, da die Sicherheit Amerikas zum größten Teil von dem Ausgang des Kampfes in Europa abhängen würde.

1) Kaminfeuerrede Roosevelts, 29. Dezember 1940, Public Papers, 1940, pp. 633 - 644.

2) ibid., p. 633.

3) ibid., p. 635.

"The people of Europe who are defending themselves do not ask us to do their fighting. They ask us for the implements of war, the planes, the tanks, the guns, the freighters which will enable them to fight for their liberty and for our security ... There is no demand for sending an American Expeditionary Force outside our own borders. There is no intention by any member of our government to send such a force ... Our national policy is not directed toward war. Its sole purpose is to keep war away from our country and our people."¹⁾

Roosevelts Ausführungen gipfelten in der Forderung: "We must be the great arsenal of democracy"²⁾; und dieser Zentralsatz seiner Rede wurde bestimmend für das Weltgeschehen, für den Kriegsausgang. Nicht nur England und seine Dominions und alle anderen Demokratien, sondern auch später die UdSSR, sollten im Kampf gegen die Achsenmächte aus dem amerikanischen "Arsenal" mit Waffen, Rohmaterialien und Nahrungsmitteln versehen werden. Drei Monate später, im März 1941, wurde durch die Annahme der Leih- und Pachtvorlage durch den Kongreß das "Arsenal" für die Demokratien freigegeben.

Roosevelt gab in dieser Radioansprache, genau wie in der erwähnten Pressekonferenz vom 17. Dezember³⁾ das Versprechen, Amerika werde nie in den Krieg eintreten und keine Truppen nach Europa schicken; die Hilfeleistungen an England würden die Sicherheit der USA garantieren und das Land dem Krieg fernhalten. Sehr umstritten ist die Frage, ob Roosevelt tatsächlich davon überzeugt war, die USA würden durch solcherlei Maßnahmen aus dem Kriege herausgehalten; es wird noch auf die verschiedenen Meinungen der amerikanischen Historiker über diese Frage hinzuweisen sein. Fest steht, daß der Präsident die Mehrzahl der Amerikaner durch diese Versprechungen für seine Konzeption gewann, denn obwohl man eine aktive Beteiligung am Kriegsgeschehen ablehnte, befürwortete doch ein großer Teil der Bevölkerung die Hilfsmaßnahmen für England.⁴⁾

1) Kaminfeuerrede Roosevelts, 29. Dezember 1940, Public Papers, 1940, p. 640.

2) ibid., p. 643.

3) cf. oben p.

4) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 241.

Nachdem die Öffentlichkeit mit den Plänen der Außenpolitik vertraut war und mit der Unterstützung Englands sympathisierte, beauftragte Roosevelt am 30. Dezember 1940 Morgenthau, ein Programm für den "Lease - Lend"-Gesetzesentwurf, wie er damals noch hieß, auszuarbeiten und ihn zur Vorlage an den Kongreß vorzubereiten. Am 31. Dezember dankte Churchill Roosevelt in einem Telegramm für die Rede über das "Arsenal der Demokratie", forderte aber zugleich, die Hilfeleistungen zu erhöhen und sie vor allem auch zu beschleunigen, denn England könne die Warenlieferungen in wenigen Wochen nicht mehr bezahlen.¹⁾ - Roosevelt traf bereits Vorbereitungen, um die Idee des Leih- und Pachtgesetzes zu realisieren.

2. Der Gesetzesentwurf

Sofort am 2. Januar erhielt das Ministerium Morgenthau den offiziellen Auftrag, die Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Die juristischen Berater Edward H. Foley und Oscar Cox schlugen vor, die "Pittman-Bloom-Resolution" vom 15. Juni 1940, die dem Kriegs- und dem Marineminister das Recht gegeben hatte, gewisse Waffenarten an die lateinamerikanischen Republiken zu liefern, als Modell- und Präzedenzfall für die Lend-Lease-Gesetzesvorlage zu verwenden. Morgenthau und seine Berater griffen deshalb auf diese Resolution zurück, weil hier die Befugnisse des Einzelnen, selbständig und unter Nichtbeachtung des Kongresses die Kriegsproduktion zu überwachen und zu leiten, juristisch fixiert waren. Der Präsident - so führte Morgenthau aus - müsse freie Hand für den Aufbau der amerikanischen Verteidigungsproduktion haben. Auch Roosevelt selber verlangte solche Vollmachten:

(The President was) "groping for legislation which would give him a free hand to have the Army and Navy place orders for the material that they need, and adding to these orders as much more of a particular commodity as they think we will be called upon to lend to England, or to China, or to Greece." 2)

1) Churchill, *Their Finest Hour*, op. cit., p. 507.

2) Nach der Aussage Morgenthaus, zit. n. Langer and Gleason, *The Undeclared War*, op. cit., p. 255.

Der erste Entwurf, der als eine Art Zusatzgesetz zu der "Pittman-Bloom-Resolution" abgefaßt wurde und dem Präsidenten diese Vollmachten zusicherte, erfuhr schon innerhalb des Beratungsgremiums Kritik und Abwandlung.

Der zweite Entwurf wurde am 7. Januar Staatssekretär Hull zur Überprüfung vorgelegt. Hull glaubte, der Entwurf solle als unabhängiges Gesetz und nicht als Zusatz zur "Pittman-Bloom-Resolution" dem Kongreß vorgelegt werden. Außerdem wurde auf sein Anraten hin die genaue Angabe der Länder, die Lend-Lease-Hilfe erhalten sollten, gestrichen. Hull hatte vorgeschlagen, man solle es dem Präsidenten überlassen, die Auswahl dieser Staaten zu treffen.

Noch während die Beratungen um die Gesetzesvorlage in Gange waren, hatte Roosevelt am 5. Januar eine Pressekonferenz abgehalten. Er erklärte, daß die ersten Schritte zum Bau von 200 Handelsschiffen, die zwischen 300 und 350 Millionen Dollar kosten würden, unternommen worden seien. Er erwähnte auch, daß er seinen engen Mitarbeiter Hopkins zu Gesprächen mit Churchill nach England schicken werde. Hopkins solle jedoch lediglich persönliche Beziehungen zwischen ihm und der britischen Regierung aufrecht erhalten, er hätte keine besondere Mission zu erfüllen.¹⁾

Noch einen Tag bevor Hopkins abreiste, unterbreitete Roosevelt am 6. Januar den Plan der Leih- und Pachthilfe dem Kongreß, indem er ihm zum Mittelpunkt seines alljährlichen Rechenschaftsberichtes machte:

"Our most useful and immediate role is to act as an arsenal for them as well as for ourselves. They do not need man power, but they do need billions of dollars worth of the weapons of defense ... For what we send abroad, we shall be repaid within a reasonable time following the close of hostilities, in similar materials, or, at our option, in other goods of many kinds, which they can produce and which we need."²⁾

1) Pressekonferenz vom 5. Januar 1941, Public Papers, 1940, p. 645.; cf. zu der Reise Hopkins auch Sherwood, op. cit., p. 231.

2) Rede Roosevelts vor dem Kongreß, 6. Januar 1941, Public Papers, 1940, pp. 668/669.

Die Vorlage des Gesetzesentwurfes stand kurz bevor. Roosevelt mußte sich vor der Proklamation seines Programmes darüber im Klaren sein, daß er mit dessen Durchführung das Völkerrecht verletzte und sein Land bis an den Rand des Krieges bringen könnte. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts galt die Lieferung von Verteidigungsmaterial an Kriegführende durch einen Neutralen bereits als Kriegsakt.¹⁾

3. Die Gesetzesvorlage

Am 9. Januar 1941 wurde eine Konferenz im Weißen Haus abgehalten, in der die Bearbeiter der Lend-Lease-Vorlage, Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses, das Kabinett und Roosevelt zugegen waren, um den letzten Entwurf der Vorlage zu diskutieren.²⁾ Am 10. Januar 1941 wurde der Gesetzesentwurf unter den Namen "H.R. 1776" und "S. 275" gleichzeitig beiden Häusern vorgelegt. Er enthielt große, aber nicht näher bezeichnete Summen an Ausgaben für Hilfeleistungen und übertrug dem Präsidenten weitreichende Vollmachten.³⁾

1. Jedes Land der Welt, das ihm für die Verteidigung der Vereinigten Staaten von Bedeutung erschiene, als Empfänger der Hilfslieferungen zu bestimmen,
2. jegliche Waffenarten, Munition, Flugzeug- oder Schiffsmaterial und andere Verteidigungsmittel herstellen oder auf irgendwelche Weise beschaffen zu lassen,
3. diese Verteidigungsmittel, und darüber hinaus Maschinen und Werkzeuge zur Herstellung von Waffen, an jede von ihm bezeichnete Regierung zu verkaufen, zu übertragen, als Tauschobjekt zu überlassen, zu verpachten oder zu verleihen,
4. die Verteidigungsmittel für die von ihm bestimmten Länder reparieren, ausstatten und wieder instand setzen zu lassen,

1) cf. oben p. 30

2) Bericht über die Konferenz, bei Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit, pp. 257 f.

3) Text der ersten Gesetzesvorlage vom 10. Jan. 1941, Documents on American Foreign Relations, vol. III, pp. 715-717.

5. jeder Regierung Informationen über diese Verteidigungsmittel zukommen zu lassen und
6. die Bedingungen der Rückzahlung dieser Verteidigungsmittel festzusetzen. Diese Bestimmungen sollten ungeachtet der Vorkehrungen irgend eines anderen Gesetzes, "notwithstanding the provisions of any other law", wirksam werden.

Auch auf der folgenden Pressekonferenz, auf der die Frage nach einer potentiellen Klausel gestellt wurde, die alle früheren Gesetzgebungen, welche der Lend-Lease-Bill im Wege standen, aufheben sollte, versicherte der Präsident, daß weder der "Johnson Act", der Anleihen an kriegführende Nationen untersagte, noch die Neutralitätsgesetze abgeschafft würden.¹⁾ Damit machte er dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit klar, daß die amerikanische Neutralität, die durch die Neutralitätsgesetze festgelegt worden war, auf keinen Fall durch die Verfügungen des Lend-Lease-Gesetzes berührt wurde.

Im gleichen Atemzug also, in dem die einschneidenden Bestimmungen des Leih- und Pachtsystems vor dem Kongreß durchgesetzt werden sollten, betont der Präsident die unverletzliche Gültigkeit der Neutralitätsgesetze und verkündete, daß mit dem Leih- und Pachtgesetz keine Änderung des traditionellen Neutralitätsdenkens verbunden sei, daß damit auch die Gefahr, Amerika in den Krieg zu verwickeln, in keiner Weise drohe. Der erneute Vorwurf unredlicher Handlungsweise kann Roosevelt auch hier nicht erspart bleiben. Wie im Sommer und Herbst 1940 gab er Bekenntnisse für die amerikanische Neutralität ab, obwohl ihm die Konsequenzen, besonders in militärischer Hinsicht bekannt sein mußten.

1) Pressekonferenz vom 10. Januar 1941, Stimson Diary (MS), January 8, 11, 13 and Turner Catledge and Arthur Krock, in The New York Times, January 11, 12, 15, 1941; nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 259.

4. Die "hearings" vor den Kongreßausschüssen

Das Mittel dieses "Täuschungsmanövers" schien durch den Erfolg gerechtfertigt zu sein. Das Leih- und Pachtgesetz wäre wahrscheinlich nie so schnell befürwortet worden, wenn der Präsident und seine Kabinettsmitglieder das Volk über die Nachwirkungen und die Durchführungsmöglichkeiten des Leih- und Pachtvorhabens aufgeklärt hätten. Das Volk stimmte dem Plan des Präsidenten zu, weil es zunächst der Versicherung und wiederholten Versprechung des Präsidenten Glauben schenkte, er werde Amerika unbedingt aus dem Krieg heraushalten.

Die Kongreßmitglieder aber waren mit dem Lend-Lease-Plan sehr viel besser vertraut als das amerikanische Volk. Sie hatten von Januar bis März 1941 Zeit, sich intensiv mit der Materie zu befassen und die Möglichkeit, Kabinettsmitglieder und den Präsidenten über den Plan zu befragen. Sie mußten sich klar darüber sein, daß mit der Durchführung der Leih- und Pachtgesetze das Völkerrecht verletzt würde, daß ihr Land durch dieses Gesetz stark von der Neutralität abweiche und einer aktiven Kriegsbeteiligung nahe komme. Das "Täuschungsmanöver" des Präsidenten hätten die Kongreßmitglieder durchschauen müssen, und eine große Anzahl von ihnen hat es auch tatsächlich erkannt und sich heftig gegen die Lend-Lease-Vorlage gewehrt.¹⁾

Aber wie sich auch in anderen Einflußkreisen verschiedene Gruppen herauskristallisiert hatten²⁾, war auch der Kongreß

-
- 1) "Never before has the Congress of the United States been asked by any President to violate international law ... Never before has the United States given to one man the power to strip this Nation of its defenses. Never before has a Congress coldly and flatly been asked to abdicate... The lend-lease-give program ... will plow under every fourth American boy". Senator Wheeler vor dem Kongreß 12. Januar 1941; Congressional Record, 77th Congress, First Session, vol. 87, Part 10, pp. A 178-179, nach Charles A. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War 1941, New Haven 1948, p. 17.
 - 2) "Committee to Defend America by Aiding the Allies", "America First Committee", usw. - Walter Johnson, The Battle Against Isolation, Chicago 1944. In diesem Buch werden die Organisationen, die für und die gegen die Politik Roosevelts stimmten, aufgeführt und behandelt.

gespalten. Aus der Einsicht in die Notwendigkeit amerikanischer Hilfe für Großbritannien und dessen Verbündete gegen die totalitären Mächte stimmte die Mehrheit für das Gesetz. Vorerst aber sollten um die Gesetzesvorlage noch heftige Diskussionen geführt werden.

Am 15. Januar 1941 begannen die Befragungen¹⁾ der einzelnen Kabinettsmitglieder vor den Ausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats über die Leih- und Pachtvorlage. Außenminister Hull mußte als erster vor dem "Foreign Affairs"-Ausschuß über die Bedeutung des Leih- und Pachtplans aussagen. Hauptpunkt seiner Ausführungen war der Hinweis auf die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung der USA. "Deshalb ist in erster Linie das Gesetz zur Vorlage gekommen. Die unmittelbare Hilfe für Großbritannien sichert indirekt die Verteidigung der Vereinigten Staaten". Auf die Frage eines Kongreßmitgliedes, ob das Gesetz die USA nicht dem Kriege näherbringen würde, antwortete der Außenminister: "Sie sollen erfahren, daß meiner Ansicht nach Gefahr von beiden Seiten droht, aber im Ganzen gesehen würde das Lend-Lease-Gesetz den sichersten Kurs für die USA bedeuten".²

Anschließend wurden die Minister Morgenthau, Stimson und Knox über die "Leih- und Pachtvorlage" befragt. Alle drei Minister setzten sich für die möglichst rasche Verabschiedung des Entwurfes ein und begründeten ihr Drängen mit dem

1) Die außenpolitischen Ausschüsse des Repräsentantenhauses und des Kongresses das "House Committee on Foreign Affairs" und das "Senate Committee on Foreign Relations" leiteten die vor der Beratung wichtiger Gesetzesvorschläge regelmäßig stattfindenden Zeugenvernehmungen (hearings) ein, in denen der Außen-, Finanz-, Kriegs- und Marineminister über die Leih- und Pachtvorlage Auskunft geben mußten. Diese Befragungen dauerten im außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses vom 15. bis 29. Januar an, im außenpolitischen Ausschuß des Kongresses vom 27. Januar bis 19. Februar. Aufzeichnung der "hearings" in Hearings before the House Committee on Foreign Affairs, 77th Congress, First Session on H.R. 1776, Washington 1941.

2) Hearings before the House Committee ... p. 2 ff.; nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 263; cf. Hull, op. cit., vol. II, p. 924.

Argument, daß Großbritannien die Feste Amerikas sei.

Während der Debatte um die Leih- und Pachthilfe tauchte immer wieder die Frage auf, ob die Voraussetzung für unversehrten Transport der Lieferungen nach England ein den Seekriegserfordernissen entsprechender Geleitschutz für die Handelsschiffe sei. Es war einigen Kongreßmitgliedern klar, daß die Transporte ohne Geleit von deutschen U-Booten versenkt werden würden. Deshalb wurde Knox von Senator Nye gefragt, ob er den taktischen Geleitschutz der Handelsschiffe ablehne. Diese Frage bejahte der Minister mit der Begründung, daß ein derartiges Verhalten eine Kriegshandlung der USA bedeuten würde, daß er aber auf einen Befehl des Präsidenten, der als Oberbefehlshaber die Befehlsgewalt über alle Waffengattungen habe, diesen ausführen würde.¹⁾

Deshalb wandte Knox sich gegen eine vom Ausschuß des Repräsentantenhauses vorgeschlagene Gesetzesänderung, die amerikanischen Geleitschutz für Material- und Waffenlieferungen verbot, da diese Änderung die Hände der Verwaltung von vornherein binden würde. Er versicherte jedoch, daß er, falls die Leih- und Pacht-Lieferungen für England nicht ausreichen würden, auf keinen Fall Hilfe in Form von "Menschenmaterial" befürworten würde.²⁾

War Knox davon überzeugt, daß die Beförderung von Kriegsmaterial auf amerikanischen Schiffen und deren Geleitschutz einen "Act of War" hervorrufen würde, so war Stimson entgegengesetzter Meinung und glaubte, daß die Waffen, wenn notwendig, "auf unseren eigenen Schiffen und mit Geleitschutz" nach England geschickt werden müßten.³⁾

Die Einstellung vieler Kongreßmitglieder gegenüber der naheliegenden Möglichkeit, durch bewaffnete Geleitzüge mit dem europäischen Kriegsgeschehen in Berührung zu kommen und ihr

-
- 1) Hearings before the Senate Committee on Foreign Relations, Lend-Lease-Bill, 1941, Part 1, p. 211, nach Beard, Presidents Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., Public Papers 30, 31.
 - 2) Hearings before the House Committee, pp. 160 ff., nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., pp. 266 f.
 - 3) Hearings before the Senate Committee..., Part 1, p. 211, nach Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 31.

Mißtrauen gegen die Exponenten der Roosevelt'schen Politik waren so stark, daß die Bearbeiter der Leih- und Pachtvorlage sich genötigt sahen, Zusatzbestimmungen auszuarbeiten, die die Kontroverse über den Geleitschutz beseitigen und die lästigen Frager beruhigen sollten:

1. "Nothing in this Act shall be construed to authorize or to permit the authorization of convoying vessels by naval vessels of the United States.
2. Nothing in this Act shall be construed to authorize or to permit the authorization of the entry of any American vessel into a combat area in violation of 'section 3 of the Neutrality Act of 1939.'¹⁾

Auf Grund der angeführten Zusatzbestimmungen wurden dem Präsidenten die von ihm geforderten Vollmachten bezüglich der alleinigen Entscheidungsgewalt über die Verteilermethoden der Leih- und Pacht-Lieferungen nicht zugestanden. Der Präsident durfte nach dem Gesetz keine amerikanischen Kriegsschiffe zum Geleitschutz der Transporte einsetzen.

Schon wenige Wochen nach Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes wurden diese beiden Zusatzbestimmungen vom Präsidenten einfach übergangen, und schon am 4. April wurden Patrouillen zur Sicherung der nach England fahrenden Handelsschiffe in den Nordatlantik gesandt.

5. Der Kongreß in harter Auseinandersetzung

Zwei Monate dauerte die Debatte in beiden Häusern über die Leih- und Pachtgesetzesvorlage. Wie schon erwähnt, wurde das angehende Gesetz immer wieder als Mittel und Weg zum Frieden und als bester Schutz zur Verteidigung der Vereinigten Staaten bezeichnet. Mitglieder des Kongresses suchten die Gegner der Lend-Lease-Bill davon zu überzeugen, daß das Gesetz eine Friedensmaßnahme für das amerikanische Volk sei:

1) Der vollständige Text des Leih- und Pachtgesetzes in Documents on American Foreign Relations, Vol. III, pp. 712 - 715;
cf. Anhang, Section 3,5 d, e.

"The present bill is a peace measure for our people. It is based on the necessity for our own self-defense ... The real warmongers are those who oppose action, and their blind opposition are tempting to divide our people."1)

Der demokratische Abgeordnete Luther Johnson aus Texas versicherte:

"I assert that there is nothing in this bill by which Congress surrender its war-making powers ... I am as much opposed to war as any opponent of this bill, but we are dealing with realities ..."2)

Und der demokratische Abgesandte Maciejewski aus Illinois betonte:

"The lend-lease bill seeks to insure us against involvement in the wars now taking place in foreign lands by authorizing the President to give material aid to those friendly nations whose continued independent existence is necessary for our vital defense."3)

Waren die Verfechter der Lend-Lease-Bill wirklich davon überzeugt, daß das Gesetz dazu beitragen würde, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten? Oder versuchten sie, wie die Kabinettsmitglieder bei den "öffentlichen Verhören" (hearings) vor den Kongreßausschüssen, die Öffentlichkeit über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß die Durchführung der Leih- und Pachthilfe die Vereinigten Staaten der aktiven Teilnahme am Kriegsgeschehen näher bringen würde, wie es auch bald nach der Verabschiedung des Gesetzes der Fall sein sollte. Waren die Argumente Roosevelts und seiner Minister daraufhin abgerichtet, die Bedenken gegen die Durchführung der

-
- 1) Abg. John W. McCormack vor dem Repräsentantenhaus, Congressional Record, 77th Congress, First Session, vol. 87, Part 1, House of Representatives, pp. 592 f, zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 45.
 - 2) ibid., p. 499, zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 46.
 - 3) ibid., p. 516, zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 47.

Leih- und Pachthilfe zu zerstreuen und die berechnigte Furcht, dadurch in den Krieg mit einbezogen zu werden, als unbegründet hinstellen, so traten im Kongreß immer wieder Gegner der Lend-Lease-Vorlage auf, die mit einleuchtenden Worten auf die Gefahr aufmerksam machten. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß eine sichere und wirkungsvolle Überbringung der Hilfslieferungen nach England militärische Mittel, nämlich bewaffnete Geleitzüge, voraussetzen müsse. Diese Aktion, so argumentierten die Isolationisten, könne von Deutschland und seinen Verbündeten als Provokation und kriegerische Einmischung aufgefaßt werden.

So wandte sich der demokratische Abgeordnete Hugh Peterson aus Georgia mit folgenden Äußerungen gegen das Leih- und Pachtgesetz:

"This is no defense measure. It is a measure of aggressive warfare. It is enacted into law and its provisions are really made effective the inevitable result will be the sending of the armed forces of this nation ... to stand guard or do battle even into the uttermost parts of the earth."¹⁾

Der demokratische Abgeordnete James O'Connor aus Montana sah vor allem die Gefahr in der Eskortierung der Waffenlieferungen nach England.

"... I gather from this legislation that supply ships will be convoyed to Europe in the same fashion to get supplies there. That will start the shooting ... My considered judgement is that this bill, if enacted into law, will lay the foundation for our entry, and that when England calls for convoys and troops she will get them."²⁾

Ähnlich der demokratische Abgeordnete Sweeney aus Ohio:

"... We now predict that the lend-lease, give-away measure would invest in the Chief Executive the power to involve us in actual participation in the war ... We are actually in the war once this bill is passed."³⁾

-
- 1) *ibid.*, p. 542 f., zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 57.
 - 2) *ibid.*, p. 548, zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 58.
 - 3) *ibid.*, p. 580, zit. n. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 59.

Weitere Mitglieder des Abgeordnetenhauses und auch Senatoren sprachen sich gegen die Annahme des Gesetzes aus. Sie wurden von Roosevelt und seinen Gefolgsleuten als extreme Isolationisten abgestempelt, die durch ihre blinde Opposition versuchten, das Land in Verwirrung zu bringen und die Sicherheit der USA gefährdeten.

6. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit

Die amerikanische Öffentlichkeit nahm großen Anteil an den Debatten über das Leih- und Pachtgesetz. Eine AIPO-Umfrage vom Januar 1941 ergab, daß 67 % der Befragten über die Diskussion im Kongreß Bescheid wußten, nur 33 % hatten die Diskussion nicht verfolgt. Schon eine Woche später waren es 82 %, welche an den Debatten teilhatten. Am 29. Januar wurde die Bevölkerung befragt, ob sie die Annahme des Gesetzesentwurfes durch den Kongreß befürworten würde. 58 % bejahten die Frage, 21 % waren gegen die Gesetzesannahme, 7 % verhielten sich gleichgültig.¹⁾

Einen wichtigen Meinungstest gab die Öffentlichkeit am 28. Februar 1941 ab: Würde das in Kraft tretende Leih- und Pachtgesetz die USA vom Kriege fernhalten, oder würden seine Bestimmungen Amerika in den Krieg verwickeln? 39 % der Befragten waren der Meinung, die Lend-Lease-Hilfe würde die USA einem Kriege näher bringen, 31 % waren der Überzeugung, das Gesetz würde die USA vor einem Kriege bewahren, 22 % glaubten, das Gesetz sei ohne Einfluß auf die Stellung der USA auf die Weltpolitik.²⁾

Noch am 25. Juni 1940 waren 86 % der Befragten gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland und Italien gewesen, während 14 % dafür gestimmt hatten.³⁾ Ein Jahr später wandten sich jedoch nur noch 79 % der Befragten gegen eine Kriegserklärung an Deutschland und 21 % stimmten dafür.⁴⁾

1) Cantril-Strunk, op. cit., p. 409.

2) ibid., p. 410.

3) ibid., p. 971.

4) ibid., p. 973.

Die Stimmung und Einstellung der amerikanischen Bevölkerung im Jahre 1941 läßt sich in dem Resultat zusammenfassen: Leih- und Pachtgesetz und damit verstärkte Hilfeleistungen an Großbritannien wurden unbedingt befürwortet. Dies bedeutete einen Rückgang der isolationistischen Haltung des amerikanischen Bürgers. Jedoch lehnte die Bevölkerung energisch eine aktive Kriegsbeteiligung der USA ab. Die breite Masse war optimistisch genug zu glauben, daß die Durchführung des Gesetzes, die Sendungen nach England, reibungslos verlaufen würde.

7. Geheime Absprachen

Noch während die Diskussion um den Leih- und Pachtentwurf im Kongreß nicht abgeschlossen war, wurden seine Bestimmungen und die Beteuerungen, mit denen man die Gegner beruhigt hatte, bereits gebrochen. Vom 29. Januar bis 27. März 1941 fanden in Washington amerikanisch-englische Generalstabsbesprechungen statt, die streng geheim gehalten wurden.¹⁾ Die Generäle und Admiräle verhandelten über den Plan einer Kriegsbeteiligung der Vereinigten Staaten und über militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien. Der ABC-1-Plan, der diesen Verhandlungen entsprang, trug den Gedanken einer engen militärischen Kooperation zwischen den USA und England:

"To determine the best methods by which the armed forces of the United States and the British Commonwealth ... could defeat Germany and the Powers allied with her, should the United States be compelled to resort to war;... to reach agreements concerning the methods and nature of Military Cooperation of the two nations ..."²⁾

Man war sich darüber einig, daß der entscheidende Kriegsschauplatz, auf dem in militärischer Hinsicht die Hauptan-

-
- 1) "The American public was of course, largely unaware of the extent of this unwritten "alliance" with Britain. Thus the Anglo-American staff talks ... were shrouded in deepest secrecy", Toynbee, The Initial Triumph of the Axis, op. cit. p. 511.
 - 2) Hearings before the Joint Committee on the Investigation of Pearl Harbor Attack, Part 15, Washington, 1946, pp. 1485 - 1550, zit. n. Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 285.

anstrengung der USA gemacht werden müßten, der Atlantik und das europäische Festland sei.¹⁾

Vor Beginn der Verhandlungen hatten der Präsident und auch Außenminister Hull angeordnet, daß sie weder direkt in die Militärbesprechungen einzubeziehen seien, noch daß die britische Militärdelegation ihnen vorgestellt werden solle. Mit dieser Vorsichtsmaßnahme sollten die Besprechungen rein militärischen Charakter erhalten, auf keinen Fall aber den Eindruck erwecken, daß sie von der Regierung offiziell anerkannt würden.²⁾ Der ABC-Plan, der schon nach wenigen Monaten voll in Kraft treten sollte, wurde sowohl vom Kriegs- wie auch vom Marine-Ministerium gebilligt. Präsident Roosevelt gab, obwohl er den Plan nicht offiziell befürwortete, seine geheime Zustimmung.³⁾

Während also auf der einen Seite versprochen wurde, die USA würden durch die Leih- und Pachthilfe aus dem Krieg herausgehalten, wurden auf der anderen Seite konkrete Pläne über die Kriegsbeteiligung der Vereinigten Staaten angefertigt. Diese Pläne wurden der Öffentlichkeit vorenthalten, um eine raschere Verabschiedung des Gesetzes herbeizuführen. Hier lag eine klare Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit von seiten der Regierung vor.

-
- 1) "Since Germany is the predominant member of the Axis Powers, the Atlantic and European area is considered to be the decisive theatre. The principal United States military effort will be exerted in this theatre ...". Hearings ... on the Investigation of Pearl Harbor Attack, p. 1491, nach. William Hardy McNeill, America, Britain and Russia Survey of International Affairs, London 1953, p. 8.
 - 2) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 285.
 - 3) "The ABC - 1 Report was approved by the Secretary of the Navy on 28 May and by the Secretary of War on June 2. Although it was not officially approved by Roosevelt, he gave his tacit consent", Toynbee, The Initial Triumph of the Axis, op. cit., p. 512.

8. Verabschiedung des Gesetzes.

Nach langen heftigen Debatten wurde das Leih- und Pachtgesetz im Repräsentantenhaus mit 260 gegen 165 und im Senat mit 60 gegen 31 Stimmen angenommen. Am 11. März unterzeichnete es Präsident Roosevelt.

Das Gesetz gab dem Präsidenten unbeschränkte Vollmacht, nunmehr Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Lebensmittel herstellen oder beschaffen zu lassen, um den Bedarf der Länder zu decken, deren Verteidigung er für die Sicherheit der Vereinigten Staaten als notwendig erachtete.¹⁾

Außer der Vollmacht, die Leih- und Pachthilfe auf jedes Land auszudehnen, dessen Verteidigung der Präsident für die Sicherheit der Vereinigten Staaten für lebenswichtig hielt, konnte er auch von Zeit zu Zeit nach eigenem Ermessen Vorschriften und Zusatzbestimmungen erlassen, die ihm für die Durchführung des Leih- und Pachtgesetzes notwendig und geeignet erschienen. Diese und jede andere ihm von dem Gesetz übertragenen Befugnisse und Vollmachten konnte das Staatsoberhaupt von jedem Ministerium, jeder Regierungsstelle oder jedem Beamten nach seinen Richtlinien ausführen lassen.²⁾

Mit diesen Bestimmungen hatte der Präsident Vollmachten erhalten, die es ihm ermöglichten, tatkräftige Hilfe an Großbritannien und deren Verbündete und später auch an Rußland zu leisten.

1) "... the President may ... authorize the Secretary of War, the Secretary of Navy ... to manufacture ... or procure ... any defense article for the Government of any country whose defense the President deems vital to the defense of the United States ...", cf. Anhang, section 3, a 1.

2) cf. Anhang, section 9.

VI. Das Leih- und Pachtgesetz in der Beurteilung.

1. Das Leih- und Pachtgesetz in der Sicht amerikanischer Historiker

Umstritten erscheint noch heute die Frage, ob das Leih- und Pachtgesetz von Roosevelt und seinen Anhängern als Friedensmaßnahme getarnt worden sei, während es doch in Wirklichkeit auf einen Krieg abzielte. Der amerikanische Historiker Beard¹⁾, Vertreter des "Revisionismus"²⁾, übernahm als erster die These, Roosevelt hätte das Gesetz zur Erhaltung des Friedens vorgeschoben, in Wirklichkeit aber habe der Präsident durch das Gesetz die USA schneller in das Kriegsgeschehen verwickelt.

Sanborn, ebenfalls ein Hauptvertreter des Revisionismus, spricht von der Ratifizierung des Leih- und Pachtgesetzes als von einer verhängnisvollen Entscheidung, die Amerika unweigerlich in einen Krieg hineinziehen mußte:

-
- 1) Beard trat nach dem zweiten Weltkrieg als Exponent des Revisionismus ("revisionism") hervor. Diese Art von Geschichtsauffassung kritisiert die Roosevelt'sche Innen- und Außenpolitik. Beards Richtung folgten die Historiker Tansill, Sanborn, Chamberlin und andere. Über die neue Geschichtsauffassung Beards, der die Geschichtsschreibung als einen Akt des Glaubens (written history as an act of faith) proklamierte und anstatt einer objektiven eine subjektive Geschichtserkenntnis und Geschichtsschreibung forderte, siehe Fritz Fischer: "Objektivität und Subjektivität, ein Prinzipienstreit in der amerikanischen Geschichtsschreibung", in Festschrift für Ludwig Bergstraesser, Aus Geschichte und Politik, Düsseldorf 1954, pp. 167-182..
 - 2) Dexter Perkins, der bekannte amerikanische Historiker greift in seinen Essays "American Wars and Critical Historians" und "Was Roosevelt Wrong?" in: Foreign Policy and the American Spirit, ed. G.G. van Deusen und R.C. Wade, Ithaca, 1957, die revisionistische Geschichtsauffassung mit seinem Hauptvertreter Beard an. Den Revisionismus deutet er als "after-the-event interpretation of American History" und er lehnt diese Art von Geschichtsschreibung, die ihre Auffassung auf Hypothesen aufbaue, "history by hypothesis", ab. Perkins definiert weiterhin den Revisionismus als "wishful thinking" nach den Ereignissen; Revisionismus sei Geschichte auf Grund unbelegbarer, unbewiesener Hypothesen.

"It (das Leih- und Pachtgesetz) was a fateful decision. The American people had lost control. Congress had surrendered to Mr. Roosevelt another of its constitutional powers, and had enabled him to make war, declared or undeclared, anywhere in the world. Seen in retrospect it becomes quite clear that thereafter the American entry into the Second World War would be inevitable ..."1)

Tatsächlich war es offensichtlich, daß mit der Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes die Isolation, die Neutralität aufgegeben worden war. Das Gesetz hatte die Schranken beseitigt, die bisher Amerikas aktives Eingreifen in das Weltgeschehen verhinderten.

Im Gegensatz zu den Revisionisten versucht eine andere Gruppe von Historikern, die sogenannten Regularisten, den Beweis zu erbringen, daß Roosevelt keine andere Wahl in der Ausführung seiner Politik gehabt hätte. Er habe durchaus ehrlich gehandelt und nie daran gedacht, die USA in einen Krieg zu verwickeln. Sie berufen sich dabei auf Roosevelts eigene Reden:

"The Roosevelt administration was not seeking war when it adopted this policy of all-out aid to Britain ... The President repeatedly expressed his belief that if the United States did everything possible to support the Allies, there was far less chance of being drawn into the war than if it stood aside and did nothing. There is no evidence that he pursued the course he did in order to bring about intervention. On the contrary, there is good reason to believe that he did not want war."2)

Thomas Bailey, obwohl Vertreter des Regularismus, führt jedoch aus, daß das Leih- und Pachtgesetz bereits eine inoffizielle Kriegserklärung gewesen sei:

"... It was an unofficial declaration of war on the Axis-or rather a belated recognition of the fact that the Axis had unofficially or officially declared war on all the democracies. It was a measure debated "over every cracker barrel in

1) Frederic R. Sanborn, Design for War, New York, 1951, p. 247.

2) Foster, Rhea Dulles, 1898-1954, Americas Rise to World Power, New York 1955, p. 195.

the land", supported by a strong majority of the population, and passed by comfortable margins in Congress. They still hoped to stay out of a "shooting war", but they were willing to stake the democracies to victory event at the risk of involvement themselves".¹⁾

Allerdings kann man schlecht mit der Meinung des Historikers Perkins übereinstimmen, der behauptet, daß Roosevelt ernsthaft geglaubt hätte, die Leih- und Pachthilfe würde zur Niederringung der totalitären Mächte genügen, und der Krieg könne auch ohne direkte Intervention der Vereinigten Staaten gewonnen werden.²⁾ Roosevelt kannte den ABC-Plan³⁾, der zwischen den amerikanischen und britischen Militärs ausgearbeitet wurde und eine militärische Intervention der USA auf dem europäischen Kriegsschauplatz vorsah, in aller Ausführlichkeit und stimmte ihm schon wenige Monate nach der Abfassung zu.

Durch sein Versprechen, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, hatte der Präsident viele Anhänger für das Leih- und Pachtgesetz gewonnen. Perkins, der behauptet, daß die Außenpolitik Roosevelts in den Jahren 1939 - 1941 sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit befunden hätte, führt allerdings in seiner Untersuchung "Was Roosevelt Wrong?" aus, daß der Präsident sowohl in seinen "exzessiven" Friedensbeteuerungen als auch in der Behandlung der Lend-Lease-Gesetzgebung der Öffentlichkeit gegenüber unaufrichtig war.⁴⁾

Auch der Vertreter des Regularismus, Bailey, gibt zu, daß die Taktik, mit der der Präsident die öffentliche Meinung auf seine Seite zu bringen versuchte, unredlich gewesen sei, daß er aber, und so entschuldigt Bailey die Methode des

1) A. Bailey, *Diplomatic History of the American People*, New York 1955, p. 774.

2) "In common with many other Americans, he may have sincerely believed that lend-lease would be enough, that the war could be won without the direct intervention of the United States", Dexter Perkins, *The New Age of President Roosevelt. 1932 - 1945*, Chicago 1957, p. 117.

3) Cf. oben, p. 52.

4) Dexter Perkins, *Foreign Policy and the American Spirit*, op. cit., pp. 116 f.

Präsidenten, das amerikanische Volk hätte täuschen müssen, wie ein guter Arzt manchmal einen Patienten zu dessen eigenem Wohl belügt. Da die Amerikaner bis Pearl Harbor Gegner jeglicher Kriegshandlung gewesen wären, hätte Offenheit die Wiederwahl des Präsidenten im Jahre 1940 verhindert. Bailey kommt zu dem Ergebnis, daß die Staatsmänner gezwungen gewesen seien, durch Täuschung der Massen ihre Interessen durchzusetzen.¹⁾

Roosevelt setzte sich zum Ziel, die europäischen Demokratien mit allen verfügbaren Mitteln gegen die totalitären Staaten zu unterstützen. Aber nur durch die Versicherung, er werde die USA aus dem Kriege heraushalten, konnte er die breite Masse des amerikanischen Volkes für seine Außen- und Unterstützungspolitik gewinnen. Daß er seine Pläne nicht immer der Öffentlichkeit offen darlegen konnte, lag am Widerstand der Isolationisten. Da ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung sich gegen eine direkte militärische Intervention ihres Landes wandten, konnte der Präsident seine außenpolitischen Ziele und seine Unterstützungspolitik nur behutsam vorantreiben.

Roosevelt mußte sich aber unbedingt über die Konsequenzen seiner Politik im Klaren sein, denn eine Kriegsbeteiligung der Vereinigten Staaten war nach der Gesetzesunterzeichnung vom 11. März 1941 in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt.

Auf Grund der vorausgegangenen Untersuchung kann mit Recht behauptet werden, daß Roosevelt dem amerikanischen Volk gegenüber Monate vor der Unterzeichnung des Leih- und Pachtgesetzes und auch Monate danach eine unklare, zweideutige Haltung eingenommen hat. Dieser Vorwurf wird auch von denjenigen amerikanischen Historikern erhoben, die Roosevelts politisches Handeln rechtfertigen.

1) Thomas A. Bailey, The Man in the Street, New York, 1948, pp. 11 - 12.

Bei aller Kritik an Roosevelt darf dabei nicht übersehen werden, daß die USA als Großmacht nicht untätig zusehen konnten, wie die Demokratien und ehemaligen Verbündeten der USA von totalitären Gewalten bedroht wurden. Das nationale Interesse der Vereinigten Staaten erstreckte sich nicht nur auf die USA selbst, sondern auch auf Großbritannien. Roosevelt, der die politischen Machtverhältnisse der Weltpolitik besser beurteilen konnte als das amerikanische Volk und der Kongreß, arbeitete seit seiner Quarantäne-Rede vom Oktober 1937 unaufhörlich, doch mit Rücksicht auf die amerikanische Öffentlichkeit daran, das amerikanische Machtpotential zugunsten der Demokratien einzusetzen.

2. Zusammenfassung

Die Leih- und Pachthilfe hatte einen anderen Charakter als die Hilfeleistungen im ersten Weltkrieg. Während die amerikanischen Lieferungen während des ersten Weltkrieges als Kriegsschulden deklariert worden waren, vollzog sich die Leih- und Pachthilfe im zweiten Weltkrieg als eine Unterstützungsmaßnahme, die nicht an starre Zahlungsbedingungen gebunden war. Das Kriegsmaterial sollte nach Beendigung des Krieges zurückerstattet werden, dem Präsidenten war nach dem Gesetz die Möglichkeit gegeben, die Höhe der Rückzahlungssumme zu bestimmen.

Die Leih- und Pachthilfe verzichtete von vornherein darauf, die Lieferungen als Kriegsschuld zu bezeichnen. Das Gesetz war geschaffen worden, um die Demokratien der westlichen Welt durch intensive Hilfeleistungen vor dem Ansturm der totalitären Diktaturen zu bewahren. Um dieses Zieles willen verzichtete man von amerikanischer Seite auf die Belastung der sowieso überbeanspruchten Staatskassen der Kriegführenden. Denn Barzahlung hätte die Aufnahme von Krediten und damit eine Verzögerung der Hilfeleistungen bedeutet - die Waffen und Waren wurden deshalb **v e r l i e h e n u n d v e r p a c h t e t.**

Das Leih- und Pachtgesetz stellt eine neue Phase in der amerikanischen Außenpolitik und in der Geschichte der Vereinigten Staaten dar. Der amerikanische Isolationismus, der in den zwanziger und dreißiger Jahren anachronistisch wirkte, und die Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten fanden ihr Ende mit der Verabschiedung des Gesetzes.

Wieder griffen die Vereinigten Staaten in das Kriegsgeschehen ein, dieses Mal aber, um als Welt- und Großmacht eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik einzunehmen und zu behaupten.

B. Hilfe für Großbritannien

Durchführung des Leih- und Pachtgesetzes für Großbritannien; seine entscheidende Bedeutung für die Schicksalswende des Krieges.

Der 11. März 1941 als Termin der Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes stellte den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte und Außenpolitik der Vereinigten Staaten dar. Der traditionelle Isolationismus, in den sich, nach der Abweichung im ersten Weltkrieg, die amerikanische Außenpolitik wieder zurückgeflüchtet hatte, war damit endgültig außer Kurs gesetzt.

Das von Roosevelt vorangetriebene Leih- und Pachtgesetz zog die USA allmählich in das aktive Kriegsgeschehen hinein. Die noch versuchte "scheinbare Neutralität" konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. Im Gegenteil, sie bedeutete eine Provokation der Achsenmächte, denn zur Durchführung des Gesetzes, also etwa zum Transport des Lend-Lease-Materials, waren Maßnahmen seitens der USA nötig geworden, welche früher oder später zwangsläufig zu ihrem Kriegseintritt führen mußten.

Die Vereinigten Staaten traten mit der Verwirklichung des Leih- und Pachtgesetzes bestimmend in das Weltgeschehen ein. Von der Großmacht entwickelten sie sich im Laufe des Krieges zur führenden Weltmacht.

Zunächst jedoch sollte sich die Lend-Lease-Hilfe nur auf Großbritannien erstrecken, und die Konsequenz der ungeheueren Ausweitung dieser Hilfe durch die rein territoriale Ausdehnung des Krieges konnte in diesem Anfangsstadium noch nicht vorausgesehen werden. Die Durchführung des Leih- und Pachtabkommens für Großbritannien und die damit verbundene zwangsweise Entwicklung der USA zur kriegführenden Nation soll nun im Folgenden dargestellt werden.

I. Akute Gefährdung Großbritanniens durch Hitlers europäische Siege

1. Mangel an Kriegsmaterial

Seitdem Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Frankreich unter deutsche Herrschaft bzw. Besatzung gekommen waren, war Großbritannien von äußerst wichtigen Versorgungsquellen auf dem europäischen Kontinent abgeschnitten. Bei dem Rückzug von Dünkirchen mußten die Engländer einen Großteil ihres Kriegsmaterials zurücklassen, das dann den deutschen Truppen in die Hände fiel. England war durch die Waffenverluste in Frankreich so geschwächt, daß es einer deutschen Invasion kaum hätte widerstehen können. Auch wenn es auf alle Hilfsquellen der Heimat zurückgriff, hatte England im Sommer 1940 nicht mehr genügend Waffen und Kriegsmaterial zur Verfügung, um seine Truppen vollständig und schlagkräftig ausrüsten zu können.¹⁾

Große Waffenlieferungen von den USA als des lieferungsfähigen Landes waren also unbedingt erforderlich, um die britischen Inseln vor einem direkten Angriff Deutschlands zu sichern und auch, um den Suezkanal gegen einen italienischen, später gegen einen deutschen Überfall verteidigen zu können. Außer 50 alten amerikanischen Zerstörern, die im September 1940 an England ausgehändigt wurden, lieferten die Amerikaner eine halbe Million Gewehre, 85 000 Maschinengewehre, einige hundert Geschütze und Granatwerfer, 21 000 Revolver und die dazugehörige Munition gegen Barzahlung nach England.²⁾

Der Luftkrieg über England erforderte eine große Anzahl von Flugzeugen. Bis Ende 1940 hatte Großbritannien 23 000 Flugzeuge in den USA bestellt, von denen aber

1) H. Duncan Hall and C. C. Wrigley, op. cit., p. 3 f.
2) W. K. Hancock und M. M. Gowing, British War Economy, London 1949, p. 227.

bis Dezember 1940 auf Grund von Produktionsschwierigkeiten nicht mehr als 2100 geliefert werden konnten.¹⁾ Unzählige Panzer und Frachtschiffe wurden von England angefordert, ohne daß die USA den Bedarf decken konnten.

Die amerikanische Rüstungsindustrie war im Jahre 1940 noch nicht so angekurbelt, daß sie den eigenen amerikanischen Bedarf an Waffen decken, geschweige denn die ungeheuren Waffenforderungen Englands erfüllen konnte. Fast anderthalb Jahre benötigten die USA, um die Kapazität ihrer Rüstungsindustrie derart zu steigern, daß sie den geforderten Waffenlieferungen nachkommen konnten.²⁾

2. Rückgang der britischen Goldreserven

Englands Problem bestand in der Abnahme seiner Goldreserven im Laufe des Jahres 1940. Da die amerikanische "Cash and Carry"-Klausel sofortige Bezahlung jeglicher Waffenlieferungen erforderte, kam Großbritannien auf Grund rapider Abnahme des englischen Guthabens bald in Zahlungsschwierigkeiten. Gegen Ende des Jahres 1940 war der britische Kriegsfond bereits auf 2 Milliarden Dollar abgesunken, von denen aber anderthalb Milliarden für die Bezahlung von Kriegsmaterial, das schon bestellt aber noch nicht geliefert war, so gut wie verpfändet waren.³⁾ Nachdem die Pfundreserven in den USA aufgebraucht und die Guthaben der englischen Staatsbürger verpfändet waren, schien die Gefahr groß, daß die amerikanische Waffenhilfe im entscheidenden Augenblick zum Stillstand kommen könne und England auf sich selbst angewiesen wäre. Roosevelt und seine Mitarbeiter entwar-

1) Eduard Stettinius, Lend-Lease, Weapon for Victory, New York 1944, p. 62.

2) Toynbee, The Initial Triumph of the Axis, op. cit., cf. "The Arsenal of Democracy", Production Problems, pp. 512 ff. Ebenso H. Duncan Hall, North American Supply, London, 1955, chap. IV, The Great Supply Crisis, Summer 1940, pp. 127-138.

3) Stettinius, op. cit., p. 60.

fen deshalb den Leih- und Pachtplan, um England aus dem derzeitigen Dilemma zu befreien.

Noch vor dem Inkrafttreten des Leih- und Pachtgesetzes kam eine wachsende amerikanisch-englische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Waffenherstellung zustande. Großbritannien stellte den USA Flugzeugmotoren, 25 Pfund-Geschütze, Flakgeschütze und anderes Kriegsmaterial zur Verfügung; es gab Gelder zum Aufbau von Rüstungsfabriken. Die USA bauten für England und für sich einen neuen Panzertyp, entwickelten bessere Flugzeuge und gaben ihrerseits Lizenzen an England ab. Insgesamt betrugen die Sachlieferungen der USA an Großbritannien vor Inkrafttreten der Lend-Lease-Hilfe 3 200 000 000 Dollar.¹⁾

1) H. Duncan Hall, North American Supply, op. cit., p. 288, cf. Tabelle 1 im Anhang.

II. Erste Auswirkungen des Leih- und Pachtgesetzes

1. Erfolge gegen Rommel

Großbritannien ersah aus der Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes, daß die USA endgültig ihre isolationistische Position aufgegeben hatten und zuverlässige Bundesgenossen geworden waren. Englands hoffnungslose Lage schien sich, wenn nicht sofort, so doch allmählich, durch die amerikanische Hilfe zu bessern. Premierminister Churchill drückte in einer Begrüßungsansprache zu Ehren des amerikanischen Botschafters John G. Winant am 18. März 1941 seine Freude über die Annahme des Leih- und Pachtgesetzes aus:

"At such a moment and under such an ordeal the words and acts of the President and the people of the United States come to us like a draught of life, and they tell us by an ocean-borne trumpet call that we are no longer alone".¹⁾

Obwohl die Begeisterung über den Leih- und Pachtplan in England groß war, und man sofortige großangelegte Hilfeleistungen erwartete, flossen die eigentlichen Lend-Lease-Lieferungen spärlich. Die 7 Milliarden Dollar, die im März 1941 für Lend-Lease vom Kongreß bewilligt wurden²⁾, mußten größtenteils für die Errichtung von Rüstungsbetrieben verwendet werden. Der größte Teil der Lieferungen wurde im Jahre 1941 noch unter der "Cash and Carry"-Klausel verschickt, so daß nur 100 von 2500 Flugzeugen, 786 von 951 Panzern, 4000 von 13 000 Lastkraftwagen unter Lend-Lease nach England geliefert wurden.³⁾ Bis Ende Dezember 1941 beliefen sich die Ausgaben für die Leih- und Pachthilfe nach England auf 1,082 Milliarden Dollar.⁴⁾

-
- 1) Rede Churchills, 18. März 1941, Winston S. Churchill, *The Unrelenting Struggle*, Stockholm 1942, p. 81.
 - 2) Documents on American Foreign Relations, Vol. III, p. 723.
 - 3) Stettinius, op. cit., p. 93 f.
 - 4) Hancock and Gowing, op. cit., p. 204; cf. Tabelle 2 im Anhang.

Trotz der im Vergleich zu den kommenden Kriegsjahren scheinbar minimalen Lieferungen von 1941 brachten sie in zwei Fällen den benötigten und erwünschten Beistand. Mit Hilfe der soeben erwähnten Panzer, LKWs und Flugzeuge, die zum größten Teil zum ägyptischen Kriegsschauplatz verfrachtet wurden, gelang es den Engländern, Rommel an den Grenzen Ägyptens aufzuhalten und im Spätherbst einen erfolgreichen Gegenangriff durchzuführen.¹⁾

2. Erfolge gegen den Hunger

Eine andere ernsthafte Gefahr machte sich in Großbritannien selber bemerkbar: die Nahrungsmittelzufuhr auf der abgeschnittenen Insel kam ins Stocken. Seit Kriegsbeginn waren die Nahrungsmittelvorräte erheblich zurückgegangen. Vor dem Kriege hatten die Engländer zweimal so viel Nahrungsmittel eingeführt wie sie in ihrem eigenen Land produzierten.²⁾ Nach Ausbruch des Krieges begann Großbritannien seinen Import an Nahrungsmitteln einzuschränken, um Schiffsraum für Flugzeuge, Geschütze, Rohstoffe und Maschinen zu gewinnen. Im Sommer 1940, nach dem Vorstoß der deutschen Armeen an den Atlantik, wurde es von allen wichtigen Versorgungsquellen des europäischen Festlandes abgeschnitten. Zur gleichen Zeit begann die verschärfte deutsche U-Boot-Offensive, die der englischen Handelsflotte großen Schaden zufügte. Über ein Drittel des gesamten englischen Handelsschiffraumes wurde von Juni 1940 bis Dezember 1941 durch deutsche U-Boote und Flugzeuge vernichtet, so daß die Versenkungen die Neubauten überstiegen.³⁾ Eine immer stärkere Lebensmittelrationierung war die Folge dieser Verluste.

Bisher hatte Großbritannien von den USA verhältnismäßig wenig Nahrungsmittel eingeführt, um Raum für das benö-

1) cf. unten pp. 96 f. und 108 ff.

2) Dazu ausführlich Stettinius, op. cit., pp. 97 f.

3) Hancock and Gowing, op. cit., p. 241, p. 250.

tigte Kriegsmaterial einzusparen. Sofort nach Inkrafttreten des Leih- und Pachtgesetzes ermöglichten die USA jedoch Nahrungsmittellieferungen unter Lend-Lease-Bedingungen an die Engländer, ohne dadurch die ebenso wichtigen Waffenlieferungen einzuschränken.

Der erste Geleitzug mit Lebensmitteln aus den USA traf im Frühjahr 1941 in England ein. Diese Hilfsmaßnahme schien keinen Augenblick zu früh gekommen zu sein, denn Hitler war seinem Ziel, Großbritannien auszuhungern, niemals zuvor so nahe.¹⁾ Die Verschiffung von Nahrungsmitteln im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes brachte England über die schlimmste Versorgungskrise des Krieges hinweg.

Im Jahre 1941 betrug der Wert der Lebensmittellieferungen an England 290 Millionen Dollar, was beinahe ein Drittel der gesamten Lend-Lease-Lieferungen des Jahres ausmachte.²⁾ Es wurden 26 000 t Büchsenfisch, 150 000 t Kondensmilch, 100 000 t Schweineschmalz, je 80 000 t gedörrte Bohnen und Schinken, 50 000 t Fleisch und 40 000 t Käse verschifft.³⁾ Um den dringend benötigten Schiffsraum einzusparen, wurde ein Großteil der Nahrungsmittel getrocknet, wodurch gleichzeitig eine leichtere Verpackung und Konservierung ermöglicht wurde.

Mit Ausnahme der Panzer- und LKW-Lieferungen nach Ägypten und eben dieser direkten volkswirtschaftlichen Hilfe für das englische Mutterland hatte das Leih- und Pachtgesetz im Jahre 1941 jedoch keine weiteren militärischen Folgen. In diesem Jahr kamen auf fünf Schiffsladungen mit Kriegsmaterial, die auf Grund der "Cash and Carry"-Klausel sofort bezahlt wurden, nur je eine Schiffsladung, die durch Lend-Lease finanziert wurde.⁴⁾

1) Stettinius, op. cit., p. 98.

2) Hancock and Gowing, op. cit., p. 240.

Stettinius stellt dagegen fest, daß die Nahrungsmittelexporte nach 1941 mehr als die Hälfte des Wertes sämtlicher Lend-Lease-Exporte nach England ausmachten, Stettinius, op. cit., p. 98.

3) Hancock and Gowing, op. cit., p. 240, "long" oder "gross tons" (brit.) = 2240 lbs oder 1016,05 kg.

4) Stettinius, op. cit., p. 99.

3. Ausbau der amerikanischen Rüstungsindustrie

Nur etwa 1/15 der 14 Milliarden Dollar, die vom Senat für Leih- und Pachthilfe bis Pearl Harbor genehmigt wurden, gelangte in irgend einer Form von Lieferungen nach Großbritannien.¹⁾ Mit dem größten Teil der Lend-Lease-Gelder wurde nämlich die amerikanische Rüstungsindustrie aufgebaut und erweitert. So wurden vom 27. März bis 31. Mai 1941 den verschiedenen amerikanischen Beschaffungssämtern mehr als 4 Milliarden Dollar zugewiesen.²⁾ Fast zwei Milliarden davon waren für den Bau von Flugzeugen geplant; erst ein bis zwei Jahre später konnten diese unter dem Lend-Lease-Programm gebauten Flugzeuge geliefert werden. Fast eine weitere halbe Milliarde Dollar wurde zur Produktion von Geschützen und Munition gebraucht; mehr als eine halbe Milliarde war für den Bau von Handelsschiffen vorgesehen und für den Bau von Transportern für das Leih- und Pachtmaterial vergeben worden.

Das Geld, das im Rahmen der Leih- und Pachthilfe freigestellt wurde, trug dazu bei, die Ford Bomber Anlage in Willow Run, die Chrysler Panzer-Fabrik in Detroit und die Kaisers Werften in Richmond zu bauen. Die Flugzeugwerke von Douglas, Boeing, Consolidated, Bell, Curtiss-Wright usw. wurden mit diesem Geld in die Lage versetzt, ihre Fabriken den Erfordernissen der Kriegslieferungen entsprechend zu modernisieren und zu vergrößern. Es finanzierte den Bau von Verladeeinrichtungen für Munition, Spezialpiers und Schwimmdocks in amerikanischen Häfen etc.³⁾ Insgesamt wurden bis zum

1) Hancock and Gowing, op. cit., p. 236. Bis Oktober 1941 wurde in folgenden Zeiträumen vom Kongreß Leih- und Pachtgelder bewilligt:

1. Bewilligung im März 1941	7 000 000 000 Dollar
2. Bewilligung im Okt. 1941	5 985 000 000 Dollar
1. Ergänzungsbewilligung im August 1941	1 296 650 000 Dollar
insges.	14 281 650 000 Dollar

2) u.z.f. Stettinius, op. cit., p. 99 (Genauere Angaben, zu welchen Zwecken Lend-Lease in den USA verwendet wurde.)

3) ibid., p. 100.

7. Dezember mehr als fünfeinhalb Milliarden Dollar für diese Zwecke verwendet.

Diese Investitionen kamen sowohl den eigenen amerikanischen Streitkräften als auch den Alliierten zu Gute. Die Aufträge vom Jahre 1941 sicherten für die nächsten zwei Jahre die Herstellung großer Mengen von Waffen und anderem Kriegsmaterial, was für die USA und ihre Verbündeten für den Ausgang des Krieges von großer Bedeutung wurde. Die Auswirkung des Leih- und Pachtsystems und ihr Erfolg zeigten sich erst in den folgenden Kriegsjahren, in denen nicht nur England und das Commonwealth, sondern auch die UdSSR in großem Maße durch dieses System profitieren sollten.

III. Das Problem der Sicherung der Lieferungen

1. Gefährdung auf dem Meer

Das größte Problem im Jahre 1941 war der Transport der Hilfslieferungen nach England. Das Leih- und Pachtgesetz bestimmte im Abschnitt 3; 5e, kein amerikanisches Schiff dürfe eine Kampfzone befahren und unter 3; 3 d, daß es amerikanischen Kriegsschiffen verboten sei, Handelsschiffen Geleitschutz zu geben.¹⁾ Das bedeutete, daß Großbritannien seine Transporte ohne amerikanische Hilfe durchführen und auch den Geleitschutz selber übernehmen mußte. Etwa 60 - 80 Handelsschiffe wurden zu einem Geleitzug zusammengestellt und mit Geleitschutz versehen. Aber auch gegen diese Sicherungsmethode wandte die deutsche Kriegsmarine eine neue Taktik ("Wolfs-Rudel") an, und da auch jetzt ein beträchtlicher Teil der englischen Handelsschiffe versenkt wurde²⁾, mußten dringend neue Abwehrmaßnahmen geschaffen werden.

Bereits im März 1941 schickte Churchill eine Note an den britischen Handelsbevollmächtigten Sir Arthur Salter zwecks Gründung einer britischen Handelsschiffsgesellschaft in Washington; er schrieb:

"The battle of the Atlantic has begun. The issue may well depend on the speed with which our resources to combat the menace to our communications with the western hemisphere are supplemented by those of the USA. I look to you to bring this fact home to the US Administration and to convince them that they must act accordingly".³⁾

1) cf. Anhang, Leih- und Pachtgesetz.

2) Von Sept. 1939 - April 1941 wurden insgesamt 923 britische Schiffe versenkt; Documents on American Foreign Relations, Vol. III, p. 613; cf. Hancock and Gowing, op. cit., p. 205, Tabelle d.

3) Brief Churchills an Salter, März 1941, ohne Quellenangabe zitiert bei Hancock and Gowing, op. cit., p. 257.

Die Hauptaufgabe der Handelsgesellschaft sollte in der Beschaffung amerikanischer Schiffstonnage zur Beförderung der Lend-Lease-Waren bestehen. Außerdem sollte sie eine Steigerung der amerikanischen Schiffsbauproduktion und die Errichtung von Reparaturwerften für die beschädigten britischen Schiffe in die Wege leiten. Ziel dieser Gesellschaft war, eine enge Zusammenarbeit zwischen den englischen und amerikanischen Marinestreitkräften herbeizuführen.¹⁾

Die Initiatoren des Leih- und Pachtgesetzes waren sich darüber im klaren, daß eine erfolgreiche Durchführung der Leih- und Pachthilfe nur mit amerikanischer Hilfe, d.h. mit amerikanischem Begleitschutz der Lend-Lease-Transporte, erreicht werden konnte. Schon während der Debatte um das Leih- und Pachtgesetz wurde die Frage des amerikanischen Geleitschutzes heftig diskutiert. Kriegsminister Stimson befürwortete schon damals Waffen-transporte auf amerikanischen Schiffen und ebenso amerikanischen Geleitschutz.²⁾

Präsident Roosevelt, der das Gesetz als Friedensmaßnahme für die USA proklamiert hatte, wandte sich gegen die Absicht, Einheiten der amerikanischen Kriegsmarine zum Schutze der englischen Handelsschiffe einzusetzen. Er mußte auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen, die eine derartige Aktion ablehnte. Roosevelt's Meinung: "Geleitschutz bedeutet Schießen und Schießen bedeutet Krieg",³⁾ bestimmte während der nächsten Monate die Diskussion um diese Frage.

Die Lage im Atlantik wurde jedoch für die britische Handelsschiffahrt immer kritischer. Deutschland dehnte die nordatlantische Kriegszone bis Island und in das Gebiet der Küste Grönlands aus, um eine bessere Angriffsmöglichkeit auf die Geleitzüge zu haben.

1) ibid., p. 257.

2) cf. unten p. 76.

3) zit. nach Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., p. 74.

Von britischer Seite wurden Hilfsmaßnahmen von Washington angefordert, um diesem Transportdilemma Einhalt zu gebieten. Der Hilferuf nach aktiver amerikanischer Unterstützung wurde von Harry Hopkins, dem Leiter der Lend-Lease-Verwaltung, dem amerikanischen Botschafter Winant in London und von den Ministern Knox und Stimson verstärkt. Die Forderungen, die vor allem an Roosevelt gerichtet waren, bezogen sich darauf, den englischen Geleitzügen amerikanische Marine- und Luftwaffeneinheiten zur Verfügung zu stellen.

2. Erweiterung der Neutralitätszone

Im April 1941 kam Roosevelt mit den Ministern Knox und Stimson und Harry Hopkins überein, die Sicherheitszone, d.h. die amerikanische Neutralitätszone, bis westlich des 25. Längengrades zu erweitern, also bis zur Ostküste von Grönland und der Westküste von Island. Innerhalb dieser erweiterten Neutralitätszone sollten amerikanische Patrouillenfahrzeuge die Sicherheit der englischen Geleitzüge übernehmen.¹⁾ Amerikanische Kriegsschiffe und Marineflugzeuge hielten Ausschau nach deutschen U-Booten und Kaperschiffen und funkten deren Position der englischen Marine. Dieser "Hemisphere Defense Plan" wurde im April telegraphisch an Churchill weitergeleitet:

"The United States Government proposes to extend the security zone and patrol area utilizing naval vessels and aircraft working from Newfoundland, Greenland, Nova Scotia, the West Indies, Bermuda and the United States with possible later extension to Brazil. We will want to be notified in great secrecy of movements of convoys so that our patrol units can seek out the ship of an aggressor nation operating west of the new line of the security zone..."²⁾

-
- 1) Einsatz von amerikanischen Kriegsschiffen leichterer Art, welche geortete deutsche Marinefahrzeuge an die britischen Seestreitkräfte weitermeldeten.
 - 2) Text des Telegramms ohne Quellenangabe bei Sherwood, op. cit., pp. 291 f.

Der Plan bestimmte ausdrücklich, daß die Patrouillen nur westlich von Island durchgeführt werden dürften und daß nur im Falle eines deutschen Angriffes zurückgeschossen werden sollte. Roosevelt stellt der Öffentlichkeit den Patrouillendienst der amerikanischen Flotte und Luftwaffe als einen Wachdienst dar, der feindliche Schiffe in der westlichen Hemisphäre erkunde.¹⁾ In Wirklichkeit aber mußten sich der Präsident und sein Minister Stimson bewußt sein, daß diese Patrouillen einen feindseligen Akt gegenüber den Achsenmächten darstellten

3. Marinestützpunkte und Besetzung Islands

Seit der deutschen Besetzung Frankreichs war Großbritannien gezwungen, seine Geleitzüge um die Nordspitze Irlands zu leiten. In Nordirland und Schottland mangelte es besonders an Zerstörer- und Flugzeugstützpunkten, die den Geleitzügen eine sichere Fahrt ermöglichen konnten. Präsident Roosevelt bewilligte am 18. April 1941 Lend-Lease-Mittel im Werte von 50 000 000 Dollar zum Bau von vier Stützpunkten in Irland und Schottland.²⁾ Die Engländer lieferten Material, das an Ort und Stelle besorgt werden konnte und bezahlten die Löhne der amerikanischen Techniker. Die Mehrzahl der Maschinen und Ausrüstungen wurde von den USA zur Verfügung gestellt. Amerikanische Ingenieure und 1200 Mechaniker halfen beim Ausbau der Stützpunkte, womit im Juli begonnen wurde.³⁾ Die Ausrüstung und das Material, das im Rahmen der Leih- und Pachthilfe bereitgestellt worden war, sollte dazu beitragen, die östliche Hälfte der "Hemisphäre" zu ver-

-
- 1) "A patrol is a reconnaissance - I think that is the word - of certain areas of ocean to find out whether there is any possibly aggressive ship within that area, or areas, or the whole of the ocean, which might be coming toward the Western Hemisphere, or into the Western Hemisphere". Roosevelt auf einer Pressekonferenz, 25. April 1941, Public Papers, 1941, p. 134.
- 2) H. Duncan Hall, North American Supply, op. cit., p. 316.
- 3) ibid., p. 316.

teidigen und Schutz für die englischen Geleitzüge gegen deutsche Angriffe zu gewähren. Diese von Lend-Lease errichteten Stützpunkte sollten nach Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg noch von großem Nutzen sein.

Als nächster Schritt zu einer sichereren und wirkungsvolleren Durchführung von Lend-Lease-Transporten nach England wurde die Einbeziehung Islands in den Schutzbereich der Vereinigten Staaten erforderlich. Obwohl Island östlich des 25. Längengrades, also bereits hinter der "westlichen Hemisphäre" lag, wurde die Verteidigung dieser Insel von Präsident Roosevelt als lebenswichtig für die Vereinigten Staaten bezeichnet, nachdem im April schon Grönland von amerikanischen Truppen zur Errichtung von See- und Luftstützpunkten besetzt worden war. Am 7. Juli 1941 lösten amerikanische Truppen die 15 000 englischen Soldaten auf Island ab, die dringend für andere Zwecke gebraucht wurden.¹⁾

In einer Botschaft an den Kongreß führte Roosevelt drei Gründe an, die ihn zur Besetzung Islands bewogen hatten. Erstens die Bedrohung Grönlands und des nördlichen Teils des Nordamerikanischen Kontinents und der dazwischen liegenden, taktisch äußerst wertvollen Inseln. Zweitens die Gefährdung der Schifffahrt und drittens die Bedrohung der Munitionstransporte, deren Route an den Küsten Islands vorbeiführte.²⁾ In dieser Erklärung sagte der Präsident:

"As Commander in Chief I have consequently issued orders to the Navy that all necessary steps be taken to insure the safety of communications in the approaches between Iceland and the United States as well as on the seas between the United States and all other strategic outposts".³⁾

-
- 1) Genauere Angaben über das Islandproblem und die amerikanische Besetzung der Insel bei: Langer and Gleason, *The Undeclared War*, op. cit., pp. 452 ff, pp. 522 ff. pp. 575 ff., bei Sanborn, op. cit., pp. 311-13, Stettinius, op. cit., pp. 140 f, Sherwood, op. cit., pp. 290 f.
- 2) Kongreßbotschaft Roosevelts, 7. Juli 1941, *Public Papers*, 1941, p. 256.
- 3) *Ibid.*, p. 257.

Damit war das Patrouillensystem bis Island ausgedehnt. Die Besetzung der Insel durch amerikanische Marineeinheiten bedeutete für England aber auch insofern eine große Hilfe, als es nun auch amerikanischen Handelsschiffen möglich war, Lend-Lease-Material bis Island zu transportieren, wo es dann auf englische Schiffe umgeladen werden konnte.¹⁾

4. Amerikanischer Geleitschutz

Die Besetzung Islands löste eine Welle der Empörung in den noch bestehenden isolationistischen Kreisen aus, die diese Maßnahme als eine direkte Herausforderung Deutschlands betrachteten. Zur Enttäuschung Stimsons und seiner Anhänger, die auf Grund der Besetzung Islands eine Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die USA erhofft hatten, hüllte sich Hitler jedoch in Schweigen, obwohl er in der Besetzung Islands eine gegen Deutschland gerichtete militärische Aktion erblicken mußte. Er wollte auf keinen Fall in einen offenen Krieg mit den USA verwickelt werden, außerdem war er zu diesem Zeitpunkt gerade im Begriff, die Rußlandinvasion vorzubereiten.

Roosevelt gab mit der Island-Aktion zu erkennen, daß er eine steigende, aktive Unterstützungspolitik gegenüber England anstrebte und daß er keine Mittel scheute, dieses Ziel auch auf die Gefahr einer Kriegsbeteiligung hin, durchzuführen. Nach der Inbesitznahme der Insel bauten die Amerikaner mit den Engländern zusammen Flotten- und Marinestützpunkte aus, um einen ungefährenden Zubringerdienst der Lend-Lease-Waren nach Großbritannien zu gewährleisten. Während England zwei Millionen Dollar zum Bau der Stützpunkte auf Island beisteuerte, wurden von den Lend-Lease-Geldern anderthalb Millionen Dollar verwendet.²⁾

1) cf. H. Duncan Hall, North American Supply, op. cit., pp. 314 f.

2) cf. oben p. 74, Anm. 1.

Inzwischen hatte ein unerwartetes Ereignis dem Kriegsgeschehen einen völlig neuen Charakter gegeben. Am 22. Juni 1941 hatte Hitler die UdSSR angegriffen. Die Minister Stimson und Knox forderten sofort nach dieser Kriegserklärung den Präsidenten auf, den Zweifrontenkrieg, in den Deutschland verwickelt war, auszunützen und direkte Maßnahmen zur Niederringung Deutschlands zu ergreifen. Während Stimson den Zeitpunkt für amerikanischen Marinegeleitschutz¹⁾ als äußerst günstig ansah, forderte Knox den Präsidenten auf, die Gelegenheit des deutsch-russischen Konfliktes auszunützen und gegen das Hitlerregime in wirkungsvollere Weise als bisher vorzugehen, "to strike effectively at Germany".

"While his (Hitlers) back is turned, we must answer his obvious contempt with a smashing blow that can and will change the world perspective. If, while Hitler is assaulting Stalin, we can clear the path across the Atlantic and deliver, in safety, the weapons our factories are now producing, ultimate defeat for Hitler is certain".²⁾

Admiral Stark setzte dem Präsidenten auseinander, daß der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges psychologisch ausgenützt werden müsse. Der amerikanische Begleitschutz ("escort") sei sofort einzuführen und der Westatlantik, in größerem Umfang als bisher, zu sichern. Stark folgerte, daß auf Grund einer verstärkten amerikanischen Aktion gegen Deutschland die Vereinigten Staaten beinahe mit Sicherheit in den Krieg verwickelt würden. Er betrachtete die Verzögerung des Kriegseintritts der USA als eine ernsthafte Gefahr für England.³⁾ Aus diesen

1) "Escort" in Ergänzung des schon bestehenden Patrouillendienstes.

2) Gouverneurskonferenz, 30. Juni 1941, zit. nach Langer and Gleason, *The Undeclared War*, op. cit., p. 539.

3) Bericht Starks über seine Unterredung mit dem Präsidenten vom 24. Juni 1941 in einem Brief an Captain Charles M. Cooke, 31. Juli 1941, in "Pearl Harbor Attack", XVI, pp. 2175 ff; nach Langer and Gleason, *The Undeclared War*, op. cit., p. 539.

Gründen stimmte Präsident Roosevelt dem Marinegeleitschutzplan zu, der am 11. Juli 1941 in Kraft treten sollte, nahm jedoch kurz vor der Durchführung des Planes aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung seine Zustimmung zurück. Statt dessen wurde am 25. Juli ein modifizierter "Defense Plan" herausgegeben, der den Geleitschutz nur für amerikanische und isländische Schiffe vorsah.¹⁾ Englische Geleitzüge wurden erst im September in das Geleitschutzprogramm einbezogen.

5. Die Atlantik-Konferenz

Die britisch-amerikanische Zusammenarbeit gestaltete sich im Laufe des Sommers 1941 immer enger. Im August desselben Jahres fand eine heimliche Zusammenkunft zwischen Roosevelt und Churchill im Hafen von Argentia (Neufundland) statt, der zu den Stützpunkten gehörte, die Washington im Austausch gegen die 50 Zerstörer von England erhalten hatte. Außer dem amerikanischen Staatssekretär Welles, General Marshall, Admiral King, Harry Hopkins und dem englischen Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan nahmen hohe Militärs beider Länder an der Konferenz teil.²⁾

Die Militärexperten unterhielten sich über die Möglichkeit, wie Deutschland am schnellsten und wirkungsvollsten zu besiegen wäre. Die britischen Generäle drängten auf einen baldigen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten. Ihre Pläne gingen dahin, Deutschland durch äußerst konzentrierte Luftangriffe niederzuschlagen, um dadurch eine Invasion Englands zu vermeiden.³⁾ Ihre größte

-
- 1) Charles A. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War, op. cit., pp. 437 f.; Samuel E. Morison, The Battle of the Atlantic, Boston 1955, pp. 78 f.
 - 2) Über die Atlantikkonferenz ausführlich Sherwood, op. cit., pp. 352-365; Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., pp. 663-692; Winston S. Churchill, The Second World War, vol. III, The Grand Alliance, London, Toronto usw. 1950, pp. 385 ff.; Sumner Welles, The Time for Decision, New York 1944, pp. 175 ff; cf. unten p. 448.
 - 3) Watson, op. cit., pp. 402 f.

Hoffnung waren die USA: eine Intervention der Vereinigten Staaten würde den Sieg über die Achsenmächte nicht nur sichern, sondern auch beschleunigen. Die amerikanischen Generäle verhielten sich jedoch den britischen Plänen gegenüber skeptisch. Sie bezweifelten, daß eine amerikanische Intervention im Augenblick Erfolg haben würde, da die amerikanischen Streitkräfte noch in keiner Weise voll operationsfähig seien. Jedoch kam man den Engländern insoweit entgegen, als die Frage des Geleitschutzes endgültig gelöst wurde. Amerikanischer Geleitschutz ("escort") sollte von nun an auch den englischen Handelsschiffen bis Island zuteil werden.¹⁾ Die Bestimmung sollte im September 1941 in Kraft treten.²⁾

Die konkreten Ergebnisse der Atlantikkonferenz wurden in der sogenannten "Atlantic Charta" zusammengefaßt, die in acht Punkten die zukünftige Weltordnung nach dem Kriege skizzierte und eine Koordinierung der Kriegsziele vornahm.³⁾ Einer der wichtigsten Punkte war der Beschluß einer materiellen Unterstützung der Sowjetunion. Die Botschafter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sollten Stalin den Vorschlag einer Konferenz unterbreiten, auf der der UdSSR Pläne über ein ausgedehntes Hilfsprogramm von seiten der beiden Westmächte vorgelegt werden würden.⁴⁾

Für das Kriegsgeschehen war im Augenblick jedoch nur die Lösung des Geleitschutzproblems ausschlaggebend. Die Transporte konnten mit größerer Sicherheit und weniger Verlusten über den Atlantik gebracht werden und die englischen Kriegsschiffe, die bisher den Geleitschutz übernommen hatten, für andere Aufgaben freigemacht werden.

1) Dazu ausführlich: Watson, op. cit., pp. 401-409.

2) ibid., p. 405.

3) Deutscher Text der Atlantic-Charta in Satzung der Vereinigten Nationen, ed. Erich Kaufmann und Erich Kordt, Bonn 1948, pp. 134 ff.

4) Kongreßansprache Roosevelts, 21. August 1941; Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, p. 14; cf. unten p. 148.

IV. Bewaffnete Intervention der USA

1. Debatte um den Einsatz amerikanischer Truppen in Europa

Die Atlantikkonferenz setzte hauptsächlich die Richtlinien für die Gestaltung der Zusammenkunft der Völker nach dem Kriege fest. Die von den Engländern erhoffte Zusage zu einer amerikanischen Intervention, zu einem baldigen Kriegseintritt blieb aus. Außer der Versicherung, daß ab September 1941 amerikanische Marineeinheiten englische Handelsschiffe und Geleitzüge bis nach Island eskortieren würden, machte Roosevelt keine weiteren militärischen Zugeständnisse.

Trotz heftigen Drängens seitens seiner Minister und Berater konnte sich der Präsident auch nach der Konferenz nicht entschließen, die USA aktiv in den europäischen Konflikt eingreifen zu lassen. Das amerikanische Volk stand zwar geschlossen hinter Großbritannien und hoffte auf eine baldige Niederringung Deutschlands. Es war deshalb gewillt, alle nur verfügbare materielle Hilfe für England zu leisten und hatte sogar die Maßnahme des amerikanischen Patrouillendienstes akzeptiert. Man wandte sich aber entschieden gegen einen direkten Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Eine öffentliche Meinungsumfrage im Herbst 1941 ergab, daß sich noch über vier Fünftel der amerikanischen Bevölkerung gegen eine Kriegsbeteiligung aussprachen.¹⁾

Während Roosevelt mit seiner abwartenden Haltung Rücksicht auf die öffentliche Meinung nahm, gaben seine mili-

1) Am 17. September 1941 waren noch 87 % der Befragten gegen einen Kriegseintritt der USA und gegen Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa. Einen Monat später, am 22. Oktober, erklärten sich noch immer 82 % gegen eine Entsendung amerikanischer Truppen, um Großbritannien zu helfen. 74 % der Befragten waren gegen eine Kriegserklärung der USA an Deutschland; Cantril-Strunk, op. cit., pp. 976 und 977.

tärischen Berater nach gründlichen Untersuchungen zu erkennen, daß Großbritannien von Deutschland besiegt werden könne, falls die USA nicht mit militärischer Hilfe eingreifen würden; auf keinen Fall könne Deutschland ohne die Mitwirkung großer amerikanischer Truppeneinheiten geschlagen werden.¹⁾ Sie wiesen aber gleichzeitig darauf hin, daß ein amerikanischer Kriegseintritt im Moment keinen großen Erfolg bringen würde, da die amerikanische Armee zu schlecht ausgerüstet sei und zu wenig schlagkräftige Divisionen aufweise (Herbst 1941), um entscheidende Operationen auf dem Kontinent durchführen zu können.²⁾ Auch aus diesem Grunde konnte Roosevelt noch keine klare Entscheidung treffen.

2. Die "Greer"-Episode

Ein Zwischenfall im Atlantik bot dem Präsidenten die günstige Gelegenheit, den amerikanischen Marinegeleitschutz im Nordatlantik zum Schutze der Lend-Lease-Lieferungen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Am 4. September 1941 wurde der amerikanische Zerstörer "Greer" von einem deutschen U-Boot 175 Meilen südwestlich von Island angegriffen. Der Vorfall ereignete sich innerhalb der von Hitler proklamierten Kriegszone, die aber ebensogut zum Interessengebiet der Vereinigten

1) In einem an den Präsidenten gerichteten Militärbericht vom 11. September 1941, unterzeichnet von General Marshall and Admiral Stark, wird auf die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens seitens der USA ausdrücklich hingewiesen:
".. it is the opinion of the Joint Board that Germany and her European satellites cannot be defeated by the European powers now fighting against her. Therefore, if our European enemies are to be defeated, it will be necessary for the United States to enter the war, and to employ a part of its armed forces offensively in the Eastern Atlantic, and in Europe or Africa". Zit. nach Sherwood, op. cit., p. 412.

2) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 740.

Staaten gehörte.¹⁾ In einer Kaminfeuerrede nahm der Präsident am 11. September Stellung zu der "Greer"-Episode:

"In the waters which we deem necessary for our defense, American vessels and American planes will no longer wait until Axis submarines lurking under the water or Axis raiders on the surface of the sea, strike their deadly blow-first. ... But let this warning be clear. From now on, if German or Italian vessels of war enter the waters, the protection of which is necessary for American defense, they do so at their own peril".²⁾

Der legale Befehl zum Schießen im Atlantik war damit gegeben. Endlich hatte die amerikanische Kriegsmarine die Vollmacht erhalten, Schiffe jeder Nation, die Lend-Lease-Lieferungen von dem amerikanischen Kontinent

1) Der Vorfall des Zerstörers "Greer" wurde am 20. September von Admiral Stark während eines Kongreß-Untersuchungs-Ausschusses berichtet. Der Präsident hatte den Fall so dargestellt, als ob die "Greer" unerwarteterweise von einem deutschen U-Boot angegriffen wurde. Admiral Stark lieferte folgenden, den Präsidenten korrigierenden Bericht: Ein englisches Flugzeug teilte dem amerikanischen Zerstörer mit, daß es 10 Meilen westlich von dem Kurs des Zerstörers ein deutsches U-Boot geortet hatte. Daraufhin verfolgte die "Greer" das U-Boot einige Stunden und funkte die Ortung zum Nutzen jedes britischen Flugzeuges oder Zerstörers. Dies geschah in Übereinstimmung mit den erteilten Befehlen, Informationen weiterzuleiten, aber auf keinen Fall anzugreifen. Ein englisches Flugzeug warf vier Wasserbomben, die aber das Ziel verfehlten. Auch der Zerstörer verfolgte das U-Boot weiter, worauf dieses zwei Torpedos abfeuerte, die aber nicht trafen. Die "Greer" warf danach Wasserbomben auf das U-Boot, ohne Erfolg. - Die "Greer" hatte also das U-Boot gejagt, welches dann aus Notwehr den Zerstörer zu torpedieren versucht hatte.

Admiral Starks Bericht über den "Greer"-Vorfall vom 4. September 1941 in Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, pp. 95 f; Befragungen des Senats-Ausschusses, ibid., pp. 96 ff; außerdem Samuel E. Morison, op. cit., pp. 79 ff.

2) Rede Roosevelts, 11. September 1941, Public Papers, 1941, p. 391.

bis nach Island beförderten, gegen feindliche Überfälle zu beschützen. Der Befehl für die Marine lautete, U-Boote der Achsenmächte oder Kaperschiffe, die in dem bezeichneten Gebiet vorgefunden wurden, zu erbeuten oder zu zerstören.¹⁾ Roosevelts Proklamation und Anordnung an den Befehlshaber der amerikanischen Flotte, Admiral Stark, bedeutete in einer gewissen Hinsicht eine versteckte Kriegserklärung gegenüber Deutschland und Italien im Nordatlantik.²⁾ Roosevelt war sich der Folgen seiner Entscheidung bewußt, wenn er am Ende seiner Ansprache sagte:

"I have no illusions about the gravity of this step. I have not taken it hurriedly or lightly. It is the result of months and months of constant ~~thought~~ and anxiety and prayer. In the protection of your Nation and mine it cannot be avoided".³⁾

Es war schon während der Debatte um das Leih- und Pachtgesetz vor auszusehen gewesen, daß eine erfolgreiche Durchführung der Lieferungen Maßnahmen seitens der USA erforderten, die sie an den Rand des Krieges bringen mußten. Roosevelt konnte sein Versprechen, er werde keine amerikanischen Marineeinheiten zum Schutz der Lend-Lease-Transporte einsetzen, nicht halten, wenn eine sichere und schnelle Lieferung der Lend-Lease-Waren nach Großbritannien gewährleistet sein sollte.

-
- 1) "The Navy is ordered to capture or destroy by every means at its disposal Axis-controlled submarines or surface raiders encountered in these waters", Minister Knox in seiner Rede vor der American Legion Convention in Milwaukee, 15. September 1941, zit. nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit. p. 746.
 - 2) "... But in a larger sense the President's speech and the subsequent orders to Admiral King constituted the proclamation of a naval war between the United States and the two European members of the 'Axis'. Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 746.
 - 3) Public Papers, 1941, p. 392.

Der Vorfall der "Greer"-Episode diente ihm deshalb als Vorwand, den amerikanischen Geleitschutz und das aktive militärische Eingreifen der amerikanischen Begleitschiffe zu rechtfertigen. Obwohl Hitler diesen Schritt als eine gegen ihn gerichtete Provokation erkennen mußte, gab er der deutschen Kriegsmarine Anweisungen, vor Oktobermitte keine amerikanischen Schiffe ob Kriegs- oder Handelsschiffe, anzugreifen. Admiral Räder vermochte es auch nach dem 11. September 1941 nicht, Hitler zu bewegen, die Beschränkungen für die U-Boot-Operationen in der amerikanischen Sicherheitszone aufzuheben. Hitler hielt es für klüger, jegliche Kollision mit den USA im Atlantik zu vermeiden, damit er umso ungestörter gegen Rußland vorgehen könne.

3. Revision der Neutralitätsgesetze

Der nächste Schritt der USA zur vollkommenen Unterstützung ihrer Alliierten und zur Bekämpfung der Achsenmächte war die Revision der Neutralitätsgesetze. Die Neutralitätsgesetzgebung schien nach dem Befehl vom September 1941 an amerikanische Kriegsfahrzeuge, auf Sicht zu schießen, sowieso widersinnig. Schon nach Annahme des Leih- und Pachtgesetzes konnte man von keiner echten Neutralität mehr sprechen. Präsident Roosevelt drängte vor allem auf die Abschaffung des Paragraphen sechs des Gesetzes, der die Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe verbot.¹⁾ Er erstrebte jedoch nicht nur die Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe, sondern auch ihre Entsendung in die Kriegszonen und das Anlaufen fremder Häfen.²⁾ Nach heftigen Debatten im Kongreß wurden diese Punkte am 7. November mit 50 zu

1) Schon am 9. Oktober 1941 bat Roosevelt in einer Kongreßansprache den Kongreß, die Bewaffnung von amerikanischen Handelsschiffen zu bewilligen. Public Papers, 1941, p. 408.

2) ibid., pp. 409 f.

37 Stimmen im Senat und am 13. November mit 212 gegen 194 im Repräsentantenhaus angenommen.¹⁾ und dadurch die Neutralitätsgesetze in den entsprechenden Abschnitten revidiert.²⁾

Trotz des geringen Vorsprungs der Ja-Stimmen im Repräsentantenhaus, und trotz der noch heftigen Opposition der Isolationisten, ist anzunehmen, daß das amerikanische Volk in diesem Augenblick die Politik des Präsidenten billigte. Die Mehrheit der Amerikaner nahm den Begleitschutz der Konvois, die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe und die Entsendung ihrer Schiffe an kriegführende Nationen in Kauf, auch wenn diese Anordnungen Zwischenfälle im Atlantik hervorriefen, um mit gemeinsamer Hilfe die Achsenmächte schneller besiegen zu können. Die amerikanische Bevölkerung war zum größten Teil mit den Befehlen und Anordnungen im Atlantik einverstanden, sie war aber keinesfalls auch noch wenige Wochen vor dem Kriegseintritt der USA bereit, sich an einem offenen Krieg zu beteiligen.³⁾

4. Kriegseintritt der USA

Der Verlauf der Geschichte zeigt aufs Deutlichste, daß die USA infolge der Durchführung des Leih- und Pachtgesetzes immer mehr mit dem Kriegsgeschehen verquickt und immer näher an die aktive Teilnahme am Krieg herangezogen wurden. Es war nicht nur damitgetan, Waffen und Munition an die bedrängten Alliierten zu verpacken und zu verleihen, die amerikanische Regierung mußte mit militärischen Mitteln eingreifen, wenn die Leih- und Pacht-Transporte erfolgreich durchgeführt werden sollten. Zur Sicherung dieser Lieferungen hatten die Vereinigten Staaten bereits Schritte unternommen, die Kriegshand-

1) Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, p. 102.

2) Joint Resolution to Repeal Sections 2, 3 and 6 of the Neutrality Act of 1939, Approved November 17, 1941, *ibid.*, p. 112.

3) cf. oben p. 79, Anm. A.

lungen fast gleichkamen:

1. Seit April 1941 Einsatz amerikanischer Patrouillen, die im gezeichneten Sicherheitsgebiet (Western Hemisphere) feindliche Marinefahrzeuge orteten und den britischen Seestreitkräften meldeten.
2. Bau von Marine- und Flugzeugstützpunkten in Schottland und Irland, der zum größten Teil durch Lend-Lease-Mittel finanziert wurde und den Geleitzügen Schutz gegen deutsche Angriffe gewähren sollte.
3. Besetzung Islands durch amerikanische Truppen am 7. Juli 1941.
4. Einsatz amerikanischer Marinefahrzeuge zum Schutz der Konvois und Schießbefehl vom 11. September 1941.
5. Revision der Neutralitätsgesetze im November 1941. Bewaffnung von amerikanischen Handelsschiffen und ihre Entsendung in alle Kriegszonen.

Obwohl der offizielle Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch nicht de jure bestand, entwickelte sich de facto, vor allem seit dem Befehl Roosevelts, amerikanische Handelsschiffe zu bewaffnen, ein "Schießkrieg" auf dem Atlantik.

Die Furcht des Präsidenten, in dieser Hinsicht eine offene und klare Entscheidung herbeizuführen, lag in der Haltung seines Volkes begründet. Noch immer standen 4/5 der amerikanischen Öffentlichkeit hinter den Isolationisten, wenn es um die Frage einer aktiven Kriegsbeteiligung ging. Roosevelt mußte, wollte er die Nation für sein Vorhaben gewinnen, Rücksicht auf die politische Struktur des Landes nehmen. Das behutsame Vorgehen des Präsidenten überzeugte die amerikanische Nation von der Notwendigkeit eines amerikanischen Engagements in Europa weit mehr als eine schnelle und klare Entscheidung.

Das politische Verhalten des Präsidenten vor dem Eintritt der USA in den Krieg gab zahlreichen Historikern und Wissenschaftlern der Politik Anlaß zur Kritik. Dem Urteil der Revisionisten¹⁾ muß aber die realpolitische Notwendigkeit der Verhaltensweise Roosevelts entgegengesetzt werden.

Roosevelt erkannte die Gefährlichkeit der Situation, in der sich die USA auf Grund ihrer interventionistischen und gegen das Völkerrecht verstoßenden Maßnahmen befanden. Er war sich darüber im Klaren, daß sein Land, wenn auch noch nicht formell, sich praktisch doch schon längst im Kriegszustand befand. Trotz seiner Besorgnis, daß die USA auch de jure in ihn verwickelt werden könnten, beunruhigte ihn doch die ständige Ungewißheit um die kommenden Ereignisse, und es war für ihn eine Erleichterung, als im Spätjahr 1941 mit der deutschen Kriegserklärung die Würfel endlich gefallen waren.²⁾

1) cf. oben pp. 55f.

2) cf. Eleanor Roosevelt, This I Remember, New York 1949, p. 233.

V. Aufbau und Struktur der Lend-Lease-Administration

1. Der Beginn der Leih- und Pachtverwaltung

Zur Durchführung der Leih- und Pachthilfe gehörte nicht nur eine militärische Unterstützung der Transporte, sondern auch eine Verwaltungsapparat, der die Bedürfnisse der einzelnen Länder, die Lend-Lease-Hilfe erhielten, prüfen und die Zuteilungen je nach Dringlichkeit vornehmen mußte. Der Leih- und Pachtplan war so ausgearbeitet worden, daß fünf vorhandene Ministerien und Regierungsstellen für die Beschaffung der Lend-Lease-Güter verantwortlich waren. Das Kriegsministerium hatte die Aufgabe, Flugzeuge, Panzer, Geschütze und Waffen aller Art zu besorgen; das Marineministerium war angewiesen, Kriegsschiffe und Öl bereitzustellen; die Schifffahrtskommission (Maritime Commission) war für den Neubau und die Reparatur von Handelsschiffen verantwortlich; das Landwirtschaftsministerium bearbeitete die Versorgung der einzelnen Länder und belieferte sie mit Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen; das Schatzamt war für die Beschaffung von Rohstoffen und Produktionsmitteln für die Industrie zuständig.¹⁾

Zwar kam man auf diese Weise mit dem vorhandenen Verwaltungsapparat aus, aber es zeigte sich auch deutlich, daß damit die Belastung des allein befugten Exponenten der Organisation ins Überdimensionale wuchs. Der Präsident allein war für die Verwaltung des Gesetzes verantwortlich, er allein verteilte sämtliche Vollmachten, verfügte über die Hilfsmittel, bestimmte die Höhe der Gelder und mußte vor dem Kongreß Rechenschaft ablegen.²⁾ Fast jede einzelne Durchführung im Rahmen der Lend-Lease-Hilfe verlangte die persönliche Billigung und Beglaubigung durch den Präsidenten.

1) Duncan H. Hall and C.C. Wrigley; Studies of Overseas Supply, op. cit., p.117.

2) cf. Anhang, Leih- und Pachtgesetz, Section 3, a.

2. "Division of Defence Aid Reports"

Um dem Präsidenten wenigstens die Aufgabe der Koordination zu erleichtern und die administrative Lücke zu füllen, sollte eine Organisation unter der direkten Kontrolle des Präsidenten eingerichtet werden, die die Entwicklung der Leih- und Pacht-Hilfe als ein Ganzes beobachtete und eine einheitliche Interpretation der Verordnung des Leih- und Pachtgesetzes sicherte.

Nach dem Inkrafttreten von Lend-Lease hatte zunächst Harry Hopkins die Hauptverantwortung für die Verwaltung und Durchführung des Gesetzes getragen.¹⁾ Mit einem Stab von knapp 20 Leuten, die aus dem Verbindungskomitee des Präsidenten, dem "Liaison Committee"²⁾ genommen waren, arbeitete Hopkins die Leih- und Pacht-hilfe aus und legte dem Präsidenten auf Wunsch Rechenschaft über seine Arbeit ab. Hopkins war und blieb dabei noch immer der persönliche Berater Roosevelts und arbeitete ohne nähere Bezeichnung seines Amtes.

Am 2. Mai 1941 gab der Präsident dem Team formale Stellung und Namen, nämlich "Abteilung für Berichterstattung über Verteidigungshilfe", "Division of Defence Aid Reports", mit Generalmajor James H. Burns als Exekutivbevollmächtigtem an der Spitze.²⁾ Im August desselben Jahres übernahm Eduard R. Stettinius jr. die Leitung dieser Abteilung, Hopkins blieb zwar Berater, wurde aber zu einer Sondermission nach Rußland abberufen.

1) Sherwood, Roosevelt and Hopkins, op. cit., pp. 267 f.

2) Stettinius, op. cit., p. 95.

3) Richard M. Leighton and Robert W. Coakly, Global Logistics and Strategy, United States Army in World War II, Washington D.C., 1955, p. 78; Hall and Wrigley, Studies of Overseas Supply, op. cit. p. 118; Exekutivanweisung vom 2. Mai in Documents on American Foreign Relations, Vol. III, p. 731.

3. "Office of Lend-Lease-Administration"

Bis zum August 1941 hatte Roosevelt noch jede Anweisung und jede Übertragung im Rahmen des Leih- und Pachtplans selber unterzeichnet. Jetzt übertrug er Stettinius die Vollmacht, Lend-Lease-Gelder und -Materia bis zu einer Höhe von 300 Mill. Dollar zuzuweisen. Wenige Wochen später wurde diese Vollmacht auch auf den Rest der bewilligten 7 Milliarden Leih- und Pachtgelder ausgedehnt.¹⁾

Der nächste Schritt zu einer eigenen Lend-Lease-Verwaltung wurde am 28. Oktober 1941 mit der Schaffung des Amtes für Leih- und Pachtverwaltung, "office of Lend-Lease-Administration" (O.L.L.A.) getan.²⁾ Stettinius wurde wiederum Chef dieser neuen Organisation und bevollmächtigt, alle durch das Leih- und Pachtgesetz und die Leih- und Pachtbewilligungen erteilten Befugnisse des Präsidenten zu übernehmen. Der Präsident bestimmte weiterhin, welche Länder für die Verteidigung der USA lebenswichtig seien und das Außenministerium übernahm die Verantwortung für den Abschluß von Leih- und Pachtverträgen mit den einzelnen Ländern.³⁾

Diese Organisation, die die Lend-Lease-Aufträge zu erledigen hatte, mußte über die vom Kongreß für Lend-Lease bewilligten Gelder Rechenschaft ablegen und die Entscheidung treffen, ob die einzelnen Artikel, die von Großbritannien oder anderen Ländern angefordert wurden, den Bestimmungen des Leih- und Pachtgesetzes entsprachen.⁴⁾ Zu Beginn der Leih- und Pachthilfe fielen

1) Stettinius, op. cit., p. 106.

2) Leighton and Coakly, op. cit., p. 80;
Exekutivanweisung vom 28. Oktober 1941 in Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, pp. 169 f.

3) Stettinius, op. cit., p. 106.

4) Skizze der Lend-Lease-Verwaltung bei Leighton and Coakly, op. cit., p. 87.

fast alle Artikel mit nur wenigen Ausnahmen unter Lend-Lease. Das Gesetz hatte das Wort "Verteidigungsmittel" so weit wie möglich gefaßt; und O.L.L.A. war bestrebt, es zu Gunsten der Lend-Lease-Empfänger auszulegen. In Paragraph zwei des Leih- und Pachtgesetzes bedeutet die Bezeichnung "Verteidigungsmittel": "Jede Waffe, Munition, jedes Luftfahrzeug, Schiff oder Boot, jede Maschine, Anlage, jedes Werkzeug, Material und jede Lieferung, die für die Anfertigung, die Produktion, die Verarbeitung, die Reparatur ... notwendig sind; alle landwirtschaftlichen oder industriellen oder anderweitigen Waren oder Posten, die für die Verteidigung in Frage kommen".¹⁾

Nicht nur Waffen und Kriegsmaterial, sondern alles, was zur Kriegführung des Britischen Commonwealth oder zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards nötig war, fiel unter die Rubrik Lend-Lease. Rohstoffe aller Art, Petroleum, Nahrungsmittel, ebenso Tabak und Bier für die Soldaten des Mittleren Ostens, elektrische Glühbirnen, Traktoren für englische Farmer, Schreibmaschinen und noch andere unzählige Artikel wurden von O.L.L.A. als Lend-Lease-Artikel bestimmt. O.L.L.A. mußte darüber wachen, daß die Lend-Lease-Waren nicht der Öffentlichkeit verkauft wurden, sie sollten Eigentum der jeweiligen Regierung bleiben und aus ihnen durfte kein Profit gezogen werden.

1) cf. unten Anhang, Leih- und Pachtgesetz, Section 2 a, 1, 2, 3, 4.

VI. Koordinierung der Kriegsführung Großbritannien und der USA

1. Washingtoner Treffen 1941

Am 22. Dezember 1941 fand ein zweites Treffen zwischen Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill in Washington statt.¹⁾ Ein Stab hoher Offiziere beider Länder diskutierte über eine Koordinierung der Kriegsführung. Die Hauptresultate dieser 14-tägigen Sitzung waren die Gründung der "Combined Chiefs of Staff" (Vereinigte Generalstäbe) und der "Combined Boards" (Vereinigte Ausschüsse), eine gemeinsame Strategie zur Verhinderung des japanischen Vormarsches in Südostasien, Pläne zur Steigerung der amerikanischen Kriegsproduktion für 1942 und 1943 und der Entschluß, den Umfang der amerikanischen Lieferungen nach Großbritannien zu erhöhen.²⁾

2. "Combined Chiefs of Staff" und "Combined Boards".

Der wichtigste Punkt war die Diskussion der "Combined Chiefs of Staff" über die Koordinierung der Kriegsführung. Unter diesem Zusammenschluß arbeitete das "Munitions Assignment Board" (Zuteilungsbüro für Bewaffnung), das von Washington und London aus alles Kriegsmaterial zuwies und dabei das Interesse der gemeinsamen Strategie berücksichtigte. Alle Länder, die Roosevelt für die Lend-Lease-Hilfe bestimmte hatte, wurden durch dieses Büro mit Material beliefert. Es wurden außerdem noch vier weitere Abteilungen gegründet, die in gemeinsamer Zusammenarbeit die hilfsbedürftigen Länder unterstützten: "Combined Raw Materials Board", "Combined Shipping Adjustment Board", "Combined Production and Resources Board" und "Combined Food Board".³⁾ Diese Beschaffungs-

1) Die sogenannte "Arcadia"-Konferenz.

2) Hall, North American Supply, op. cit., p. 340.

3) ibid., p. 347; cf. Skizze bei Leighton and Coakly, op. cit., p. 256 und ibid., Kap. X: Lend-Lease as an Instrument of Coalition Warfare, pp. 247-269; Überkommen Roosevelt mit Churchill über Combined Boards in Hall, op. cit., pp. 509-510.

Ämter trugen wesentlich dazu bei, die gemeinsamen Offensiven, die 1943 einsetzten, in der Durchführung und Versorgung zu unterstützen. Sie verfügten über alle Lend-Lease-Lieferungen und sonstigen Versorgungsgüter, Das Kriegs- und Marineministerium als oberste Behörde übernahm die Verantwortung für die Lend-Lease-Mittel. Die letzte Entscheidung über die Leih- und Pachthilfe blieb jedoch dem Präsidenten überlassen.

Wurde für nötig erachtet, einem Land den Schutz und die Hilfe der Vereinigten Staaten zukommen zu lassen und wurde es von Roosevelt für würdig befunden, der Lend-Lease-Hilfe teilhaftig zu werden, so schloß es mit den USA ein gegenseitiges Hilfsabkommen und beantragte dann, in die Reihe der Lend-Lease-Länder aufgenommen zu werden. Bevor diesem Antrag stattgegeben werden konnte, mußte der Regierung der Vereinigten Staaten der Nachweis erbracht werden, ob die angeforderten Artikel für die Fortführung des Krieges notwendig waren, ob sie in genügender Menge gerade in den USA vorhanden waren und ob sie gemäß der gesamtstrategischen Planung auf einem anderen Kriegsschauplatz nicht gebraucht wurden. Die zuständigen Ämter (Boards) bearbeiteten den Antrag, wenn diese Voraussetzungen erfüllt waren, und die Belieferung erfolgte nach der gesamtstrategischen Planung und nach Berücksichtigung des Bedarfs der eigenen Streitkräfte.¹⁾

1) Der Aufbau der Lend-Lease-Verwaltung, die einzelnen Büros, die für die Leih- und Pachthilfe zuständig waren, die Finanzierung des Lend-Lease-Materials, diese Gebiete sind eingehend beschrieben bei Hall and Wrigley, *Studies of Overseas Supply*, op. cit., Kap. 3, pp. 116-145. Die Aufgaben der "Combined Chiefs of Staff" und der "Combined Boards" werden behandelt bei Hall and Wrigley, op. cit., Kap. V, pp. 205-261, u. Kap. VI, ebenso bei Hall, *North American Supply*, op. cit., Kap. IX, pp. 336-393; Leighton and Coakly, op. cit., Kap. X: *Lend-Lease an Instrument of Coalition Warfare*, pp. 247-269.

VII. Realisierung der Hilfe für Großbritannien

1. Ausbau der Nachschubwege und Häfen

Seit Januar 1941 konnten keine englischen Geleitzüge mehr durch das Mittelmeer fahren, die deutschen Marine- und Lufteinheiten hatten das ganze Gebiet unter ihrer Kontrolle. Rommel stand vor den Toren Ägyptens und die britischen Reserven reichten bei weitem nicht aus, um Rommels Armeen wirksam abwehren, geschweige bekämpfen zu können. Hier auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz sollte die amerikanische Leih- und Pacht-Hilfe zum erstenmal größere Bedeutung erlangen.

Neue Nachschubwege, die von den USA aus 12 000 Meilen um das Kap der Guten Hoffnung herum durch das Rote Meer oder den Persischen Golf bis zu den Häfen des Mittleren Ostens führten, mußten zum Transport der Waffen geschaffen werden. Am 8. April 1941 eroberten die britischen Streitkräfte Massaua (Abessinien), den wichtigsten italienischen Hafen am Roten Meer. Nachdem das Rote Meer unter der Kontrolle der Briten stand, erklärte Präsident Roosevelt am 11. April, daß dieses Gebiet nun nicht mehr als Kampfgebiet anzusehen sei. Von nun an konnten Schiffe unter amerikanischer Flagge, denen bisher auf Grund des Neutralitätsgesetzes das Befahren dieser Gewässer untersagt war, Nachschubgüter für die schwer bedrängten britischen Truppen liefern. Neben dem langen Transportweg - ein amerikanischer Geleitzug brauchte ungefähr 12 Wochen, bis er das Rote Meer erreicht hatte - gab es noch andere Probleme, die auf schnellstem Wege gelöst werden mußten. Alle Häfen südlich des Suez waren nur mangelhaft mit Verladeeinrichtungen, Montagehallen und Lagerhäusern ausgestattet, es fehlte an Eisenbahnen und Straßen, die zum Transport der Waffen in das Inneres des Landes von

großer Wichtigkeit waren.¹⁾

Am 2. Oktober 1941 genehmigte der Präsident Leih- und Pachtgelder für den Ausbau der Häfen im Mittleren Osten. Mit Lend-Lease-Mitteln wurden Luft- und Seestützpunkte, Reparaturwerkstätten, Montageanlagen, Krankenhäuser, Funkstationen, Flugplätze, Tankstellen, Straßen, Eisenbahnen in Ägypten, Erythrea, Irak und Palästina gebaut. Der Hafen Massaue sollte modernisiert werden. Kaianlagen, Einrichtungen zum Löschen der Frachten und riesige Kräne sollten errichtet werden. Amerikanische Lend-Lease-Lieferungen umfaßten weiterhin: Straßenbaumaschinen, Schienen, Kraftwagen und Lokomotiven, Lastwagen, Werkzeugmaschinen und anderes Material. In der Nähe von Kairo wurden große Werkanlagen in Betrieb gesetzt, die für die Instandhaltung und die Reparatur amerikanischer Lastwagen, Panzer und schwerer Geschütze sorgten.²⁾

2. Ausbau der transafrikanischen Route

Noch dringender als der Ausbau der Schifffahrtswege erwies sich die Überführung von Flugzeugen aus den USA. Die Engländer konnten keine Flugzeuge vom Mutterland in das afrikanische Kampfgebiet mehr hinunterfliegen, da die Achsenmächte den Luftraum über dem Mittelmeer kontrollierten. Die Flugzeuge wurden entweder mit Schiffen den langen Weg um das Kap bis zum Roten Meer verfrachtet oder sie wurden bis zu den Häfen Accra, und Takoradi an der Goldküste oder nach Lagos in Nigerien auf dem Wasserweg gebracht und von dort nach Karthum im Sudan und Kairo geflogen.³⁾ Diese zweite Transportmöglichkeit sparte zwar viele Wochen ein, die auf der Route um das Kap verloren gingen, Doch viele Flugzeuge erlitten auf dieser transafrikanischen Route Schaden, weil die Flugplätze sich

1) Stettinius, op. cit., p. 138.

2) ibid., p. 138.

3) ibid., p. 146.

in schlechtem Zustand befanden und die meisten Startbahnen zu kurz waren.¹⁾

Die amerikanischen Planungsstellen mußten Mittel und Wege finden, um die Zufahrtsrouten in den Mittleren Osten zu modernisieren. Ein amerikanisches Luftwaffen-transportkommando hatte die Aufgabe, die transafrikanische Route zu einem leistungsfähigen Verkehrsweg auszubauen und außerdem einen Luftweg über den Südatlantik zu schaffen, damit die Bomber den ganzen Weg von den Vereinigten Staaten nach Ägypten geflogen werden konnten. Die neue Fluglinie sollte von Miami, Florida, über die gepachteten Westindischen Inseln nach Brasilien führen. Von Natal, dem östlichsten Punkt Brasiliens, wurden damals die Flugzeuge nach dem 1800 Meilen entfernten Bathurst (Westafrika, britisch Gambia) geflogen, wo sich die südatlantische Route mit der transafrikanischen Route vereinigen würde. Brasilien, das damals noch neutral war, bot den USA seine volle Unterstützung an und stellte einen Gebietsstreifen als Korridor zur Verfügung, über den amerikanische Transport- und Kampfmaschinen nach Westafrika und den Mittleren Osten geflogen werden konnten, falls private Firmen die Flugzeuge überführten. Die Pan American Airways, eine amerikanische private Luftfahrtgesellschaft, schloß mit dem amerikanischen Kriegsministerium drei Verträge, in denen sie sich verpflichtete, den Transportdienst über den Südatlantik nach Afrika, den Transport über die transafrikanische Linie von Westafrika in den Mittleren Osten und die Überführung von Bombern aus den USA und der in Takoradi (Goldküste) eintreffenden Jagdflugzeuge über die gleiche afrikanische Route zu übernehmen. Die gesamte Einrichtung und Unterhaltung für die notwendigen Flugfelder wurde ebenfalls der PAA übertragen.²⁾

1) Stettinius, op. cit., p. 146.

2) ibid., pp. 147 f.

Für dieses neue Projekt wurden 20 600 000 Dollar von den Leih- und Pachtgeldern zur Verfügung gestellt.¹⁾ Außerdem wies Roosevelt 31 646 600 Dollar der Lend-Lease-Mittel der Atlantischen Überführungsorganisation, "Atlantic Ferrying Organisation", zu, und mehr als 60 Mill. Dollar gingen vom 30. Juni bis Pearl Harbor an die verschiedenen Transportorganisationen.²⁾ In Miami wurde eine Schule eingerichtet, die das Flug- und Bodenpersonal für die Überführungsdienste ausbildete. Die Einrichtungen, die Piloten, das Personal, das für die Flugplätze in den verschiedenen Ländern gebraucht wurde, wurde ebenfalls von der Leih- und Pachtverwaltung bezahlt.³⁾ Lend-Lease-Gelder halfen beim Ausbau der Flugfelder in Accra und Takoradi (Goldküste), Bathurst (br. Gambia); in Gura bei Massaua wurden Werkstätten und Ersatzteillager eingerichtet, Radio- und Wetterstationen wurden gebaut und große Benzinlager wurden errichtet.⁴⁾

Im Oktober 1941 starteten die ersten Bomber auf der von Lend-Lease-Mitteln errichteten direkten Fluglinie von Miami nach Kairo. Englische Jäger wurden in Takoradi montiert und auf der transafrikanischen Route nach Ägypten geflogen. Die Zahl der Flugzeuge und der Luftfrachten, die auf dieser Route in den Kampfschauplatz geflogen wurden, nahm von Monat zu Monat rasch zu. Die Schiffs- und Lufttrouten, die mit Hilfe von Lend-Lease-Mitteln ausgebaut wurden, beförderten im Jahre 1941 insgesamt Hunderte von Panzern, Flugzeugen, Lastwagen und schweren Geschützen, die teilweise ebenfalls mit Lend-Lease-Geldern gekauft, in das äußerst bedrängte Kampfgebiet Ägypten verfrachtet wurden.

Auf Grund dieser Hilfe konnten die Briten am 18. November zu einem Gegenangriff gegen Rommel starten,⁵⁾ das

1) Stettinius, op. cit., p. 148.

2) ibid., p. 145.

3) ibid., p. 148.

4) ibid., p. 150.

5) ibid., p. 149.

eingeschlossene Tobruk befreien und **Benghasi erobern**. Die Lend-Lease-Hilfe zeitigte auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz ihre ersten greifbaren Erfolge.

3. Schiffsbauprogramm

Die Leih- und Pachthilfe unterstützte außerdem im Jahre 1941 den Schiffsbau und die Reparatur von englischen Kriegs- und Handelsschiffen in ameriaknischen Werften. Die Seewege nach Großbritannien waren durch die schweren Angriffe der deutschen U-Boote, Flugzeuge und Überwasserfahrzeuge sehr gefährdet. Kriegsschiffe, vor allem aber auch Handelsfrachter, wurden von den deutschen Seestreitkräften versenkt oder schwer beschädigt. Die britischen Werften kamen den Anforderungen von Neubauten und Instandsetzungen beschädigter Schiffe nicht mehr nach, zumal auch die britischen Werften selber den dauernden Angriffen der deutschen Luftwaffe ausgesetzt waren. Um diesen für Großbritannien äußerst gefährlichen Notstand zu beheben, um die beschädigten Kriegs- und Handelsschiffe so schnell wie möglich wieder dem Transport zugänglich zu machen, wurden Leih- und Pachtgelder für die Reparatur in amerikanischen Werften zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurden der englische Flugzeugträger "Illustrious", die Schlachtschiffe "Malaya" und "Resolution" in amerikanischen Marinewerften repariert. Hunderte von Frachtern und Tankern wurden mit Leih- und Pachtgeldern wieder in Betrieb gesetzt, bewaffnet und mit Schutzvorrichtungen gegen Minen ausgestattet.¹⁾

Außer der Instandsetzung der beschädigten englischen Schiffe mußten die Vereinigten Staaten neue Handelsschiffe bauen. Roosevelt erklärte am 27. Mai 1941, daß die augenblickliche Versenkungsziffer von Handelsschiffen durch die deutschen Marineeinheiten mehr als das

1) Stettinius, op. cit., p. 134.

Doppelte der Produktion von englischen und amerikanischen Handelsschiffen zusammen betrage und die Leistungsfähigkeit der britischen Werften um ein Dreifaches übersteige.¹⁾ Die Leih- und Pachthilfe wirkte hier ebenfalls bestimmend mit und verdoppelte das amerikanische Schiffsbauprogramm, indem die Leih- und Pachtverwaltung 550 Mill. Dollar für den Bau von 227 Schiffen bereitstellte. Bemerkenswerte Ergebnisse erzielte das Schiffsbauprogramm im Herbst 1943; 155 Schiffe wurden in einem einzigen Monat fertiggestellt. Das bedeutete, daß ungefähr alle vierundzwanzig Stunden fünf neue Schiffe vom Stapel liefen.²⁾

1) Radioansprache Roosevelts, 27. Mai 1941, Public Papers, 1941, p. 187.

2) Stettinius, op. cit., pp. 135 f.

VIII. Die USA im Zweifrontenkrieg gegen Deutschland und Japan

1. Fortsetzung der Leih- und Pachtlieferungen

Nach der Katastrophe von Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 gab das Kriegs- und Marineministerium den Befehl, allen Leih- und Pachtlieferungen vorläufig ein Ende zu setzen. Da man von amerikanischer Seite einen erneuten japanischen Angriff auf Hawaii, den Panamakanal oder die amerikanische Westküste befürchtete, wurden alle Schiffsladungen und Güterzüge mit Leih- und Pachtwaren zurückgehalten und dringend benötigtes Material für die amerikanischen Streitkräfte abgezweigt.¹ Doch schon nach wenigen Tagen wurden die Lend-Lease-Transporte wieder freigegeben und die Lieferungen nach Großbritannien waren im Dezember sogar höher als im November.²⁾

Diese Maßnahme war als bewußter Schlag gegen die Achsenmächte geführt, die an der weiteren Durchführung der Leih- und Pachthilfe nach Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gezweifelt hatten. Hitler glaubte, daß die USA ihre volle Kraft gegen Japan aufwenden und deshalb die Hilfeleistungen gegenüber England und seine anderen Alliierten beschränken müßten. Die Vereinigten Staaten waren aber dank der Vorsorge Roosevelts weitaus besser vorbereitet in den zweiten Weltkrieg eingetreten als in den ersten. Die amerikanischen Rüstungsbetriebe liefen schon einige Monate vor dem offiziellen Kriegseintritt auf Hochtouren und eine Steigerung der Waffenproduktion machte sich von Monat zu Monat bemerkbar.³⁾

Roosevelt setzte allen Zweifeln über die Weiterführung der Leih- und Pachthilfe in einem Kongreßbericht über

1) Hall and Wrigley, Studies of Overseas Supply, op. cit., p. 171.

2) Stettinius, op. cit., pp. 155 f.

3) Hall, North American Supply, op. cit., pp. 341 ff; Leighton and Coakly, op. cit., pp. 144 ff.

Lend-Lease am 12. Dezember 1941 ein Ende.¹⁾ Er führte aus, daß die Waffen, die aus dem Arsenal der Demokratie, also aus den USA kämen, dort eingesetzt werden sollten, wo sie die größte Wirkung erzielten. Großbritannien, China, Rußland und andere Nationen mußten mit amerikanischen Waffen beliefert werden, um sie auf wirk-same Weise zum Einsatz bringen zu können. Roosevelt betonte dann, daß zuviel auf dem Spiel in diesem größten aller Kriege stehen würde, als daß diejenigen Völ-ker vernachlässigt werden dürften, die von den Achsen-mächten bereits angegriffen wurden, oder in Zukunft einem Angriff ausgesetzt sein würden. Aus diesen Grün-den wurden die Leih- und Pachtlieferungen also fort-gesetzt, ungeachtet der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten aktiv in das Kriegsgeschehen verwickelt waren und zur Verteidigung der japanischen Aggression voll ausgerüstet sein mußten. Die amerikanischen Waffenliefe-rungen in das europäisch-afrikanische Kriegsgebiet wur-den sogar noch erhöht. Roosevelts und Churchills gemein-sames Ziel bestand in der Vernichtung Hitler-Deutsch-lands, erst dann sollte der Schlag gegen Japan voll ausgeführt werden.

2. Die Gründung der "Vereinten Nationen"

Am 1. Januar 1942 wurde in Washington die Gründung der Vereinten Nationen proklamiert; das bedeutete einen - weiteren Schritt zur engeren Zusammenarbeit der Alliierten in ihrem Kampf gegen die Achsenmächte. Präsident Roosevelt, Premierminister Churchill, der russische Botschafter Litwinow und Außenminister Song aus China unterschrieben für ihre Regierungen die Erklärung der Vereinten Nationen und am nächsten Tag folgten 22 ande-re Regierungen, die sich ebenfalls im Kriegszustand gegen die Achsenmächte befanden. Die Vereinten Nationen

1) nach Stettinius, op. cit., pp. 155 f.

schlossen sich den Zielen und Grundsätzen der Atlantik-Charta an und verpflichteten sich, ihre Hilfsquellen in Zusammenarbeit mit den anderen Nationen für den Sieg in diesem Krieg zur Verfügung zu stellen. Die Mitglieder der Vereinten Nationen waren der Überzeugung, daß der Sieg über ihre Feinde wesentlich zur Verteidigung von Leben, Freiheit und Unabhängigkeit, Glaubensfreiheit und Aufrechterhaltung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit sowohl in ihren eigenen als auch in anderen Ländern beitragen werde, und waren der Überzeugung, daß sie in einem gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte, die die Welt zu unterjochen versuchten, verwickelt seien.¹⁾ Die Erklärung der Vereinten Nationen beruhte auf dem Grundsatz der Leih- und Pachtlieferungen, welche die gegenseitige Hilfe und Abhängigkeit proklamierte.

Die Vereinigten Staaten hatten klar erkannt, daß sie auf keinen Fall ihre ganzen Kräfte auf den Pazifik, auf Japan, konzentrieren dürften. Damit hätten sie die wirksame Hilfe für Großbritannien und die UdSSR eingeschränkt und Deutschland dadurch eine besondere Angriffsmöglichkeit und Schlagkraft, vor allem im Osten, geboten. Der Kriegsschauplatz im Pazifik durfte zwar nicht vernachlässigt werden, auf jeden Fall mußte aber der Druck auf Deutschland verstärkt werden. Das Mittel dazu war im Augenblick noch die Erhöhung der Lend-Lease-Lieferungen, vor allem nach Rußland und Großbritannien. Später sollten nach genau vorbereiteten Plänen die amerikanischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte sich auch an der Aktion in Europa beteiligen.

1) Text der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 in Documents on American Foreign Relations, vol. IV, p. 208.

3. "Reverse Lend-Lease"

Die aktive Beteiligung der USA am Kriegsgeschehen in Europa stellte unter diesen Bedingungen eine ungeheure Belastung dar. Die amerikanische Kriegsproduktion hatte nicht nur die eigene Verteidigung zu berücksichtigen und die geforderten Mittel für die Lend-Lease-Hilfe bereitzustellen, sie mußte jetzt umso beschleunigter arbeiten, als es auch die eigenen Truppen auszurüsten galt. In der Bedrängnis der Ereignisse nach Pearl Harbor entwickelte sich - diesmal zur Hilfe für die USA - ein weltweites Programm, welches später unter dem Namen "Reverse Lend-Lease" oder "Reciprocal Aid" fixiert wurde.¹⁾

Die Wechselseitigkeit der Hilfe kam zunächst ganz informell zustande, als England nach dem Angriff auf Pearl Harbor den Vereinigten Staaten Fesselballons, Flakgeschütze, Korvetten und Fischereifahrzeuge zur U-Boot-Bekämpfung zur Verfügung stellte, da die Amerikaner mit einem japanischen Angriff auf die Westküste rechneten und diese Abwehrmittel nicht in genügendem Umfang greifbar waren.

Dann machte am 23. Februar das "Master Lend-Lease Agreement" mit Großbritannien diese gegenseitige Hilfe zu einer Konzeption.²⁾ Neben der Festsetzung, daß die USA auch unter den erschwerten Umständen mit ihren Lend-Lease-Lieferungen fortfahren würden, verpflichtete sich nun auch Großbritannien, weiterhin durch Lieferungen solcher Mittel, die in den USA nicht oder nur knapp vorhanden waren, durch Informationen und Versorgungsdienste die Verteidigung des Partners zu unterstützen.

1) Leighton and Coakley, op. cit., Abschnitt: "The Principle of Reciprocal Aid", pp. 257-259; Stettinius, op. cit., Kap. XXV, Lend-Lease in Reverse, pp. 274-285; Hancock and Gowing, op. cit., pp. 376 ff.

2) Text des Master Lend-Lease-Abkommens zwischen den USA und Großbritannien vom 23. Febr. 1942 in Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, pp. 235-237.

Besonders der Begriff "Versorgungsdienste" sollte in den nächsten Monaten durch effektive Leistungen spezifiziert werden. Die Landung von US-Streitkräften auf den englischen Inseln in immer größerem Umfange hätte die Einrichtung von eigenen Versorgungsstationen nötig gemacht. Unter Reverse Lend-Lease wurden diese Leistungen, sowohl nahrungsmitteltechnischer als auch ausrüstungsmäßiger Art, von der britischen Regierung übernommen.

Das Hilfsabkommen - "Reciprocal Aid Agreement"-, das die USA mit Großbritannien abschlossen, legte folgende Arten der Unterstützung im Rahmen des gegenseitigen Hilfsprogramms fest: Militärische Ausrüstung, Rüstungsmaterial, Vorräte für Armee und Marine, Materialien, Erleichterungen und Dienstleistungen für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme der Besoldung und der Zuschüsse dieser Streitkräfte, Vorräte, Materialien und Dienstleistungen, die für den Bau militärischer Projekte, Anlagen und ähnlich großer Unternehmungen, deren Ausführung für den gemeinsamen Kriegseinsatz im Vereinigten Königreich oder im britischen Kolonialreich oder im Gebiet der Vereinigten Staaten dringlich würde.¹⁾

Der gemeinsame Kriegseinsatz sollte zunächst auf Nordafrika konzentriert sein und machte die Anwendung der Reverse Lend-Lease-Hilfe für den Ausgangspunkt der Operationen - England - nötig. Zu diesen Leistungen gehörten die Transporte der amerikanischen Truppen auf englischen Schiffen, die Bereitstellung von 1,5 Mill. Tonnen²⁾ Baumaterialien, die für Flugfelder und Unterkünfte der amerikanischen Luftwaffe gebraucht wurden und alle Einrichtungen, die der Versorgung und Bequemlichkeit der amerikanischen Soldaten dienten. Die Unterkünfte und militärischen Anlagen, Kantinen, Speisesäle,

1) Text des "Reciprocal Aid Agreement" vom 3. Sept. 1942 bei Stettinius, op. cit., pp. 344-347.

2) "short ton" (sm.t.) = 2000 lbs oder 907,18 kg

Lazarette, Büros wurden mit britischen Geldern gebaut. Alles was für die Bereitstellung der amerikanischen Invasionstruppen für Nordafrika gebraucht wurde, lieferten die Engländer.

Die gesamten Gegenleistungen für dieses Programm betrugen nahezu 600 Mill. Dollar¹⁾, die nach dem Kriege mit den amerikanischen Lend-Lease-Lieferungen verrechnet und von den Schulden abgezogen werden sollten. Trotz dieser großen Summe übertraf die amerikanische Lend-Lease-Hilfe die Reverse Lend-Lease-Leistungen bei weitem²⁾, und trotz der ungeheuren Wichtigkeit dieser englischen Hilfe für prompte Aktionen steht Reverse Lend-Lease immer noch im Schatten der Lend-Lease-Hilfe.

Der Grund dafür liegt in der Art der Gegenleistungen. Englands Lieferungen bestanden nicht in fertigen Waffen, Ausrüstungen, Munition oder sonstigem Kriegsmaterial. Dieses und sogar die Nahrungsmittel waren zu einem hohen Prozentsatz amerikanischen Ursprungs und mit Lend-Lease-Geldern finanziert. Aber außer den Fertigwaren benötigten die Engländer Rohstoffe, am dringendsten Stahl. 4/5 des Stahlbedarfes wurde von Großbritannien selber gedeckt, 1/5 durch Lend-Lease aus den USA zur Verfügung gestellt.³⁾ Außerdem verschickten die USA Kupfer, Zink, Blei, Aluminium, Chemikalien und andere Rohstoffe, Eine der großen Leistungen Englands unter Reverse Lend-Lease bestand darin, die Rohmaterialien zu verarbeiten.

1) Stettinius, op. cit., p. 277.

2) Die englischen Nationalökonomten errechneten, daß ungefähr 1,201 Mrd. Pfund oder 5,667 Mrd. Dollar oder ein Fünftel bis ein Viertel der Lend-Lease-Gelder von den USA an Großbritannien an "Reverse Lend-Lease-Geldern" ausgegeben wurden. Hancock und Gowing, op. cit., pp. 375 ff. Cf. Anhang, Tabelle 6.

3) Stettinius, op. cit., p. 251.

IX. Erste Erfolge

1. Gemeinsame Aktionen in Afrika

Die ersten gemeinsamen Operationen der britischen und amerikanischen Streitkräfte wurden auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz unternommen. Der Kampf um Ägypten und die Invasion in Nordafrika beruhte auf der Arbeit des Vereinigten Generalstabes (Combined Chiefs of Staff.¹⁾ Der gemeinsame Feldzug in Nordafrika war schon in allen Einzelheiten durchgesprochen worden, als Premierminister Churchill im Januar 1942 in Washington war.²⁾ Die endgültige Entscheidung und die eigentliche Ausarbeitung des Feldzugplanes wurde jedoch erst im Juli desselben Jahres in London verabredet.³⁾ Die amerikanischen Generäle Eisenhower und Marshall wußten die Engländer davon zu überzeugen, daß nur ein einheitlicher Oberbefehl die Invasions- und Kampftruppen in Afrika zum Erfolg führen könne. Sowohl die Vereinheitlichung des Oberbefehls als auch der Ausbau der Nachschubwege und die Vereinigung der Truppen ermöglichten die Niederringung Rommels und die Besetzung Nordafrikas.⁴⁾ Der Kampf um Ägypten und Nordafrika hing aber vor allem von dem Nachschub ab, und siegen konnte nur die Partei, die Menschen und Material mit größerer Geschwindigkeit und in größerem Umfang an den Kriegsschauplatz heranschaffen konnte. Die Alliierten gewannen den Kampf, weil sie über weitaus mehr Kriegsmaterial als die Achsenmächte verfügten und ihre Nachschubwege ausgezeichnet

1) cf. oben pp. 91 f.

2) Statement by the President Summarizing His Conferences with Prime Minister Churchill, 27. Dez. 1941, Public Papers, 1941, pp. 595 ff; cf. dazu auch Leighton and Coakley, op. cit., p. 196;

3) Über die Auseinandersetzungen zwischen amerikanischen und britischen Militärexperten über den nordafrikanischen Kriegsschauplatz Sherwood, op. cit., pp. 606 ff Leighton and Coakley, Kap. XVI; The Descent on North Africa, pp. 417-455.

4) cf. Leighton and Coakley, op. cit., p. 420.

funktionierten. Tausende amerikanischer und britischer Flugzeuge wurden im Jahre 1942 über die transafrikanisch Route¹⁾ geflogen. Die 9. amerikanische Luftflotte wurde in Kairo stationiert, und von Ägypten wurden die ersten amerikanischen Flugzeuge mit amerikanischer Besatzung im Kampf gegen Deutschland und Italien eingesetzt.

Auch die Lend-Lease-Hilfe trug in großem Umfang zum Gelingen der Aktion bei. Vom Juni 1942 bis zur Montgomery-Offensive, die am 24. Oktober 1942 gegen die deutschen Truppen startete, wurden außer den Flugzeugen, die für die 9. Luftflotte der amerikanischen Armee bestimmt waren, mehr als 700 zweimotorige Bomber und fast 1100 Jagdflugzeuge aus den Vereinigten Staaten für die alliierten Streitkräfte in Afrika geliefert.²⁾ Ebenso stellten die USA unter Lend-Lease oder auf Grund britischer Baraufträge 900 mittelschwere Panzer, darunter 300 Shermanpanzer, die erst neu entwickelt worden waren, außerdem 90 105mm-Geschütze und 800 leichte Panzer. Um dem Nachschub der 8. Armee bessere Beweglichkeit zu verschaffen, verschifften die Amerikaner 25 000 Lastwagen und Jeeps.³⁾ Lend-Lease-Mittel halfen beim Bau von Flugplätzen, Unterkünften für fast 10 000 Soldaten, eines Lazaretts mit 1000 Betten, von Reparaturwerkstätten für die Reparatur amerikanischer Flugzeuge, Panzer, Lastwagen und Kanonen⁴⁾.

2. "Middle East Supply Centre"

Die Leih- und Pachthilfe für Afrika erstreckte sich jedoch nicht nur auf Kriegsmaterial und die zu seiner Wiederherstellung benötigten Anlagen, sondern auch auf Nahrungsmittel. Die Länder des Mittleren Ostens, Ägypten, Iran, Irak, Palästina, Syrien, Libanon, Transjordanien,

1) cf. oben pp. 94 ff

2) Stettinius, op. cit., pp. 289 f.

3) ibid., p. 291.

4) ibid., p. 291.

Saudi-Arabien, Abessinien, Somaliland, Eritrea und der Sudan, waren teilweise infolge der Sperrung des Mittelmeeres durch die Achsenmächte von ihren Versorgungsquellen abgeschnitten. Der größte Teil des Schiffsraumes nach dem Mittleren Osten und die Transportmöglichkeiten auf dem Lande wurden aber in erster Linie für die Beförderung des Kriegsmaterials der Alliierten gebraucht. Bald trat Lebensmittelknappheit ein, und eine Heuschreckenplage im Jahre 1941 vernichtete die ganze Getreideernte des Mittleren Ostens. Eine Hungersnot bedrohte die 65 Mill. Menschen, die in diesem Gebiet lebten. Durch eine solche Notlage konnten leicht die militärischen Operationen der alliierten Streitkräfte beeinträchtigt und gefährdet werden. Um diese Gefahr zu bannen, gründeten die Engländer im Frühjahr 1941 das "Middle East Supply Center", ein Versorgungszentrum des Mittleren Ostens. Im März 1942 wurden auch die Vereinigten Staaten konsequenterweise Mitglied dieser Organisation.¹⁾

Die Aufgabe des Versorgungszentrums bestand darin, die heimische Erzeugung zu fördern und zu entwickeln, um den Schiffsraum aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien für Kriegsmaterial einzusparen. So wurden Düngemittel, Saatgut und landwirtschaftliche Maschinen in die Krisengebiete geschickt, um einen höheren Ertrag an Getreide zu erreichen. Zur Bekämpfung der Heuschrecken wurden amerikanische Flugzeuge und Hubschrauber im Innern des Landes eingesetzt.²⁾

Die Vereinigten Staaten beteiligten sich am Aufbau der Landwirtschaft des Mittleren Ostens teilweise im freien Handel, teilweise durch den Einsatz von Leih- und Pachtmitteln. Der größte Teil der Verschiffungen wurde dabei durch "cash-reimbursable Lend-Lease" erworben, d.h. daß

1) Über das "Middle East Supply Centre" Leighton and Coakley, op. cit., p. 523.

2) Stettinius, op. cit., p. 293

die Länder des Mittleren Ostens über entsprechende Dollarguthaben verfügten und die Waren in bar bezahlen konnten. Die Hälfte der benötigten Güter wurde von den Ländern des britischen Commonwealth geliefert.

Durch die Maßnahmen des "Middle East Supply Centre" wurde schließlich die Umstellung der Landwirtschaft in den einzelnen Gebieten erreicht.¹⁾ In Ägypten wurde mehr Korn und Zucker statt Baumwolle, im Irak Reis, in Abessinien Jute angebaut und der Iran mit dem amerikanischen Saatkorn vertraut gemacht. Durch die Einführung britischer und amerikanischer Maschinen wurde auch eine bescheidene Lokalmanufaktur ermöglicht. So wurden in Palästina und Ägypten Phosphate hergestellt, Palästina verfertigte überdies Batterien, Ägypten trug durch Büchsennahrung und durch die Herstellung von Uniformausrüstungen zur Versorgung der britischen und amerikanischen Streitkräfte bei.

Diese Erfolge bedeuteten für die gemeinsamen Operationen nicht nur eine gewisse Hilfe, sondern die USA sparten damit auch 1 Mill. Tonnen Schiffsraum ein, die für den Transport von Waffen notwendig gebraucht wurden.

3. Sieg über Rommel

Nach diesen gründlichen Vorbereitungen der Engländer und Amerikaner konnten die Truppen gegen die Armee Rommels vorgehen. Am 23. Oktober 1942 begann der Kampf um Ägypten, er endete am 4. November mit der Niederlage Rommels und dessen Rückzug. Die Schlacht um Ägypten, die Einnahme El Alameins war in erster Linie ein britischer Sieg; sie wurde aber zu einem großen Teil mit Flugzeugen, modern ausgerüsteten Panzern und Waffen geführt, die durch Leih- und Pachtabkommen von den Ver-

1) zum Folgenden Stettinius, op. cit., p. 294.

einigten Staaten nach Afrika geliefert wurden.¹⁾ Während die 8. Armee Rommels Streitkräfte aus Ägypten vertrieb und nach Lybien hinein verfolgte, sammelten sich drei Geleitzüge, die zur Invasion in Nordafrika bestimmt waren, vor der Marokkanischen Küste und Gibraltar. Der eine Geleitzug, der aus britischen Kriegsschiffen und Transportern bestand, hatte amerikanische Infanterie- und Panzerkräfte an Bord, die bisher in England stationiert waren; er war für Oran bestimmt. Der zweite Geleitzug, aus amerikanischen und britischen Truppen zusammengesetzt, kam ebenfalls aus England und sollte in Algier landen. Die dritte Stoßgruppe kam direkt aus den Vereinigten Staaten, sie bestand nur aus amerikanischen Truppen und wurde in Casablanca eingesetzt.²⁾ 60 % aller dieser Kampfverbände und Invasionstruppen stammten aus den USA, 40 % aus Großbritannien, 250 britische und 100 amerikanische Kriegsschiffe eskortierten 150 englische und 100 amerikanische Truppentransporter.³⁾ Am 8. November 1942 erfolgte die Invasion⁴⁾ in Algier, Oran und im Gebiet von Casablanca. Algerien, Französisch-Afrika, Marokko befanden sich nach wenigen Tagen in den Händen der Alliierten.

-
- 1) "The amount of American air and supply support actually furnished proved sufficient and was probably decisive. When the attack on El Alamein was launched, American tanks and American motor transport played a major role in the break-through and its exploitation. American automotive equipment and the support of the U.S. Air Forces helped to give the British the superior mobility and superior logistical support to their field army that enabled it to move rapidly across the desert to the borders of Tunisia", Leighton and Coakley, op. cit., p. 511.
- 2) Stettinius, op. cit., p. 296.
- 3) ibid., p. 298.
- 4) cf. dazu Erklärung Roosevelts vom 7. Nov. 1942 betreffs der amerikanischen Invasion in Nordafrika, Documents on American Foreign Relations, Vol. V, pp. 547 f.

Die restlichen deutschen Truppen bauten eine neue Front in Tunis auf und erhielten Verstärkungen aus Deutschland. Die Alliierten jedoch mußten ihre Nachschubwege in Nordafrika wieder instandsetzen, damit das Material, das zur Vertreibung Rommels und für den Sprung nach Sizilien erforderlich war, befördert werden konnte.

Nicht nur das Transportwesen der Alliierten, das aus Mangel an Treibstoffen und Ersatzteilen lahm lag, sondern auch der Zusammenbruch der nordafrikanischen Volkswirtschaft hemmte die Angriffsmöglichkeiten auf Tunis. Die Nahrungsmittel waren so knapp, daß man für die Bevölkerung der nordafrikanischen Länder eine Hungersnot für den Winter 1942/43 befürchtete. Auch konnten schon seit zwei Jahren keine Textilien mehr eingeführt werden. Es mußten deshalb Maßnahmen ergriffen werden, um die nordafrikanische Volkswirtschaft wieder so zu stabilisieren, daß die 16 Mill. unterernährter, schlecht gekleideter Menschen keine Gefahr für die 1600 km lange Nachschublinie der Alliierten bedeuteten.¹⁾

Am 13. November 1942 erklärte Präsident Roosevelt, daß die Verteidigung Nordafrikas für die Verteidigung der Vereinigten Staaten lebenswichtig sei und ermöglichte dadurch, daß die Leih- und Pachthilfe zur Behebung der volkswirtschaftlichen Krise in diesem Gebiet eingesetzt werden konnte. 18 000 Tonnen Mehl und Korn, 8 000 Tonnen Textilien, 2 500 Tonnen Schuhe und fertige Bekleidung wurden von den USA unter dem Leih- und Pachtprogramm eingeführt. Außerdem lieferten die Vereinigten Staaten eine geringere Anzahl an Maschinen, Ersatzteilen und Materialien, die für die nordafrikanische Produktion zur Deckung des eigenen Bedarfs der Bevölkerung und der Vereinten Streitkräfte notwendig waren.²⁾ Die eingeführten Lend-Lease-Güter wurden teilweise sofort von dem

1) Stettinius, op. cit., p. 300.

2) ibid., p. 301.

"short tons" (am.) = 2000 lbs oder 907,18 kg

französischen Freiheitskomitee bezahlt. Mit Hilfe dieser Lend-Lease-Mittel und auch den Importen aus England wurde der Ausbruch von Hungersnöten verhindert, und es kam auf Grund dieser Unterstützungen zu keinen Überfällen auf die Nachschublinien, die zu einer Verzögerung der Kampfhandlungen geführt hätten.

Nachdem der Ausbau der Nachschubwege von Oran, Algier und Casablanca zur tunesischen Front beendet war, konnte der Angriff auf die Überreste der deutschen Truppen in Tunis beginnen. Am 7. Mai 1943 gingen die Städte Tunis und Biserta verloren, am 13. Mai kapitulierten die letzten noch kämpfenden Kräfte auf der Kap-Bon-Halbinsel; 252 000 Italiener und Deutsche wurden gefangen genommen. Am 9. Mai wurde das deutsche Afrikacorps unter dem Oberkommando des Generaloberst von Arnim von den alliierten Streitkräften vollkommen besiegt.

Das Gelingen der Invasion in Nordafrika, die den Namen Unternehmen "Torch"¹⁾ führte, beruhte also auf der Zusammenarbeit des Gemeinsamen Generalstabs, des "Combined Chiefs of Staff", auf der Vereinheitlichung des Oberbefehls über die zusammengelegten britischen und amerikanischen Truppen und auf den materiellen Hilfeleistungen, die zu einem großen Teil durch die amerikanische Leih- und Pachthilfe erbracht wurden.

Leih- und Pachtgelder wurden nicht nur für Flugzeuge, Panzer, Geschütze und andere Waffen ausgegeben, sie standen ebenfalls zur Verfügung für den Ausbau der transafrikanischen Fluglinie, für den Aufbau von Stützpunkten und Nachschubwegen der alliierten Offensivtruppen und zur Behebung der volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Krise in Nordafrika. Nur auf Grund dieser intensiven materiellen Unterstützung seitens der

1) Über das Unternehmen "Torch" ausführlich Leighton and Coakley, op. cit., Kap. XVI: "The Descent on North Africa", pp. 417-455, Kap. XVII: "Follow-Up in North Africa", pp. 456-487; ebenso Stettinius, op. cit., Kap. XXVII: "Lend-Lease and Combined Operations - II, pp. 300-311.

Vereinigten Staaten und der koordinierten Operationen der britischen und amerikanischen Truppen war es den Alliierten möglich, das Afrikacorps in einer so kurzen Zeitspanne zu schlagen und vom afrikanischen Kontinent zu vertreiben.

4. Die Invasionen in Europa

Das Unternehmen "Torch" war ein Vorspiel, eine gründliche Vorbereitung für die weiteren Invasionen und Offensiven, die von alliierter Seite auf dem europäischen Festland vorgesehen waren.

Das nächste Ziel der gemeinsamen militärischen Operationen sollte die Invasion Siziliens sein. Obwohl die amerikanischen Generäle und vor allem auch Roosevelt auf eine Landung in Frankreich drängten, hielten das englische Kabinett und die britischen Generäle solch ein Unternehmen für zu verfrüht. Da sie die Stärke und Leistungskraft der Deutschen befürchteten, wurde die Invasion in Frankreich auf 1944 verschoben und die Invasion auf Sizilien und in Italien als dringlicher dargestellt. Am 10. Juli 1943 landeten alliierte Truppen in Sizilien. Am 3. September setzte die 8. britische Armee von Sizilien auf die Südspitze Kalabriens über und am 9. September landete die 8. amerikanische Armee bei Salerno. Schon am 25. Juli brach das faschistische System in Italien zusammen, und Mussolini wurde verhaftet.

Ebenso wie die Landungen auf Sizilien und in Süditalien hatte auch die Invasion der Normandie am 6. Juni 1944 die Landung in Nordafrika zum Vorbild. Die technischen und organisatorischen Vorbereitungen liefen genauso ab, wie es in Nordafrika der Fall gewesen war. Die alliierten Truppen wurden nicht nur einem einheitlichen Oberbefehl unterstellt, sondern auch mit Hilfe von Lend-Lease-Mitteln und Reverse Lend-Lease-Leistungen

versorgt. Das Leih- und Pachtprogramm hatte sich in Nordafrika so hervorragend bewährt, daß ihm zu einem großen Teil auch die kommenden Erfolge zu verdanken waren.

X. Die Bedeutung der Leih- und Pachtlieferungen für Großbritannien

1. Umfang der Leistungen

Auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes konnte die amerikanische Regierung Waffen, Maschinen, landwirtschaftliche und industrielle Produkte an die Länder verleihen und verpachten, deren Verteidigung Präsident Roosevelt für die Verteidigung der Vereinigten Staaten als lebenswichtig erachtete. Ohne diese materielle Unterstützung seitens der USA wäre England im Laufe des Krieges in Bedrängnis gekommen. Leih- und Pachtgüter verhinderten eine ernste Nahrungsmittelkrise in Großbritannien, ferner vereitelten sie eine weitere Niederlage der englischen Truppen in Ägypten und Nordafrika im Jahre 1941 noch bevor die USA in das afrikanische Geschehen aktiv eingreifen konnten. Leih- und Pacht lieferte Flugzeuge nach England, die zur Verteidigung der britischen Insel gegen die deutschen Luftangriffe erforderlich waren, es verschiffte Stahl, Nutzholz und seltene Metalle nach England, kurz alles, was für die Kriegführung gegen Deutschland gebraucht wurde. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten konnten die Lend-Lease-Lieferungen nach Großbritannien gesteigert werden, da amerikanische Kriegsschiffe die Geleitzüge bis nach England begleiteten und sie vor deutschen U-Boot-Angriffen schützten. Die Verschiffungen nach England stiegen vom Beginn des Leih- und Pachtsystems im Frühjahr 1941 ständig und erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1944, von da ab nahmen sie bis zu Ende des Krieges wieder ab. Einige Zahlenangaben sollen den Umfang der Leih- und Pachtgüter, die nach England geliefert wurden, aufzeigen.

Von dem Inkrafttreten des Leih- und Pachtgesetzes am 11. März 1941 bis zum 30. September 1945 wurde an das

Britische Commonwealth Lend-Lease-Material im Werte von 30,269 Milliarden Dollar geliefert; 69 % aller Lend-Lease-Lieferungen gingen an das Britische Empire.¹⁾

10 670 Flugzeuge; Flugzeugmotoren- und Teile im Werte von 1,3 Milliarden Dollar gelangten unter dem Leih- und Pachtprogramm nach Großbritannien. In den letzten zwei Kriegsjahren erhielten die britischen Streitkräfte 76 737 "Jeeps", 98 207 LKWs, 12 431 Panzer und 1 031 schwere Artillerie-Geschütze. Um die britische Kriegsproduktion wirkungsvoll zu unterstützen, erhielt Großbritannien 6 715 000 Tonnen Eisen und Stahl, 527 000 Tonnen nichteisenhaltige Metalle und eine große Anzahl von Rohmaterialien, Werkzeuge und Fertigungsmaschinen. 14 Milliarden Pfund Nahrungsmittel im Werte von 3,4 Milliarden Dollar wurden unter Lend-Lease nach England verschifft und verhinderten dadurch eine Nahrungsmittelkrise auf der britischen Insel. Zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion erhielt England landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 33 Mill. Dollar und über eine Million Tonnen Kunstdünger.²⁾

Der Umfang der Lieferungen wird deutlich, wenn man die Ziffern der Gegenleistung gegenüberstellt. Bis 1. Juli 1945 erhielten die amerikanischen Streitkräfte unter Reverse Lend-Lease Material im Werte von 4,2 Milliarden Dollar von Großbritannien. Ihre wirkliche Bedeutung aber wird erst aus einer tabellarischen Anordnung voll ersichtlich, wie sie im Anhang aufgeführt ist.

Tabelle 3 zeigt die Ausgaben der Lend-Lease-Hilfe für das Britische Commonwealth im Zeitraum von März 1941 bis August 1945.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Zusammensetzung der Lend-Lease Güter in Prozenten, die an das Britische Commonwealth von März 1941 bis August 1945 geliefert wurden.

1) Und zum Folgenden Twenty-First Report to Congress on Lend-Lease Operations, US. Government Printing Office, Washington 1946, pp. 22 - 24.

2) *ibid.* "short tons" (am.) = 2000 lbs oder 907,18 kg

Aus den Statistiken (Tabelle 3 und 4) ist ersichtlich, daß beinahe 65 % der Lend-Lease-Waren für das Commonwealth aus Kriegsmaterial und Waffen bestanden, 10 % wurden für Dienstleistungen aller Art verwendet, die restlichen Lend-Lease-Güter machten 25 % aus, von denen die Hälfte Nahrungsmittel waren. Beachtlich erscheint der hohe Anteil der Lend-Lease-Waren bei den Nahrungsmitteln und Rohmaterialien. Diese Güter waren sehr viel billiger bezüglich der Transportkosten als die Fertigwaren wie Panzer, Flugzeuge und Geschütze, und sie ermöglichten eine Stärkung der britischen Menschenkraft, die zur Kriegsproduktion und zum Kampf so dringend benötigt wurde.

Tabelle 5 gibt Aufschluß über den Anteil der Lend-Lease-Hilfe für das Britische Commonwealth im Vergleich zu der amerikanischen Gesamtproduktion. Tabelle 5 zeigt auch, daß der größte Anteil der Lend-Lease-Waren, gemessen an der amerikanischen Gesamtproduktion, bei den Waffen und Kriegsgeräten lag. Fast 30 % der gesamten amerikanischen Kriegsfahrzeuge, LKWs, Jeeps, die im Jahre 1944 produziert wurden, gingen nach Großbritannien und wurden für die Invasion in der Normandie und für die Offensiven in Frankreich gebraucht. Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte, die nach Großbritannien unter Lend-Lease geliefert wurden, machten zusammen ungefähr 10 % der amerikanischen Produktion aus.

An Hand dieser Statistiken und Zahlen läßt sich die Bedeutung der Leih- und Pachthilfe für die Kriegführung Großbritanniens und des Britischen Commonwealths am deutlichsten erkennen. Sie bestätigen das Resümee: Großbritannien hätte ohne die amerikanischen materiellen Hilfeleistungen und nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ohne amerikanische Truppenkontingente hilflos einer deutschen Invasion gegenüber gestanden.

2. Der Erfolg als Beweis für die Richtigkeit der Lend- and Lease-Konzeption

Nur mit Hilfe der amerikanischen Flugzeuge, Panzer und schweren Geschütze war es den britischen, in Verbindung mit den amerikanischen Truppen möglich, das Afrikacorps aus Ägypten und Nordafrika zu vertreiben. Amerikanische Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte halfen den Engländern über eine ernsthafte Nahrungsmittelkrise hinweg. Das Leih- und Pachtsystem und die Leih- und Pachtgüter stellten ein Bindeglied zwischen den britischen und amerikanischen Truppen dar, auch zwischen den Truppen, deren Länder besetzt waren, und die unter alliierter Oberkommando für die Freiheit der Länder kämpften. Leih- und Pacht erzielte durch die Vereinigung und Zusammenlegung der Armeen der verschiedenen Länder eine weitaus größere Kampfkraft, als wenn die Truppen der einzelnen Länder getrennt und ohne einheitlichen Oberbefehl gegen Deutschland gekämpft hätten. Leih- und Pachtgelder versahen nicht nur die englischen Streitkräfte mit Waffen und Kriegsmaterial, sondern sie versorgten vor allem auch die ins Exil gegangenen Franzosen, Polen, Tschechen, die Griechen und Jugoslawen mit Kriegsmaterial aller Art. Die alliierten Truppen, die zum Teil mit Lend-Lease-Waffen ausgerüstet waren, landeten auf Sizilien und Süditalien, sie führten die Invasion in der Normandie im Jahre 1944 erfolgreich durch, trieben die zum Teil durch Materialausfall kampfunfähigen deutschen Truppen durch Frankreich zurück nach Deutschland und besiegten die deutschen Streitkräfte. Das Ziel, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, war erreicht worden.

Um die Bedeutung der Leih- und Pachthilfe für Großbritannien noch einmal zu unterstreichen, muß man Churchill sprechen lassen, der dem toten Roosevelt folgende Worte mitgab:

"At about that time he devised the extraordinary measure of assistance called Lend-Lease, which will stand forth as the most unselfish and unsordid financial act of any country in all history. The effect of this was greatly to increase British fighting power, and for all the purposes of the war effort to make us, as it were, a much more numerous community." 1)

1) Churchill in einer Rede vor dem Unterhaus, 17. April 1945, Winston S. Churchill, The Second World War, vol VI, Triumph and Tragedy, London Toronto usw., 1954, p. 416.

C. Hilfe für die Sowjetunion

I. Amerikanisch-russische Beziehungen von 1918 - 1939

1. Die Phase der Nichtanerkennung

Seit der Oktoberrevolution stagnierten die amerikanisch-russischen Beziehungen. Die neue russische Regierung wurde von den USA nicht anerkannt und die amerikanischen Diplomaten nach Washington zurückbeordert. An ihrer Stelle schickten die USA nach dem Vorbild ihrer Alliierten 7000 amerikanische Soldaten in die Häfen Wladivostock und Archangelsk¹⁾, angeblich, um das in diesen Häfen befindliche amerikanische Kriegsmaterial zu bewachen, in Wirklichkeit aber, um die Bolschewisierung Rußlands aufzuhalten. Dieses Ziel wurde trotz englischer und japanischer Unterstützung nicht erreicht. Nach ein- einhalb Jahren zog die amerikanische Regierung ihre Streitkräfte wieder zurück. Die Periode der Intervention war damit beendet. Wenige Monate später hatte die bolschewistische Revolution den Sieg über alle anderen Parteien und Gruppen in Rußland errungen.

Das größte außenpolitische Problem der neuen Sowjetregierung war die Nichtanerkennung durch das Ausland. Besonders von amerikanischer Seite wurde nichts unternommen, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder herzustellen. Die Sowjetunion versuchte ihrem Ziel auf dem Wege über Handelsbeziehungen näher zu kommen und etablierte eine Handelsfirma in New York. Aber erst Ende der zwanziger Jahre erlebte der amerikanisch-russische Handel eine kurze Blüte, die mit der "Depression" ihr vorläufiges Ende fand.

2. Fühlungnahme nach 1933

Vor allem seit die Exportziffern nach Rußland zurückgegangen waren, drängten amerikanische Wirtschaftskreise

1) Foster Rhea Dulles, The Road to Teheran, Princeton, N.J., 1944, p. 140.

auf ein besseres Verhältnis der Regierung in Washington zu Moskau. Roosevelt, der im Jahre 1932 neu gewählte Präsident, stimmte ebenfalls einer Anerkennung der Sowjetregierung zu, weil er in ihr ein Gegengewicht gegen das nationalsozialistische Deutschland zu gewinnen glaubte. Nachdem auch das aufsteigende Japan von beiden Seiten als gemeinsame Gefahr erkannt worden war, stand einer amerikanisch-russischen Annäherung nichts mehr im Wege.

Den ersten Schritt tat Roosevelt mit einem Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Kalinin, und kurze Zeit darauf wurden zum ersten Mal seit über 15 Jahren wieder Botschafter ausgetauscht. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern waren damit wieder hergestellt, und die Anerkennung des Sowjetregimes durch Washington vollzogen.

3. Bullitts Mission und Warnung

Der neue amerikanische Botschafter in Moskau, William C. Bullitt, der nach dem ersten Weltkrieg als Vertreter der westlichen Demokratien Sowjetrußland bereist und die Verhältnisse des sowjetischen Regimes eingehend studiert hatte, bemerkte den großen Unterschied zwischen Leninismus und Stalinismus. Er kam zu der Überzeugung, daß der russische Kommunismus der dreißiger Jahre eine Gefahr für die westliche Welt darstellen könne und versuchte, die amerikanische Regierung, insbesondere Roosevelt, vor dem neuen Phänomen, dem Stalinismus, zu warnen, aber ohne Erfolg. Roosevelt und eine große Anzahl Amerikaner waren der Ansicht, daß die Bemühungen und Bestrebungen der neuen Sowjetregierung nach kollektiver Sicherheit, nach Frieden, ehrlich gemeint waren. Die sowjetische Regierung versuchte nach außen hin, diesen Eindruck zu verstärken. In Genf drängten die Russen auf eine allgemeine Abrüstung, die russische Regierung

schloß Nichtangriffspakte mit seinen östlichen Nachbarn ab, sie ging ein gegenseitiges Hilfsabkommen mit Frankreich ein, sie erließ Sanktionen gegen Italien, als Mussolini Äthiopien angriff. Diese Maßnahmen schienen der amerikanischen Regierung ihrer Forderung nach kollektiver Sicherheit und nach Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu entsprechen. Die Sanktionen, welche die UdSSR gegen die totalitären Mächte wie Italien und Japan richtete, und die freundschaftlichen Beziehungen zu den USA entsprangen aber nur dem nationalen Interesse, dem Selbsterhaltungstrieb und der Furcht der Sowjetunion vor den Angreifermächten Japan, Italien und Deutschland.

Die imperialistischen Tendenzen der sowjetischen Regierung waren deshalb keineswegs gemildert worden, sie wurden nur von amerikanischen Stellen bagatellisiert oder überhaupt nicht erkannt. Botschafter Bullitt, der damals den besten Einblick in die russischen Verhältnisse besaß, versuchte Roosevelt immer wieder vor dem kommunistischen Imperialismus zu warnen. Da seine Bemühungen erfolglos verliefen, legte er seinen Botschafterposten 1936 nieder, kehrte nach Washington zurück und versuchte, den Präsidenten persönlich auf die Gefahren, die von der Sowjetmacht für die westliche freie Welt drohten, aufmerksam zu machen. Doch Roosevelt hörte nicht auf Bullitts Ratschläge und der Präsident unterließ es, den ehemaligen Botschafter in russischen Angelegenheiten zu Rate zu ziehen.

Bullitts Bemühungen zu erwähnen ist deshalb von Wichtigkeit, weil klar wird, daß Roosevelt offensichtlich die ideologische Ernsthaftigkeit des russischen Kommunismus unterschätzte, wenn er - wie übrigens auch die ganze liberale Intelligenz - glaubte, Stalin könne ein geeigneter Partner im kollektiven Widerstand gegen Hitler, Mussolini und die Japaner sein. Nur auf dem

Hintergrund dieser Gedanken ist Amerikas große und fast blinde Hilfe an Rußland während des zweiten Weltkrieges zu verstehen.

4. Die Haltung von Regierung und Öffentlichkeit

Der seit dem Januar 1937 amtierende neue Kremlbotschafter Joseph E. Davies bestärkte den Präsidenten in seiner Konzeption. Davies war der vollen Überzeugung, daß die Sowjetführer ehrliche, offene und aufrichtige Verhandlungspartner seien und daß ihre Politik, die durch die anwachsende Gefahr des Hitler-Deutschlands im Westen und des imperialistischen Japans im Osten bestimmt und ausgerichtet sei, auf eine Friedenspolitik hinziele. Ferner erklärte Davies, daß Sowjetrußland gegenüber den USA eine freundlichere Haltung einnehme, als zu irgendeiner anderen Nation, daß das gemeinsame Interesse zur Erhaltung des Weltfriedens die beiden Nationen aufs stärkste verbinde und daß alles unternommen werden müsse, die freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszubauen, was für die Zukunft sehr wertvoll sein könne.¹⁾

Versuchte die amerikanische Regierung ihrerseits, die Beziehungen zu dem Sowjetstaat aufrecht zu erhalten und einen sowjetfreundlichen Kurs einzuschlagen, so stand die amerikanische Öffentlichkeit einer sowjetfreundlichen Politik durchaus ablehnend gegenüber. Die blutigen Säuberungsaktionen des kommunistischen Regimes im Jahre 1937 und 1938, bei denen tausende von "Staatsfeinden" hingerichtet wurden, lösten in der amerikanischen Öffentlichkeit starke Antipathie gegen das kommunistisch regierte Rußland aus. Viele Amerikaner waren zu der Überzeugung gekommen, daß Stalins Diktatur fast unbarmherziger und tyrannischer als die Hitlers sei, und sie glaubten auch, daß Stalin ein größerer Feind der Demokratie sei als Hitler.

1) cf. Joseph E. Davies, Mission to Moscow, New York, 1941.

5. Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR nach 1939

Als am 1. September der II. Weltkrieg ausbrach, erklärten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihre Neutralität. Doch während die amerikanische Regierung und zum Teil auch das amerikanische Volk mit England und Frankreich sympathisierten und die Neutralitätsgesetze zu Gunsten der beiden Länder zu ändern versuchten, erfüllte die Sowjetregierung ihr Handelsabkommen mit Deutschland und unterstützte es mit kriegswichtigem Material.

Seit Ausbruch der Kampfhandlungen verschlechterten sich so die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Als im November 1939 russische Truppen in Finnland einmarschierten, verurteilte die amerikanische Regierung das imperialistische Vorgehen der Sowjetunion scharf. Roosevelt wandte sich in einer Ansprache vor einem Jugendkongreß im Februar 1940 gegen die russische Diktatur und gegen das Eingreifen in Finnland:

"The Soviet Union, as everybody who has the courage to face the facts knows, is run by a dictatorship as absolute as any dictatorship in the world. It has allied itself with another dictatorship and it has invaded a neighbor so infinitesimally small that it could do no conceivable harm to the Soviet Union".¹⁾

Dennoch wollte die amerikanische Regierung den Bruch mit der russischen Regierung nicht herbeiführen und unterstützte deshalb Finnland nur äußerst vorsichtig. Sie räumte ihm einen 20-Millionen-Dollar-Kredit ein, von dem sich die finnische Regierung außer Waffen und Munition alles beschaffen konnte.

Im Laufe der nächsten Monate sollte sich diese Kritik - verstärkt durch die Einverleibung der baltischen Staa-

1) Rede Roosevelts, Februar 1940, Public Papers, 1940, p. 93.

ten durch Rußland - so verstärken, daß im Mai 1940 der amerikanische Botschafter Steinhardt aus Moskau nach Washington zurückgerufen wurde. Damit waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder auf dem Status von 1917 angelangt.

Inzwischen marschierten Hitlers Armeen durch Belgien, die Niederlande und Frankreich, am 22. Juni 1940 wurde der deutsch-französische Waffenstillstand geschlossen. Die Amerikaner erkannten die Gefahr einer deutschen Invasion nach Großbritannien und eine deutsche Beherrschung des Atlantiks. Daher wurden von der amerikanischen Regierung Vorbereitungen für ein enormes Hilfsprogramm für Großbritannien getroffen, die einheimische Kriegsindustrie lief auf Hochtouren. Die Bedrohung des englischen Inselreiches, des Atlantiks und zu einem gewissen Maße auch der amerikanischen Ostküste durch Deutschland veranlaßte Washington dazu, die Beziehungen zu Rußland zu überprüfen und die antisowjetische Einstellung gegenüber der Sowjetunion zu revidieren.

So wurde der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles von der amerikanischen Regierung beauftragt, Kontakte mit sowjetischen Vertretern in Washington aufzunehmen. Zur gleichen Zeit kehrte Botschafter Steinhardt nach Moskau zurück. In achtzehn Sitzungen versuchten der Unterstaatssekretär Welles und der russische Botschafter Umanski, eine Einigung zu erzielen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder herzustellen.¹⁾

Umanskis hartnäckige Forderungen gipfelten immer wieder darin, daß die USA umfangreiche Waffenlieferungen an die UdSSR durchführen sollten. Welles unterrichtete Umanski, seine Regierung sei bereit, auf die Forderung nach Waffenlieferungen einzugehen und daß die USA gewillt seien, größere Mengen an Weizen, Kupfer, Baum-

1) Über die Verhandlungen zwischen Welles und Umanski Langer and Gleason, *The Challenge to Isolation*, op. cit., pp. 723 ff.

wolle und Petroleumprodukte nach Rußland zu exportieren. Allerdings nur unter der Bedingung, daß diese Güter nicht weiter nach Deutschland geliefert würden.

Welles, der Anfang 1941 in Europa und vor allem in Berlin weilte, erhielt die Information, daß Hitler beabsichtigte, die UdSSR in Bälde anzugreifen. Er warnte den russischen Botschafter Umanski vor einem deutschen Angriff auf Rußland, der voraussichtlich im Juni 1941 stattfinden würde, doch Umanski sowie der Kreml in Moskau reagierten auf diesen Hinweis überhaupt nicht.¹⁾

Noch einmal, kurz vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR, sollten sich die amerikanisch-russischen Beziehungen verschlechtern. Am 13. April 1941 schloß der japanische Aussenminister Matsuoka mit Moskau einen sowjetisch-japanischen Nichtangriffspakt ab. Dadurch war es den Japanern möglich, ihre expansionistischen Bestrebungen im Fernen Osten fortzusetzen, ohne von der UdSSR gestört zu werden. Japan, das 1940 Indochina besetzt hatte, stieß jetzt weiter gegen das chinesische Festland vor.

Die politischen, aber vor allem auch die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten waren durch dieses Vorgehen Japans im Fernen Osten erheblich gestört. Die UdSSR hatte sich in kurzer Zeit mit zwei totalitären Mächten verbündet und dadurch deren imperialistischen Tendenzen und Forderungen Vorschub geleistet. Das Gleichgewicht hatte sich zu Ungunsten der westlichen demokratischen Staaten verschoben, denn die totalitären Staaten waren den Demokratien, vor allem an militärischem Potential, weitaus überlegen.

Die amerikanische Regierung war über den russisch-japanischen Nichtangriffspakt bestürzt und beschloß, Maßnahmen sowohl gegen Japan als auch gegen die UdSSR

1) Sumner Welles, op. cit., pp. 169 f.

zu ergreifen. Alle japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten wurden eingefroren, was praktisch einem Embargo gleichkam. Auch Rußlands Guthaben (9 Millionen Dollar) wurden gesperrt und die unter Welles genehmigten Exportlieferungen an die UdSSR zurückgehalten.¹⁾

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion am Vorabend des deutschen Einmarsches nach Rußland schienen nach diesen Vorfällen in keiner Weise zufriedenstellend, und die USA fürchteten einen erneuten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung. Nicht zuletzt wäre damit auch das amerikanisch-japanische Verhältnis zu einer Gefahr geworden, - ein Problem, das umso schwerer wog, als die Regierung in Washington wegen ihres einseitigen Engagements für Großbritannien und gegen Hitler auf eine Auseinandersetzung im Pazifik nicht ausreichend vorbereitet war.

1) Dulles, The Road to Teheran, op. cit., p. 236.

II. Die Sowjetunion als Partner der USA

1. Deutschlands Kriegserklärung an die UdSSR

Die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion stellte den entscheidenden Wendepunkt in der Beziehung der beiden Länder dar. Die Reaktion beruhte auf einer einfachen Rechnung: War Rußland zum Gegner Hitler-Deutschlands geworden, so war es in die Reihe der Nazifeinde gerückt und damit automatisch in das Lager der Alliierten aufgenommen.

"We are resolved to destroy Hitler and every vestige of the Nazi regime ... Any man or state who fights on against Nazidom will have our aid ... It follows therefore that we shall give whatever help we can to Russia and the Russian people. We shall appeal to all our friends and allies in every part of the world to take the same course and pursue it, as we shall faithfully and steadfastly to the end ..." ¹⁾

Churchill hatte allerdings einen besonderen Grund, so zu sprechen, denn Großbritannien befand sich damals in einer fast aussichtslosen Lage: die deutsche Luftwaffe hatte Ende 1940 großen Schaden in den Industriezentren der englischen Insel angerichtet, deutsche U-Boote verursachten durch ihre hohen Versenkungsziffern eine große Lebensmittelknappheit in England, eine deutsche Invasion drohte während der ersten Hälfte des Jahres 1941, bis dann im Juni 1941 der Krieg gegen Rußland begann, und damit die Gefahr für England vorübergehend gebannt war. Großbritannien mußte jedoch alles unternehmen, um der Sowjetunion größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, denn eine rasche Niederringung Rußlands durch Hitlers Armeen hätte eine Invasion und eine Niederlage Englands zur Folge gehabt. Churchill versuchte deshalb, die Vereinigten Staaten zu einer aktiven Unterstützung für Rußland zu gewinnen.

1) Radioansprache Churchills, 22. Juni 1941; Churchill, The Grand Alliance, op. cit., pp. 332 f.

Auch Roosevelts Berater, die Minister Stimson und Knox, waren davon überzeugt, daß die russische Front in Kürze zusammenbrechen würde und Hitler sich dann auf die Invasion Großbritanniens und die Beherrschung des Atlantiks konzentrieren würde.¹⁾ Außenminister Hull forderte daher den Präsidenten noch am 22. Juni, also dem Tage des deutschen Angriffs auf Rußland auf, der UdSSR uneingeschränkte Hilfe zu gewähren.

"We must give Russia all aid to the hilt.
We have repeatedly said we will give all
help we can to any nation resisting the
Axis. There can be no doubt for a moment
that Russia comes within that category".²⁾

2. Präsident Roosevelts Reaktion

Am 23. Juni 1941 nahm der stellvertretende Außenminister Welles nach eingehenden Beratungen mit Roosevelt als Regierungssprecher zu dem Problem der Rußlandhilfe in der Öffentlichkeit Stellung.³⁾ Er hob hervor, daß die Prinzipien der kommunistischen Diktatur vom amerikanischen Volk abgelehnt und vor allem die Unterdrückung der Freiheit und die religiöse Intoleranz in Rußland stark kritisiert würden. Trotz dieser Einschränkungen, so führt Welles mit seiner Ausführung fort, müsse man den Ausschreitungen Hitlers mit aller Macht entgegen-treten. Die amerikanische Regierung vertrete die Ansicht, daß jegliche Abwehr Hitlers, alle Truppen, die

1) Stimson in einem Brief an das Weiße Haus, teilweise abgedruckt bei Sherwood, op. cit., pp. 303 f.; Knox in einem Brief an Roosevelt, 23. Juni 1941, teilweise abgedruckt bei Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 538.

2) Hull, op. cit., vol. II, p. 967.

3) Presseerklärung des Unterstaatssekretärs Welles, 23. Juni 1941, Documents on American Foreign Relations, vol. III, pp. 364-365; cf. Welles op. cit., p. 171.

Während der Erkrankung Hulls amtierte Welles als sein Stellvertreter.

gegen die deutschen Armeen kämpften, gleichgültig von woher sie stammten (gemeint waren die russischen Armeen) den Sturz Hitlers und seiner Anhänger beschleunigen und deshalb zur amerikanischen Verteidigung und Sicherheit beitragen würden. Welles schloß seine Erklärung mit den Worten: Hitlers Armeen stellten heutzutage die Hauptgefahr für den amerikanischen Kontinent dar.

Am 24. Juni ergriff Präsident Roosevelt selber das Wort. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, der Sowjetunion alle nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen. "Of course we are going to give all aid we possibly can".¹⁾ Er wies außerdem darauf hin, daß er noch keine bestimmte Materialliste von den Sowjets erhalten habe. Damit gab er der Sowjetregierung Gelegenheit, ihre Wünsche bezüglich der Hilfeleistungen zu spezifizieren. Schon am 8. Juli überreichte der sowjetische Botschafter in Washington, Umanski, der amerikanischen Regierung eine Liste, die Lieferungen im Werte von nahezu zwei Milliarden Dollar, darunter 6000 Flugzeuge, forderte.²⁾

Ob diese spontanen Hilfeleistungen an die Sowjetunion in ein bestimmtes Programm - z. B. Lend-Lease - einge-reiht würden, war allerdings noch nicht entschieden. Auf eine diesbezügliche Frage eines Reporters auf der oben erwähnten Pressekonferenz gab Roosevelt die ausweichende Antwort: "Ich weiß es nicht".³⁾

1) Pressekonferenz Roosevelts, 24. Juni 1941, Press Conferences, MS, Vol. XVII (January-June, 1941), Roosevelt Library, President's Personal File 1 P, zit. nach Raymond H. Dawson, The Decision to Aid Russia, 1941, The University of North Carolina Press, 1959, p. 121.

2) Herbert Feis, Churchill, Roosevelt, Stalin: The War they Waged and the Peace they Sought, Princeton, N.J. 1957, p. 11., Anm. 12; cf. Dawson, op. cit., p. 128.

3) Dawson, op. cit., p. 121.

Schon am 24. Juni veranlaßte Roosevelt die Freigabe der russischen Guthaben, die 8 Tage vorher noch eingefroren worden waren.¹⁾ Zwei Tage später, am 26. Juni, gab das Weiße Haus bekannt, daß die Neutralitätsgesetze für die Sowjetunion keine Anwendung finden würden.²⁾ Dadurch war den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gegeben, die Sowjetunion, obwohl sie ein kriegführendes Land war, mit Waffen aller Art zu beliefern.

Der Präsident hatte also sofort nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges Maßnahmen erlassen, die zu umfangreichen amerikanischen Hilfeleistungen - vorerst noch nicht unter dem Leih- und Pachtgesetz - führer sollten. Er hielt an dieser politischen Konzeption fest, obwohl der Kriegs- und Marineminister³⁾ und auch der Generalstab⁴⁾ davon überzeugt waren, daß die UdSSR keinen nennenswerten Widerstand leisten könnten, in wenigen Wochen von den deutschen Truppen besiegt würden und gezwungen seien, einen Waffenstillstand mit Hitler abzuschließen.

Wahrscheinlich von dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in Moskau Joseph E. Davies⁵⁾ beeinflusst, zweifelte jedoch Roosevelt ebenso wie Churchill an einer raschen Niederlage der sowjetischen Truppen und setzte seine Bemühungen um schnelle Hilfe für die Sowjets ein.

1) Frank L. Kluckholm, New York Times, 25. Juni 1941, p. 1, nach Dawson, op. cit., p. 122.

2) Feis, op. cit., p. 10.

3) cf. oben p. 128.

4) Unterredung Admiral Starks mit Roosevelt, 24. Juni 1941, nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 538.

5) Davies, op. cit., p. 475; Text des Memorandums Davies an Hopkins bei Sherwood, op. cit., pp. 306 ff. Über den Einfluß Davies' auf Roosevelt cf. Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 540; Dawson op. cit., pp. 139-141.

Nach der "Welles-Erklärung", der Pressekonferenz, der Freigabe der sowjetischen Guthaben in den Vereinigten Staaten, erklärte Roosevelt am 9. Juli dem amtierenden Außenminister Welles, daß er der Sowjetunion noch vor dem 1. Oktober wesentliche Hilfe zukommen lassen wolle.¹⁾ Einen Tag später unterstrich der Präsident bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Umanski, an der auch Welles teilnahm, seine Bereitschaft, die Sowjetunion in jeder Hinsicht zu unterstützen.²⁾

Doch bei der tatsächlichen Durchführung seiner Erklärungen ergaben sich Schwierigkeiten. Stimson, Knox und der amerikanische Generalstab, die an eine Kapitulation und einen Waffenstillstand der russischen Armeen glaubten, mußten von der Dringlichkeit der Rußlandhilfe überzeugt werden.

3. Organisatorische Vorbereitungen zur Rußlandhilfe

Um die Durchführung der Rußlandhilfe zu beschleunigen, übergab Roosevelt die organisatorische Leitung der Lend-Lease-Verwaltung, "Division of Defense Aid Reports", obwohl die Lieferungen an die Sowjetunion noch nicht unter das Lend-Lease-Programm fielen.

General Burns, der Leiter der Leih- und Pachtorganisation wurde vom Präsidenten beauftragt, eine eigene Abteilung zur Versorgung der Sowjets innerhalb der "Division of Defense Aid Reports" zu bilden. Am 21. Juli 1941 übertrug Roosevelt der Organisation die Aufgabe, sofort umfangreiche Verschiffungen zur Unterstützung der Sowjetunion vorzunehmen.³⁾

1) T. H. Vail Motter, The Persian Corridor and Aid to Russia, United States Army in World War II, Washington 1952, p. 21.

2) Text des Memorandums über die Unterredung zwischen Welles und Halifax, 10. Juli 1941, bei Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 546.

3) Stettinius, op. cit., p. 122.

Die sowjetischen Forderungen richteten sich vor allem auf Maschinen und Rohstoffe zur Herstellung von Waffen. Gerade dieses Rüstungsmaterial wurde von den eigenen amerikanischen Rüstungsbetrieben am notwendigsten gebraucht, und die sowjetischen Forderungen stießen auf erheblichen Widerstand beim Kriegs- und Marineministerium. Es wurde aber immer wieder darauf hingewiesen, daß die Erhaltung der russischen Kampfkraft von großer Bedeutung sei. Dadurch könne die amerikanische Rüstung mehr Zeit gewinnen, die eigenen Streitkräfte besser und intensiver auszurüsten.¹⁾

Nachdem die neugeschaffene Abteilung zur Versorgung der Sowjets die Forderungen der Sowjets besprochen hatten, legte General Burns dem Präsidenten eine Liste für Lieferungen im Gesamtwert von annähernd 22 Millionen Dollar zur Genehmigung vor. Die Liste kam an die Abteilung mit dem Vermerk des Präsidenten zurück, die Angelegenheit müsse sofort erledigt werden.²⁾ Maßnahmen wurden eingeleitet, um das Material zu beschaffen und an die UdSSR zu liefern. Allerdings wurden im Juli 1941 nur Waren im Werte von insgesamt 6,5 Millionen Dollar an die Sowjetunion geliefert.³⁾

Roosevelts Bemühungen, die Sowjet-Hilfe zu beschleunigen und vor allem sein Bestreben, die Lieferungen den kriegswichtigen Bedürfnissen der UdSSR anzupassen, manifestierte sich in der Entsendung seines Sonderberaters Harry Hopkins nach Moskau.

1) Stettinius, op. cit., pp. 122 f.

2) "Take up this morning with the Secretary of War, the Acting Secretary of State, the Secretary of the Navy (if the latter is involved) and get the thing through, because there is some mix upon it, and I would like this thing gotten through by tonight", ibid., p. 123.; cf. Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 560.

3) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 560.

4. Hopkins Mission in Moskau

Noch Ende Juli 1941 reiste Hopkins als amerikanischer Sonderbeauftragter nach Moskau, um mit Stalin über die Kriegslage zu diskutieren und um ihm eine persönliche Botschaft Präsident Roosevelts zu übermitteln. In dieser sicherte Roosevelt der Sowjetregierung alle erdenkliche Hilfe zu:

"Mr. Hopkins is in Moscow at my request for discussions with you personally ... on the vitally important question of how we can most expeditiously and effectively make available the assistance which the United States can render to your country in its magnificent resistance to the traitorous aggression by Hitlerite Germany. I have already informed your ambassador, Mr. Umanski, that all possible aid will be given by the United States Government in obtaining munitions, armaments, and other supplies needed to meet your most urgent requirements..."¹⁾

Hopkins hatte im Gespräch mit Stalin und russischen Militärexperten in kurzer Zeit über Rußlands Stärke und Aussichten mehr Auskunft erhalten, als jemals ein amerikanischer Botschafter in Moskau. Hopkins wurde von Stalin über die Stärke der russischen Kampfstreitkräfte und die der deutschen informiert, und Stalin zählte alle die Waffen und Rohstoffe auf, die er am dringendsten benötigte.²⁾ Am letzten Tage ihrer Verhandlungen gab Stalin zu, daß Deutschlands Macht so groß sei, daß es, selbst wenn Rußland sich verteidigen könnte, für England und Rußland zusammen sehr schwer sein würde, die deutsche Militärmaschine zu zerschlagen. Er fuhr fort, daß es nur ein Mittel gäbe, die Hitlerdiktatur zu besiegen, und das sei die Ankündigung der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland in den Krieg einzutreten.³⁾

1) Text des Tel. Welles' an Hopkins bei Sherwood, op. cit., pp. 321 f.

2) ibid., p. 328.

3) ibid., p. 342.

Bei dem Treffen zwischen Hopkins und Stalin wurde eine Konferenz für Oktober vereinbart, bei der Vertreter der britischen, amerikanischen und russischen Regierung über die strategischen Ziele jeder Front sowie über die Interessen der einzelnen Länder verhandeln würden. Auf dieser Konferenz sollten dann auch die Kriegsziele geklärt und aufeinander abgestimmt werden. Die Konferenz sollte Mitte Oktober in Moskau stattfinden.¹⁾

Hopkins' Mission stellte einen neuen Wendepunkt für die russisch-amerikanischen Beziehungen, für den Kriegsverlauf überhaupt dar. Die persönliche Aussprache zwischen Stalin und dem engsten Vertrauten Roosevelts schaffte den Ausgangspunkt für die Koalition der "Großen Drei".

5. Offizielle amerikanische Zusage zur Unterstützung der Sowjetunion

Zur selben Zeit während Hopkins in Moskau seinen Sonderauftrag durchführte, erließ Roosevelt in Washington Maßnahmen zur Beschleunigung und Erhöhung der Sowjethilfe. In einer Kabinettsitzung am 1. August 1941 gab der Präsident Kriegsminister Stimson die Anweisung, das Material für die UdSSR zu beschaffen und auf dem schnellsten Wege nach Rußland zu verschiffen. Stimson, ein Gegner der Sowjethilfe und Befürworter konzentrierter Lieferungen nach Großbritannien, mußte auf Anweisung Roosevelts 200 Flugzeuge an die Sowjets abgeben.²⁾

Einen Tag später, am 2. August, beauftragte Roosevelt Wayne S. Coy, der von ihm als Bevollmächtigter für die Sowjethilfe eingesetzt worden war, die Lieferungen an die UdSSR zu beschleunigen. In einem scharf abgefaßten Memorandum erklärte er Coy:

1) Sherwood, op. cit., p. 341.

2) Über die Kabinettsitzung vom 1. August 1941
Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit.,
pp. 560 f; cf. Dawson, op. cit., pp. 156 ff.

"... Please get out the list and please with my full authority use a heavy hand and act as a burr under the saddle and get things moving ... I have told the Russians that I am dividing things into two categories, first materials to be delivered on the Russian western front in time to take part in the battle between September 1 and October 1, and secondly, those materials which physically could not get there before October 1."1)

Zur selben Zeit etablierte der Präsident auf Anraten des amtierenden Außenministers Welles einen Ausschuß, dem Harry Hopkins, der britische Handelsbevollmächtigte Arthur Purvis und der sowjetische Botschafter Umanski angehörten. Dieses Dreier-Komitee, dessen Aufgabe es war, die Lieferungen an die UdSSR zu koordinieren und zu beschleunigen, tagte zum ersten und letzten Mal am 2. August 1941. General Burns vertrat die Stelle Hopkins', der Unterredungen mit Stalin führte. Diese Zusammenkunft sollte von Erfolg gekrönt sein. Bereits im September wurden die ersten amerikanischen Flugzeuge an die Sowjetunion geliefert.²⁾

Am 2. August überreichte das amerikanische Auswärtige Amt dem Botschafter Umanski eine Note, die der Sowjetunion volle wirtschaftliche Unterstützung garantierte.

-
- 1) Direktive Roosevelts an Coy, 2. August 1941, Roosevelt Papers: Secretary's File, Box 73, zit. nach Langer and Gleason, op. cit., p. 561; cf. Dawson, op. cit., p. 160.
 - 2) "Things really started moving after this meeting, and with the cooperation of the British who released some Curtiss P-40's they had an Order, it was possible to make the first shipment of planes to the Soviet in September 1941". Stettinius, op. cit., p. 124. Im Gegensatz dazu Dawson, op. cit., p. 159: "The President ... established the three Power Committee ... This rather promising step proved abortive, and, in fact, the committee was to meet only one time."

"... that the Government of the United States has decided to give all economic assistance practicable for the purpose of strengthening the Soviet Union in its struggle against armed aggression. This decision has been prompted by the conviction of the Government of the United States that the strengthening of the armed resistance of the Soviet Union to the predatory attack of an aggressor who is threatening the security and independence not only of the Soviet Union but also of all other nations is in the interest of the national defense of the United States".¹⁾

Die Sowjetregierung hatte jetzt die offizielle Bestätigung erhalten, daß sie in das Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten miteinbezogen war. Es sollte nur noch eine Frage der Zeit sein, wann das Leih- und Pachtgesetz für die Sowjetunion Anwendung finden sollte.

In einer Antwortnote an das Außenministerium sprach Botschafter Umanski im Namen der sowjetischen Regierung seinen Dank für das großzügige Angebot aus.²⁾ Beide Noten wurden am 5. August veröffentlicht und der amerikanischen Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

6. Roosevelts politische Maximen

Die einzelnen Maßnahmen Roosevelts, angefangen von der "Welles-Erklärung", über die Errichtung einer separaten Abteilung zur Versorgung der Sowjets und die Mission Hopkins in Moskau, bis zum Notenaustausch vom 2. August, zeigen Roosevelts feste Entschlossenheit, der Sowjetunion militärische Hilfe aus dem amerikanischen Arsenal zukommen zu lassen. Der Präsident setzte sein Vorhaben auch gegen Widerstände einiger Kabinettsmitglieder durch und strebte mit aller Macht eine Intensivierung und Beschleunigung der Lieferungen an die UdSSR an.

-
- 1) Text der amerikanischen Note, 2. August 1941, in Documents on American Foreign Relations, Vol. IV, pp. 600 f. Sperrung vom Verfasser.
 - 2) Text der sowjetischen Note, 2. August 1941, ibid., p. 601.

Roosevelts Entscheidung, das von einer Diktatur beherrschte Rußland zu unterstützen, entsprang einer Fehlbeurteilung der Sowjetideologie. Er hat nicht nur die Ernsthaftigkeit des revolutionären Kommunismus unterschätzt, sondern auch die Machtpolitik des stalinistischen Systems nie voll verstanden. Von einem fast naiven Bild geleitet, das durch seine Unterredungen mit Umanski und den positiven Ausgang der Hopkins-Mission noch verstärkt wurde, gelangte er zu der Überzeugung, daß die Stalin-Diktatur für die demokratische Welt weit weniger gefährlich sei als die Hitlers, und daß Stalin ein zuverlässiger Partner sei in dem Kampf um das große gemeinsam mit Churchill abgesteckte Kriegsziel: die Niederringung des Hitlerschen Totalitarismus.

Um aber die Prämissen einer Politik zu erkennen, muß man von der Persönlichkeit abstrahieren und wie weltpolitische Lage berücksichtigen. Nur die gemeinsame Gegnerschaft gegen Hitler hatte die Sowjetunion in das alliierte Lager geführt, und nur durch ihren Beitrag zum Kampf hatte das Kriegsziel realisiert werden können. Das Dilemma der amerikanischen Politik bestand jedoch darin, daß der Kampf für die Demokratien von dem Augenblick an seine volle Berechtigung verlor, als die UdSSR auf die Seite der Alliierten trat.

Von dieser Position aus muß Roosevelts politisches Handeln gegenüber Rußland verstanden werden. Die Sowjetunion im Lager der Alliierten wurde in der gleichen Weise und mit denselben Konsequenzen zum Partner, wie es schon Großbritannien geworden war. Partner hieß nicht nur Verbündeter, sondern umfaßte auch die Verpflichtung, mit allen nur möglichen Mitteln, die dem Stärkeren zur Verfügung standen, gegen den gemeinsamen Feind zu helfen.

III. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit zur Rußlandhilfe

1. Die Stellung der Isolationisten

Roosevelt, der seinen Entschluß zur materiellen Unterstützung der Sowjetunion nach dem offiziellen Notenaustausch nun der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongreß darlegen mußte, rechtfertigte sich durch die schwach begründete Feststellung, Hitlers Armeen bildeten die hauptsächlichste Gefahrenquelle für die Vereinigten Staaten.¹⁾ Während die Exekutive das Problem der Hilfeleistungen in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges vorantrieb, bestanden im amerikanischen Volk noch große Unklarheiten über eventuelle amerikanische Lieferungen an die Sowjetunion.

Schon während der Debatte um die Vorlage des Leih- und Pachtgesetzes im Kongreß hatte es genug Stimmen gegeben, die sich gegen eine interventionistische Politik der Vereinigten Staaten wandten. Ein großer Teil der isolationistischen Strömungen im amerikanischen Volk wurde jedoch von der Notwendigkeit einer intensiven Englandhilfe überzeugt, nicht zuletzt durch die vom Präsidenten oft wiederholte Parole, die Sicherheit Großbritanniens sei identisch mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten.

Heftig wehrte sich jedoch die Mehrzahl der amerikanischen Öffentlichkeit gegen eine Unterstützung der Sowjetunion zu Beginn des deutsch-sowjetischen Konfliktes. Eine Umfrage vom 26. Juni 1941 ergab, daß 54 % der Befragten gegen Lieferungen an die UdSSR und nur 35 % dafür waren.²⁾

1) "Hitler's armies are today the chief dangers of America", "Welles-Erklärung", 23. Juni 1941, Documents on American Foreign Relations, Vol. III, p.365.
2) Cantril-Strunk, op. cit., p. 411.

Vor allem die aktiven Isolationisten, die dem "America First Committee" angehörten, protestierten lautstark gegen Roosevelts Unterstützungsprogramm. Schon am 23. Juni gab die Leitung dieses Komitees eine Erklärung ab, die die Haltung der Isolationisten widerspiegelte:

"The entry of Communist Russia into the war should settle once and for all the intervention issue at home. The war party can hardly ask the people of America to take up arms behind the red flag of Stalin. With the ruthless forces of dictatorship and aggression now clearly aligned on both sides, the proper course for the United States becomes even clearer. We must continue to build our own defenses and take not part in this incongruous European conflict".¹⁾

Die Begründung für ihre Ablehnung brachte das "Wall Street Journal" in aller Ausführlichkeit. Die Zeitung schrieb, daß die Hilfe für die UdSSR moralisch nicht zu verantworten und außerdem eine unintelligente Maßnahme sei; sie prophezeite, daß ein siegreiches Rußland eine ebensogroße Gefahr für die USA bedeute, wie ein siegreiches Deutschland.²⁾ Ebenso sprach die "New York Journal-American" von einer amerikanischen Hilfe für Stalin als einem moralisch-kriminellen Wagnis, "morally criminal venture".³⁾ Die "Chicago Tribune" betonte, die größte Hoffnung der Nation müsse sein, daß Hitler und Stalin sich gegenseitig vernichteten.⁴⁾

Neben den eingefleischten Isolationisten stand auch die katholische Kirche im scharfen Gegensatz zu der Politik des Präsidenten. Führende katholische Persönlichkeiten

-
- 1) Wayne S. Cole, America First: The Battle Against Intervention, Madison, 1953, p. 85, zit. nach Dawson, op. cit., p. 80.
 - 2) Wall Street Journal, 2. Juli 1941, p. 4, zit. nach Dawson, op. cit., p. 83.
 - 3) New York Journal American, 27. Juni 1941, p. 14, zit. nach Dawson, op. cit., p. 83.
 - 4) Chicago Tribune, 25. Juni 1941, p. 10, zit. nach Dawson, op. cit., p. 81.

wandten sich gegen eine Unterstützung der UdSSR, mit der Begründung, das Christentum unter Stalin würde unterdrückt und 180 Millionen Menschen unter dem Kommunismus versklavt.¹⁾

Monsignore Fulton J. Sheen aus New York prophezeite:

"The enemy of the world in the near future is going to be Russia".²⁾

Erzbischof Beckmann von Dubuque proklamierte:

"So there can be no collaboration for communism as far as the Catholic Church in this country is concerned. We have been pushed far enough in this abominable game of aid to Britain and bolshevism".³⁾

Die katholische Kirche begründete ihre Abneigung gegen eine Rußlandunterstützung vor allem vom Moralischen. Die Stalin-Diktatur stellte in den Augen vieler Katholiken eine größere Gefahr für die Christenheit dar als die Hitlerdiktatur.

2. Die aktiven Interventionisten

Gegen die Isolationisten stand eine ebenso starke Gruppe hinter Roosevelt: die Interventionisten, die sich für eine aktive Rußlandpolitik einsetzten. Sie versuchten, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß ein Sieg Deutschlands über Rußland eine unmittelbare Gefahr für die USA bedeute und daß Hitler-Deutschland totalitärer und gefährlicher für die Demokratien sei als die Sowjetunion.

Im Gegensatz zu den Isolationisten hielten die Inter-

-
- 1) Über die Stellung der katholischen Kirche in den USA ausführlich bei Dawson, op. cit., Vol. IV, Abschnitt: "Morality and Foreign Policy": Religious Issues, pp. 85 ff.
 - 2) Radioansprache Sheens im April 1941, zit. nach Dawson, op. cit., p. 87.
 - 3) Radioansprache Beckmans, 27. Juni 1941, zit. nach Dawson, op. cit., p. 91.

ventionisten die Sowjetideologie nicht für einen entscheidenden Faktor der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Sie forderten ihre amerikanischen Landsleute auf, die Verschiedenheit der Ideologien nicht zum Hauptproblem zwischen den beiden Ländern werden zu lassen. Der bekannte Publizist Walter Lippmann betonte, daß die Amerikaner sich wie Erwachsene und nicht wie Kinder benehmen sollten, wenn sie sich über Ideologien stritten.¹⁾ Das "Committee to Defend America", die interventionistische Organisation, forderte eine klar durchdachte realistische Einstellung gegenüber der Sowjetunion seitens der amerikanischen Nation und warnte, "that Soviet ideology must not be permitted to obstruct efforts to meet the peril faced in Nazi Germany".²⁾ Die allgemeine Haltung der Interventionisten zu Beginn des Krieges drückt sich in einem Artikel der "New York Times" aus, die schrieb:

"Let there be no mistake about it, a quick and complete German victory in Russia would be a catastrophe of the first importance for England and America. It would enable to defy the British blockade, to secure petroleum and food supplies for years, to create a vassal regime in Russia, to seize India and the oil fields of the Near East, to make a temporary alliance with Japan for the seizure of China and to threaten the United States from both oceans".³⁾

Die Interventionisten sahen also im Sowjetkommunismus keine Gefahr für die Vereinigten Staaten: "despite our abhorrence of Communism, we must realize that Russia does not endanger the security of the Americas".⁴⁾ Sie hielten, ebenso wie Roosevelt und die amerikanische

-
- 1) Washington Post, 28. Juni 1941, p. 11, nach Dawson, op. cit., p. 70.
 - 2) "Committee to Defend America by Aiding the Allies", Washington Office Information Letter (no. 24), 27. Juni 1941, zit. nach Dawson, op. cit., p. 70.
 - 3) New York Times, 26. Juni 1941, p. 18, zit. nach Dawson, op. cit., pp. 69 f.
 - 4) Washington Office Information Letter (no. 24), 27. Juni 1941, zit. nach Dawson, op. cit., p. 74.

Regierung, den russischen Kommunismus für das kleinere Übel und unterschätzten damit die politische und militärische Kapazität des sowjetrussischen Staates.

Äußerungen und Einstellung der Interventionisten gegenüber der Sowjetunion entsprachen soweit der Politik Roosevelts. Sie vermieden jedoch eine direkte Stellungnahme zur Frage der Hilfeleistungen für die UdSSR und verhielten sich aus taktischen Gründen in diesem Punkte sehr zurückhaltend. Da nämlich die amerikanische Öffentlichkeit sich im Juni und Juli des Jahres 1941 gegen Lieferungen nach Rußland - vor allem auch gegen die Einbeziehung des Sowjetstaates in das Lend-Lease-Programm - wandte, hielt es die Mehrheit der Interventionisten zu diesem Zeitpunkt für ungeeignet, sich offen für die Rooseveltsche Unterstützungspolitik einzusetzen. Sie forderten die Regierung ganz allgemein auf, die Lieferungen nach Großbritannien zu verdoppeln und die eigene Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte zu beschleunigen, denn die beste Hilfe für die UdSSR, so betonten sie, liege in der Verdoppelung der Leih- und Pachtlieferungen nach Großbritannien.¹⁾ Sie fürchteten, daß eine Hilfsaktion für die UdSSR die Kampf- und Abwehrkraft Großbritanniens lähmen würde.

Mark Sullivan, ein amerikanischer Publizist, der auf interventionistischer Seite stand, griff sogar Präsident Roosevelt persönlich an, indem er die Proklamation des Präsidenten vom 24. Juni ("all possible aid for Russia") "gedankenlos" nannte und ihn aufforderte, diese seine Absicht zu ändern. Hilfe für Rußland, so äußerte sich Sullivan, würde in Zukunft die Hilfe für Großbritannien gefährden.²⁾ Sogar Walter Lippmann glaubte zu erkennen, daß die USA nicht über genug Material verfügten, um der

1) New York Times, 25. Juni 1941, p. 4, nach Dawson, op. cit., p. 76.

2) Washington Post, 27. Juni 1941, p. 11, zit. n. Dawson op. cit., p. 79.

UdSSR irgendwelche Hilfe zu gewähren, deshalb sollte man es nicht erst zu einer emotionalen Debatte kommen lassen, wenn doch nichts Praktisches herauskomme und das Problem nicht gelöst werden könne.¹⁾

Der Zeitpunkt für "all aid to Russia" schien in den ersten Wochen des deutsch-russischen Krieges noch verfrüht. Die politischen Kreise waren noch nicht "reif" für eine Debatte zur Durchführung der Lend-Lease-Hilfe für Rußland. Die Isolationisten, die katholische Kirche und sogar die Interventionisten lehnten das Hilfsprogramm Roosevelts aus verschiedenen Gründen ab.

3. Die Reaktion des amerikanischen Volkes

Auch die amerikanische öffentliche Meinung, der Durchschnittsamerikaner also, der zu keiner der erwähnten Gruppen gehörte, entschied sich gegen eine amerikanische Hilfe für Rußland.²⁾ Das soll aber keineswegs heißen, daß er sich den Geschehnissen in Osteuropa gegenüber gleichgültig verhielt. Im Gegenteil, der Durchschnittsamerikaner erwartete einen russischen Sieg. Laut einer AIPO-Umfrage am 24. Juni 1941 hofften 72 % der Befragten auf einen sowjetischen Sieg über Deutschland, nur 4 % auf einen deutschen Sieg über die UdSSR.³⁾

Die amerikanische Öffentlichkeit stand also unter dem Zwang, zwei konträre Anschauungen vereinigen zu müssen. Auf der einen Seite lehnte sie klar - unterrichtet durch Erfahrungen und Erlebnisse - die Ideologie des kommunistischen Rußlands und dessen Praktiken in der Innen- wie in der Außenpolitik ab. Sie sah die grausamen Verfolgungen der Stalin'schen Ära, die Feindschaft

1) Washington Post, 26. Juni 1941, p. 11, zit.nach Dawson, op. cit., pp. 78 f.

2) 54 % der Befragten entschieden sich gegen Lieferungen an die UdSSR, cf. oben p. 438, Anm. 2.

3) Cantril-Strunk, op. cit., p. 1187.

und Intoleranz gegen die Kirche ebenso wie den ungerechten und hassenswerten Angriff auf Finnland und die baltischen Staaten als konkretes Hemmnis an, mit der Sowjetunion gemeinsame Sache zu machen. Auf der anderen Seite mußte jedoch dieselbe amerikanische Öffentlichkeit, die den Kommunismus radikal ablehnte, je länger je mehr erkennen, daß Nazideutschland nur vernichtet werden konnte durch die Zange des unerbittlichen Zweifrontenkrieges, in welche "das Reich" zu nehmen sei. So entstand die merkwürdige Divergenz der Anschauungen, unter denen Amerika zunächst die Hilfeleistungen, später auch den Krieg durchführen mußte, daß die Amerikaner die Ideologie der Sowjets ablehnten, auf der anderen Seite aber von ihrem militärischen Potential den Sieg erhofften.

Die Veröffentlichung des Notenaustausches zwischen Welles und Umanski am 5. August 1941, welche die vom 24. Juni proklamierte Politik Roosevelts¹⁾ offiziell bestätigte, stellte einen erneuten Versuch dar, die Reaktion der Öffentlichkeit in ihrer Einstellung zur Sowjetunion zu testen. Noch aber reagierte die amerikanische Öffentlichkeit negativ auf die Publikation der Noten²⁾, wie Artikel in der "New York Times" und der "Times" beweisen.³⁾

Es erschien notwendig, auf die einzelnen Gruppen, die sich für und gegen die Rooseveltische Konzeption der Sowjethilfe wandten, näher einzugehen und deren Einstellung zur UdSSR zu Beginn der "amerikanisch-sowjetischen" Annäherung und späteren Allianz zu untersuchen, da sie

1) cf. oben p. 129.

2) "The news of this official commitment, when published a few days later, was received with but little public enthusiasm, and indeed provoked a new outburst of isolationist criticism", Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 562.

3) Leitartikel der "The New York Times" vom 6. August 1941 und "The Times" nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 562.

in der politischen Struktur der angelsächsischen Länder eine wichtige Funktion zur Kontrolle des politischen Lebens darstellen.

Zur Durchführung seiner Politik benötigte der Präsident die Zustimmung des Kongresses. Ohne seine Bewilligung konnte die Exekutive keine bindenden Maßnahmen zur Realisierung seines Rußlandprogrammes durchsetzen.

4. Die Stellungnahme des Kongresses zur Sowjethilfe

Die Proklamationen Roosevelts nach dem 22. Juni 1941 und seine weiteren Maßnahmen zugunsten der Sowjetunion riefen unter einer Großzahl der amerikanischen Kongreßmitglieder eine starke Opposition gegen die Direktiven der Exekutive hervor. Besonders erbittert gingen diejenigen Abgeordneten und Senatoren, die sich schon während der Debatte um die Vorlage des Leih- und Pachtgesetzes gegen die interventionistischen Maßnahmen gewandt hatten gegen die Forderungen "all possible aid to Russia" vor.

Gerade die Isolationisten im Kongreß hoben immer wieder die ideologische Kluft zwischen den USA und der UdSSR hervor und sprachen sich scharf gegen jegliche Hilfe für die Sowjetregierung aus. Senator Nye berührte schon damals das Problem der Lend-Lease-Hilfe für die UdSSR und griff die Interventionisten an:

"The interventionists, after months of preaching of democracy and the four freedoms for all the world in our time and generation, are plainly much embarrassed to find Joe Stalin and his Com-mits in their camp and qualified for lend-lease aid ..."¹⁾

Senator Taft, ein extremer Isolationist, erklärte, ein Sieg des Kommunismus würde viel größere Gefahren für die Vereinigten Staaten mit sich bringen als ein Sieg des Faschismus. Ebenso wandte er sich gegen das Leih- und Pachtgesetz, das dem Präsidenten zu große Machtbefug-

1) Ansprache Nyes vor der "National Education Association" in Boston, zit. nach Dawson, op. cit., p. 103.

nisse gewähren würde:

"... dictatorial powers on the President, including the power to give away our arms to Russia and every country of the world".¹⁾

Der Abgeordnete Tinkham ging sogar soweit, im Repräsentantenhaus eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche die Erweiterung der Lend-Lease-Hilfe für die UdSSR verbieten sollte.²⁾

Nur wenige Kongreßmitglieder setzten sich für die Rooseveltische Rußlandhilfe ein oder versuchten, des Präsidenten Standpunkt zu verteidigen. Eine große Ausnahme bildete der demokratische Senator Pepper, der das Leih- und Pachtgesetz für die UdSSR angewandt wissen wollte.³⁾ Sein Kollege Frank Buck sprach sich dagegen sehr vorsichtig aus, als er erklärte:

"I favor aiding Russia to the extent that such aid does not interfere with our established program of assisting aid to Great Britain".⁴⁾

Die Meinung, die USA müßten zuerst Großbritannien alle mögliche Hilfe zukommen lassen, bevor die Sowjetunion bedacht werden könne, herrschte vor allem auch in den demokratischen Reihen des Kongresses vor, die bisher die Leih- und Pachtkonzeption des Präsidenten unterstützt hatten, und sie reflektierte im allgemeinen die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit.

Die Frage der Finanzierung, der Mangel an Kriegsmaterial und besonders die Transportschwierigkeiten, diese Probleme konnten auch von den demokratischen Kongreßmitgliedern nicht übersehen werden. Sie vermieden es deshalb zunächst, sich für die Rooseveltische Politik aktiv einzusetzen.

1) Radioansprache Tafts, 25. Juni 1941, Congressional Record, LXXXVII, pp. A 3077-78, zit. nach Dawson, op. cit., pp. 104 f.

2) ibid., p. 5870, zit. nach Dawson, op. cit., p. 145.

3) Congressional Record, LXXXVII, pp. A 3215-17, zit. nach Dawson, op. cit., p. 106.

4) ibid., p. A 3412, zit. nach Dawson, op. cit., p. 107.

5. Roosevelts Standpunkt

So war der Präsident gezwungen, aus Rücksicht auf Kongreß und Öffentlichkeit seine Maßnahmen bezüglich der Rußlandhilfe nur sehr vorsichtig voranzutreiben. Dennoch hielt er an der einmal eingeschlagenen Linie fest. Denn die Gründe, die ihn in den ersten 6 Wochen des deutsch-russischen Krieges zur Unterstützung der Sowjetunion veranlaßt hatten, entsprangen nicht nur der realpolitischen Notwendigkeit, sondern auch vor allem seiner persönlichen Gesamtkonzeption.

Der Präsident befolgte die Aufforderung Churchills, Stellung zu Gunsten der Sowjetunion zu nehmen und gleichzeitig die unveränderte Position Amerikas zum europäischen Krieg zu proklamieren, das heißt die Bereitschaft, auch nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Konfliktes Amerikas volle Kräfte gegen Hitler-Deutschland einzusetzen, allerdings ohne selbst aktiv in den europäischen Konflikt eingreifen zu müssen. Die von Roosevelt erlassenen Deklarationen und Maßnahmen sollten aber auch die Sowjetunion im Kampf gegen Deutschland ermutigen. Zur gleichen Zeit gaben sie Hinweise auf die Reaktion der Öffentlichkeit, die sich entscheidend auf die politischen Bestrebungen hinsichtlich der Rußlandhilfe auswirkte. Und nicht zuletzt sollte die prosovietische Haltung der amerikanischen Regierung einen gewissen Druck auf Japan ausüben, das zu dieser Zeit seine expansionistischen Bestrebungen im Fernen Osten mit deutlicher Schärfe demonstrierte.

IV. Die Sowjetunion und Lend-Lease.

1. Anglo-amerikanische Übereinkunft zur Unterstützung der UdSSR

Die Mission Hopkins in Moskau übte wahrscheinlich keinen Einfluß auf die politischen Entscheidungen der ersten Augusttage aus. Ihre Bedeutung richtete sich ausschließlich auf die Zukunft, denn der genaue Lagebericht über die UdSSR, den Hopkins von seiner Unterredung mit Stalin mitbrachte, schaffte erst die Voraussetzung für ein ausgedehntes und dynamisches Hilfsprogramm.

So gab Hopkins auf der Atlantikkonferenz¹⁾ im August 1941 Churchill und Roosevelt ausführlich Auskunft über seine Unterredung mit Stalin und berichtete über die militärische Situation der Sowjetunion. Die Staatsmänner kamen überein, Stalin in einem gemeinsam gefaßten Beschluß eine baldige Konferenz in Moskau vorzuschlagen. Die Erklärung, die am 15. August 1941 dem Kreml durch den britischen und amerikanischen Botschafter in Moskau überreicht wurde, sicherte Stalin zu, daß beide Nationen (Großbritannien und USA) die UdSSR mit einem Maximum an denjenigen Kriegs- und Rohmaterialien, die von der Sowjetregierung am dringendsten benötigt würden, versehen würden. Die gemeinsame Note wurde in diesem Tone abgefaßt:

"... In order that all of us may be in a position to arrive at speedy decisions as to the apportionment of our joint resources, we suggest that we prepare for a meeting to be held at Moscow, to which we would send high representatives who could discuss these matters directly with you. If this conference appeals to you we want you to know that pending the decisions of that conference we shall continue to send supplies and materials as rapidly as possible".²⁾

1) cf. oben p. 77

2) Joint Message from the President and the Prime Minister of the United Kingdom to the President of the Soviet of People's Commissars of the UdSSR, 15. August 1941, Documentation American Foreign Relations, Vol. IV, p. 602.

Diese Deklaration erwies sich als das bisher weitaus größte Zugeständnis Roosevelts zu der gemeinsamen Sache gegen Hitler-Deutschland. Seine Begründung ging aus der Mitteilung an die Kongreßführer hervor, denen er nach seiner Rückkehr von der Konferenz erklärte, die Sowjetunion sei der Schlüssel zur augenblicklichen Lage in Europa. Auch drückte er seine Hoffnung aus, daß die Russen in ihrem Kampf gegen Deutschland erfolgreich sein würden und vor allem dem Druck des deutschen Angriffes standhalten könnten.¹⁾

Mit dem Vorschlag zur Einberufung der Moskauer Konferenz und der gemeinsamen Erklärung Großbritanniens und der USA, so schnell wie möglich Vorräte und Material an die UdSSR zu liefern, wurde das Hilfsprogramm für die Russen, das ursprünglich nur ein kurzfristiges sein sollte, auf lange Sicht hinaus geplant.

2. Finanzierungsprobleme

Am 31. August 1941 setzte Roosevelt das von ihm und Churchill proklamierte Angebot, der UdSSR im Kampf gegen Deutschland zu helfen, in die Wirklichkeit um. Er gab Kriegsminister Stimson den Auftrag, bis zum 10. September eine Empfehlung anzufertigen, wie das bis zum Juni 1942 lieferbare Kriegsmaterial zwischen den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und den anderen hilfsbedürftigen Ländern zu verteilen sei:

"I deem it to be of paramount importance for the safety and security of America that all reasonable munitions help be provided for Russia, not only immediately but as long as she continues to fight the Axis powers effectively ... I desire your department working with the Navy Department to submit to me by September 10 your recommendations of distribution of expected United States production of munitions of war, as between the United States, Great Britain, Russia and other

1) Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 668.

countries to be aided - by important items, quantity time schedules and approximate values, for the period from the present time until June 30, 1942 ...¹⁾)

Diese Aufforderung zeigte deutlich Roosevelts Bestreben, die Sowjethilfe zu aktivieren, auch wenn er die volle Zustimmung von Kongreß und Öffentlichkeit noch nicht hatte. Der Präsident konnte Stalin nicht mit Versprechungen hinhalten, er mußte handeln, um die UdSSR erfolgreich unterstützen zu können.

Mit der langfristigen Planung von Lieferungen wurde aber auch das Finanzierungsproblem der für die Sowjetunion bestimmten Güter akut. Das russische Guthaben im Werte von 40 Millionen Dollar würde bald aufgebraucht sein, und es mußten neue Wege der Finanzierung gefunden werden. Das Leih- und Pachtgesetz hätte an und für sich die einfachste Lösung des Problems dargestellt, aber es war unmöglich, die Verfügungen des Gesetzes schon im August 1941 auf die Sowjetunion anzuwenden. Der Präsident konnte es sich nicht leisten, die Öffentlichkeit mit der Forderung nach Lend-Lease für Rußland zu konfrontieren, die zu dem damaligen Zeitpunkt (Juli-September) eine solche Maßnahme entschieden abgelehnt hätte. Außerdem waren die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes von der Zuständigkeit des Kongresses abhängig, der im August ebenfalls noch nicht bereit gewesen wäre, der Anwendung der Leih- und Pachthilfe auf die UdSSR zuzustimmen. Der Präsident mußte bezüglich des Lend-Lease-Problems vorsichtig vorgehen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt hatte und genügend Zeit verstrichen war, um das politische Stimmungsbarometer erneut beeinflussen zu können.

So mußte man nach anderen Mitteln und Wegen suchen. Schon Mitte August war das russische Guthaben in den USA vollkommen erschöpft. Finanzminister Morgenthau

1) Brief Roosevelts an Stimson, 31. August 1941, Authority File of President's Letters, Defense Aid Division, zit. nach Leighton and Coakley, op. cit., p. 99.

löste das Problem, in-dem er der Sowjetregierung 10 Millionen Dollar lieh, vorausgesetzt, daß das Geld in Form von russischem Gold zurückgezahlt würde. Diese Anleihe war aber nur eine Behelfsmaßnahme und deckte längst nicht die Kosten für das nach Rußland zu liefernde Material. Bei einer Zusammenkunft mit Hull am 4. September zeigte sich Umanski sehr ungehalten über das Problem der Finanzierung, gab aber zu, daß er den großen Fehler begangen hätte, zu Beginn der Hilfeleistungen die Finanzierung des Materials unter Lend-Lease abgelehnt zu haben.¹⁾

Kurz darauf bat Roosevelt den sowjetischen Botschafter zu einer Sondersitzung, da die russischen Dollarvorräte wieder zu Ende gingen. Umanski wiederholte die dringende Forderung der russischen Regierung nach amerikanischem Waffenmaterial und verlangte nun die Einbeziehung Sowjetrußlands in das Leih- und Pachtsystem. Er führte aus, daß so schnell wie möglich Vorkehrungen getroffen werden müßten, die das Maximum an militärischer Hilfe in einem minimalen Zeitraum garantierten. Der Präsident machte den Botschafter darauf aufmerksam, daß der Kongreß im Moment die Leih- und Pachthilfe für die UdSSR nicht gewähren würde, da die Sowjetunion bei großen Gruppen ("large groups"), die eine starke politische Macht im Kongreß ausüben würden, sehr unbeliebt sei. Sollte Rußland für die Lend-Lease-Hilfe vorgeschlagen werden, so müßte die russische Regierung eine Aufstellung ihres Vermögens und ihrer Goldvorräte vor-

1) Foreign Relations of the United States, 1941, vol. I, General, The Soviet Union, 1958, p. 827, nach Dawson, op. cit., p. 243.
In einem Gespräch mit dem amtierenden Außenminister Welles am 30. Juni 1941 hatte Umanski im Namen seiner Regierung um einen Fünf-Jahres-Kredit gebeten. Seiner persönlichen Meinung nach sei dies auf jeden Fall einer Finanzierung der amerikanischen Lieferungen durch Lend-Lease vorzuziehen. Foreign Relations of the United States, 1941, vol. I, General, The Soviet Union, 1958, pp. 780 f; nach Dawson, op. cit. p. 165.

legen, außerdem den Beweis erbringen, daß sie bereit sei, freie Entfaltung und Ausübung der Religion in Rußland zu gewähren. Hull und Hopkins, die auf dieser Sitzung ebenfalls zugegen waren, stimmten mit dem Präsidenten überein, daß auf Grund der inneramerikanischen Differenzen und Unstimmigkeiten gerade jetzt eine Durchführung des Leih- und Pachtgesetzes für die UdSSR unmöglich sei.¹⁾

Um die Hilfe nach Rußland auch ohne Lend-Lease fortsetzen zu können, gewährte die amerikanische Regierung den Russen einen Kredit von ungefähr 100 Millionen Dollar, die durch Rohstofflieferungen der Russen (Magnesium, Chrom usw.) zurückbezahlt werden sollten.²⁾

Roosevelt ergriff diese neue Maßnahme der Finanzierung, um Zeit für die Vorbereitungen zur Durchführung des Lend-Lease-Gesetzes für Rußland zu gewinnen.³⁾ Er war sich seit langem darüber im Klaren, daß die endgültige Lösung des Finanzierungsproblem es nur mit Hilfe des Leih- und Pachtsystems geregelt werden könne.⁴⁾

-
- 1) Unterredung vom 11. September 1941 zwischen Roosevelt Hopkins, Hull und Umanski, Foreign Relations of the United States, 1941, vol. I, General, The Soviet Union, 1958, pp. 833-834, nach Dawson, op. cit., pp. 244 f; cf. Hull, op. cit., vol. II, pp. 976 f: "The President frankly explained to Umanski the extreme difficulty of getting the necessary Lend-Lease appropriation from Congress for Russia because of the unpopularity of Russia among large groups in the U.S. which exercised great political power in Congress ...".
 - 2) Brief Roosevelts an den Wirtschaftsminister Jesse Jones, 12. September 1941, Text des Briefes in der New York Times, 18. September 1941, p. 10, nach Dawson, op. cit., pp. 245 f.
 - 3) "It was hoped that this credit would suffice for the next couple of months, by which time the President expected to be able to extend the Lend-Lease aid for which Umanski was now clamouring", Langer and Gleason The Undeclared War, op. cit., p. 791.
 - 4) cf. Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., p. 791.

Er befürchtete aber, daß diesbezügliche Schritte, sollten sie verfrüht der Öffentlichkeit und dem Kongreß zur Debatte überlassen werden, das Programm für die Sowjethilfe ernsthaft gefährden würden. Immerhin waren bei einer Umfrage am 5. August 1941 schon 38 % der Befragten für eine Einbeziehung der UdSSR in das Lend-Lease-Programm gewesen und nur 39 % dagegen.¹⁾ Um aber offizielle Maßnahmen erfolgreich durchführen zu können, mußte der Präsident warten, bis Öffentlichkeit und Kongreß sich in noch größerem Umfange mit dem Gedanken einer Leih- und Pachthilfe für die Sowjetunion vertraut gemacht hatten.

Seit sich die militärische Lage der UdSSR in den Monaten August und September zusehends verschlechtert hatte, erschienen eine tatkräftige Unterstützung und als Vorbedingung dazu die endgültige Entscheidung über das Finanzierungsproblem der für die Russen bestimmten Waren dringlicher denn je. Nach der Einnahme von Smolensk durch die deutschen Truppen berichtete der amerikanische Botschafter in Moskau, Steinhardt, von der niederdrückenden Wirkung dieses Schlages auf die Moral des russischen Volkes nach Washington:

"I am persuaded that American and British support will have a very important bearing in strengthening their morale and in shaping Stalin's policy, such as tending to discourage him from accepting any overtures which Japan might take".²⁾

Das Dilemma der sowjetischen Armeen wurde besonders während eines Treffens zwischen dem sowjetischen Botschafter in London, Maiski, Churchill und Außenminister Eden offensichtlich. Maiski überreichte eine Botschaft Stalins, in der die fast ausweglose Lage der Sowjetunion dargelegt wurde:

1) Cantril-Strunk, op. cit., p. 411.

2) Telegramm Steinhardts an Hull, August 17, 1941, zit. nach Dawson, op. cit., p. 196.

"..., the relative stabilisation at the front which we succeeded in achieving about three weeks ago has broken down during the last week ... This has weakened our power of defence and faced the Soviet Union with a mortal menace".¹⁾

Stalin sah zwei Möglichkeiten, um der "tödlichen Gefahr" zu entgehen. Erstens die Errichtung einer zweiten Front entweder in Frankreich oder auf dem Balkan und zur gleichen Zeit eine umfassende Lieferung von 30 000 t Aluminium und eine minimale monatliche Lieferung von 400 Flugzeugen und 500 Panzern.²⁾

Im September, nachdem die deutschen Truppen inzwischen Kiew eingenommen hatten und im Begriff waren, das industriell wertvolle Donezbecken zu überrennen, machte Steinhardt wieder auf die unmittelbare Gefahr für den sowjetischen Kriegsverlauf aufmerksam. In einer telegrafischen Botschaft erklärte er seinem Präsidenten, daß die sowjetischen Streitkräfte gezwungen sein könnten, den Kampf bald aufzugeben, falls ihnen die Materialverluste nicht bald ersetzt würden.³⁾

3. Vorbereitungen zur Moskauer Konferenz

Nachdem die am 31. August angeforderte Versorgungsliste dem Präsidenten genau einen Monat später überreicht worden war⁴⁾, konnte er die Moskauer Konferenz einberufen. Der Termin für die Konferenz, die auf dem Treffen zwischen Roosevelt und Churchill geplant worden war⁵⁾, wurde auf Ende September festgelegt. Vor dem

1) Persönliche Botschaft Stalins an Churchill, 4. September 1941, Churchill, The Grand Alliance, op. cit., p. 405.

2) ibid., pp. 405 f. - Sperrung vom Verfasser.

3) Telegramme Steinhardts 13. und 25. September 1941; nach Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit. p. 811.

4) cf. oben p. 449.

Stimson führte in seiner Liste auf, daß bis zum 30. Juni 152 90mm Kanonen, 991 37 mm Panzerabwehrkanonen, 1135 Mörser, 20 000 MGs, 728 leichte und 795 mittlere Panzer an die UdSSR geliefert werden könnten. Leighton and Coakley, op. cit., p. 99.

5) cf. oben p. 448.

endgültigen Treffen in Moskau kam die amerikanisch-britische Delegation in London zusammen, um ihre Versorgungslisten für die Sowjetunion zu koordinieren.¹⁾

Die amerikanischen Delegierten drängten den Präsidenten, eine sichere Zusage bezüglich der Finanzierung der an die UdSSR zu liefernden Güter zu geben. So forderte Burns, Teilnehmer der Delegation und Leiter des Leih- und Pachtbüros, Harriman, den Chefdelegierten der amerikanischen Delegation auf, eine definitive Lösung des Finanzierungsproblems für die Sowjethilfe zu finden. Er schlug vor, die den Sowjets bis Juni 1942 versprochenen Waren, die sich auf ungefähr 500 Millionen Dollar beliefen, durch die "Reconstruction Finance Corporation" zu finanzieren. Nach diesem Datum, so führte Burns weiter aus, würde die Sowjethilfe in die Milliarden gehen und müßte dann mit Leih- und Pachtmitteln bezahlt werden. Wie auch immer die Anordnungen lauten werden, es müßten auf jeden Fall vor Beginn der Moskauer Konferenz bindende Entscheidungen von der Exekutive getroffen werden.²⁾ Auch Harriman verlangte von Roosevelt eine Klärung des Finanzierungsproblems, bevor er von London nach Moskau weiterreiste. Er führte aus, daß seine Mission nicht erfüllt werden könne, wenn er über das Programm im Unklaren sei und den Russen keine definitiven Zusicherungen machen könnte.³⁾ Darauf antwortete Hopkins im Auftrage Roosevelts, daß der Zeitpunkt für eine derartige Anweisung noch nicht gekommen sei.

-
- 1) Über das Londoner Treffen zwischen den amerikanischen und britischen Delegierten Leighton and Coakley, op. cit., pp. 99 ff; Churchill, *The Grand Alliance*, op. cit., p. 416.
 - 2) Memorandum General Burns an Harriman, "Methods of Financing and Procuring Aid for Russia", 5. September 1941, Harriman Files, nach Dawson, op. cit., p. 244.
 - 3) Telegramm Harrimans an den Präsidenten, 20. September 1941, Harriman Files, nach Dawson, op. cit., p. 248.

"I believe that public opinion here with respect to aid for Russia is improving but it is not possible for the President to give you definite instructions with respect to the method of financing, although there is in his mind no doubt that it can be fully worked out, and he will see that you are kept informed".¹⁾

Zur gleichen Zeit hatten nämlich im amerikanischen Kongreß die Sitzungen und Debatten über die zweite Bewilligungsvorlage für die Leih- und Pachtgelder begonnen. Seitens der isolationistisch und rußlandfeindlich eingestellten Kongreßmitglieder tauchte sofort die Frage auf, ob die Leih- und Pachthilfe auch auf die Sowjetunion ausgedehnt werden solle und ob ein Teil der Gelder, die jetzt auf der Antragsliste stünden, für die UdSSR verwendet werden würden. Als Zeuge vor dem "Bewilligungsausschuß" des Repräsentantenhauses vertrat Stettinius den Standpunkt, daß die Frage der Bestimmung Rußlands für die Leih- und Pachthilfe voll und ganz dem Präsidenten überlassen werden sollte. Er betonte jedoch, daß die Ausschließung der russischen Regierung aus der Leih- und Pachthilfe einen harten Schlag für die russische Moral bedeuten würde. Die Russen würden daraus entnehmen, daß die USA ihnen keine Hilfe zukommen lassen wollten und das würde ihre Widerstandskraft und ihren Willen, den Kampf bis zum Sieg durchzuführen, **entscheidend** lähmen.²⁾ Andere Ausschußmitglieder unterstützten diesen Standpunkt, und so wurde dieses Mal keine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Ausschluß der Sowjetunion aus der Leih- und Pachthilfe vorsah. Auf der anderen Seite aber gelang es auch nicht, noch vor der Moskauer Konferenz die Sache der Einbeziehung der Sowjetunion in das Leih- und Pachtprogramm voranzutreiben.

-
- 1) Telegramm Hopkins' an Harriman, 21. September 1941, Harriman Files, zit. nach Dawson, op. cit., p. 248.
2) Stettinius, op. cit., p. 126.

endgültigen Treffen in Moskau kam die amerikanisch-britische Delegation in London zusammen, um ihre Versorgungslisten für die Sowjetunion zu koordinieren.¹⁾

Die amerikanischen Delegierten drängten den Präsidenten, eine sichere Zusage bezüglich der Finanzierung der an die UdSSR zu liefernden Güter zu geben. So forderte Burns, Teilnehmer der Delegation und Leiter des Leih- und Pachtbüros, Harriman, den Chefdelegierten der amerikanischen Delegation auf, eine definitive Lösung des Finanzierungsproblems für die Sowjethilfe zu finden. Er schlug vor, die den Sowjets bis Juni 1942 versprochenen Waren, die sich auf ungefähr 500 Millionen Dollar beliefen, durch die "Reconstruction Finance Corporation" zu finanzieren. Nach diesem Datum, so führte Burns weiter aus, würde die Sowjethilfe in die Milliarden gehen und müßte dann mit Leih- und Pachtmitteln bezahlt werden. Wie auch immer die Anordnungen lauten werden, es müßten auf jeden Fall vor Beginn der Moskauer Konferenz bindende Entscheidungen von der Exekutive getroffen werden.²⁾ Auch Harriman verlangte von Roosevelt eine Klärung des Finanzierungsproblems, bevor er von London nach Moskau weiterreiste. Er führte aus, daß seine Mission nicht erfüllt werden könne, wenn er über das Programm im Unklaren sei und den Russen keine definitiven Zusicherungen machen könnte.³⁾ Darauf antwortete Hopkins im Auftrage Roosevelts, daß der Zeitpunkt für eine derartige Anweisung noch nicht gekommen sei.

-
- 1) Über das Londoner Treffen zwischen den amerikanischen und britischen Delegierten Leighton and Coakley, op. cit., pp. 99 ff; Churchill, *The Grand Alliance*, op. cit., p. 416.
 - 2) Memorandum General Burns an Harriman, "Methods of Financing and Procuring Aid for Russia", 5. September 1941, Harriman Files, nach Dawson, op. cit., p. 244.
 - 3) Telegramm Harrimans an den Präsidenten, 20. September 1941, Harriman Files, nach Dawson, op. cit., p. 248.

"I believe that public opinion here with respect to aid for Russia is improving but it is not possible for the President to give you definite instructions with respect to the method of financing, although there is in his mind no doubt that it can be fully worked out, and he will see that you are kept informed".¹⁾

Zur gleichen Zeit hatten nämlich im amerikanischen Kongreß die Sitzungen und Debatten über die zweite Bewilligungsvorlage für die Leih- und Pachtgelder begonnen. Seitens der isolationistisch und rußlandfeindlich eingestellten Kongreßmitglieder tauchte sofort die Frage auf, ob die Leih- und Pachthilfe auch auf die Sowjetunion ausgedehnt werden solle und ob ein Teil der Gelder, die jetzt auf der Antragsliste stünden, für die UdSSR verwendet werden würden. Als Zeuge vor dem "Bewilligungsausschuß" des Repräsentantenhauses vertrat Stettinius den Standpunkt, daß die Frage der Bestimmung Rußlands für die Leih- und Pachthilfe voll und ganz dem Präsidenten überlassen werden sollte. Er betonte jedoch, daß die Ausschließung der russischen Regierung aus der Leih- und Pachthilfe einen harten Schlag für die russische Moral bedeuten würde. Die Russen würden daraus entnehmen, daß die USA ihnen keine Hilfe zukommen lassen wollten und das würde ihre Widerstandskraft und ihren Willen, den Kampf bis zum Sieg durchzuführen, **entscheidend** lähmen.²⁾ Andere Ausschußmitglieder unterstützten diesen Standpunkt, und so wurde dieses Mal keine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Ausschluß der Sowjetunion aus der Leih- und Pachthilfe vorsah. Auf der anderen Seite aber gelang es auch nicht, noch vor der Moskauer Konferenz die Sache der Einbeziehung der Sowjetunion in das Leih- und Pachtprogramm voranzutreiben.

-
- 1) Telegramm Hopkins' an Harriman, 21. September 1941, Harriman Files, zit. nach Dawson, op. cit., p. 248.
 - 2) Stettinius, op. cit., p. 126.

4. Das Moskauer Protokoll

So reiste Harriman, der amerikanische Chefbeauftragte, zusammen mit Lord Beaverbrook, dem britischen Bevollmächtigten und dem ganzen militärischen Stab und den Beratern ohne definitive Zugeständnisse von seiten des Präsidenten nach Moskau. Harriman und Beaverbrook hielten mit Stalin am 28. und 30. September 1941 je eine Besprechung ab. Stalin schilderte, wie er es gegenüber Hopkins schon getan hatte, die militärische Situation der Sowjetunion. Deutschlands Stärke, so betonte er, beruhe auf der Luftwaffe, und zwar im Verhältnis von 3:2 im Vergleich mit der russischen, auch würden 320 deutsche gegen 280 russische Divisionen stehen. Deshalb forderte er vor allem Flugzeuge und Panzer, so viele Jeeps wie möglich und amerikanische Drei-Tonnen-Lastkraftwagen. Am 1. Oktober wurde das erste "vertrauliche Protokoll" zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien von Harriman, Beaverbrook und Molotow unterzeichnet. Das Protokoll enthielt eine Liste zur Beschaffung von Material, das von britischen und amerikanischen Produktionsstätten geliefert werden sollte und zwar in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1941 bis Ende Juni 1942. Die Amerikaner und Engländer erklärten sich in dem Protokoll damit einverstanden, innerhalb eines Zeitraumes von neun Monaten den Russen anderthalb Millionen Tonnen Waren im Werte von ungefähr einer Milliarde Dollar zu schicken. Darunter fielen 400 Flugzeuge (je 200 von Großbritannien und den USA), 500 Panzer pro Monat (je 250), 1256 Panzerabwehrgeschütze, 5000 Jeeps, Aluminium, Werkzeugmaschinen, Panzerplatten, Benzin, Messing, Militärstiefel usw.¹⁾

1) Über die Moskauer Konferenz und das Moskauer Protokoll vom 1. Oktober 1941 Sherwood, op. cit., pp. 384-394; Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., pp. 811-815; Churchill, The Grand Alliance, op. cit., pp. 417 f; Dawson, op. cit., pp. 249-255; Motter, op. cit., pp. 23 ff. Text des Protokolls in "Soviet Supply Protocols", Department of State Publication, pp. 3-12.

Die Moskauer Konferenz 1941 stellte die Sanktionierung der Allianz zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR dar, die Roosevelt schon seit Beginn des deutschen Einmarsches in die UdSSR angestrebt hatte. Das Protokoll sicherte der Sowjetunion Hilfeleistungen von den USA und Großbritannien zu, die es im Kampf gegen Deutschland so dringend benötigte. Es war sozusagen die Grundlage, auf der die intensiven amerikanischen Hilfeleistungen für Rußland, die sich bis Ende des zweiten Weltkrieges auf ungefähr 11 Milliarden Dollar belaufen sollten, aufgebaut wurden.

5. Einbeziehung der Sowjetunion in das Leih- und Pachtprogramm

Die Einwilligung zur Anwendung von Lend-Lease auf die UdSSR war von der amerikanischen Exekutive schon seit dem 23. Juni 1941 praktisch gegeben worden, nur die Widerstände im amerikanischen Volk und im Kongreß ließen es auf Grund der Ressentiments gegenüber dem sowjetischen Kommunismus nicht zu, die Hilfe für die Sowjetunion sofort durchzuführen. Noch nach der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls mußte der Präsident gegen die heftige Opposition der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten ankämpfen.¹⁾ Die Kongreßdebatten um die Annahme der zweiten Bewilligungsvorlage für die Leih- und Pachtgelder im Werte von 6 Milliarden Dollar waren im Oktober noch nicht abgeschlossen. Am 10. Oktober wurde von isolationistischer Seite noch einmal versucht, durch eine Zusatzbestimmung die Sowjetunion von

1) Über die Opposition der katholischen Elemente in den Vereinigten Staaten im Oktober 1941, also kurz vor der Annahme der zweiten Bewilligungsvorlage für Leih- und Pachtgelder, ausführlich bei Dawson, op. cit., pp. 258-269; Langer and Gleason, The Undeclared War, op. cit., pp. 793-797; Die Verhandlung zwischen Roosevelt und dem Vatikan durch den Abgesandten Taylor in "Wartime Correspondence between President Roosevelt and Pope Pius XII", New York 1947, pp. 61 ff.

der Leih- und Pachthilfe auszuschließen. Das Kongreßmitglied Robert Rich legte dem Repräsentantenhaus einen solchen Entwurf vor und verlangte, daß die Zusatzbestimmung folgende Klausel enthielte: "... that no part of the funds contained in this (defense aid) section shall be used to aid the Union of Soviet Socialistic Republic".¹⁾ Die Zusatzbestimmung wurde jedoch mit absoluter Mehrheit vom Repräsentantenhaus abgelehnt. Noch am selben Tage wurde die zweite Leih- und Pacht-Bewilligungsvorlage vom Haus ohne Sonderklausel mit 328 gegen 67 Stimmen angenommen. Am 23. Oktober stimmte auch der Senat der Vorlage mit 59 gegen 13 Stimmen zu.²⁾

Damit war auch das Finanzierungsproblem gelöst und Roosevelt hatte nun vollkommen freie Hand, das Leih- und Pachtgesetz für die UdSSR anzuwenden. Harriman, der inzwischen von der Moskauer Konferenz in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, berichtete dem Präsidenten und Hopkins über seine Mission und hob hervor, daß eine unverzügliche Lieferung amerikanischer Waren von größter Wichtigkeit sei, um die Wirksamkeit der sowjetischen Verteidigung zu sichern.

"... It is impossible for Russia to finance the full program. In addition there are practical reasons for procedure making the use of lend-lease mechanism most desirable. It is recommended that the use of lend-lease funds be authorized as the earliest moment possible".³⁾

Die militärische Lage in der Sowjetunion forderte nun dringend eine bindende Entscheidung Roosevelts bezüglich der Waffenlieferungen an die UdSSR. Ende Oktober 1941 war der Kampf um Moskau auf seinem Höhepunkt ange-

1) Congressional Record LXXXVII, p. 7820, zit. nach Dawson, op. cit., p. 279.

2) ibid., pp. 7839-40, nach Dawson, op. cit., p. 281 und ibid., p. 8209, nach Dawson, op. cit., p. 282.

3) Schreiben Harrimans an Roosevelt, 29. Oktober 1941, Roosevelt Library, President's Secretary File, Box 15 zit. nach Dawson, op. cit., p. 283.

langt. Die deutschen Truppen standen unmittelbar vor der Hauptstadt. Im Norden war Leningrad von den deutschen Truppen eingeschlossen und es war nur noch eine Zeitfrage, wann Moskau eingenommen werden würde. Im Süden ging die Ukraine verloren, Charkow mußte aufgegeben werden. Anderthalb Millionen russische Soldaten wurden bei diesen Aktionen getötet oder gefangen genommen. Der Materialverlust der russischen Armeen konnte nur noch durch die alliierten Hilfslieferungen ersetzt werden.

Am 30. Oktober 1941 telegraphierte Roosevelt an Stalin. Er teilte ihm mit, daß alle im Protokoll vereinbarten Materiallieferungen vom Kongreß gebilligt worden seien und er nun angeordnet habe, sie zu beschleunigen. Er habe weiterhin veranlaßt, die Lieferungen bis zum Werte von einer Milliarde Dollar unter dem Leih- und Pachtgesetz zu finanzieren und die aus diesen Lieferungen entstehende Schuld nicht mit Zinsen zu belasten. Die Zahlungen der Sowjetunion sollten fünf Jahre nach dem Krieg beginnen und in einem weiteren Zeitraum von zehn Jahren abgezahlt werden.¹⁾

Am 4. November sandte Stalin ein Schreiben an Roosevelt, in dem er sich für die zinslose Anleihe von einer Milliarde Dollar zum Ankauf von Waffen und Rohmaterialien bedankte. Er erklärte sich außerdem mit den von dem Präsidenten angeführten Bedingungen völlig einverstanden.²⁾

Zwei Tage später wurde schließlich der Notenwechsel zwischen dem Präsidenten und Stalin veröffentlicht und damit das amerikanische Volk von der Einbeziehung Sowjetrußlands in das Leih- und Pachtprogramm in Kenntnis ge-

1) "In an effort to obviate any financial difficulties immediate arrangements are to be made so that supplies up to one billion dollars in value may be effected under the Lend-Lease Act .." Telegramm Roosevelts an Stalin, 30. Oktober 1941, Documents on American Foreign Relations, vol. IV, pp. 605, ff.

2) Brief Stalins an Roosevelt, 4. November 1941, ibid., pp. 606 ff.

setzt. Am 7. November, dem 24. Jahrestag der Russischen Revolution, erklärte der Präsident offiziell, die Verteidigung der Sowjetunion sei für die Verteidigung der Vereinigten Staaten lebenswichtig.¹⁾ Noch am selben Tage schickte Roosevelt eine Direktive an Stettinius, den Chef des Leih- und Pachtbüros ("Office of Lend-Lease Administration", in dem er folgendes ausführte:

"In accordance with that pledge and pursuant to the power conferred upon me by the Lend-Lease Act, I have today found that the defense of the Union of Soviet Socialist Republics is vital to the defense of the United States. I therefore authorize and direct you to take immediate action to transfer defense supplies to the UdSSR under the Lend-Lease Act and to carry out the terms of my letter of October 30 to Premier Stalin".²⁾

Das amerikanische Leih- und Pachtgesetz trat also nach manchen Schwierigkeiten viereinhalb Monate nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges zugunsten der Sowjetunion in Kraft.³⁾ Das bedeutete, daß Rußland von jetzt an alle nur mögliche Hilfe seitens der amerikanischen Regierung und zum Teil auch seitens Großbritanniens erhielt. Die ungeheueren Munition s- und Waffenverluste konnten nunmehr durch die Alliierten ersetzt werden.

1) Stettinius, op. cit., p. 131.

2) Anweisung Roosevelts an die Leih- und Pachtverwaltung, 7. November 1941, Documents on American Foreign Relations, vol. IV, p. 607.

3) Der offizielle Leih- und Pachtvertrag - "Agreement between the United States and the Union of Soviet Socialist Republics" - vom 11. Juni 1942 in Documents on American Foreign Relations, vol. IV, p. 238.

6. Die Reaktion der Öffentlichkeit

Nach Einbeziehung der UdSSR in das Leih- und Pachtssystem gab es noch genügend Stimmen, die diese Maßnahme aufs Schärfste bekämpften. Im großen und ganzen akzeptierte die amerikanische Öffentlichkeit den Schritt der Exekutiven jedoch genauso, wie sie damals im März 1941 dem Leih- und Pachtgesetz zugestimmt hatte. Im Oktober 1941 waren 51,4 % der Befragten für Hilfeleistung an die UdSSR, wenn dadurch Deutschland besiegt würde, 13 % waren dagegen, 21,9 % wollten Rußland in eine Partnerschaft mit England einbeziehen.¹⁾

Bei einer anderen Umfrage im Oktober waren 35,1 % der Befragten der Meinung, die sowjetische Regierung sei genau so totalitär wie die deutsche, 4,6 % waren der Ansicht, die sowjetische Regierung sei schlechter als die deutsche, 32 %, die deutsche ein wenig besser als die sowjetische.²⁾

In diesen Umfragen spiegelt sich die typische Einstellung des Durchschnittsamerikaners wieder, der zwar die sowjetische Diktatur fürchtete, sie aber dennoch im Kampf gegen Hitler-Deutschland erfolgreich einsetzen wollte. Amerikanische Hilfe für die UdSSR war der amerikanischen Bevölkerung wie der amerikanischen Regierung Mittel zum Zweck: Deutschland zu besiegen.

Roosevelt hatte mit der Bewilligung des Leih- und Pachtgesetzes für die UdSSR einen innenpolitischen Sieg über die isolationistischen Strömungen in den Vereinigten Staaten davongetragen. Die Bestrebungen Roosevelts und auch die Churchills, die Sowjetunion zu einem mächtigen Bollwerk gegen die Aggression Hitlers zu machen und gleichzeitig die England drohende Invasionsgefahr zu

1) Cantril-Strunk, op. cit., p. 961.

2) ibid., p. 870.

verringern und die Front in Afrika zu entlasten, waren auf Grund der Genehmigung der Leih- und Pachthilfe für die UdSSR erfolgreich. Beide Staatsmänner waren sich darüber im Klaren, daß ein Zusammenbruch der russischen Front eine große Gefahr für Großbritannien bedeutet und ein Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland sich katastrophal für die weitere Kriegsführung auswirken würde. Gegen diese Bedrohung gab es nur ein Mittel, nämlich das amerikanische Waffenarsenal auch für Sowjetrußland freizugeben. Großbritannien konnte nur in geringem Umfang und nur auf kurze Sicht der Sowjetunion Hilfe leisten, die Hauptlast der Materiallieferungen an die UdSSR ruhte auf den Vereinigten Staaten.

V. Die praktische Durchführung der Lieferungen

1. Persönlicher Einsatz Roosevelts nach Pearl Harbor

Die sowjetischen Streitkräfte trugen seit Juni 1941 die Hauptlast des Krieges zu Lande gegen Deutschland. Da die von Stalin dauernd geforderte zweite Front in Europa von Großbritannien und den USA aus strategischen Überlegungen nicht errichtet werden konnte, wurde die militärische Hilfe an die UdSSR von dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Premierminister stark vorangetrieben. Die Vereinigten Staaten mußten nach ihrem Kriegseintritt drei Faktoren berücksichtigen: Die Ausrüstung ihrer Truppen und Einsatz ihrer Streitkräfte im Pazifik und Atlantik, die Erfüllung der Leih- und Pachtlieferungen nach Großbritannien und die Einhaltung des Moskauer Protokolls. Diese ungeheure Belastung für die amerikanische Kriegswirtschaft konnte nur getragen werden, weil Präsident Roosevelt rechtzeitig die weltpolitischen Zusammenhänge erfaßt und vorzeitig das amerikanische Wirtschaftspotential im Kampf gegen Hitler-Deutschland mobilisiert hatte. Die Vereinigten Staaten hatten so zum Arsenal für alle Länder werden können, die die Diktaturen bekämpften, einschließlich der diktatorisch beherrschten Sowjetunion. Deshalb kann der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, der nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor durch die amerikanische Kriegserklärung am 8. Dezember und durch die deutsche und italienische Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 erfolgte, nicht als entscheidender Faktor für die politische und geschichtliche Entwicklung der USA angesehen werden.

Auch die wichtigsten Entscheidungen zugunsten der Sowjetunion waren schon vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gefallen. Die Teilnahme der USA am Kriegsge-

schehen sollte jedoch ernsthafte Schwierigkeiten heraufbeschwören, da das Nachschubprogramm an die UdSSR zunächst stark behindert war. Nach dem japanischen Angriff auf die USA wurden alle Verschiffungen über den Pazifik auf Schiffen unter amerikanischer Flagge sofort eingestellt.

Knapp einen Monat später jedoch gab der Präsident - getrieben von der Einsicht in die Notwendigkeit, das Moskauer Protokoll so weit wie nur irgend möglich einzuhalten - die Anweisung zur Weiterführung der Lend-Lease-Lieferungen an die Sowjetunion:

"The whole Russian program is so vital to our interest I know that only the gravest considerations will lead you to recommend our withholding the munitions our Government has promised to the USSR." 1)

Die Schwierigkeiten lagen nicht so sehr in der Beschaffung, wie im Transport des Kriegsmaterials nach Rußland. Während des Jahres 1942 stieg der Mangel an Schiffsraum infolge der hohen Versenkungsziffern derart, daß die Geleitzüge, die für die UdSSR bestimmt waren, teilweise zurückbehalten oder in Großbritannien entladen werden mußten.

Auch in der Frage der Schiffsraumbeschaffung gab der Präsident ausdrücklich die Anweisung, die erforderlichen Schiffe für die Lend-Lease-Lieferungen an die Sowjetunion bereitzustellen. In einem Brief an Admiral Land, der für die Beschaffung von Schiffsraum verantwortlich war, manifestierte sich Roosevelts Forderung:

"I am still terribly disturbed about the fact that an adequate number of ships are not available for Russia This Government has made a firm pledge to Russia and we simply cannot go back on it ... You simply must find some ships that can be diverted at once for this Russian business". 2)

-
- 1) Brief des Präsidenten an Kriegsminister Stimson, 28. Dez. 1941, AG 400,3295 (8-14-41) Sec. 1, zit. nach Leighton and Coakley, op. cit., p. 552.
2) zit. nach Sherwood, op. cit., p. 496.

Wie dringend nötig die Lieferungen für die sowjetische Kriegsführung waren, bestätigte ein Telegramm Stalins an Präsident Roosevelt zu Beginn des Jahres 1942.

"I would like to emphasize the fact that at the present moment, when the peoples of the Soviet Union and its army are exerting all their powers, to thrust back, by their determined offensive, Hitler's troops, the fulfillment of American deliveries, including tanks and aeroplanes, is of the utmost importance for our common cause, for our further successes".¹⁾

Präsident Roosevelt reagierte prompt auf das dringende Ersuchen Stalins und sandte im März Direktiven an die verschiedenen Beschaffungsämter, die für die Lieferungen an die Sowjetunion zuständig waren. In seinen Anweisungen forderte er die einzelnen Ämter auf, das Kriegsmaterial für die UdSSR und eine ausreichende Anzahl von Schiffen für den Transport bereitzustellen. So richtete er an D. Nelson, einem Lend-Lease-Bevollmächtigten für Sowjethilfe, die dringende Aufforderung:

"I wish that all material promised under the Protocol be released for shipment at the earliest possible date regardless of the effect of these shipments on any other part of our war program".²⁾

Das Material sollte freigegeben werden, gleichgültig welche Folgen diese Verschiffungen für das übrige Kriegsprogramm hatten. Admiral Land befahl er, zusätzlich benötigte Schiffe für den Transport der Lieferungen an die UdSSR von den Karibischen und Südamerikanischen Schiffsrouten abzuzweigen.

1) zit. nach Sherwood, op. cit., pp. 496 f. Sperrung vom Verfasser.
2) Brief an Donald Nelson, zit. nach Stettinius, op. cit. p. 205. Sperrung vom Verfasser.

"The meeting of the Russian Protocol must have a first priority in shipping. I wish that you would take the additional ships required from the Carribean and South American routes regardless of all other considerations".¹⁾

Trotz der enormen Schwierigkeiten - Ausrüstung der amerikanischen Armee, Kriegsschauplatz im Pazifik und im Atlantik, Lend-Lease-Lieferungen nach Großbritannien - konnten die USA so einen beträchtlichen Teil des Moskauer Protokolls erfüllen.²⁾ Dieser Erfolg war ausschließlich dem Präsidenten zu verdanken, der seit Unterzeichnung des Protokolls unaufhörlich bemüht war, die dort aufgestellten Lieferungen einzuhalten und die Hilfe an die Sowjetunion im weitesten Sinne zu realisieren.

2. Die Lieferungen unter dem ersten und zweiten Sowjetprotokoll

In den ersten sechs Monaten der Leih- und Pachtlieferungen nach Rußland hatten die Vereinigten Staaten mehr als 2000 leichte und mittelschwere Panzer und 13000 Flugzeuge verschifft. Großbritannien lieferte in dem gleichen Zeitraum mehr als 2400 Panzer und mehr als 1800 Flugzeuge.³⁾ Ferner erhielt die Rote Armee 189 000 Feldfernsprecher, über 670 000 Meilen Feldkabel, 45 000 Tonnen Stacheldraht und 75 000 Thompson Maschinenpistolen in den ersten Monaten von den Amerikanern.⁴⁾

Eine wichtige Rolle spielten amerikanische Stiefel für die russischen Soldaten. Da Leder eine ausgesprochene Mangelware in der Sowjetunion geworden war, lieferten die USA 10 500 Tonnen Leder und außerdem anderthalb

1) Brief an Admiral Land, zit. nach Stettinius, op. cit. p. 205. Sperrung vom Verfasser

2) cf. Anhang, Tabelle 7

3) Stettinius, op. cit., p. 208.

4) ibid., op. cit., p. 209. cf. Anhang, Tabelle 7

Millionen Paar Armeestiefel. Im Jahre 1942 stellten amerikanische Fabriken "Vitiajnstiefel", die mit Filz gefüttert und wasserdicht waren, zu Millionen her.¹⁾

Die eigentliche strategische Bedeutung der amerikanischen Waffen für die Kämpfe der Roten Armee gegen die Deutschen im Sommer 1942 kann nicht abgeschätzt oder bewertet werden, da fast keine Informationen seitens der Sowjets herausgegeben wurden. Auch bekamen die Vertreter, die Offiziere des amerikanischen Leih- und Pachtbüros in Moskau, keine Erlaubnis, die russische Front zu besichtigen, um die Wirkung der amerikanischen Waffen beurteilen zu können. Es steht aber fest, daß die Lieferung amerikanischer Waren zu Beginn des Jahres 1942 von großer Bedeutung für die russische Armee waren. Die amerikanischen Lastwagen, die gelieferten Fernsprechanlagen, die Stiefel füllten die bedenklichen Lücken der russischen Armee aus.

Schon vor Ablauf des Moskauer Protokolls gab Präsident Roosevelt dem Kriegs- und Marineministerium Anweisung, eine Liste für ein zweites Sowjet-Protokoll aufzustellen, das im Juli 1942 in Kraft treten sollte.²⁾ Das Kriegsministerium überreichte dem Präsidenten eine Liste, die eine Erhöhung der Panzerquote von 2 250 Panzern im ersten Protokoll auf 7 500 im zweiten Protokoll und eine monatliche Lieferung von 10 000 LKWs, 100 Jagdflugzeugen, 100 leichten Bombern und 12 schweren Bombern vorsah.³⁾

Das Zweite Sowjet-Protokoll, das erst am 6. Oktober von den Signaturmächten formell unterzeichnet, aber schon am 7. Juli 1942 von dem sowjetischen Botschafter Litwinow gebilligt wurde, sollte in dem Zeitraum vom 1. Juli

1) Stettinius, op. cit., p. 210.

2) Leighton and Coakley, op. cit., p. 560.

3) ibid., p. 561.

1942 bis 30. Juni 1943 Lend-Lease-Lieferungen im Werte von 3 300 000 t über die Nordatlantikroute und 1 100 000 über die persische Route, also insgesamt 4 400 000 t, an die UdSSR verschicken.¹⁾

Damit wurde eine weitere Lücke im Materialbedarf der Roten Armee ausgefüllt. Mit der Erhöhung der Lieferungen erhöhte sich jedoch auch das Risiko des Transportes nach Rußland. Es war nicht allein damit getan, Mittel für die Beschaffung des Materials und Schiffsraum zur Verfügung zu stellen. Um ihren Zweck zu erfüllen, mußten die Lieferungen ohne große Verluste die russischen Häfen erreichen.

3. Gefährdung durch die deutschen Angriffe

Am Anfang der Leih- und Pachtverschiffungen nach Rußland war nur der Weg durch den Nordatlantik um das Nordkap herum nach Murmansk und Archangelsk offen. Auf dieser kürzesten, aber zugleich auch gefährlichsten Route wurde das russische Lend-Lease-Material in der ersten Hälfte des Jahre 1942 zum großen Teil befördert. Auch die britischen Schiffe, die nach der Vereinbarung des Moskauer Protokolls Kriegsmaterial an die Sowjetunion lieferten, nahmen denselben Weg.

Hitler, der bald die strategische Bedeutung und Gefahr dieser Nachschublieferungen von den USA und Großbritannien an die UdSSR erkannte, ergriff scharfe militärische Maßnahmen, um diese Zufuhr von Kriegsmaterial und Rohstoffen zu unterbinden oder wenigstens einzuschränken. Deutsche Streitkräfte bauten starke Stützpunkte für Bomber und Jäger in Nordnorwegen aus, norwegische Fjorde bildeten Basen für U-Boote und Überwasserstreitkräfte.

Im Jahre 1942 tobte ein erbitterter Kampf zwischen den deutschen Seestreitkräften und der deutschen Luftwaffe

1) Motter, op. cit., p. 23.

"long ton" (brit.) = 2240 lbs oder 1016,05 kg

und den alliierten Geleitzügen, die sich auf dem Wege nach Murmansk oder Archangelsk befanden. Deutsche U-Boote griffen mit Hilfe deutscher Bomber und Jagdflugzeuge die alliierten Geleitzüge an und richteten großen Schaden an. Selbst der russische Hafen Murmansk war nicht vor deutschen Bombenangriffen sicher. Etwa ein Viertel aller amerikanischen und englischen Schiffe, die für die UdSSR bestimmt waren, fielen den deutschen Angriffen zum Opfer. Wertvolles Kriegsmaterial ging auf dieser nordatlantischen Route für Rußland verloren.¹⁾ Erst im Spätjahr 1943, nachdem genügend Sicherungsfahrzeuge und Begleitschutz für die Geleitzüge zur Verfügung standen, konnte die Verlustquote reduziert werden.

Wegen der starken Dezimierung der Geleitzüge durch die deutschen Angriffe beschloß Churchill im Juli 1942 auf Anraten der britischen Admiralität, die Lieferungen, die von den USA über Großbritannien nach Rußland gingen, vorläufig einzustellen. Stalin reagierte mit einer scharfen Botschaft, in der er die britische Maßnahme kritisierte:

"Our naval experts consider the reasons put forward by the British naval experts to justify the the cessation of convoys to the northern ports of the USSR wholly unconvincing."²⁾

Der amerikanische Präsident, der die Erfüllung des Moskauer Protokolls unbedingt einhalten wollte und die Gefährlichkeit der sowjetischen militärischen Situation in dem Gebiet für Stalingrad erkannte, ordnete an, daß

-
- 1) So hatte z. B. der Geleitzug PQ-17, der aus 34 Schiffen bestand, insgesamt 200 000 t Material geladen. 23 Schiffe fielen den deutschen Angriffen zum Opfer, und nur 70 000 t erreichten Archangelsk; Winston S. Churchill, *The Second World War*, vol. IV, *The Hinge of Fate*, London, Toronto usw., 1951, p. 237. Cf. Morison, op. cit., pp. 179-192.
- 2) Brief Stalins an Churchill, 23. Juni 1942, Churchill, *The Hinge of Fate*, op. cit., p. 241.

amerikanische Kriegsschiffe sofort Munition, Radar-ausrüstungen und Medikamente liefern sollten.¹⁾

Roosevelt wußte, daß die Rote Armee auf die alliierten Waffen- und Rohstofflieferungen angewiesen war, um weitere Erfolge der Deutschen an der russischen Front zu verhindern. Die Lieferungen der Alliierten konnten aber wegen der Gefährdung durch die deutschen U-Boote und Luftwaffenangriffe nur bedingt an die Sowjetunion verschifft werden. Um dieses Transportdilemma zu beenden, mußten die Alliierten neben der unsicheren Nordroute und der langwierigen pazifischen Route nach Wladiwostock eine weitere Nachschubroute errichten, die eine sichere Überbringung der von den Sowjets so dringend benötigten Waffen und Rohstoffe garantierte. Diese Route sollte durch den Iran direkt ins Innere Rußlands führen.

4. Die Erschließung der persischen Nachschubroute²⁾

Während die Atlantikroute den kürzesten Weg für a l l e Lend-Lease-Lieferungen darstellte, war die meistbefahrenste Transportroute für das Leih- und Pachtmaterial n a c h R u ß l a n d die pazifische Route, die von der amerikanischen Westküste zum russischen Hafen Wladiwostok führte. Insgesamt wurden auf diesem Transportweg 8,2 Mill. t oder 47,1 % der gesamten Lend-Lease-Leistungen an die UdSSR befördert.³⁾ Die Japaner ließen die Schiffe zwar unbehelligt, die

1) Der amerikanische schwere Kreuzer Tuscaloosa und zwei amerikanische Zerstörer wurden in Schottland mit diesem Material beladen und fuhren sofort nach Rußland; Feis, op. cit., pp. 83 f.

2) Zu diesem Kapitel vgl. besonders Motter, op. cit. Diese detaillierte Abhandlung gibt Auskunft über sämtliche amerikanische Arbeiten, die zum Ausbau dieser Route beigetragen haben und über sämtliche Leih- und Pachtwaren, die auf dieser Route befördert wurden. Weitere wichtige Ausführungen bei Leighton and Coakley, op. cit., chap. XX and XXI, The Long Road to Russia, besonders pp. 564 - 583.

3) Motter, op. cit., p. 481, Appendix A, Tab. 1, cf. Anhang Tabelle 9

Nachteile bestanden aber in der ungeheuren Länge des Weges und darin, daß alle Lieferungen von Wladiwostok durch den gesamten asiatischen Kontinent zum europäischen Kriegsschauplatz transportiert werden mußten.

Auch die dritte Route, die von amerikanischen Atlantikhäfen entweder um das Kap der Guten Hoffnung oder durch den Panamakanal und den Pazifik zum Persischen Golf führte, war nicht minder lang. Ein Geleitzug von den USA nach Basra oder Khorramschahr benötigte für die 14 500 Meilen lange Strecke 76 Tage; die Route über den Panamakanal betrug sogar 17 700 Meilen. Dennoch gingen 23 % der Schiffsladungen an Rußland zwischen 1942 und 1943 diesen Weg¹⁾, und nach der Öffnung des Mittelmeeres gewann diese Route für die Durchführung der Rußlandhilfe die größte Bedeutung.

Ende August 1941 hatten die Sowjetunion und Großbritannien den Iran mit der Absicht besetzt, eine Versorgungslinie für Rußland vom Persischen Golf über den Iran zum Kaspischen Meer zu errichten. Nachdem am 2. August die offizielle Zusage der USA zur Unterstützung der Sowjetunion erfolgt war, waren auch die Vereinigten Staaten in diese Pläne mit einbezogen. Sofort nach der Besetzung Basras benachrichtigte Churchill Stalin, daß britische Streitkräfte den Hafen für amerikanische Lieferungen ausbauen würden:

"We are making a large-scale base at Basra, and we hope to make this a well-equipped warm-water reception port for American supplies, which can thus surely reach the Caspian and the Volga region".²⁾

Bereits Anfang September fragte Churchill bei Hopkins an, ob die Amerikaner unter dem Leih- und Pachtprogramm Lokomotiven und Güterwagen zum Transport der Güter nach

1) Morison, op. cit., p. 159.

2) Brief Churchills an Stalin, 29. August 1941, Churchill, The Grand Alliance, op. cit., p. 404.

Rußland bereitstellen könnten.¹⁾ Außerdem schlug er eine aktive Beteiligung der Amerikaner am Ausbau der iranischen Eisenbahnlinie und an den Straßen von Bender Shapur, einem iranischen Hafen, bis Bender Shah, einem Hafen am Kaspischen Meer in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenze, vor.²⁾

Am 27. September nahm tatsächlich eine amerikanische Militärmission ihre Arbeit im Iran auf. Sie sollte den britischen Truppen in technischen Fragen zur Seite stehen. Doch es war bald offensichtlich, daß amerikanische Techniker und Spezialisten den Ausbau und die Sicherheit durch den persischen Korridor übernehmen sollten. Amerikanische Ingenieure statteten den iranischen Hafen Khorramschahr an der Mündung des Shat el - Arab mit Ausladeeinrichtungen, Lagerräumen, Kais, Werften und Kränen aus. Das Hafenbecken wurde für die amerikanischen Lend-Lease-Transporte erweitert. Amerikaner bauten Straßen, auf denen amerikanische LKWs die Waren an die sowjetische Grenze transportieren sollten.³⁾ Im Jahre 1942 errichteten amerikanische Fachleute in Abadan eine Montagehalle für die von den Sowjets dringend benötigten Flugzeugtypen, Douglas A-20.⁴⁾ Auch für die amerikanischen LKWs, die für die sowjetischen Streitkräfte von besonderer Bedeutung waren⁵⁾, wurden Montagehallen gebaut.

Im Oktober 1942 übernahm die amerikanische Armee die Hauptverantwortung im Iran.⁶⁾ Sie ersetzten die britischen Truppen, die dringend an^{an} anderen Kriegsschauplätzen benötigt wurden. Insgesamt waren 30.000 amerikanische

1) Telegramm Beaverbrooks an Hopkins und Harriman, 6. Sept. 1941, nach Motter, op. cit., p. 15.

2) ibid., Chap. II, Year of Confusion, pp. 28-43.

3) Stettinius, op. cit., pp. 215 f.

4) Motter, op. cit., Chap. VII, Aircraft Assembly and Delivery, pp. 124-138 f.

5) Motter, op. cit., Chap. VIII, Motor Vehicle Assembly and Delivery, pp. 139-155 f; cf. unten pp. 183 f.

6) cf. ibid., Chap. II, Year of Confusion, pp. 28-43 f.

Soldaten, Ingenieure, Spezialisten damit beschäftigt, die Waffenlieferungen an die Sowjets durch den persischen Korridor zu tätigen.¹⁾

Im Mai 1943 steigerten sich die amerikanischen Lieferungen auf der persischen Route auf über 100 000 t monatlich und übertrafen bereits das Zehnfache der britischen.²⁾ Der persische Korridor war vor allem für die Jahre 1943 und 1944 der ausschlaggebende Transportweg für die Lend-Lease-Lieferungen an die UdSSR. 241 Schiffsladungen mit insgesamt 1,6 Mill. t Material im Jahre 1943 und 240 Schiffsladungen mit 1,7 Mill. t im Jahre 1944 wurden auf den von amerikanischen Streitkräften ausgebauten Straßen und Eisenbahnlinien geliefert. Von November 1941 bis Mai 1945 wurden insgesamt 646 Schiffsladungen mit 4,1 Mill. t an die UdSSR auf der persischen Nachschubroute verfrachtet, fast 25 % des gesamten Materials, das an die UdSSR ging.³⁾ Durch die Möglichkeit, einen großen Teil der Transporte auf die iranische Route zu verlegen, verringerten sich die durch deutsche Streitkräfte verursachten Verluste von 15 % auf 2 %.⁴⁾

5. Roosevelts Forderung nach "hundertprozentiger" Erfüllung der Verpflichtungen

Auch nach der Erschließung der persischen Nachschubroute im Jahre 1941/42, die für die Lend-Lease-Lieferungen nach Rußland erst seit Mitte 1943, nach der Übernahme der Kontrolle im Mittelmeer, voll ausgenutzt werden konnte, lag das Problem der Sowjethilfe vor allem in der Transportfrage. Das Material stand bereit, mußte aber aus Mangel an Schiffsraum in den amerikanischen Häfen liegen

1) Motter, op. cit., p. 7.

2) Stettinius, op. cit., p. 218.

3) cf. Anhang, Tabelle 8.

4) Stettinius, op. cit., p. 221.

bleiben. Aus diesen Gründen konnten die Forderungen des zweiten Sowjet-Protokolls nicht voll eingehalten werden. Bis Ende 1942 hatten erst 55 % der veranschlagten Waren an Rußland ausgeliefert werden können.

In einem Telegramm an Churchill vom 2. Oktober 1942 gab Stalin die schlechte militärische Lage und den Mangel vor allem an Flugzeugen zu, als er erklärte:

"I have to inform you that the situation in the Stalin-grad area has deteriorated since the beginning of September. The Germans were able to concentrate in this area great reserves of aviation, and in this way managed to secure superiority in the air in the ratio of two to one ... We more particularly require Spitfires and Air - Cobras (amerikanische Flugzeuge) ... The ships with arms arrived at Archangel and are being unloaded. This is a great help ..." ¹

Präsident Roosevelts Antwort an Churchill über die Forderung Stalins lautete einfach aber klar: "I

"I want us to be able to say to Mr. Stalin that we have carried out our obligations one hundred per cent". ²⁾

Der Präsident gab deshalb Anfang Januar 1943 eine scharf gehaltene Anweisung an Kriegsminister Stimson. Er betonte in dem Brief, die maximale Versorgung der Sowjetunion mit Lieferungen sei der grundlegende Faktor der amerikanischen Strategie.

1) Telegramm Stalins an Churchill, 5. Oktober 1942, Churchill, The Hinge of Fate, op. cit., pp. 517 f. Sperrung vom Verfasser

2) Telegramm Roosevelts an Churchill, 28. Oktober 1942, ibid., p. 522. Sperrung vom Verfasser.

"I understand both the Army and Navy are definitely of the opinion that Russian continuance as a major factor in the war is of cardinal importance, and therefore it must be a basic factor in our strategy to provide her with the maximum amount of supplies that can be delivered to her ports ... "1)

Dieses Problem stand auch bei der Casablanca-Konferenz einige Wochen später auf dem Programm. Roosevelt und Churchill gaben schließlich eine Erklärung ab, daß die Erfüllung der Waffenlieferungen bis Ende 1943 vorgesehen sei.²⁾

Die Pflichterfüllung Roosevelts gegenüber der UdSSR kann nur unter folgendem Aspekt verstanden werden: Da die Rote Armee bis zur Errichtung einer zweiten Front die Hauptlast des Landkrieges trug, sollte ihr alle nur mögliche Hilfe zuteil werden. Roosevelts Glaube an Rußlands Hauptrolle in der gemeinsamen Sache lenkte ihn so sehr, daß er trotz des Krieges im Pazifik, trotz der Anfang November einsetzenden anglo-amerikanischen Invasion in Nordafrika, trotz des dadurch bedingten Mangels an Schiffsraum und trotz der Weiterführung der Lend-Lease-Transporte nach England die Kriegs- und Rohstofflieferungen an die UdSSR mit aller Macht vorantrieb, um das zweite Moskauer Protokoll "hundertprozentig" zu erfüllen.

-
- 1) Memorandum, Roosevelt für den Kriegsminister, 6. Januar 1943, International Division, Army Service Forces, O31.1, II, zit. nach Leighton and Coakley, op. cit., p. 587.
 - 2) Leighton and Coakley, op. cit., p. 589.

VI. Die Frage der Berechtigung einer verstärkten Rußlandhilfe nach 1943

1. Die Lieferungen nach 1943

Präsident Roosevelts Bestreben, die Forderungen der Sowjets zu befriedigen, setzte sich auch in den Jahren nach 1943 fort.¹⁾ Im Sommer 1943 und im Sommer 1944 kamen zwei weitere "Sowjetprotokolle" zustande, deren Erfüllung Lieferungen von insgesamt 10,8 Mill. t unter der amerikanischen Leih- und Pachthilfe bis zum 18. Mai 1945 vorsah.

Hatten sich die Lieferungen an die UdSSR in den ersten beiden Kriegsjahren vor allem auf Flugzeuge und Panzer erstreckt, so verlagerte sich das Gewicht im Jahre 1943 auf Rohmaterialien, welcher die Sowjets dringend bedurften.²⁾ Einen Hauptbestandteil der Lieferungen bildeten Rohölerzeugnisse, aber auch Zink, Kupfer, Aluminium und vor allem Stahl wurde von der sowjetischen Kriegswirtschaft für die Herstellung von Kriegsmaterial benötigt.³⁾ Ebenso forderten die Russen Lokomotiven, Güterwagen, Schienen, um das infolge der Kämpfe zerstörte Eisenbahnnetz wieder aufzubauen, und seit 1944 besonders Fertigwaren für Industrieanlagen, Ölraffinerien, Reifenfabriken, Hafeneinrichtungen und anderes.⁴⁾

-
- 1) "... President Roosevelt was always intensely concerned that they (die Protokolle) be honored to the letter. Behind every other circumstance that was to affect the supply program ... stood the protocols and the inflexible necessity of meeting their tonnage promises, come what may", Motter op. cit., p. 23.
 - 2) "By sending us raw materials and manufacturing equipment, you actually increase the combat strength of the Red Army considerably more than you do by the number of planes and tanks you send us". Admiral Akulin, sowjetischer Offizier in den USA, zit. bei Stettinius, op. cit., p. 222.
 - 3) Stettinius, op. cit., p. 222.
 - 4) John R. Deane, *The Strange Alliance*, New York 1947, p. 95.

Nach der Besetzung der Ukraine machte sich vor allem der Mangel an Schweinefleisch, Fett und Zucker in der Sowjetunion bemerkbar. Auch hier griff Lend-Lease ein und seit dem Herbst 1942 gingen Schiffsladungen mit Büchsenfleisch, Fett, getrockneten Bohnen und Erbsen, Trockenfrüchten und Trockengemüse an die UdSSR. Um den knappen Schiffsraum einzusparen, wurden die Nahrungsmittel in konzentrierter Form geliefert. Eipulver, Trockenmilch, Kartoffeln, Schmalz, Butter und viele andere hochwertige Nahrungsmittel gelangten unter dem Leih- und Pachtprogramm nach Rußland. Saatgut, landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger halfen die landwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion zu steigern.

Major Deane, der als Leiter der amerikanischen Militärmission von 1943 - 1945 in Moskau weilte, mißt den Nahrungsmittellieferungen aus den USA eine große Bedeutung bei. Er glaubt, daß der russische Soldat täglich mit einem halben Pfund ziemlich konzentrierter Nahrungsmittel, die aus den USA kamen, versorgt wurde.

"Assuming that the Red Army had an average strength of twelve million men, the food sent to Russia was sufficient to supply each man with more than one-half pound of fairly concentrated food".²⁾

2. Intensivierung der Hilfeleistungen

In den ersten Jahren der amerikanischen Leih- und Pachtlieferungen nach Rußland wurden Kriegsmaterial, Rohstoffe und Nahrungsmittel dringend für die sowjetische Kriegführung benötigt. Nach der deutschen Niederlage in Stalingrad und den beginnenden Offensiven der sowjetischen Truppen wurden die amerikanischen Lieferungen

1) "... Lend-Lease food shipments have helped to keep their fighting strength high", Stettinius, op. cit., p. 226.

2) Deane, op. cit., p. 94.

in dem Maße intensiviert, wie die Kapazität der amerikanischen Kriegsproduktion zu- und die Gefährdung der Transporte abnahm. Wurden im Jahre 1943 4,7 Mill. t Material an die UdSSR geliefert, so waren es im Jahre 1944 6,2 Mill. t und in den verbleibenden Kriegsmonaten des Jahres 1945 über 2 Mill. t.¹⁾ Das Gros der Lieferungen erstreckte sich also über eine Periode, die einen deutlichen Wendepunkt im sowjetisch-deutschen Krieg zugunsten der Sowjets erkennen ließen.

In der Praxis machte sich die Intensivierung der Hilfe an die UdSSR bemerkbar, als der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, den Wunsch der sowjetischen Führung nach Washington weiterleitete, Kredite für amerikanische Fertigwaren zu genehmigen. Hopkins reagierte sofort und schlug vor, die von den Sowjets geforderten Industriegüter unter Lend-Lease zu beschaffen. Das Material, das zwar während des Krieges bestellt, aber erst nach seiner Beendigung ausgeliefert werden würde, sollte auf Grund spezieller Abmachungen später bezahlt werden. Durch die Einbeziehung dieses Postens in das Lend-Lease-Programm wollte Hopkins vermeiden, den Kongreß um die Bewilligung des Kredites für die Sowjetunion angehen zu müssen.²⁾

Der Frage nach der Berechtigung, die Leistungen auch nach der für die Russen günstigen Wende des Krieges zu intensivieren, schließt sich die Frage an, ob die Art der Lieferungen für die Fortführung des Krieges von irgendeiner Bedeutung war. Nachdem die militärische Krise durch den Rückschlag der deutschen Offensiven überwunden war, hätte man die Ausdehnung des Leih- und Pachtprogramms für die Sowjetunion überprüfen müssen. Anstatt dessen fuhr man fort, die russischen Forderungen blind zu erfüllen. Seit Ende 1943 bezogen sich diese auf

1) cf. Anhang, Tabelle 9

2) cf. Feis, op. cit., pp. 643 f.

Güter, die vor allem den Zweck haben mußten, die russische Wirtschaft und Industrie für die N a c h - k r i e g s z e i t auf- und auszubauen. Gerade die angeforderten Fertigüter konnten für die unmittelbare Fortführung des Krieges kaum von Bedeutung sein.¹⁾

Lende-Lease hatte geholfen, das Feuer in des Nachbarn Garten zu löschen. Aber Roosevelt ging mit seiner Gartenschlauchaktion weiter und baute das abgebrannte Haus wieder auf.

3. Roosevelt's Friedensoptimismus

Die Haltung der amerikanischen Regierungsstellen in Bezug auf die Sowjethilfe kommt deutlich in einem Dokument zum Ausdruck, welches Hopkins auf der Konferenz von Quebec, im August 1943, vorlegte:

"Russia's post-war position in Europe will be a dominant one. With Germany crushed, there is no power in Europe to oppose her tremendous military forces ... Since Russia is the decisive factor in the war, she must be given every assistance and every effort must be made to obtain her friendship. Like wise, since without question she will dominate Europe on the defeat of the Axis, it is even more essential to develop and maintain the most friendly relations with Russia".²⁾

Die Hilfeleistungen nach 1943 waren also eher dazu bestimmt, die Sowjetunion für ein freundschaftliches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu gewinnen, als

-
- 1) "As the war progressed Soviet requests for American aid included more and more items pointed toward post-war requirements. These included industrial machinery .. the use of which was extremely questionable in the prosecution of the war. The United States attitude was to approve such requests if at all possible under the requirements of the lend-lease law. As a result, we have already been of great assistance to the Soviet Union in her postwar reconstruction and industrialization programs", Deane, op. cit., p. 100.
- 2) Sherwood, op. cit., p. 748. Sperrung vom Verfasser.

tatsächlich strategische Bedürfnisse zu erfüllen. Die hier angedeutete Konzeption sollte sich später vor allem auf den großen Konferenzen von Teheran und Yalta manifestieren.

Stimmen, die eine Überprüfung der amerikanischen Sowjetpolitik forderten, wurden in Washington geflissentlich überhört. In einem Brief an General Marshall gab der Chef der amerikanischen Militärmission, Deane, zu verstehen, daß die Berechtigung der Hilfe an die UdSSR in den letzten Kriegsmonaten fraglich sei.

"When the Red Army was back on its heels, it was right to give them all possible assistance with no question asked ... However, they are no longer back on their heels ... The situation has changed, but our policy has not. We still meet their requests to the limit of our ability, and they meet ours to the minimum that will keep us sweet".¹⁾

Aber auch Warnungen dieser Art wurden von Roosevelt und seinen Beratern übergangen.

Hier setzt die Kritik an der Roosevelt'schen Sowjetpolitik ein, die die Hilfeleistungen an die UdSSR auch nach dem Wendepunkt des deutsch-sowjetischen Krieges fortzusetzen befahl.

Man rechtfertigte Roosevelts Verhalten später in weiten Kreisen mit dem Hinweis auf seine Annahme, die Sowjetunion sei durch die ungeheuren Verluste infolge der deutschen Invasion geschwächt worden. Deshalb hätte man der UdSSR Fertigwaren liefern müssen, ohne die sich der Aufbau ihrer Industrie nach dem Kriege sehr verzögert hätte.²⁾ Diese Entschuldigung der politischen Verhaltensweise des Präsidenten kann weniger ernst genommen werden. Die Erfolge der sowjetischen Armeen, die unglaub-

1) Brief Deanes an Marshall, 2. Dezember 1944, Deane, op. cit., p. 84.

2) cf. Feis, op. cit., p. 645.

liche Steigerung des sowjetischen Wirtschafts- und Kriegspotentials während des Krieges konnten den hohen amerikanischen Regierungsbeamten, die von ihren Militärmissionen überdies informiert wurden, nicht verborgen bleiben.

Eine plausiblere Begründung der verstärkten Fortsetzung der Lieferungen nach Rußland liegt in der Annahme Roosevelts, die Freundschaft Stalins könne durch eine "hundertprozentige" Erfüllung der sowjetischen Forderungen erkaufte werden. Dies beweist das Dokument Hopkins¹⁾, aber auch eine Äußerung Roosevelts schon zu Beginn des Jahres 1943:

"I just have a hunch that Stalin doesn't want anything but security for his country, and I think that if I give him everything I possibly can and ask nothing from him in return, noblesse oblige, he won't try to annex anything and will work for a world democracy and peace".²⁾

Roosevelt beging den großen Fehler, seine politischen Entscheidungen und Entschlüsse hinsichtlich der amerikanisch-russischen Beziehungen von seinem Glauben und seiner Hoffnung auf eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion in der Zukunft abhängig zu machen. In Ermangelung politischer Realitäten verkannte er das politische System der Sowjetunion und deren Kriegsziele.

Die Führung in Washington versäumte es, vor der Fortsetzung der Lieferungen nach 1943, die sowjetischen Absichten in Bezug auf Ost- und Zentraleuropa zu ermit-

1) cf. oben p. 180.

2) Interview Roosevelts mit dem vormaligen amerikanischen Botschafter in der Sowjetunion, Bullitt, 1943, William C. Bullitt, "How We Won the War and Lost the Peace", "Life", 30. August 1948, zit. nach George H. Crocke~~r~~, Roosevelt's Road to Russia, Chicago 1959, p. 161. Sperrung vom Verfasser.

teln und auf bindenden Abkommen zu bestehen. Roosevelt und seine Berater begingen den großen Fehler, die sowjetischen Kriegsziele mit den eigenen gleichzusetzen.

Die Unterstützungspolitik der amerikanischen Regierung darf also keinesfalls nur im Zusammenhang mit der strategischen Überlegung verstanden werden, die Leih- und Pachtlieferungen an die UdSSR in den letzten beiden Kriegsjahren würden entscheidend dazu beitragen, den europäischen Krieg zu beenden. Der Friedensoptimismus der amerikanischen Regierung und vor allem Roosevelts - der Wunsch nach einem schnellen und andauernden Frieden mit Unterstützung Moskaus - waren die Maximen, aus denen heraus die Intensivierung der Lieferungen nach dem militärischen Wendepunkt verstanden werden müssen.

4. Kennans Urteil über Roosevelts "wahlloses Hilfsprogramm"

Auch der spätere Botschafter in der Sowjetunion, George Kennan, befaßt sich mit dieser problematischen Frage und kritisiert das "wahllose Hilfsprogramm" ("all aid for Russia") der amerikanischen Regierung:

"A ... charge against our wartime policy toward Russia ... is that which relates to the continuation of lend-lease during the latter period of the war, and specifically subsequent to mid-summer of 1944. By that time ... Russia's own territory had been freed of the enemy; our own talking position vis-avis the Russians had been considerably improved by the creation of a successful second front; and from there on whatever the Russian forces did was bound to have important political consequences for European peoples other than the Germans. - Consequences which went far beyond the mere defeat of Germany. I think it can be well argued that there was no adequate justification for refusing to give any attention to these developing problems and for continuing a program of lavish and almost indiscriminate aid to the Soviet Union at a time there was increasing reason to doubt whether her purposes in Eastern Europe, aside from the defeat of Germany, would be ones which the Americans could approve and sponsor".¹⁾

¹⁾ George F. Kennan, American Diplomacy, 1900-1950, Mentor Book, New York 1952, p. 85.

Kennan betont nach diesem Vorwurf jedoch, daß man bei diesen Problemen die zwingende militärische Notwendigkeit nicht vergessen dürfe, unter deren Druck die amerikanischen Staatsmänner gehandelt hätten. Ihr Glaube, die Sowjets für die Nachkriegszeit gewinnen zu müssen, wenn man überhaupt auf einen dauernden Frieden hoffen wolle, habe ihnen keine andere Wahl gelassen.

Auch der Diplomat Robert Murphy kam zu diesem Urteil. Die Einstellung des Präsidenten gegenüber der Sowjetunion, aus der seine Handlungsweisen zu verstehen gewesen seien, wäre für ihn zum ersten Mal auf der zwischen Roosevelt und Churchill abgehaltenen Konferenz von Kairo im Jahre 1943 evident geworden:

"The President's plan for dealing with the Soviet Government was first demonstrated to me in Cairo. It was to make the Russians feel that the Americans trusted them implicitly and valued Soviet - American cooperation in war and peace above any other prospective alliance."¹⁾

Eben um diesem Ziel zu dienen, hat Roosevelt die internationalen politischen Erwägungen gegenüber den militärischen Erfordernissen zurückgestellt. Der Verlauf der Geschichte zeigt, daß er damit genau das Gegenteil erreichte und dazu beitrug, die Sowjetunion zur zweitstärksten Großmacht und zugleich zum stärksten Antipoden der USA zu machen.

1) Robert Murphy, Diplomat Among Warriors, New York, 1964, p. 210.

VII. Die Bedeutung der Leih- und Pachtlieferungen für die Sowjetunion

1. Umfang der Leistungen

Die tabellarische Übersicht im Anhang gibt Aufschluß über die amerikanischen Lend-Lease-Lieferungen an die UdSSR.¹⁾

Tabelle 7 zeigt die Lieferungen auf, die unter dem 1. Sowjet-Protokoll vom 1. November 1941 bis 30. Juni 1942 verschifft wurden. Die USA lieferten in diesem Zeitraum schon 1285 Flugzeuge, 2249 Panzer und 36865 Lastkraftwagen.

Tabelle 8 enthält die Aufstellung des Materials, das über die persische Route von November 1941 bis Mai 1945 transportiert wurde.

In einer weiteren Tabelle 9 wird die Verteilung der Lieferungen auf die pazifische, persische und nordatlantische Route aufgezeigt. Der größte Teil der Schiffe, nämlich 47,1 % nahmen den Weg über die pazifische Route, auf der insgesamt 8,2 Mill. t Material geliefert wurden.

Tabelle 10 führt die einzelnen Posten auf, die in dem Zeitraum von November 1941 bis 1. Dezember 1944 an die Sowjetunion gingen. Tabelle 11 gibt Aufschluß über die einzelnen Leistungen von November 1941 bis 30. September 1945. Innerhalb dieses Zeitraumes wurden 14 795 Flugzeuge, 7 056 Panzer, 51 503 Jeeps für die sowjeti-

1) cf. George R. Jordan, From Major Jordan's Diaries, International Graphics Corporation, 1950.
Major Jordan, der die Verantwortung für die Verladung der amerikanischen Leih- und Pachtlieferungen hatte, gibt in seinem Buch genaue Angaben über die Waren, und die Militärhilfe, die nach Rußland gingen. Zahlreiche Statistiken, die Jordan während seiner Amtszeit kopiert oder photokopiert hat, geben Aufschluß über die Sowjethilfe. Die verschiedenartigsten Artikel, vom schweren Kriegsmaterial bis zu Luxusartikeln, werden von ihm samt Kosten genauestens aufgeführt.

schen Truppen verfrachtet. 1 981 Lokomotiven, 11 155 Güterwagen und 375 883 Lastkraftwagen waren ausschlaggebend für die Mobilität der Roten Armee. Über 15 Mill. Armeestiefel und annähernd 4,4 Mill. t Nahrungsmittel kamen den sowjetischen Truppen zugute. Außerdem wurde die sowjetische Marine durch 105 U-Bootjäger und 197 Torpedoboote verstärkt.

Insgesamt wurden von Oktober 1941 bis Mai 1945 2 660 Schiffsladungen mit 16,5 Mill. t Material im Werte von beinahe 11 Milliarden Dollar an die UdSSR unter Lend-Lease geliefert.¹⁾ Die Gegenleistung der Sowjetunion unter "reciprocal aid" betrug Materiallieferungen im Werte von nur 2 Millionen Dollar, eine Summe, die von Großbritannien mit 5,6 Milliarden Dollar um ein Vielfaches übertroffen wurde.

2. Die strategische Bedeutung der Rußlandhilfe in amerikanischer Sicht

Es ist äußerst schwierig, die Bedeutung und Gesamtwirkung der amerikanischen Hilfeleistungen an die UdSSR für die Erfolge der sowjetischen Kriegführung zu ermessen. Von westlichen, vor allem von amerikanischer Seite, wird im allgemeinen die Sowjethilfe als entscheidender Faktor im Kampf gegen die deutschen Truppen betrachtet. Die Tabellen, in denen das gesamte Material für die UdSSR aufgeführt ist, sprechen für diese Behauptung.

Welchen praktischen Wert die Lieferungen allerdings für die einzelnen sowjetischen Frontabschnitte hatten, zu welchem Zeitpunkt sie für die einzelnen Operationen entscheidend waren, darüber kann von amerikanischer Seite wenig ausgesagt werden. Den westlichen Militärmissionen und amerikanischen Beratern für Lend-Lease-Lieferungen war es nur in äußerst beschränktem Maße möglich, sich ein Bild über die Auswirkungen der amerikanischen Liefe-

1) Deane, op. cit., p. 93.

rungen zu machen. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der sowjetischen Militärmission in den USA, die freien Zugang zu allen Rüstungsbetrieben und sogar zu den Atombearbeitungsstellen hatten, war es den amerikanischen Offizieren nur mit besonderer Genehmigung gestattet, wenige ausgesuchte Frontabschnitte und Rüstungsbetriebe zu besichtigen.¹⁾ Um einen indirekten Druck auf die sowjetischen Stellen auszuüben, bat daher der Chef der amerikanischen Militärmission in Moskau, Deane, im Januar 1944 den amerikanischen Generalstab, daß, ehe weiteres Lend-Lease-Material für die UdSSR beschafft würde, die Militärmission in Moskau über die Wichtigkeit der einzelnen Lieferungen für Rußland befragt werden müsse. Hopkins gab jedoch Anweisung, den Sowjets in dieser Hinsicht keine Bedingungen zu stellen.²⁾

Deane drückt sich sehr vorsichtig in der Bewertung der amerikanischen Leih- und Fachhilfe für die UdSSR aus, wenn er behauptet:

"Whether or not our aid to Russia saved her from defeat will always be a matter of speculation. That it was a major element in the Russian and Allied victory is an incontrovertible fact".³⁾

1) Deane, op. cit., pp. 96 ff.

Einer der für die Beschaffung der Güter für Rußland verantwortlichen Männer, Major Jordan, greift die Unvorsichtigkeit der amerikanischen Regierungsstellen an, die den Sowjets erlaubten, sämtliche Rüstungsbetriebe und Verteidigungsanlagen, Militärgeheimnisse und Patente zu kopieren. Einwände hoher Militärs gegen die sowjetische "Spionage" sollten laut Jordan von den allerhöchsten Regierungsstellen zurückgewiesen worden sein. Siehe dazu Jordan, op. cit., cf. David Dallin, Die Sowjetspionage, in "Außenpolitik und Zeitgeschichte, 1955, Dezember 1955. Die in Washington stationierte sowjetische Einkaufsmission hatte die Aufgabe, das Lend-Lease-Material zu beschaffen, sie diente aber auch als Ausgangsbasis für den ND, den sowjetischen Geheimdienst. Die sowjetischen Agenten hatten von Mikojan Anweisung erhalten, so viele Informationen über die industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten zu sammeln, wie irgend möglich.

2) Deane, op. cit., p. 98.

3) ibid., p. 87.

Deane räumt ein, daß Leningrad, Moskau und Stalingrad auch ohne amerikanische Hilfe wahrscheinlich gerettet worden wären. Aber wenn die Lage wirklich so ernst war, wie die Russen es darstellten - und Deane ist davon überzeugt -, dann war die amerikanische Unterstützung, wenn auch in den Anfangsmonaten des deutsch-sowjetischen Krieges noch gering, doch zweifellos dazu ange-tan, den militärischen Wendepunkt zugunsten der Sowjets herbeizuführen.¹⁾

Im allgemeinen sind die amerikanischen Militärexperten, Historiker und hohen Regierungsbeamten der Überzeugung, daß die amerikanischen Lieferungen an die UdSSR für die sowjetische Front von großer Bedeutung war, allerdings kann über die Größenordnung des Erfolges von amerika-nischer Seite kein genaues Urteil gefällt werden.

"Undoubtedly, American and British lend-lease delivered contributed to the Russian success, but how much it is impossible to say. The official Russian contention today is that they constituted six per cent of the Russian war production, which is probably too low a figure. Moreover, at the critical turning point of the war ... even a smaller percentage of the overall production if delivered in time, could have been decisive".²⁾

Die Militärexperten konnten aber eindeutig feststellen, daß die amerikanischen Lastwagen entscheidend für die Beweglichkeit der sowjetischen Truppen und zu ihrer schnellen Beförderung an die Front beitrugen.

"It is difficult to evaluate the relative importance of the thousands of items which we sent to Russia, but I believe I am safe in saying that the truck transportation and combat vehicles stood first. In these categories we delivered 427 284 trucks, 13 303 combat vehicles ..."³⁾

1) Deane, op. cit., p. 87.

2) Harold K. Jacobsen, American Foreign Policy, New York, 1960, p. 227.

3) Deane, op. cit., p. 93.

Diese Meinung setzte sich vor allem auch bei den amerikanischen Historikern durch, die gerade in den Fahrzeugen die wichtigste Hilfsmaßnahme für die sowjetische Kriegführung sahen.

"... more than 400 000 American and Canadian trucks and other lend-lease equipment increased the mobility of the Red Army when the tide of the war had turned, and greatly facilitated its rapid advance towards the heart of Europe and its occupation of East Central Europe. Without these accelerated lend-lease shipments the Russians might have reached the end of the hostilities fighting their own soil".¹⁾

Auch von deutscher Seite wird nicht bezweifelt, daß die Lastkraftwagen der westlichen Alliierten zum Erfolg gegen die deutschen Truppen verhalfen.

"Die auf dem Seeweg gelieferten Waffen und Ausrüstung, darunter fast eine halbe Million Lastkraftwagen, ermöglichten es den Russen, 60 Divisionen zusätzlich auszurüsten und beweglich zu machen. Diese gaben ihnen zur zahlenmäßigen auch die materielle Überlegenheit an den Brennpunkten der Kämpfe".²⁾

Da es in diesem Bereich anders als bei der amerikanisch-englischen Partnerschaft zu keiner effektiven Koordination kam, und sich nach Beendigung des Krieges die Wege Amerikas und Rußlands trennten, ist eine Gesamtbeurteilung gezwungen, das Bild aus Äußerungen und Handlungen der Gegenseite zu zeichnen.

3. Die strategische Bedeutung der Rußlandhilfe in sowjetischer Sicht

Stalin hatte zwar nach der offiziellen Zusicherung der Hilfeleistungen durch Roosevelt die Vereinigten Staaten unter ^{die} friedliebendsten Nationen und Freunde der Sowjet-

1) Stephen D. Kertesz, American Diplomacy in a New Era, University of Notre Dame Press, 1961, p. 21; cf. Isaac Deutscher, Stalin, A Political Biography, London, New York, Toronto 1949, p. 512, Anm. 1.

2) Friedrich Ruge, Der Seekrieg, 1939 - 1945, Stuttgart, 1954, p. 219.

union eingereicht¹⁾, und hatte nach der Aufnahme in das Leih- und Pachtprogramm seiner Genugtuung darüber Ausdruck getan, daß die Niederwerfung Deutschlands nun näher gerückt sei²⁾, aber nach der Realisierung der Hilfe vermißten die amerikanischen Beobachter eine Anerkennung dieser Leistungen durch die Sowjets. Man hatte in der amerikanischen Militärmission in Moskau den Eindruck, daß dies nicht geschehe, um das russische Volk über die Waffenlieferungen der Alliierten im Unklaren zu lassen.

Diese Annahme wurde verstärkt, als der amerikanische Botschafter in Moskau, Standley, auf einer Pressekonferenz für amerikanische Pressevertreter in Moskau erklärte, es sei unfair, die Amerikaner, die Millionen Dollars für Rußland zahlten, irrezuführen. Sie glaubten, das russische Volk zu unterstützen, während dieses über die Hilfsaktion gar nicht orientiert sei. Die Haltung der Sowjetführung kritisierend sagte er:

"Ever since I have been here, I have been carefully looking for recognition by the Russian press of the fact that they are getting material help through America, not only through lend-lease but through the Red Cross and the Russian-American Relief. And I have yet failed to find any acknowledgement of that." 3)

Die Veröffentlichung dieser Pressekonferenz löste in Washington und in der amerikanischen Öffentlichkeit eine Welle der Unruhe aus, so daß sich der sowjetische Botschafter in Washington, Litwinow, genötigt sah, eine Erklärung abzugeben. In einer Ansprache vor der Lend-Lease-Verwaltung widerlegte er die Behauptungen Standleys und hob die Notwendigkeit der Lend-Lease-Lieferun-

1) Matthew P. Gallagher, The Soviet History of World War II, Myths, Memories and Realities, New York und London 1963, p. 27.

2) Frederick C. Barghoorn, The Soviet Image of the United States, A Study in Distortion, New York, 1950, p. 56.

3) Bericht über die Pressekonferenz, in Moskau, 8. März 1943, Documents on American Foreign Relations, vol.V p. 524.

gen für die Sowjetunion hervor:

"... Although much of the largest part of these supplies has had, of course, to be provided by the Soviet Union itself, supplies received through Lend-Lease have been an enormous help, and such deeply appreciated by the people of the Soviet Union, who are fully aware of its extent."¹⁾

Litwinow führte dann im Einzelnen aus, zu welchem Zweck die Waffen unter Lend-Lease für die Kriegführung in der Sowjetunion gebraucht worden waren.

"... American fighters, notably Airocobras, have given a specially good account of themselves ... Of great assistance to the Red Army's mobility have been American trucks, which have been used for the traction of artillery guns, as well as for the carrying of troops ... I need hardly say how welcome the foodstuffs received from the USA are proving, at a time when the fertile Ukrainian lands are still in enemy hands ..."²⁾

Am selben Tag, an dem Litwinow die Versicherung abgab, Lend-Lease trage zur Kampfkraft der sowjetischen Armee bei, unterzeichnete der Präsident den in beiden Häusern mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entwurf zur Verlängerung des Gesetzes.

Wie sehr Rußland auf die alliierten Waffenlieferungen angewiesen war, zeigt ein Antwortschreiben Stalins an Churchill, als dieser ihm auch im Auftrag Roosevelts mitteilte, daß ein für Rußland zusammengestellter Geleitzug aus Mangel an notwendigem Geleitschutz eingestellt werden müsse und daß bis Mai 1943 keine Geleitzüge mehr über die Nordatlantikroute geführt werden könnten³⁾:

1) Ansprache Litwinows vor den Führungsbeamten der Lend-Lease-Verwaltung, 11. März 1943, Documents on American Foreign Relations, vol. V, p. 525.

2) ibid., pp. 525 f.

3) Telegramm Churchills an Stalin, 30. März 1943, Churchill, The Hinge of Fate, op. cit., pp. 675 f.

"I understand this unexpected action as a catastrophic diminuation of supplies of arms and military raw materials to the USSR on the part of Great Britain and the United States of America, as transport via Pacific is limited by the tonnage and not reliable and the Southern Route has a small transit capacity. In view of this both just mentioned routes cannot compensate for the discontinuation of transport via the Northern route. You realise of course that the circumstances cannot fail to affect the position of the Soviet troops".¹⁾

Deutlicher konnte Stalin seine Abhängigkeit von den alliierten Waffen- und Rohstofflieferungen nicht ausdrücken.

Ist Litwinows Rede als ein taktisches Manöver zur Abschwächung der Äußerungen Standleys zu sehen, so muß man Stalins Forderungen an Großbritannien und an die USA als einen wichtigen Beweis der schwierigen militärischen Lage der Sowjetunion und der Knappheit von Waffen und Rohmaterial betrachten.

Neben der von der sowjetischen Führung kontinuierlich wiederholten Forderung an die Alliierten, zur Entlastung der russischen Front eine zweite Front in Europa, möglichst in Frankreich, zu errichten, verstummte nie die andere Forderung nach den Geleitzügen mit Kriegsmaterial für die UdSSR.

Stalin versäumte keine Gelegenheit, auf die dringende Notwendigkeit der Geleitzüge für die sowjetische Kampfkraft aufmerksam zu machen:

"... at the present time, when the forces of the Soviet Union are strained to the utmost to secure the needs of the front in the interests of success of the struggle against the main forces of our common enemy, it would be inadmissible to have the supplies of the Soviet armies depend on the arbitrary judgement of the British side".²⁾

1) Telegramm Stalins an Churchill, 2. April 1943, ibid., p. 676. **Sperrung vom Verfasser.**

2) Telegramm Stalins an Churchill, 13. Okt. 1943, Winston S. Churchill, *The Second World War*, vol. V, Closing the Ring, London, Toronto, etc. 1952, p. 238.

Ebenso erklärte Außenminister Molotow dem britischen Botschafter in der Sowjetunion, Eden, daß seine Regierung die Geleitzüge nach Rußland hochschätze und sie sehr entbehrt hätte.¹⁾

In den folgenden Monaten konzentrierte sich der Appell an die westlichen Alliierten vor allem auf die zweite Front, der Ruf nach intensiveren Hilfeleistungen nahm in dem Maße ab, wie die sowjetischen Armeen Erfolge erzielten und die deutschen Streitkräfte nach Westen zurückwarfen. Die Äußerungen der sowjetischen Führung, die eine Anerkennung der amerikanischen Hilfeleistungen erkennen lassen, sind überhaupt nur sehr spärlich vorhanden. Spärlich deshalb, um nicht eine gewisse Abhängigkeit von den USA zugeben zu müssen. Daß sie überhaupt gemacht wurden, kann als taktische Maßnahme gewertet werden, um sowohl die Sowjethilfe zu beschleunigen und zu intensivieren, als auch die amerikanische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Lieferungen zu überzeugen. Denn sie verhielt sich auch während der späteren Kriegsjahre im allgemeinen skeptisch gegenüber der Rußlandhilfe, und Präsident Roosevelt war auf die spärlichen Dankesbezeugungen von russischer Seite angewiesen. Dennoch sind die Äußerungen der sowjetischen Führung bezüglich der Dringlichkeit der anglo-amerikanischen Hilfeleistungen von größter Bedeutung im Hinblick auf die Haltung der Sowjetunion nach Beendigung des Krieges.

Zwar hatte Stalin noch im Sommer 1945 dem Präsidenten Truman erklärt, daß die Lend-Lease-Lieferungen eine wichtige Rolle bei der Bezwingung Hitlers gespielt hätten:

1) Churchill, Closing the Ring, op. cit., p. 242.

"(American lend-lease shipments) played an important role and to a substantial degree assisted the successful completion (of the war against Hitlerite Germany)".¹⁾

Aber schon 1946 ändert sich die Einstellung Moskaus völlig. Der Kreml schweigt am Jahrestag der Unterzeichnung des Lend-Lease Agreement zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten, der vorher jedesmal der Anlaß zu einer offiziellen Würdigung gewesen war. Die Presse ergreift noch einige Male das Wort, um die Haltung Washingtons während des Krieges scharf anzugreifen²⁾, dann wird von offizieller Seite überhaupt Schweigen bewahrt.

Auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung wird die militärische Hilfe der Alliierten minimalisiert, meistens überhaupt nicht besprochen. Mint betont zwar in seiner 1947 erschienenen Darstellung des Weltkrieges die Bedeutung des Hafens Murmansk, "through which military supplies from the U.S.A. and England came to us"³⁾, aber schon 1959 deutet einer der maßgeblichen sowjetischen Historiker, Telpuchowski, das amerikanisch-russische Übereinkommen zur gegenseitigen Hilfe im Kriege gegen Hitler-Deutschland nur noch an. Der Autor vermeidet jegliche Erwähnung der Waffen- oder Hilfslieferungen an die Sowjetunion, im Gegenteil, er beschuldigt die Alliierten, keine aktive Kriegshilfe gegen den gemeinsamen Feind geleistet zu haben, da sie zur Entlastung der russischen Front nicht rechtzeitig eine zweite Front in Europa errichtet hätten.

"Dabei hatten England und die Vereinigten Staaten von Amerika im Sommer 1942 durchaus die Möglichkeit, in Europa eine zweite Front zu bilden ... Die Eröffnung der zweiten

1) Barghoorn, op. cit., pp. 56 f.

2) ibid., p. 57.

3) I.I. Mint, Otechestvennaya voyna sovetskogo soyuza, (Der große patriotische Krieg der Sowjetunion), Moskau 1947, p. 12, nach Gallagher, op. cit., p. 48.

Front wurde auf Grund einer feindseligen Politik der reaktionären Kreise Englands und der USA der UdSSR gegenüber unterlassen".¹⁾

Diese Anklage findet sich in der gesamten sowjetischen Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg.²⁾

Tolchenow geht in seiner Darstellung sogar so weit zu behaupten, die Alliierten hätten die mit Kriegsmaterial für den russischen Hafen Murmansk bestimmten Schiffe vorsätzlich der Versenkung preisgegeben:

"In June-July 1942, when the Soviet Union, because of the evacuation of a large part of its industry to the eastern regions, had experienced serious difficulties on supplying the army with all needs, a large number of transport ships coming to the U.S.S.R. were sunk. This happened because the English naval command intentionally divulged the time of departure of the convoy and the route it would follow, making this top-secret data available to the German fascist command. The ruling circles of the USA and England used the destruction of the transports to "prove" that dangers connected with the shipment of goods to the U.S.S.R. were too great on this pretext curtailed the already miserable supplies".³⁾

In einem Vorwort zu der russischen Übersetzung des Buches, Der Seekrieg 1939 - 1945, von dem deutschen Admiral Ruge⁴⁾, gibt der Herausgeber, der sowjetische Admiral Alafusow, die Tatsache zu, daß die Sowjetunion

-
- 1) Boris S. Telpuchowski, Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, 1941 - 1945, in dt. Übersetzung, ed. Andreas Hillgruber und Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt/Main, 1961, pp. 120 f.
 - 2) Cf. Barghoorn, op. cit., chap. VII, War and Peace, pp. 125-153.
 - 3) Col. M. P. Tol'chenov, Amerikano-angliskiye fal'sifikatory istorii vtoroy mirovoy voyny (Die amerikani-schen und englischen Geschichtsfälscher), Moskau 1953 p. 26, zit. nach Gallagher, op. cit., pp. 50 f. Eine ähnliche Einstellung bei S.P. Platonov, ed. Vtoraya mirovaya voyna, 1939-1945 (Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945), Moskau 1958.
 - 4) F. Ruge, Der Seekrieg 1939 - 1945, Stuttgart 1954.

Waffen und Kriegsmaterial von den westlichen Alliierten erhalten habe. Obwohl der Geleitzüge, die für die nördlichen Häfen der UdSSR bestimmt gewesen wären, Mängel besessen hätten, müßten sie doch als ein wertvoller Beitrag zur gemeinsamen Sache gegen das faschistische Deutschland angesehen werden, schreibt Alafusow. Jedoch sollte man diese Geleitzüge nicht überbewerten, wie Ruge dies tue; die Auslandslieferungen hätten 4 % der gesamten sowjetischen Industrieproduktion nicht überstiegen¹⁾, und es sei eine falsche Behauptung, daß auf Grund der alliierten Lieferungen 60 sowjetische Divisionen ausgerüstet worden seien.²⁾

Dieses Urteil entspricht dem allgemeinen Tenor der sowjetischen Geschichtsschreibung, die Leistungen der Sowjetunion hervorzuheben und die Hilfe der Alliierten einfach zu übergehen. Diese Minimalisierung, beziehungsweise Nichtbeachtung der alliierten Hilfeleistungen muß unter verschiedenen Aspekten betrachtet werden.

Das nationale Element spielte zweifellos eine große Rolle bei der Rückschau. In den Augen Rußlands haben die sowjetischen Streitkräfte, nicht die Alliierten, die Hauptlast des Krieges gegen Hitler getragen. Der Ruhm gilt der Roten Armee, der sowjetischen Wirtschaft und Landwirtschaft, dem einzelnen Sowjetmenschen, der unter großen Entbehrungen den Kampf bis zur Besiegung des Gegners auf sich genommen hat.

Die Annahme der Sowjets, daß sich schon während der Kampfhandlungen eine antisowjetische Koalition zwischen

1) Die gleiche Prozentzahl findet sich bei N.A. Vosnesensky, *The Economy of the UdSSR during World War II*, Washington 1948, p. 44.

2) W.A. Alafusow, ed., *Vonja na more, 1939-1945*, Moskau 1957; Vorwort des Herausgebers pp. 5-20 in deutscher Übersetzung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Freiburg.

den Alliierten abzuzeichnen begann, trug weitgehend zur Verschlechterung der amerikanisch-russischen Beziehungen bei. Als Beweise werden die absichtliche Verzögerung der zweiten Front und die zeitweilige Einstellung der Geleitzüge angeführt. Schon aus diesem Grunde darf den Hilfslieferungen keine große Bedeutung beigemessen werden.

Der hauptsächlichste Beweggrund, daß den Leistungen der Alliierten nach 1945 keine Anerkennung gezollt und das Lend-Lease-Programm für Rußland nicht mehr erwähnt wird, ist jedoch in der kommunistischen Ideologie zu suchen. Der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus war nur für kurze Zeit unterbrochen worden. Es entsprach der Taktik des kommunistischen Systems, die Verbindung zu einem imperialistischen System nicht zu betonen und sich aus einer materiellen Abhängigkeit zu lösen, die wie in den Anfängen des Kommunismus nur dazu dienen durfte, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Schluß

Weil , wie gezeigt wurde, die Grenze zwischen Neutralität und Kriegführung von den Vereinigten Staaten de facto längst v o r dem offiziellen Kriegseintritt überschritten wurde, kann der Dezember 1941 auch nicht als entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der USA im zweiten Weltkrieg gewertet werden.

Vielmehr liegt die Bedeutung Amerikas im zweiten Weltkrieg in der Öffnung ihres Waffen-, Rohstoff- und Nahrungsmittelarsenals für die Alliierten. Die Bereitschaft dafür ging allein auf die Initiative Washingtons zurück. Unter dem Lend-Lease-Gesetz ein ganzes Programm für die Hilfe einzurichten, ist eine der großartigen Leistungen der amerikanischen Regierung. Nicht nur durch die aktive militärische Beteiligung, sondern vor allem durch diese Hilfe, die während des gesamten Krieges an alle Lend-Lease-Empfänger 50 Milliarden Dollar ausmachte, leisteten die Vereinigten Staaten den kriegsentscheidenden Beitrag zur Besiegung der Achsenmächte.

Das Prinzip, nach dem die Leih- und Pachthilfe funktionierte, schaltete von vornherein das Problem der Schuldentrückzahlung aus. Die Lend-Lease-Lieferungen waren nie als Kredite gedacht, noch sollten Zinsen mit ihnen verknüpft sein. Sie stellten einen Beitrag für die gemeinsame Sache im Kampf gegen den gemeinsamen Feind dar. Die amerikanischen Subsidien sollten nicht wie nach dem ersten Weltkrieg Welthandel und Weltwirtschaft auf Grund der Verflechtung der internationalen Kriegsschulden gefährden.

In diesem Sinne handelte die amerikanische Regierung, als sie nach dem Kriege die Rückzahlung der Lend-Lease-

Lieferungen festlegte. Großbritannien, das während des Krieges Waren im Werte von annähernd 30 **Milliarden** Dollar erhalten hatte, sollte infolge eines Abkommens mit den USA nur 622 Millionen Dollar zurückzahlen; etwas mehr als 2 % der gesamten Lend-Lease-Hilfe für **Großbritannien**.

Ebenso großzügig zeigte sich Washington gegenüber der Sowjetunion, als es die Schulden für sämtliche rein militärischen Hilfesendungen strich, sowie für alle diejenigen Güter, die während des Krieges aufgebraucht worden waren, wie Lebensmittel, Rohöl, Medikamente und dergleichen. Die amerikanische Regierung forderte nur Bezahlung solcher zivilen Bedarfsartikel, die noch von der Sowjetunion benutzt wurden, wie Güterwagen, Lokomotiven, Kraftfahrzeuge etc. Der Wert dieser Güter wurde mit 2,6 Milliarden Dollar veranschlagt, wovon die USA von der Sowjetunion nur die Hälfte zurückverlangten. Dagegen sollten sämtliche Marinefahrzeuge, wie Minensuch- oder Torpedoboote, zurückgegeben werden.

Verhandlungen über die zu zahlende Endsumme zogen sich von 1947 bis 1952 hin, ohne daß eine Vereinbarung getroffen wurde oder die Rückerstattung der ausgeliehenen Marinefahrzeuge erfolgte. Schließlich war die Sowjetunion bereit, 170 Millionen Dollar, also ungefähr ein-einhalb Prozent der gesamten Lieferungen an die **USA** anzubieten, um die Summe dann im Jahre 1951 auf 300 Millionen Dollar zu erhöhen. Außerdem gab sie bis zum Jahre 1951 Handels- und Kriegsschiffe, die unter Leih- und Pacht nach Rußland geliefert worden waren, im Werte von 30 Millionen Dollar zurück.

Im Jahre 1960 wurden auf Betreiben **Gruschtschows** wieder Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Regelung der noch offenstehenden Kriegsschulden aufgenommen. Charles Bohlen, ehemaliger Botschafter

in Moskau, und Michael Menschikow, sowjetischer Botschafter in Washington, traten zu neuen Besprechungen über die Bezahlung der durch die Leih- und Pachtlieferungen entstandenen Schulden zusammen, ohne jedoch nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Der amerikanischen Regierung, die schließlich die Schulden von 1,3 Milliarden auf 800 Millionen Dollar reduzierte, lag weniger an der Rückzahlung selber. Sie war primär an einer symbolischen und juristischen Schuldanerkennung seitens der Sowjetunion interessiert. Außerdem wollte sie einen Beweis der Dankbarkeit ernten, der nicht unbedingt auf die finanzielle Leistung beschränkt sein, sondern sich vor allem auf den Einsatz amerikanischer Hilfsbereitschaft während des Krieges erstrecken sollte.

Die USA hatten die Subsidien in die Kriegführung mit einbezogen, ohne Rücksicht auf die politischen Differenzen oder ideologischen Gegensätze zu nehmen. Das Hauptziel dieser Politik war die Vernichtung der totalitären Diktaturen Deutschland und Japan. Diese politische Maxime wurde durch die Verabschiedung des Leih- und Pachtgesetzes in die Praxis umgesetzt. Das Leih- und Pachtgesetz stellt deshalb einen wichtigen Faktor in der innen- und außenpolitischen Konzeption der amerikanischen Politik während des zweiten Weltkrieges dar. Es sollte zur Wiederherstellung des Friedens dienen und helfen, die Freiheit des Einzelnen, freie Glaubensentfaltung und die demokratische rechtsstaatliche Ordnung in der Welt zu garantieren. Damit verkörperte es das traditionelle Friedensideal der amerikanischen Nation.

Roosevelt und die amerikanische Führung übersahen und verkannten bei dem Streben nach diesen Idealen die Gefährlichkeit der sowjetischen Herrschaftsform. Deshalb konnte die UdSSR zum stärksten Antipoden der demokrati-

schen Ordnung werden. Auch die USA kamen aus dem zweiten Weltkrieg als stärkste Macht hervor, versäumten es aber genauso wie nach dem ersten Weltkrieg, die Macht als Instrument der Politik auszunützen und entscheidend in die Weltpolitik einzugreifen. Das Versagen der amerikanischen Außenpolitik ist auf die Fehlbeurteilung der sowjetischen Ziele durch Roosevelt zurückzuführen, der es nicht verstand, eine reale Analyse der tatsächlichen politischen Gegebenheiten einer von Idealen erfüllten, fast unrealistischen Staatsführung vorzuziehen.

Exkurs

Leih- und Pachthilfe im Kampf gegen Japan¹⁾

Ebenso wie die amerikanischen Hilfeleistungen in Europa zum Erfolg des Krieges beitrugen, so gelang es auch mit ihrer Hilfe, auf dem pazifischen Kriegsschauplatz, die Japaner zu besiegen. In kurzen Zügen soll deshalb hier die amerikanische Leih- und Pachthilfe nach China, Indien, Australien und Neuseeland erwähnt werden.

Bis April 1942 hatten die Japaner ein großes Gebiet südlich von China erobert. Im Pazifik hatten sie Wake und die Gilbert Inseln erreicht. Nachdem sie auch Neu-Britannien, Neu-Guinea und die Salomonen eingenommen hatten, näherten sie sich der Küste Nordaustralien. Indochina, Thailand, Burma, die Philippinen und Niederländisch-Indien wurden von ihnen besetzt. Ostindien, Australien und Neuseeland standen in unmittelbarer Bedrohung durch eine japanische Invasion. Deshalb bestand die erste Aufgabe der Amerikaner nach Pearl Harbor darin, die Verteidigungsstellen in Alaska, an der Westküste und an Panamakanal auszubauen.

Aus demselben Grunde mußte der Nachschubweg über den Pazifik ausgebaut werden. Der Verbindungsweg nach Australien wurde von den Amerikanern gesichert und verteidigt; er diente zum Transport von Truppen und Waffen, die zur Bekämpfung der Japaner in Indonesien benötigt wurden. Australien wurde als Basis für Operationen gegen die Japaner benutzt. Schon am 22. Dezember 1941 trafen zwei Transporte amerikanischer Truppen in Brisbane ein. Zu Beginn des Krieges im Pazifik sandten die Amerikaner direkte militärische Hilfe nach Australien und Neuseeland, während die Leih- und Pachtlieferungen in diese Länder noch gering waren. Die ersten

1) Zum Folgenden Stettinius, op. cit. chp. XV-**XVII**, Lend-Lease, in the Roads to Tokyo, pp. 169-202.

Leih- und Pachtverschiffungen nach Australien enthielten Flugzeugmotoren, Ersatzteile und Ausrüstungsteile für amerikanische Bomber.

Doch schon im Sommer des Jahres 1942 wurden die Hilfeleistungen gesteigert, und zwar so erfolgreich, daß die Leih- und Pachthilfe für Australien und Neuseeland von größter Bedeutung für die Kämpfe im Süd- und Südwestpazifik wurde. Die meisten Flugzeuge, Panzer und Lastwagen der australischen Einheiten und der verbündeten niederländischen Truppen kamen aus den USA. Im Jahre 1942 verschifften die USA 13 000 Panzer und mehr als 500 Flugzeuge. Außer den Waffen wurden Werkzeugmaschinen, Saatgut, Ackergeräte, Lastwagen und vieles andere unter Leih- und Pacht nach Australien und Neuseeland verschickt. General MacArthur und Admiral Halsey stellten neue Truppenverbände in Australien und Neuseeland auf, die zur Offensive gegen die Japaner bereitgestellt wurden. Lend-Lease und Reverse Lend-Lease spielten bei den Vorbereitungen dieser Offensiven eine große Rolle. Ein "Alliiertes Versorgungsamt" (Allied Supply Council) war für die Versorgung der Truppen zuständig und hatte die Aufgabe, das Industriepotential der beiden Länder auszubauen und zu mobilisieren. Unter Lend-Lease wurden Industrieanlagen geliefert, so daß die notwendigsten Waffen im eigenen Land hergestellt werden konnten und damit amerikanischer Schiffsraum eingespart werden konnte.

Unter Reverse Lend-Lease (Leih-Pacht auf Gegenseitigkeit oder "Reciprocal Aid") bauten die Australier und Neuseeländer Flugplätze, Lagerhäuser und Werkstätten für amerikanische Truppen. Die beiden Länder lieferten allein 90 % der Lebensmittel für alle Truppeneinheiten im Südwestpazifik. Insgesamt wurden Waren im Werte von 1,8 Milliarden Dollar unter Lend-Lease an beide Länder verschickt, während 1,2 Milliarden Dollar als Reverse

Lend-Lease von Australien und Neuseeland für den Kampf gegen die Japaner ausgegeben wurden.¹⁾

In diesem Raum zeigte sich deutlich die Wirksamkeit des Leih- und Pachtsystems und Leih- und Pacht auf Gegenseitigkeit. Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen, australischen und neuseeländischen Truppen konnten die Japaner zurückgedrängt und besiegt werden. Am 7. August 1942 landeten die Vereinigten Streitkräfte auf Guadalcanar, im November desselben Jahres siegten die Alliierten in einer Seeschlacht bei den Salomonen über die Japaner und von Juni 1943 begann MacArthur erfolgreich die Einnahme der von den Japanern besetzten Inseln, bis er am 1.4.1945 die Insel Okinawa erobern konnte. Auch hier hatten die Leih- und Pachtlieferungen Anteil am Sieg.

Auch China versuchte verzweifelt, sich gegen die japanische Aggression zu wehren. Zu Beginn des Jahres 1942 überquerten die japanischen Truppen die Grenze von Thailand nach Burma und wandten sich dann nach Osten, nach Rangoon. Denn der Hafen Rangoon in Burma stellte einen wichtigen Versorgungsplatz für China dar. Etwa 50 000 Tonnen Vorräte für China wurden dort ausgeladen. Ein großer Teil bestand aus Rohstoffen, Einrichtungen für die Rüstungsindustrien in China, Geschützen, Granaten, Ausrüstungsgegenständen für die Luftwaffe. Mehr als zwei Drittel der amerikanischen Waren setzten sich aus Lastwagen, Ersatzteilen, Straßenbaumaschinen, Asphalt und anderem Material zum Bau von Straßen, auf denen die Güter für die chinesischen Armeen und Rüstungsbetriebe befördert werden sollten, zusammen. Dieses Baumaterial war vor allem für die Burmastraße bestimmt, die von Lashio im nördlichen Burma nach Kunming in China verlaufen sollte. Der Hafen Rangoon fiel am 7. März 1942

1) Hancock and Gowing, op. cit., p. 353.

in die Hände der Japaner und mit ihm ein Teil des Lend-Lease-Materials, das für die chinesischen Streitkräfte im Hafen gestapelt war und das die Chinesen und Engländer nicht vorher zerstören konnten. Während des Rückzuges der Chinesen fielen den Japanern 1000 Lend-Lease-Lastwagen in die Hände, große Mengen von Benzin und Asphalt, Rohstoffe und ganze Industrieeinrichtungen. Durch die Eroberung Rangoons wurde der unmittelbar Zugang nach China gesperrt. Für China hatten die Leih- und Pachtlieferungen gerade begonnen, als die Japaner die letzte Verbindung auf dem Landweg durch Burma unterbrachen. China konnte nach dem Fall Burmas nur noch durch den Luftweg mit dringend benötigten Waffen beliefert werden. Insgesamt wurden an China Waren im Werte von 1,6 Milliarden Dollar unter Lend-Lease geliefert.

Zur gleichen Zeit bedrohten japanische Truppen die Ostgrenze Indiens. Japanische Kriegsschiffe und Flugzeuge beherrschten die Bucht von Bengalen. Indien hatte zwar eine große Armee aufgestellt, der es aber an Ausrüstungen aller Art mangelte. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1942 lieferte Leih und Pacht Waffen im Werte von 60 Millionen Dollar, die in der zweiten Hälfte des Jahres noch verdoppelt wurden. Durch die japanische Kontrolle des Bengalischen Meeres war jegliche Zufuhr abgeschnitten, der Hafen Calcutta war für den Transport von Lend-Lease-Waren lahmgelegt.

So mußte die Versorgung Indiens und Chinas von den Häfen des westlichen Indiens aus durchgeführt werden. Die Häfen an der Westküste Indiens, Bombay, Karachi und Cochin waren bald von den sich vor den Japanern flüchtenden Schiffseinheiten verstopft. Kräne und Schutten aus den USA, amerikanische Pioniere und Hafenbataillone sorgten dafür, daß die Verladung und Verfrachtung der Lend-Lease-Waren schnell durchgeführt wurde. Das Lend-Lease-Material mußte von Karachi zu der burmesischen

Grenze 2300 km durch Indien auf dem Schienenweg transportiert werden. Da Indien seine Eisenbahnen und Zubehör für den Transport der Lend-Lease-Waffen in den Mittleren Osten geschickt hatte, mußten die USA einen Teil des Eisenbahnmateri als unter Leih und Pacht liefern.

Indien war nicht nur ein Bollwerk gegen die japanische Aggression, sondern vor allem auch ein Waffenarsenal, eine Nachschubbasis für China. Nur von Indien aus konnte China mit Kriegsmaterial versorgt werden, und dieses Land stellte den Ausgangspunkt für eine Offensive gegen die Japaner in Burma dar. Deshalb verschickte die amerikanische Regierung große Mengen von Leih- und Pachtgütern nach Indien. Zu Beginn des Jahres 1942 bestand der größte Teil der Leih- und Pachtlieferungen, die nach Indien gingen, aus Fertigwaffen für die kämpfende Front. Die amerikanische Lend-Lease-Verwaltung kam aber bald zu der Überzeugung, daß die Rüstungsindustrie an Ort und Stelle intensiviert werden müsse, um Schiffsraum einzusparen. So waren von den Leih- und Pachtgütern die bis Juni 1943 nach Indien versandt wurden, ein Fünftel Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und seltene Metalle, die zur Steigerung der indischen Rüstungsindustrie erforderlich waren. Bis Juni 1945 erhielt China Lend-Lease-Güter im Werte von 631 Millionen Dollar, während an Indien, das als großes Vorratslager für die alliierten Truppen unter dem Südostasienkommando diente, Leih- und Pachtwaren im Werte von 2,128 Milliarden Dollar von den Vereinigten Staaten geliefert wurden.¹⁾

Die Lend-Lease-Mittel aller Art, die auf dem direkten Flugweg nach China geflogen oder von Indien auf gefährlichen Wegen nach China verfrachtet wurden, ermöglichten es China, durchzuhalten und weiterzukämpfen. Durch die anhaltenden Kämpfe der Chinesen gegen die in Burma

1) Twenty First Report to Congress on Lend-Lease Operations, p. 14.

stationierten japanischen Truppen konnten große japanische Truppenverbände gebunden werden, die sonst an anderen Kriegsschauplätzen eingesetzt worden wären. Deshalb lag es im Interesse der amerikanischen Kriegführung, China mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

Unter Lend-Lease wurden 8 800 Flugzeuge, 3 200 Panzer, 21 000 LKWs und Jeeps, Geschütze und Munition, Werkzeugmaschinen, Rohmaterial, Fabrikausrüstungen und vieles andere im Krieg gegen Japan verschickt.¹⁾ Obwohl die Leih- und Pachthilfe nach Großbritannien und der UdSSR mehr als das Zehnfache betrug als für Indien, China, Australien und Neuseeland zusammen, so gestaltete sich doch Lend-Lease im Kampf gegen Japan ebenso wirkungsvoll wie im Kampf gegen Deutschland.

1) Twenty-First Report to Congress on Lend-Lease Operations, p. 14.

A N H A N G

Leih- und Pachtgesetz vom

11. März 1941

"Lend-Lease" vom 11. März 1941

Further to promote the defense of the United States,
and for other purposes.

Be enacted by the Senate and House of Representatives of
the United States of America in Congress assembled, that
this Act may be cited as

"An Act to Promote the Defense of the United States".

Section 2.

As used in this Act -

- a) The term "defense article" means -
- 1) Any weapon, munition, aircraft, vessel or boat;
 - 2) Any machinery, facility, tool, material, or supply necessary for the manufacture, production, processing, repair, servicing, or operation of an article described in this subsection;
 - 3) Any component material or part of or equipment for any article described in this section;
 - 4) Any agricultural, industrial or other commodity or article for defense.

Such term 'defense article' includes any article described in this subsection manufactured or procured pursuant to section 3, or to which the United States or any foreign government has or hereafter acquires title, possession, or control.

- b) The term 'defense informations' means any plan, specification, design, prototype, or information pertaining to any defense article.

Section 3.

- 1) Notwithstanding the provisions of any other law, the President may, from time to time, when he deems it in the interest of national defense, authorize the Secretary of War, the Secretary of Navy, or the head of any other department or agency of the Government -
 - 1) To manufacture in arsenals, factories, and shipyards under their jurisdiction, or otherwise procure, to the extent to which funds are made available therefore, or contracts are authorized from time to time by the Congress, or both, any defense article for the Government of any country whose defense the President deems vital to the defense of the United States.

- 2) To sell, transfer, title to, exchange, lease, lend, or otherwise dispose of, to any such government any defense article, but no defense article not manufactured or procured under paragraph 1) shall in any way be disposed of under this paragraph, except after consultation with the Chief of Staff or Army or the Chief Naval Operations of the Navy, or both. The value of defense articles disposed of in any way under authority of this paragraph, and procured from funds heretofore appropriated, shall not exceed \$1 300 000 000. The value of such defense articles shall be determined by the head of the department or agency concerned or such other department, agency or officer as shall be designated in the manner provided in the rules and regulations issued hereunder. Defense articles procured from funds hereafter appropriated to any department or agency of the Government, or than from funds authorized to be appropriated under this Act, shall not be disposed of in any way under authority of this paragraph except to the extent hereafter authorized by the Congress in the Acts appropriating such funds or otherwise.
- 3) To test, inspect, prove, repair, outfit, recondition, or otherwise to lace in good working order, to the extent to which funds are made available therefore, or contracts are authorized from time to time by the Congress or both, any defense article for any such government, or to procure any or all such services by private contract.
- 4) To communicate to any such government any defense information, pertaining to any defense article furnished to such government under paragraph 2) of this subsection.
- 5) To release for export any defense article disposed of in any way under this subsection to any such government.
 - b) The terms and conditions upon which any such foreign government receives any aid authorized under subsection (a) shall be those which the President deems satisfactory, and the benefit to the United States may be payment or repayment in kind or property, or any other direct or indirect benefit which the President deems satisfactory.
 - c) After June 30, 1943, or after the passage of a concurrent resolution by the two Houses before June 30, 1943, which declares that the powers conferred by or pursuant to subsection (a) are no longer necessary to promote the defense of the United States, neither the President nor the head of any department or agency shall exercise any of the powers conferred by or pursuant to subsection (a); except that until July 1, 1946, any such powers may be exercised to the extent necessary to carry out a contract or agreement with such a foreign government made before July 1, 1943, or before the passage of such concurrent resolution, whichever is earlier .

- d) Nothing in this Act shall be construed to authorize or to permit the authorization of conveying vessels by naval vessels of the United States.
- e) Nothing in this Act shall be construed to authorize or to permit the authorization of the entry of an American vessel into a combat area in violation of section 3 of the Neutrality Act of 1939.

Section 4.

All contracts or agreements made for the disposition of any defense article or defense information pursuant to section 3 shall contain a clause by which the foreign government undertakes that it will not, without the consent of the President transfer title to or possession of such defense article or defense information by gift, sale, or otherwise, or permit its use by anyone not an officer, employee, or agent of such foreign government.

Section 5.

- a) The Secretary of War, the Secretary of the Navy, or the head of any other department or agency of the Government involved shall, when any such defense article or defense information is exported, immediately inform the department or agency designated by the President to administer section 6 of the Act of July 2, 1940 (54 Stat 714), of the quantities, character, value, terms of disposition, and destination of the article and information so exported.
- b) The President from time to time, but not less frequently than once every ninety days, shall transmit to the Congress a report of operation under this Act except such information as he deems incompatible with the public interest to disclose. Reports provided for under this subsection shall be transmitted to the Secretary of the Senate or the Clerk of the House of Representatives, as the case may be, if the Senate or the House of Representatives, as the case may be, is not in session.

Section 6.

- a) There is hereby authorized to be appropriated from time to time, out of any money in the Treasury not otherwise appropriated, such amounts as may be necessary to carry out the provisions and accomplish the purpose of this Act.
- b) All money and all property which is converted into money received under section 3 from any government shall, with the approval of the Director of the Budget, revert to the respective appropriation or appropriations out of which funds were expended with respect to the defense article or defense information for which such consideration is received, and shall be available for expenditure for the purpose for which such expended funds were appropriated by law, during the fiscal year in which such funds are received and the ensuing year; but in no event shall any funds so received be available for expenditure after June 30, 1946.

Section 7.

The Secretary of War, the Secretary of the Navy, and the head of the department or agency shall in all contracts or agreements for the disposition of any defense article or defense information fully protect the rights of all citizens of the United States who have patent rights in and to any such article or information which is hereby authorized to be disposed of and the payments collected for royalties on such patents shall be paid to the owners and holders of such patents.

Section 8.

The Secretaries of War and the Navy are hereby authorized to purchase or otherwise acquire arms, ammunition, and implements of war produced within the jurisdiction of any country to which section 3 is applicable whenever the President deems such purchase or acquisition to be necessary in the interest of the defense of the United States.

Section 9.

The President may, from time to time, promulgate such rules and regulations as may be necessary and proper to carry out any of the provisions of this Act; and he may exercise any power or authority conferred on him by this Act through such department, agency, or officer as he shall direct.

Section 10.

Nothing in this Act shall be construed to change existing law relating to the use of the land and naval forces of the United States, except insofar as such use relates to the manufacture, procurement, and the repair of defense articles the communication of information and other noncombatant purposes enumerated in this Act.

Section 11.

If any provision of this Act or the application of such provision to any circumstance shall be held invalid, the validity of the remainder of the Act and the applicability of such provision to other circumstances shall not be affected thereby. (1)

1) Congress 77th, Public Law 11, originated as H.R. 1776 in: Documents on American Foreign Relations, III, pp. 712/15.

Tabelle 1

Kriegsmaterial, das bis zum Inkrafttreten des
Leih- und Pachtgesetzes von den USA an Groß-
britannien geliefert wurde.¹⁾

Flugzeuge, Flugmotoren und Materialien	† 750 000 000 Dollar
Eisen und Stahl	264 000 000 "
Schwere Geschütze	220 000 000 "
Munition und ähnliches	213 000 000 "
Maschinenteile	196 000 000 "
Panzer	150 000 000 "
Schiffe und Marineausrüstungen	160 000 000 "
Nichteisen-Metalle	50 000 000 "
Motorfahrzeuge	50 000 000 "
Spreng- und Treibstoffe	30 000 000 "
Sonstiges Material	117 000 000 "

1) Duncan H. Hall, North American Supply, p. 288.

Tabelle 2

Lend-Lease-Lieferungen von März bis Dezember 1941¹⁾

	<u>in Dollar</u>	
Schiffe	65 Millionen	
Bewaffnung		
a) England	86	"
b) Empire und andere Kriegsgebiete	100	"
Andere Waren		
a) England	576	"
b) Empire	10	"
Dienstleistung	245	"
insgesamt	1 082 Millionen Dollar	

1) Hanock and Gowing, op. cit., p. 204.

Tabelle 3

Lend-Lease-Lieferungen an das Britische Empire
von März 1941 bis August 1945¹⁾

In Millionen Dollar für	März-Dez. 1941	1942	1943	1944	Jan./ Aug. 1945	insges. Mill. Dollar
1. Schiffe	65	195	1078	540	229	2,107
2. Bewaffnung						
a) England	86	987	2797	3870	971	8,648
b) Commonw.	100	1158	2131	2294	1203	6,886
3. Andere Gü- ter nach						
a) England	576	1404	1782	2405	1275	7,442
b) Empire	10	227	436	583	390	1,646
4. Dienstlei- stungen aller Art	245	786	807	1137	369	3,344
insgesamt	1082	4757	9031	10766	4437	30,073
Lend-Lease an UdSSR	20	1376	2436	4074	2764	10,670
Lend-Lease andere Länder						2,872

Lend-Lease Hilfe insgesamt bis August 1945

43,615

1) Hancock and Gowing, op. cit., p. 353.

Tabelle 4

Zusammensetzung der Lend-Lease-Hilfe an
Großbritannien ¹⁾

	März-Dez. 1942	1943	1944	Jan./ Aug. 45	insges	
<u>In Mill.:</u>						
Gesamte L.L.H.	1082	4757	9031	10766	4437	30073
dav. Petroleum	83	232	372	799	656	2142
insges. Petro- leum ausgenom- men	999	4525	8659	9967	3781	27931
<u>in Prozenten:</u>						
Flugzeuge und Ausstattung	2,0	17,8	18,8	23,6	27,7	21,0
Schiffe, Ausstt. u. Reparaturen	14,1	8,5	17,9	9,3	9,2	12,0
Geschütze und Munition	7,8	15,4	12,1	9,0	7,8	10,8
Fahrzeuge u. Ausstattung	6,7	9,5	17,0	14,6	9,4	13,5
andere Waffen u. Kriegsgeräte	1,1	2,3	4,5	11,0	10,2	7,1
Kriegsgerät insgesamt	31,7	53,6	70,3	67,5	64,3	64,4
Nahrungsmittel	29,1	14,3	9,5	11,7	12,7	12,2
andere landw. Produkte	8,0	3,2	2,4	2,4	3,7	2,9
Metalle	9,3	6,4	4,9	3,5	5,4	4,8
Maschinen	2,4	4,2	3,4	2,7	2,6	3,1
Andere Produkte	1,5	2,7	1,1	1,8	2,4	1,8
Dienstleistun- gen, ausgenommen Schiffsreparat.	17,9	15,5	8,4	10,6	9,0	10,8

1) Hall, North American Supply, op. cit., p. 430.

Tabelle 5

Lend-Lease-Hilfe an das Britische Commonwealth im
Verhältnis zur Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten¹⁾

Lend-Lease-Lieferungen in % der US Gesamtproduktion	1942	1943	1944	1945 1. Hälfte
Flugzeuge und Ausstattung	12,4	11,9	13,5	11,8
Schiffe, Ausstat. u. Reparaturen	5,5	11,8	6,7	5,4
Geschütze und Munition	10,4	10,0	8,8	4,6
Fahrzeuge und Ausstattung	9,8	26,7	29,4	12,1
andere Waffen	1,4	3,4	9,9	5,5
Kriegsgerät insgesamt	7,6	11,2	11,7	7,6
Nahrungsmittel	4,3	4,4	5,4	3,9
andere land- wirtsc h. Pro- dukte	4,3	5,6	4,4	5,0
Metalle	3,9	4,2	3,4	3,5
Maschinen	2,6	5,7	7,1	4,2
andere Produkte	0,7	0,6	1,1	0,7

1) Duncan Hall, North American Supply, p. 431.

Tabelle 6

Lend-Lease-Hilfe an das Britische Commonwealth und
Reciprocal Aid an die USA vom März 1941 bis zum
15. August 1945. ¹⁾

	<u>In Millionen Dollar</u>	
	<u>Lend-Lease-</u> <u>Hilfe der USA</u>	<u>Recipr. Aid</u> <u>an die USA</u>
<u>Großbritannien</u>		
Schiffe und Bauten	2.107	910
Militär. Versorgungsgüter	13.823	2.014
Treibstoffe	1.850	1.187
Andere Güter	6.263	361
Dienstleistungen	2.980	1.195
Insgesamt	27.023	5.667
<u>Australien</u>		
Australien	1.570	1.041
<u>Neu Seeland</u>		
Neu Seeland	271	248
<u>Süd Afrika</u>		
Süd Afrika	296	1
<u>Indien</u>		
Indien	913	610
Insgesamt	30.073	7.567

1) Hancock and Gowing, op. cit., p. 353, 3 (c).

Tabelle 7

Lieferungen nach dem 1. Sowjet-Protokoll von Oktober 1940
bis 30. Juni 1942 ¹⁾

Gegenstände	Verpflichtungen nach dem Proto- koll	Beschafftes Material	Tatsächlich ausgelieferte Material
Flugzeuge	1.800	1.727	1.285
Panzer	2.250	2.289	2.249
90 mm Flugzeug- abwehrkanonen	152	4	4
37mm Panzerab- wehrkanonen	756	63	63
Jeeps	5.000	7.001	6.823
LKW	85.000	71.584	36.865
Feldtelefone	108.000	81.510	56.445
Feldtelefonka- bel (in Meilen)	562.000	505.000	381.431
Panzerplatten (am. Ton.)	9.000	8.945	8.321
Toluol and TNT (am. Pfund)	59.600.000	73.691.566	59.455.520
Chemikalien (am. Pfund)	30.738.586	37.339.082	30.134.653
Werkzeugma- schinen	soviel wie möglich		3.253
Militärstiefel (Paare)	1.600.000	1.810.909	1.681.515
Militärstoff (yards)	1.000.000	1.822.744	1.769.591

Zusätzliche Kriegsmaterialien
nicht im Protokoll verzeichnet

Spähwagen	624	400
Mannschaftswagen	308	219
Thomson MGs	98.220	81.287
Schlauch-Boote	2.421	2.421
Traktoren	887	392
Batterielader	2.024	0

1) Leighton and Coakley, op. cit., p. 559.

Lieferungen der USA an die UdSSR über die Persische Nachschubroute von November 1941 bis Mai 1945. 1)
in Tonnen ("long tons")

Jahr	1941 Nov.-Dez.	1942	1943	1944	1945 Jan.-Mai	insgesamt
Anzahl d. Schiffe	12	140	241	240	13	646
Gesamtlieferungen in long tons	13.502	705.259	1.606.979	1.788.864	44.513	4.159.117
Flugzeuge	377	11.207	16.713	11.348	0	39.645
Kampffahrzeuge	0	20.045	10.523	39.839	0	70.407
LKWs und Jeeps	10.138	143.927	308.526	394.829	16.426	873.846
andere Fahrzeuge	0	0	41.447	28.479	252	70.178
Kanonen u. Munition	0	44.214	36.222	63.418	507	144.361
Nahrungsmittel	0	84.108	423.660	478.591	9.009	955.368
Metalle und Metallprodukte	443	339.889	412.946	482.661	12.578	1.248.517
Petroleumerzeugnisse	39	1.566	26.449	14.226	2.788	45.068
anderes Material	330	40.544	287.114	256.891	1.709	586.588

1) Motter, op. cit., pp. 484-485, Appendix A, Tab. 2.

Tabelle 9

Lieferungen der USA an die UdSSR auf den verschiedenen Routen vom 22. Juni 1941 bis 20. September 1945. 1)

Jahr	<u>Persische Route</u>		<u>Pazifische Route</u>		<u>Nordatlantische Route</u>		Insgesamt in Tonnen
	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent	
1941 Juni-Dez.	13.502	3,7	193.299	53,6	153.977	42,7	360.778
1942	705.259	28,8	734.020	29,9	949.711	38,7	2.453.097
1943	1.606.979	33,5	2.388.577	49,8	681.043	14,2	4.794.545
1944	1.788.864	28,8	2.848.181	45,8	1.452.775	23,4	6.217.622
1945 Jan.-Sept.	44.513	1,2	2.079.320	56,6	726.725	19,8	3.673.819
Insgesamt	4.159.117	23,8	8.243.397	47,1	3.964.231	22,7	17.499.861

1) Motter, op. cit., pp. 481-483, Appendix A, Tab. 1, "long tons".

Tabelle 10

Lieferungen der USA an die UdSSR vom Beginn des
Lend-Lease-Vertrages bis Dezember 1944.¹⁾

über	376 000	Motorfahrzeuge, einschließlich
	45 000	Jeeps und
	29 000	Motorräder
	1 045	Lokomotiven
	11 000	Güterflachwagen
	1 000	Kippwagen
	100	Tankwagen
	733 000	Tonnen Leichtmaterial
2	120 000	Tonnen Stahl für die Erneuerung von Eisenbahnschienen
	60	fahrbare Kraftwerke in Eisenbahnzügen für den Wiederaufbau der Dnjeprowerke
	12 200	Flugzeuge
	135 000	Maschinengewehre
	294 000	Tonnen Explosivstoff
	7 056	Tanks
	1 800	Motorgeschütze
	1 200	Raupenschlepper
	13 000	Revolvier
	3 300	Panzerfahrzeuge
	8 200	Geschütze verschiedenen Kalibers
	5 500	Artillerietraktoren
	1 700	Stabswagen
	15 000 000	Paar Armeestiefel
über	90 000 000	mtr. Baumwolltuch
	50 000 000	mtr. Wollzeug
	39 000 000	mtr. Gurtband
	24 000	Tonnen Schleif- und Reinigungsmaterial

1) Keesings Archiv der Gegenwart, p. 76.

Tabelle 11

Lieferungen der USA an die UdSSR vom Beginn des
Lend-Lease-Vertrages bis zum 30. September 1945.

Flugzeuge	14 795 Stück
Panzer	7 056 "
Jeeps	51 503 "
Lastwagen	375 883 "
Motorräder	35 170 "
Traktoren	8 071 "
Abwehrkanonen	8 218 "
Maschinengewehre	131 633 "
Sprengstoff	345 735 Tonnen
Baumaschinen im Werte von	10 910 000 Dollar
Güterwagen	11 155 Stück
Lokomotiven	1 981 "
Frachtschiffe	90 "
U-Bootjäger	105 "
Torpedoboote	197 "
Schiffsmotoren	7 784 "
Nahrungsmittel	4 478 000 Tonnen
Maschinen u. Ausstat- tung im Werte von	1 078 965 000 Dollar
Nichteisenhaltige Metalle	802 000 Tonnen
Petroleum-Erzeugnisse	2 670 000 "
Chemikalien	842 000 "
Baumwolle	106 893 000 yards
Leder	49 860 Tonnen
Reifen	3 786 000 Stück
Armeestiefel	15 417 000
Knöpfe im Werte von	1 647 000 Dollar

-
- 1) Twenty First Report to Congress on Lend-Lease Operations for the Period ending September 30, 1945, Washington 1946, p. 25. Bis zum 30. September wurden 9,5 Milliarden Dollar für Lend-Lease-Lieferungen nach Rußland ausgegeben, oder 29 % der gesamten Lend-Lease Lieferungen wurden nach der UdSSR verschifft.

Tabelle 12

APPENDIX I (b)

Statement of defense aid provided by country and by appropriation category, cumulative through Dec. 31, 1968

	Total	Ordnance and Ammunition	Alircraft and Aircraft Material	Tanks and Other Vehicles	Vessels and Other Watercraft	Miscellaneous Equipment	Facilities and Equipment	Additional, Industrial, and Other Commodities	Transport, Reconnaissance, etc., of Defense Articles	Services and Expenses	Administrative Expenses
CHARGED TO FOREIGN GOVERNMENTS											
American Republics:											
Bolivia	85,524,016.51	8,144,490.07	84,322,246.54	878,376.66	817.19	850,373.57	282,498.18	\$70,646.37	\$3,614,873.29	\$22,024.35	
Brazil	23,214,653.08	4,750,812.51	8,330,745.17	5,691,112.16	89,122,922.73	854,200.03	7,586,385.46	28,330,727.78		13,070,515.93	
Chile	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Colombia	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Costa Rica	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Cuba	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Dominican Republic	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Ecuador	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
El Salvador	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Guatemala	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Haiti	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Honduras	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Nicaragua	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Panama	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Paraguay	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Peru	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Uruguay	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Venezuela	8,200,444.18	364,045.06	4,041,170.73	818,396.83	1,154,862.70	854,200.03	2,586,385.46	38,478,910.91		490,668.24	
Total—American Republics	425,026,847.98	66,384,330.94	141,494,194.96	70,337,265.92	98,357,847.23	61,768,086.57	10,768,798.01	32,387,266.35	8,837,376.82	14,875,777.99	
Other governments:											
Belgium	114,254,519.40	504,652.22	746,815.90	15,203,394.48	16,807,336.05	17,877,356.43	18,316.26	104,810,074.00	43.52	413,684.18	
British Empire	31,013,336.15	2,094,973,487.95	8,222,011,811.45	2,803,943,203.45	5,494,138,139.39	145,107,800.00	387,827,212.45	9,440,896,097.91	428,494,741.03	428,494,741.03	
China	1,822,435,445.23	271,056,641.54	231,057,604.37	193,266,28.02	58,591,900.00	50,524.61	9,855,052.07	387,389.70	266,732.51	387,389.70	
Czechoslovakia	4,060,403.68	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	1,657.90	
Denmark	2,822,611.62	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	334,234.08	
France	3,990,535,471.07	280,016,673.18	342,729,816.64	626,652,134.56	294,734,267.67	631,020,447.84	2,545,186.75	1,064,618,411.82	81,061,063.76	97,065,215.80	
Greece	81,474,112.31	4,427,659.26	184,111.88	4,427,659.26	37,538,738.98	38,537.45	28,771.35	28,654,776.98	143,242.17	283,550.29	
Ireland	8,905,119.08	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	1,344,861.30	
Italy	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	180,801,669.57	
Netherlands and Possessions	245,360,350.95	1,946,402.97	78,745,981.27	18,963,389.94	13,312,264.46	11,484,433.44	2,431,523.72	101,888,261.73	8,171,060.40	18,173,753.68	
Norway	47,029,452.37	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	4,457,889.99	
Poland	22,670,314.32	710,867.08	45,921.25	953,538.62	690,106.64	690,106.64	690,106.64	21,814,216.41	22,016,091.80	1,801.90	
Turkey	42,850,057.19	24,177,831.43	1,041,870.72	12,834,031.98	4,291.10	794,771,521.13	30,171.08	3,752,233.29	115,065,268.26	377,477.69	
U.S.S.R.	11,947,488,922.47	782,966,494.47	1,105,149.45	1,174,771.74	1,295,449.25	5,998,044.85	642,142,584.23	15,640,106.08	680,991,122.17	71,338,355.44	
Yugoslavia	22,188,947.92	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	1,693,534.41	
Total—Other governments	48,033,318,804.33	4,459,729,455.28	8,762,481,246.99	6,317,544,143.74	7,379,290,185.19	8,851,536,251.44	922,144,029.49	18,316,013,012.76	680,991,122.17	1,227,449,783.81	
Total—Charged to foreign governments	48,898,345,804.31	4,822,068,786.22	13,256,676,441.95	12,654,809,987.66	14,758,580,032.42	17,713,072,502.88	1,844,942,818.53	30,132,026,025.52	689,428,686.49	1,229,019,567.62	
NOT CHARGED TO FOREIGN GOVERNMENTS											
Losses on inventories and facilities	31,173,831.30										
Production facilities	720,833,118.11										
Miscellaneous	40,113,026.92										
Administrative expenses	40,113,026.92										
Total—Not distributed by foreign governments	1,312,052,143.78	7,702,742.61	374,277.69	2,754,777.69	140,444,790.00	8,003,831.48	714,640,183.47	394,000,102.65	28,148,603.47	75,413,899.80	
Total	60,206,400,948.09	4,829,849,528.73	13,631,953,719.64	15,409,584,965.35	14,898,870,822.42	25,716,908,754.32	1,846,683,002.02	48,148,039,048.28	718,577,290.66	1,304,469,367.43	

1 Represents total dollar value of aid furnished under all lend-lease programs during the period specified. Does not represent necessarily the amount agreed upon in the settlement agreements. Includes all data reported in Appendix I(c).
2 Transfers were made pursuant to arrangements described in the Twenty-third Report to the Congress on Lend Lease Operations, pages 8 and 9.
3 Transfers were made pursuant to arrangements described in the Twenty-third Report to the Congress on Lend Lease Operations, pages 8 and 9, inclusive.
507048-69 (Page 9 of 16) No. 1

Literaturverzeichnis

1. Aktenpublikationen und Dokumentensammlungen

Reports to Congress on Lend-Lease Operations.
Message from the President of the United States
Washington, U.S. Government Printing Office, quarterly
Peace and War: United States Foreign Policy, 1931-1941,
Department of State, Washington 1943.

A Decade of American Foreign Policy, Basic Documents,
1941-1949 Prepared at the request of the Senate
Committee on Foreign Relations, Department of State,
Washington 1950.

Documents on American Foreign Relations

- vol. II July 1939 - June 1940, ed. S. Shepard
Jones and Denys P. Myers, World Peace
Foundation, Boston 1940.
- vol. III July 1940 - June 1941, ed. S. Shepard Jon
and Denys P. Myers, World Peace Foun-
dation, Boston 1941.
- vol. IV July 1941 - June 1942, ed. Leland Goodric
World Peace Foundation, Boston 1942.
- vol. V July 1942 - June 1943, ed. Leland M.
Goodrich and Marie J. Carroll, World
Peace Foundation, Boston 1944.
- vol. VI July 1943 - June 1944, ed. Leland M.
Goodrich and Marie J. Carroll, World
Peace Foundation, Boston 1945.
- vol. VII July 1944 - June 1945, ed. Leland M.
Goodrich and Marie J. Carroll, World
Peace Foundation, Princeton, N.J., 1947.
- vol. VIII July 1945 - December 1946, ed. Raymond
Dennett and Robert K. Turner, World
Foundation, Princeton, N.J., 1948.

The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roose-
velt, ed. Samuel I. Rosemann

vol. S. 1932 - 1936, New York 1938.

vol. S. 1937 - 1944/45, New York, 1950.

Keesings Archiv der Gegenwart, XV. Jahrgang, 1945.

Documents of American History, ed. Henry S. Commager,
New York 1942.

Wartime Correspondence between President Roosevelt and
Pope Pius XII, New York 1947.

2. Darstellungen

- Alafusow, W.A., ed.,
Vonja na more, 1939 - 1945, Moskau 1957. Vorwort
des Herausgebers in deutscher Übersetzung des mili-
tärsgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg.
- Allen, H.C.,
Great Britain and the United States,
A History of Anglo-American Relations, 1783 - 1952,
London 1954.
- Bailey, Thomas A.,
The Man in the Street. The Impact of American
Public Opinion on Foreign Policy, New York 1948.
- ders.,
A Diplomatic History of the American People,
New York 1955.
- Baldwin, Hanson G.,
Great Mistakes of the War, New York 1950.
- Barghoorn, Frederick C.,
The Soviet Image of the United States.
A Study in Distortion, New York 1950.
- Beard, Charles A.,
American Foreign Policy in the Making.
1932-1940, New Haven 1947.
- ders.,
President Roosevelt and the Coming of the War,
1941: A Study in Appearances and Realities,
New Haven 1948.
- Beloff, Max,
The Foreign Policy of Soviet Russia, 1929-1941.
Volume II, London 1949.
- Bemis, Samuel F.,
A Diplomatic History of the United States,
New York 1950.
- ders.,
The United States as a World Power, New York 1950.
- Berber, Friedrich,
Die amerikanische Neutralität im Kriege 1939-1941.
Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für
Außenpolitische Forschung, XV, Essen 1943.
- Besson, Waldemar,
Die politische Terminologie des Präsidenten Frank-
lin D. Roosevelt, Tübinger Studien zur Geschichte
und Politik, Nr. 1, Tübingen o.J.

- Besson, Waldemar
Von Roosevelt bis Kennedy, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933-1963, Fischer 1964.
- Buchanan, Norman, S. und Lutz, Frederic A.,
Rebuilding The World Economy, New York 1947.
- Bullitt, William C.,
The Great Globe Itself: A Preface to World Affairs, New York 1946.
- Burns, James M.,
Roosevelt: The Lion and the Fox, New York 1956.
- Byrnes, James F.,
Speaking Frankly, New York 1947.
- Cantril, Hadley and Strunk, M.
Public Opinion, 1935-1946, Princeton 1951.
- Carl, Joachim,
Das amerikanische Leih- und Pachtgesetz, Wehrwissenschaftliche Rundschau, Beiheft 6, Mai 1957.
- Cassidy, Henry C.,
Moscow Dateline, 1941-1943, Boston 1943.
- Chamberlain, L.H. and Snyder, R.C.,
American Foreign Policy, New York 1948.
- Chamberlin, William H.,
America's Second Crusade, Chicago 1950.
- Churchill, Winston Spencer,
The Second World War
vol. II Their Finest Hour, London, Toronto, 1942
vol. III The Grand Alliance, London, Toronto 1945
vol. IV The Hinge of Fate, London, Toronto, 1951.
vol. V Closing the Ring, London, Toronto, 1954
vol. VI Triumph and Tragedy, London, Toronto, 1955
- ders.,
The Unrelenting Struggle, War Speeches by Winston Spencer Churchill, Stockholm 1942.
- Ciechanowski, Jan,
Defeat in Victory, New York 1947.
- Clauss, Max,
Der Weg nach Jalta, Präsident Roosevelts Verantwortung, Heidelberg 1952.
- Crocker, George N.,
Roosevelt's Road to Russia, Chicago 1959.
- Dahms, Hellmuth G.,
Roosevelt und der Krieg, München 1958.

Dallin, David L.,
Soviet Russia's Foreign Policy, New Haven 1952.

ders.,
Die Sowjetspionage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1955, 14./21.12.1955.

Davies, Joseph E.,
Mission to Moscow, New York 1941.

Dawson, Raymond H.,
The Decision to Aid Russia, 1941, Foreign Policy and Domestic Politics. The University of North Carolina Press, 1959.

Dean, Vera M.,
The United States and Russia, Cambridge, Mass. 194

Deane John R.,
The Strange Alliance, The Story of our Efforts at Wartime Cooperation with Russia, New York 1947.

Deutscher, Isaac,
Stalin, A Political Biography, London, New York, Toronto, 1949.

Dewhurst, Frederic J.,
America's Needs and Resources, New York 1947..

Dulles, Foster Rhea,
The Road to Teheran. The Story of Russia and America, 1781-1943, Princeton, N.J., 1944.

ders.
1898-1954, America's Rise to World Power, New York 1955.

Eisenhower, Dwight D.,
Crusade in Europe, Garden City 1948.

Feis, Herbert,
Churchill, Roosevelt, Stalin: The War They Waged and The Peace They Sought, Princeton, N.J., 1957.

ders.
The Road to Pearl Harbor: The Coming of the War between the United States and Japan, Princeton 1950.

Fischer, Fritz,
Objektivität und Subjektivität. Ein Prinzipienstreit in der amerikanischen Geschichtsschreibung, in: Aus Geschichte und Politik, Festschrift für Ludwig Bergstraesser, Düsseldorf 1954, pp. 167-182

- Potitsch, Konstantin,
The War We Lost, New York, 1948.
- Traenkel, Ernst,
Das amerikanische Regierungssystem, Köln und
Opladen 1962.
- Gallagher, Matthew P.
The Soviet History of World War II, Myths, Memo-
ries and Realities, New York und London, 1963.
- Graves, William, S.,
America's Siberian Adventure, New York 1931.
- Gunther, John,
Roosevelt in Retrospect: A Profile in History,
New York 1950.
- Hall, H. Duncan,
North American Supply, London 1955.
- Hall, H. Duncan and Wirgley, G. C.,
Studies of Overseas Supply, London 1957.
- Hancock, W.K. and Gowing, M.M.,
British War Economy, in: History of the Second
World War, United Kingdom Civil Series, vol. VI,
London 1949.
- Hull, Cordell,
The Memoirs of Cordell Hull, 2. vols., New York 194
- Jacobsen, Harold K.,
American Foreign Policy, New York 1960.
- Johnson, Walter,
The Battle Against Isolation, Chicago 1944.
- Jordan, George R.,
From Major Jordan's Diaries, International Gra-
phics Corporation, 1958.
- Kaufmann, Erich und Kordt, Erich, ed.
Die Satzung der Vereinten Nationen, Bonn 1948.
- Kenman, George F.,
American Diplomacy, 1900-1950, Chicago 1952.
- ders.
Russia and the West under Lenin and Stalin,
London 1961.
- Kertesz, Stephen D.,
American Diplomacy in a New Era, University of
Notre Dame Press, 1961.

- Langer, William L, und Gleason, S. Everett
The Challenge to Isolation, 1937-1940, New York
1952.
- Dies.
The Undeclared War, 1940-1941, New York 1953.
- Lemberg, Eugen,
Osteuropa und die Sowjetunion, Stuttgart 1950.
- Lerche, Charles O.,
Foreign Policy of the American People,
New Jersey 1958.
- Lippmann, Walter,
United States War Aims, Boston 1944.
- Ders.,
Public Opinion, New York 1947.
- Leighton, Richard M., and Coakley, Robert W.,
Global Logistics and Strategy, 1940-1943, in:
U.S. Army in World War II, The War Department,
vol. IV, Washington 1955.
- McNeill, William Hardy,
America, Britain and Russia, Their Cooperation and
Conflict, 1941-1946, in: Survey of International
Affairs, 1939-1946, London 1953.
- Millis, Walter,
This is Pearl, New York 1947.
- Moltmann, Günter,
Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg,
Kriegs- und Friedensziele 1941-1945, Heidelberg
1958.
- Morgenstern, Günther,
Die "Fireside Chats" Franklin D. Roosevelts als
politisch-publizistisches Führungsmittel, Diss.
Freiburg, 1959.
- Morison, Samuel E.,
The Battle of the Atlantic, Sept. 1939-May 1943, in
History of U.S. Naval Operations in World War II,
vol. I, Boston 1955.
- Mötter, Vail T.H.,
The Persian Corridor and Aid to Russia, in: U.S.
Army in World War II, The Middle East Theatre,
Washington 1952.
- Murdock, Eugene C.,
Zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten
Weltkrieg (Forschungsbericht), Vierteljahrashefte
für Zeitgeschichte, I, 1956, pp. 93 ff.

- Murphy, Robert,
Diplomat Among Warriors, New York 1964.
- Nelson, Donald M.,
Arsenal of Democracy: The Story of American War
Production, New York 1946.
- Office of Business Economics,
Foreign Aid by the United States Government 1940-
1951, Washington 1952.
- Palmer, Norman D., and Perkins Howard C.,
International Relations. The World Community in
Transition, Boston 1952.
- Perkins, Dexter,
Foreign Policy and the American Spirit, ed. G.G.
van Deusen und R.C. Wade, Ithaca 1957.
- ders.,
The New Age of Franklin Roosevelt. 1932-1945,
Chicago 1957.
- ders.,
The American Approach to Foreign Policy, Cambridge
1954.
- Rauch, Basil,
Roosevelt from Munich to Pearl Harbor: A Study in
the Creation of a Foreign Policy, New York 1950.
- Roosevelt, Eleanor,
This I Remember, New York 1949.
- Roosevelt, Franklin D.,
Roosevelt spricht. Kriegsreden des Präsidenten,
Stockholm 1945.
- Ruge, Friedrich,
Der Seekrieg, 1939-1945, Stuttgart 1954.
- Sanborn, Frederic R.,
Design for War, New York 1951.
- Schoenthal, Klaus,
Amerikanische Außenpolitik, Eine Einführung, Köln,
Berlin 1964.
- Sherwood, Robert E.,
Roosevelt and Hopkins, New York 1948.
- Stettinius, Eduard R.,
Lend-Lease, Weapon for Victory, New York 1944.

Stimson, Henry L., and Bundy, McGeorge,
On Active Service in Peace and War, New York 1947.

Tansill, Charles C.,
Back Door to War: The Roosevelt Foreign Policy
1933-1941, New York 1952.

Telpuchowski, Boris, S.,
Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländi-
schen Krieges, 1941-1945, in dt. Übersetzung ed.
Andreas Hillgruber and Hans-Adolf Jacobsen, Frank-
furt/Main, 1961.

Toynbee, Arnold, ed.
The Initial Triumph of the Axis, in: Survey of
International Affairs, 1939-1946, vol. 4, London,
1958.

Voznesensky, N.A.,
The Economy of the USSR during World War II,
Washington 1948.

Watson, Mark, S.,
Chief of Staff: Prewar Plans and Preparations, in:
United States Army in World War II, The War Depart-
ment, vol. I, Washington 1950.

Welles, Sumner
The Time for Decision, New York 1944.

ders.,
Where Are We Heading?, New York 1946.

ders.,
Seven Major Decisions, New York 1951.

LEBENS LAUF

Am 5. Juli 1935 wurde ich als Sohn des Pfarrers Rudolf Schlauch und seiner Ehefrau Ingaruth, geb. Engel, in Plochingen, Neckar geboren. Von 1941 bis 1945 besuchte ich die Volksschule in Bächlingen bei Langenburg, von 1946 bis 1948 die Städtische Oberschule in Langenburg, anschließend das Progymnasium in Künzelsau bis 1952.

Nach Beendigung der sechsten Eberschulklasse (Unterssekunda) ging ich als Austauschschüler an die A. I. Dupont High School, Wilmington, Delaware, und schloß dort mit dem Abschlußdiplom im Juni 1953 ab. Von 1953 bis 1955 besuchte ich das Staatliche Aufbaugymnasium mit Heim in Künzelsau bis zur Oberprima. Im Jahre 1955 ging ich auf Grund eines Stipendiums an das Albright College, Reading, Pennsylvania, und belegte dort Sprachen, Politische Wissenschaften und Soziologie. Anschließend im Wintersemester 1956/57 studierte ich an der Hochschule für Politik in Wilhelmshaven.

Am 31. Juli 1957 wurde mir die Hochschulreife auf Grund einer Zusatzprüfung vom Niedersächsischen Kultusministerium zuerkannt.

Im Wintersemester 1957/58 immatrikulierte ich mich an der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg mit der Fachrichtung: Wissenschaftliche Politik, Englisch und Geschichte. Vom Sommersemester 1958 bis zum Wintersemester 1958/59 studierte ich an der Universität München, anschließend wieder in Freiburg. Im Sommer 1962 beendete ich mein Studium mit dem Staatsexamen in den Fächern Wissenschaftliche Politik, Englisch und Geschichte.

Im Januar 1963 trat ich als Referendar in den baden-württembergischen Staatsdienst ein und schloß mit der pädagogischen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien ab. Seit September 1964 bin als Studienassessor am Progymnasium Spaichingen angestellt.

